



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 91. Sitzung - endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 7. November 2024, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Horst Seehofer Minister im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat a. D. (Beweisbeschluss Z-111)	9
Wolfgang Schmidt Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen a. D. (Beweisbeschluss Z-105)	68
Peggy Staffa Ehemalige Leiterin des Ministerbüros im Bundesministerium der Verteidigung (Beweisbeschluss Z-112)	110

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.03 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 91. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 43. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich will noch mal darauf aufmerksam machen, dass der Ausschuss sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden hat, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Das Problem stellt sich heute bei den beiden ersten Zeugen nicht. Aber es gilt hier für eine Zeugin heute noch am Ende. Das bedeutet allerdings nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugin damit aufgehoben wird, weil der Name nachher in der öffentlichen Sitzung genannt wird. Ich bitte daher, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme nach den Regeln des Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Ton- und Bildaufnahmen sind auch heute in der öffentlichen Beweisaufnahmesitzung nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** heute auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Horst Seehofer

Minister im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat a. D.
(Beweisbeschluss Z-111)

Wolfgang Schmidt

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen a. D.
(Beweisbeschluss Z-105)

Peggy Staffa

Ehemalige Leiterin des Ministerbüros im Bundesministerium der Verteidigung
(Beweisbeschluss Z-112)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen, und wir werden die Vernehmung heute voraussichtlich mindestens um 16 Uhr und 18.45 Uhr, vielleicht aber auch noch zu anderen Zeitpunkten unterbrechen müssen. Sie wissen ja, durch die ein bisschen turbulenten Entwicklungen der letzten Tage sind auch die Abläufe heute ein wenig anders, und es kann sein, dass die Pausen sich also verschieben. Und bei unserem heutigen ersten Zeugen bin ich sicher, dass er Verständnis dafür hat, weil er das gut kennt.

Vernehmung des Zeugen Horst Seehofer

Ich begrüße unseren ersten Zeugen, Horst Seehofer, der bereits Platz genommen hat. Herzlich willkommen! Ich freue mich, dass Sie dem Ausschuss zur Verfügung stehen, und stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind und den Erhalt Ihrer Ladung am 4. Juni 2024 bestätigt haben. Herzlich willkommen bei uns!

Zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen wortgleich vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Horst Seehofer: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und bitte laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während der Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Horst Seehofer: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder falls Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Wenn Sie zum Ablauf auch keine Fragen haben, dann würde ich Sie nun bitten, sich mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Horst Seehofer: Horst Seehofer, [REDACTED], Anschrift: [REDACTED] und leibhaftiger Rentner.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn ich das Geburtsdatum richtig in Erinnerung habe, müssten Sie 75 sein.

Zeuge Horst Seehofer: Geworden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist zutreffend. Dann können wir das im Protokoll so vermerken. - Und die Ladung ist über das BMI wahrscheinlich, -

Zeuge Horst Seehofer: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - mit der Dienstanschrift des BMI.

Zeuge Horst Seehofer: Die Dienstanschrift sollte auch künftig verwendet werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja. Gut. - So, dann will ich auch noch sagen, dass, wenn die Mitglieder des Ausschusses Fragen an Sie richten und Vorhalte machen aus Akten, Sie auf Wunsch natürlich das Aktenstück einsehen können; wird



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen zur Verfügung gestellt. Und meine Kolleginnen und Kollegen bitte ich alle noch mal sehr herzlich, dass wir, wie immer, wenn wir Fragen stellen, die MAT-Nummer zu Beginn nennen, so dass es nachvollzogen werden kann, und wir das in der bei uns inzwischen eingeübten Professionalität dann tun.

Wünschen Sie, zum ganzen Untersuchungsgegenstand zusammenhängend einführend etwas zu sagen?

Zeuge Horst Seehofer: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist nicht der Fall. Dann können wir schon beginnen. Und ich fange diesmal mit den Fragen an. Ich würde Sie gern zunächst fragen, Herr Zeuge, ob und wie Sie sich auf diese Zeugenvernehmung vorbereitet haben.

Zeuge Horst Seehofer: Ich habe vom Bundesinnenministerium eine Zusammenstellung der Beweisunterlagen, soweit sie das Innenministerium betreffen, bekommen, die darlegen, was im Zeitraum Februar 2020 bis September 21 im Ministerium auf meiner Ebene der Leitung geschehen ist. Und andere Vorbereitungsmaßnahmen habe ich - außer dem Studium dieser Unterlagen - nicht durchgeführt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Ihnen gerne zu Beginn ein paar allgemeine Fragen stellen, die dann im Zweifelsfall noch mal aufgerufen werden im Kontext mit spezifischen Nachfragen zu einzelnen Gebieten. Als Bundesminister des Innern sind Sie zuständig gewesen für die Migrationspolitik auch. Und meine erste Frage wäre, ob Sie uns mal darstellen können, was Ihre migrationspolitischen Ziele im Hinblick auf Afghanistan waren und inwieweit diese Ziele im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss stehen.

Zeuge Horst Seehofer: Ich habe sehr zeitig nach Antritt im Bundesinnenministerium nach Vorbereitung mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Masterplan entwickelt für die Migration. Und die Zielrichtung des Ministers für die

Mitarbeiter war eindeutig: Für uns gilt das Prinzip Humanität, aber auch das Prinzip der Ordnung, da nach meiner Überzeugung Humanität nur zu gewährleisten ist auf Dauer, wenn Humanität auch nach ordentlichen Regeln behandelt wird.

Dieser Masterplan ist deshalb entstanden, weil wir die berühmten Jahre 2015/2016 ja erlebt haben mit entsprechenden öffentlichen Diskussionen, die ja hinreichend bekannt sind. Und deshalb war es für mich auch wichtig, für diesen Masterplan die Unterstützung der ganzen Bundesregierung zu haben, was auch mit Ausnahme eines Punktes, nämlich die Behandlung von Migranten an der deutschen Grenze, gelungen ist. Und auch dieser Punkt ist dann mit einem tragbaren Kompromiss innerhalb der Regierung geglättet worden.

Dieser Masterplan war für mich, für das Haus - und es kommt ja dann immer auf die politische Leitung an - maßgeblich für die Behandlung der Afghanistan-Problematik in der Frage, wie wir insbesondere gefährdete Personen, die ja weit über die Ortskräfte hinausgingen, aber auch vor allem, in welchem Verfahren wir Ortskräfte, die für deutsche Einrichtungen gearbeitet haben, behandeln. Und da war immer in Konsequenz dieses Masterplanes die Festlegung, dass wir wissen müssen, wer in die Bundesrepublik Deutschland kommt, dass wir Sorge tragen müssen, dass wir keine Sicherheitsprobleme in die Bundesrepublik Deutschland importieren, und dass wir, solange wir Zeit dafür haben, dies auch in einem Regelverfahren einhalten und, wenn das Innenministerium hier seine Zusagen macht, dann eben das Auswärtige Amt das Visaverfahren durchzuführen hat. Das war bis zum heutigen Tage nach meiner festen Überzeugung die Pflicht eines Innenministers; denn man muss wissen, wenn man hier Fehler macht, dass die kaum mehr reversibel sind, und zwar auf viele Jahre hinaus.

Damals ist es noch ziemlich kritisch beleuchtet worden, auch in der Öffentlichkeit. Aber ich glaube, mittlerweile bildet sich doch zunehmend ein Konsens heraus, dass wir hier geordnete Verfahren generell für die Zuwanderung brauchen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

damit die Humanität, der wir uns auch immer verpflichtet fühlen, berücksichtigt werden kann.

Ich möchte noch sagen, dass es immer wieder auch in Afghanistan Fälle gab, die unter ein Pauschalraster nicht gepasst haben und wo wir uns immer sehr konzilient und pragmatisch gezeigt haben. Aber Sie können eben wie bei dem Brand auf Lesbos, wo ich dann entschieden habe: „Wir übernehmen 3 000 Familien nach diesem Brand nach Deutschland“ - - Solche Akte der Humanität können Sie eben nur durchführen, wenn Sie nicht innerhalb des Landes mit anderen Problemen überlastet sind. Und darum ist dieser Zusammenhang Ordnung und Humanität für mich bis zum heutigen Tage eine sehr, sehr tragfähige Basis.

Ich möchte noch persönlich anmerken, dass ich entgegen mancher Veröffentlichung nie ein Gegner von Zuwanderung war. Es gab immer Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland. Es geht aber immer um das richtige Ausmaß der Zuwanderung, und zwar als Überforderungsschutz für verschiedene Institutionen - Schulen, Kindergärten -, Sicherheit, Integration im Inland.

Ich habe mir, bevor ich die Obergrenze mal gefordert habe, schlicht und einfach angesehen: Wie war die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland seit der deutschen Einheit? Wir hatten mit der Bevölkerung nie Probleme, wenn sich die Zahlen in vernünftigen Größenordnungen bewegt haben. Und wir hatten immer unangenehme Diskussionen, wenn es in einige Hunderttausend oder gar in Millionen ging, weil die Leute dann, die Menschen - und komischerweise muss man das immer wieder darlegen, dass man ja für die Menschen die Politik macht -, sonst Probleme erleben im Alltag, die dann auf die Politik zurückschlagen und leider Gottes zu einer Erscheinung führen - die ich sehr, sehr bedaure -, dass sich eben extremistische Strömungen jenseits der Politik der Mitte bilden. Und wer dies nicht beachtet, wird erleben, dass wir innenpolitisch immer größere Herausforderungen bekommen. Ich glaube, mehr muss man da zur Aktualität nicht sagen. Ich hoffe, dass die politischen Kräfte im Laufe der Zeit diese Dinge wieder unter Kontrolle bekommen. Es ist ja einiges eingeleitet dafür, wo

ich nur hoffen kann, dass es auch seine Wirkung entfaltet.

Also noch mal, Herr Vorsitzender, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Es geht nicht - - Ich habe nie gefordert einen Zaun um Deutschland und ähnliche Maßnahmen, sondern ich habe immer gefordert ein richtiges Maß der Zuwanderung, das wir in der Vergangenheit hatten und auch in der Zukunft brauchen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Im Einzelnen kommen wir da auch noch mal zurück. - Ich würde gern noch mal bei dem Punkt bleiben, dass da, als die Dinge sich in Afghanistan zugespitzt haben, das sich im Vorfeld der Bundestagswahl abgespielt hat, und fragen, welche Überlegungen denn im BMI in Relation zu diesen Bundestagswahlen in Bezug auf die Migrationsfrage aus Afghanistan angestellt worden sind.

Sie haben vorhin selbst darauf Bezug genommen - deswegen nehme ich das jetzt mal als Punkt -: Zu den - wahrscheinlich - Zitaten der Zeitgeschichte, die mit Ihnen verbunden werden, gehörten auch die Anmerkungen aus dem Jahre 2016, dass das eine Herrschaft des Unrechts sei, was da stattgefunden hat in der Großen Koalition unter der Bundeskanzlerin Merkel. Und wir reden jetzt über das Ende dieser Wahlperiode, und meine Frage mit Blick auf Afghanistan - das, was Sie eben gesagt haben; Sie haben gesagt: „Humanität und Ordnung“; das waren, glaube ich, die Begriffe -: War aus Ihrer Sicht die Ordnung sozusagen wiederhergestellt zu diesem Zeitpunkt, und gab es Überlegungen mit Blick auf die Bundestagswahl, die das konkrete Vorgehen gegenüber Afghanistan in dieser Phase beeinflusst haben?

Zeuge Horst Seehofer: Also, ich war ja damals Parteivorsitzender und noch Ministerpräsident und war aus der ganzen fast 50-jährigen Erfahrung - meine ersten Erfahrungen waren so ähnlich wie heute: Helmut Schmidt und Helmut Kohl, konstruktives Misstrauensvotum, Neuwahl - der festen Überzeugung, dass die Geschehnisse aus den Jahren 2015 und 2016 ihren Niederschlag in dem Bundestagswahlergebnis, und zwar ihren negativen Niederschlag aus der Sicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Union, bei der Bundestagswahl 2017 haben werden - das stand für mich fest - und dass es weniger darauf ankam, wie jetzt der aktuelle Innenminister in dem Jahre 2020 oder 2021 handelt. Dieses Ereignis von 15 und 16 hat sich ja tief, tief in die Köpfe bis zum heutigen Tage eingebrannt, sodass für mich nicht mehr die Rückschau jetzt in meinem Handeln als Innenminister und der Blick auf die Bundestagswahl 2017 entscheidend war, sondern der Masterplan, von dem ich gesprochen habe.

Jetzt weiß ich nicht, ob man sagen darf: Ich habe einmal in einer Pressekonferenz gesagt, an meinem 69. Geburtstag sei eine bestimmte Zahl, die mit meinem Geburtstag übereinstimmte, Flüchtlinge abgeschoben worden, was ich für völlig unverfänglich hielt. Aber daraus ist ein Popanz gebildet worden der Ironie und der Arroganz, was ich bis heute nicht verstehen kann.

Und nun stehe ich jetzt vor der gleichen Lage. Wo kann man noch ein bisschen was Ironisches sagen, ohne dass das gleich entsprechend missbraucht wird? Deshalb reduziere ich mich da jetzt.

Der Masterplan ist am 4. Juli dieses Jahres veröffentlicht worden, 2018. Der 4. Juli war jetzt auch wieder zufällig mein Geburtstag. Aber er ist nach meinem Amtsantritt ganz, ganz sorgfältig vom ganzen Haus, also Innenministerium, vorbereitet worden. Es waren ja über 70 Punkte. Und die haben alle Felder der Zuwanderungspolitik, die europäische Verantwortung, die Verantwortung der Transitstaaten, die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland, die Verantwortung der Herkunftsstaaten, wie ich finde, heute noch lesenswert niedergeschrieben. Und das ist meine Messlatte gewesen, nicht die Bundestagswahl jetzt im September, sondern das, was ich fachlich für erforderlich hielt. Es ist darüber in meinem Haus nach meiner Erinnerung nie parteipolitisch diskutiert worden, sondern: Was müssen wir machen, veranlassen?

Manches war ja uns auch klar, dass es Zeit braucht, gerade in der Europäischen Union, das von uns Gewünschte zur Realisierung zu bringen. Ich habe das dann noch weit verhandelt als

Innenminister. Übrigens: Genau das ist von meiner Nachfolgerin dann in den Verhandlungen auch zum Erfolg geführt worden. Und jetzt geht es darum: In welcher Zeit kann man diesen Verhandlungserfolg in die Realität umsetzen? Und da ist halt der Schutz der Grenzen und die Zurückweisungsmöglichkeit an den Grenzen ein ganz wichtiger Punkt, wobei ich darauf hinweisen möchte, dass es auch uns und mir nie darum ging, jetzt alle rechtsstaatlichen Regeln außer Kraft zu setzen und willkürlich an der Grenze zurückzuweisen, sondern schon unter Einhaltung auch rechtsstaatlicher Regeln.

In der Zeit, wo ich diesen Satz gebraucht habe, hatte ich noch meinen Blick auf das Amt als Ministerpräsident. Und die meisten Zuwanderer kamen ja über die Balkanroute und sind in Bayern angekommen. Und das waren solche Größenordnungen von Flüchtlingsströmen, dass wir eigentlich nicht mehr irgendwelche Regeln einhalten konnten, sondern wir mussten schauen: Wie befördern wir die Menschen weiter in andere Bundesländer, und wie ertüchtigen wir die Landkreise, die Gemeinden, die Städte in Bayern, in Ostbayern vor allem, dass sie die Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen können? Und das lief zu dem Zeitpunkt nicht mehr geordnet, sondern es waren halt Notmaßnahmen.

Aber mittlerweile, würde ich sagen, ist die Ordnung weitgehend hergestellt. Wir haben nur noch keine durchgreifende Lösung für die Anzahl der Migranten, deren Anerkennungsmöglichkeit halt sehr gering ist. Und die Lösung müssen wir finden, weil ich sonst fürchte, dass wir das Thema als Dauerthema behalten, und das tut unserer Demokratie nicht gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Sie gern im Kontext von dem Masterplan - -

Zeuge Horst Seehofer: Es gibt ja mehrere solche Sätze von mir. Ich habe bis heute bei keinem Satz einen Anlass, ihn zu korrigieren oder zu relativieren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Sie gern in dem Zusammenhang mit dem Masterplan, von dem Sie gesprochen haben, auch noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal fragen, inwiefern die migrationspolitischen Ziele in einem Zusammenhang mit der Aufnahme von Ortskräften und deren Familien standen, von denen es ja in Afghanistan viele gab.

Zeuge Horst Seehofer: Ich rede jetzt über das Regelverfahren; ich rede nicht über die Notfallsituation so um Mitte August oder in Nähe des August. Das Regelverfahren war sehr klar und nach Diskussionen auch immer in diesem Staatssekretärsausschuss im Konsens entschieden, zwar unterschiedlich oft diskutiert, aber im Konsens entschieden. Es war immer so, dass Ortskräfte ihre konkrete oder latente Gefährdung angezeigt haben, und das zuständige Ressort, in dessen Bereich die Ortskräfte tätig waren für Institutionen, hat geprüft, ob die Gefährdung zu Recht behauptet wird. Es war am Anfang dann auch so, dass das verbunden wurde mit einer Sicherheitsüberprüfung, die dann später in das Visumverfahren integriert wurde, also die Anfrage an BKA, Verfassungsschutz und BND. Das war aus meiner Sicht eine - - Auch die Sicherheitsabfrage, da gibt es ja Behauptungen, das hätte Wochen gedauert und es sei bürokratisch. Mein Staatssekretär hat mal im Innenausschuss in meiner Anwesenheit gesagt, weil ich gesagt habe: „Das dauert Stunden“ - - Und dann hat mein Staatssekretär mich korrigiert und hat gesagt: Der Minister hat wie immer übertrieben; das ist eine Angelegenheit von Sekunden. - Gut, ich muss das so hinnehmen, wie es der Staatssekretär sagt, der heute noch im Amt ist und der hochqualifiziert ist. Und ich hielt dies für eine absolut saubere rechtsstaatliche Regel. Denn wir wussten dann, die Gefährdungsanzeige, die Sicherheitsan- -* und das Visumverfahren hat dazu geführt - im Visumverfahren erfolgten ja dann auch biometrische Erhebungen -, dass man auch noch in der Bundesrepublik Deutschland - das war ja auch noch ein Problem, dass manche in 20 Institutionen dann ihre Sozialhilfe beantragt haben, weil dieser Austausch nicht stattgefunden hat damals - -

Und wir haben dann genau das erfüllt, was ich Ihnen politisch auf Ihre erste Frage gesagt habe. Wir wollten wissen: „Wer kommt in unser Land, welche Person?“, und wir wollten wissen: „Laden wir uns da ein Sicherheitsproblem auf?“,

also Stichwort Islamismus oder Ähnliches. Und wenn dies gut beantwortet worden ist, dann hat das Auswärtige Amt die Visaverfahren durchgeführt. Das war dann auch im Laufe der Zeit nicht mehr so einfach, weil wir dann auch IOM brauchten und manchmal die Bundeswehr das auch selber durchgeführt hat; war aber alles in Ordnung. Und ich war da mit mir völlig im Reinen, was Rechtsstaat anging, aber auch, was die Menschlichkeit anging.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Welche Verantwortung haben Sie für gefährdete afghanische Ortskräfte gesehen?

Zeuge Horst Seehofer: Die Letztverantwortung hat immer ein Minister oder eine Ministerin. Deshalb haben wir sie ja auch. Ja, der Minister bestimmt die politische Linie, verantwortet sich gegenüber dem Parlament, das ja seine Kontrollfunktion gerade in diesen Fragen hinreichend wahrgenommen hat - fast wöchentlich in Aktuellen Stunden und Ähnlichem oder im Innenausschuss. Das waren immer lange, lange Sitzungen. Aber ich habe mein Amt immer so verstanden - ein Staatsamt, das durch einen Politiker besetzt wird oder eine Politikerin -: Der Politiker hat die Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber dem Parlament und in unserem Verfassungsgefüge vor allem auch gegenüber einem Bundeskanzler.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will noch mal ein bisschen spezifischer fragen. Es gibt ein Leitbild der Bundesregierung für den Umgang mit Ortskräften in aller Welt und insbesondere auch in gefährdeten Regionen. Und meine Frage ist, ob Sie in der Rückschau der Auffassung sind, dass dieser Verantwortung für die Ortskräfte gerecht geworden ist.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, eindeutig ja. Ich habe auch beim Studium der Beweisunterlagen, die ich mehrfach durchgegangen bin, mir immer wieder gesagt: Ich kann in den Spiegel schauen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich Sie gern noch etwas allgemeiner fragen: Welche Themen waren für Sie als Bundesinnenminister



Nur zur dienstlichen Verwendung

bezogen auf Afghanistan von besonderer Bedeutung? Was war Ihnen besonders wichtig bezogen auf das Thema unseres Untersuchungsgegenstandes?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, gut, über der konkreten Problematik Ortskräfte stand für mich das Polizeienagement, das ja anders als die Bundeswehr, die ja wirklich auch in der Realität im Einsatz war, sich ja auf die Ausbildung, auf die Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Ausbildung von Polizeibeamten konzentrierte. Die Polizeibeamten waren also nicht im Polizeivollzugsdienst in Kabul tätig, sondern sie haben die Sicherheitskräfte unterstützt, in der Ausbildung vor allem. Das ist sehr schwierig geworden durch die Phase Corona, weil von den 50 nominell vorgesehenen Polizeibeamten oft nur 10 überhaupt aus gesundheitlichen Gründen im Einsatz waren. Sie mussten ja auch rotieren. Das war unser Ziel, dass nicht bestimmte Leute dann jahrelang drunten sind oder drüben sind. Und das war neben den Ortskräften für mich die zentrale Frage als Innenminister.

Und als Innenminister habe ich immer auch hohes Interesse gehabt, wie es mit unseren Soldaten dort läuft und ob sie ausreichend geschützt sind. Ich habe als Ministerpräsident an der Beerdigung vieler Soldaten teilgenommen, die aus Bayern waren und dort ums Leben gekommen sind. Das war so die Allgemeinverantwortung in einem Kabinett.

Und natürlich habe ich mich auch an den politischen Diskussionen beteiligt, manchmal auch recht kritisch, weil ich mit zunehmendem Zeitablauf dann schon mir auch manchmal Fragen erlaubt habe: Haben wir als Bundesregierung, als Bundesrepublik Deutschland jenseits der Ortskräfte und der Ausbildung von Sicherheitskräften ja eigentlich die Ziele noch im Sichtbereich, dass wir die erreichen können oder schon erreicht haben? Und darum war ich da beim Abzug der Amerikaner und dann auch - - Ich habe ja zu einem relativ frühen Zeitpunkt die Polizeibeamten im April abgezogen, mit Zustimmung der Kanzlerin, und dann kam ja auch die Bundeswehr - - hatte ich schon mir immer wieder diese Frage vorgelegt: War es das wert?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie häufig und in welcher Form haben Sie sich mit Ihren Staatssekretären über Afghanistan ausgetauscht? Gab es da sozusagen einen konstanten Informationsaustausch mit Ihren beiden Staatssekretären zu diesem Thema?

Zeuge Horst Seehofer: Ich hatte ja - ich weiß nicht, ob es das heute noch gibt - sieben Staatssekretäre, fünf beamtete, zwei Parlamentarische. Aber auch die Parlamentarischen haben sich intensiv nicht nur gegenüber dem Parlament - was ja eigentlich ihre Hauptaufgabe ist -, sondern auch in die Vorbereitung von Entscheidungen, in Diskussionen im Ministerium eingeschaltet. Wir hatten ein sehr kollegiales Führungssystem, eigentlich mindestens jede Woche einmal eine feste Leitungsrunde, aber bei entsprechenden Sachverhalten eben auch öfters in einer Woche. Und da ist nicht von den Staatssekretären erwartet worden: „Was denkt gerade der Minister?“, und: „Was dürfen wir tun?“, sondern die Staatssekretäre haben sich sehr, sehr eingebracht, auch mit unterschiedlichen Meinungen.

Das ist manchmal für einen Minister anstrengend, aber es fördert bessere Entscheidungen. Und die sind gerade mit den hauptverantwortlichen Staatssekretären, also dem Amtschef, Herrn Engelke, der heute noch die gleiche Funktion ausübt, und mit Herrn Teichmann sehr, sehr intensiv geführt worden. Und auch alle anderen Staatssekretäre, ob sie jetzt für den Wohnungsbau und Ähnliches zuständig waren, haben sich da intensiv beteiligt. Und ich habe das immer für befruchtend gehalten. Ich habe auch immer was dazugelernt. Und wenn die Staatssekretäre der Meinung waren oder ich persönlich: „Wir brauchen da den Abteilungsleiter, wir brauchen eine Referatsleiterin“, dann haben wir die dazugeholt. Und, wie gesagt, das gibt Ihnen auch festen Boden unter den Füßen, weil Sie dann von dem, was Sie auf den Weg geben dann als politische Entscheidungen, einfach sattelfest sind. Und darauf kommt es an in der Politik. In der Politik kommt es nicht darauf an, welche Inszenierungen Sie an den Tag legen, sondern was Sie bewirken für die Menschen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie bezogen auf Afghanistan auch operative Entscheidungen getroffen? Oder wie stark sozusagen haben die Staatssekretäre das abschließend entschieden? Oder wie stark haben Sie gewünscht, einbezogen zu sein? Wie habe ich mir das vorzustellen?

Zeuge Horst Seehofer: Die Staatssekretäre wussten, dass ich immer gewünscht habe, einbezogen zu werden. Ich wollte nie in der Presse lesen, was die Staatssekretäre denken, sondern ich wollte, dass sie mich einbeziehen, wie umgekehrt die mit Recht den Anspruch erhoben, dass sie auch von mir einbezogen werden. Das waren immer kollegiale Entscheidungen. Und natürlich gibt es dann nach einer Diskussion - und da bin ich wieder bei der politischen Verantwortung; deshalb hat man ja seit Menschengedenken Minister - - für die politische Linie zu sorgen für ein Haus. Sonst bräuchte man ja nur noch unsere Spitzenbeamten mit der Verwaltung unseres Landes beauftragen.

Und natürlich haben wir dann beim Masterplan - - habe ich am Schluss gesagt - ich habe auch manche Korrekturen angebracht -: So, das ist jetzt aus meiner Sicht entschieden, ihr habt politische Rückendeckung, auch wenn es kontroverse Diskussionen gibt. - Das betrachte ich als operative Entscheidung. Aber ich war nie ein Freund, obwohl es mir oft unterstellt worden ist, von operativen Entscheidungen aus der Hüfte, dass man nach dem Motto geht: Wer zuerst zieht, hat gewonnen. - Das war nie die Grundlage meiner Politik. Und deshalb mussten wir auch ganz selten - - Natürlich macht man auch mal Fehlentscheidungen, aber im Zusammenhang mit Afghanistan, Ortskräften und unserem Zuständigkeitsbereich würde ich bis heute nicht aus Besserwissererei, sondern wirklich aus Überzeugung sagen: Ich habe meinen - - Ich sage immer, wenn ich zufällig jemanden treffe, wie heute wieder hier in der Nähe des Plenarsaals - - sage ich: Wir haben da keine Fehler gemacht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Sie gern auch noch fragen wollen, mit welchen Ministerkollegen bezogen auf Afghanistan Sie sich ausgetauscht haben und welche Formen das

hatte und auch, wie häufig Sie mit der Bundeskanzlerin über Afghanistan sich ausgetauscht haben, welche Themen das betroffen hat.

Zeuge Horst Seehofer: Also, mit der Bundeskanzlerin gab es aufgrund meiner Funktion Parteivorsitz wöchentlich einen Gedankenaustausch, immer dienstags, bevor wir in die Fraktion gingen oder wichtige Bundestagsversammlungen anstanden. Natürlich mit dem Verteidigungsminister - es waren mehrere in meiner Zeit, wenn ich mich recht erinnere -, zuletzt mit der Frau Kramp-Karrenbauer - ein anderer Verteidigungsminister stammt ja aus meinem politischen Stall - und natürlich auch mit Heiko Maas, aber auch mal mit Staatssekretären, die in diesen Ministerien zuständig waren. Aber das zentrale Gremium war aus meiner Sicht in der Umsetzung nach der politischen Entscheidung diese Staatssekretärsrunde. Ich glaube, es waren vier Staatssekretäre der betroffenen Ministerien. Und ohne, dass ich jetzt Staatssekretären besonders streicheln möchte: Das waren schon sehr qualifizierte Leute.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zum Abschluss dieser eher allgemeineren Fragen würde ich Sie gern mal fragen wollen, inwiefern Sie sich mit der Bundeskanzlerin ausgetauscht haben zur Frage der Abschiebungen nach Afghanistan und was da Gegenstand der Gespräche gewesen ist.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, das war ja nicht ein einmaliger Austausch, sondern es war ein Prozess. Wir haben ja die Abschiebeflüge unterbrochen wegen Corona. Sie müssen ja wissen, dass Sie bei einem Abschiebeflug neben den Abzuschiebenden, die ja vor allem Straftäter, Gefährder und ähnliche Personen waren, immer an die 100 Begleitpersonen mitschicken müssen: Dolmetscher, Ärzte, Polizeibeamte. Das ist ja auch immer umstritten gewesen, ob man das der Öffentlichkeit sagen darf, dass für 30 oder 40 Personen dann 100 Begleitpersonen notwendig sind. Aber es war notwendig.

Und wir haben diese Abschiebungen aufgrund eines Abkommens mit der jeweiligen afghanischen Regierung durchgeführt. Das wird ja oft in dieser Diskussion Ortskräfte auch übersehen. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben ja sehr, sehr uns auch abgestimmt mit der afghanischen Regierung gerade auch in dieser Frage „Soll man jetzt Charterflugzeuge einsetzen?“, wo auch die afghanische Regierung uns gewarnt hat davor, um den Saigon-Effekt zu vermeiden, den man ja aus Vietnam als Älterer kennt. Und so haben wir die Abschiebeflüge, die ja - auch das wird sehr verkürzt immer in der Öffentlichkeit behandelt - - Wer abgeschoben wird, ist eine Entscheidung der Länder, und wir haben als Bundesregierung immer angeboten, dass wir sie dabei unterstützen, zum Beispiel durch die Bundespolizei und auch durch * Behörden, die dann in Berlin gebildet wurden*, die die Kontakte wegen Ausweisen und anderen Fragen mit den Herkunftsländern durchgeführt haben. Wir sind eigentlich nicht direkt zuständig nach dem Recht. Aber wir haben gesehen, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gesamtstaatliche Aufgabe, und haben das massiv unterstützt.

Und die Unterstützung durch die Länder war unterschiedlich. Sie war mit großer Mehrheit da. Meistens waren es zehn, zwölf Länder, die die Abzuschiebenden zugeführt haben. Ich glaube, der erste Abschiebungsflug war aus Leipzig. Dann gab es auch mal einen aus Berlin. Aber sollte ich das jetzt ein bisschen verwechseln, dann bitte ich um Nachsicht. Es kann auch mal einer aus München gewesen sein. Jedenfalls: Es gab dann wieder Abschiebeflüge.

Und natürlich wurde die Kanzlerin informiert, dass wir nach Afghanistan Abschiebeflüge durchführen. Und für sie war immer entscheidend, dass hier die Abstimmung mit der afghanischen Regierung erfolgt. Denn der Westen hatte ja damals lange, lange, lange Zeit - ich sage „lange“ dreimal -, in der Hoffnung, dass es nach dem Abkommen der Amerikaner mit den Taliban im Februar 20, glaube ich, gelingt, in Verhandlungen zwischen der Kabuler Regierung und den Taliban auch so was wie eine stabile Regierung zu etablieren - - Und deshalb haben wir auch immer diesen Kontakt mit der Regierung aufrechterhalten, weil ich bei all diesen Widrigkeiten, die uns da begleitet haben, diese Hoffnung aufrechterhalten wollte, die sich ja dann leider spätestens im August des Folgejahres, 2021, zerschlagen hat.

Und ja, so war die Information jetzt für die Kanzlerin bei den vielen Informationen, die sie stündlich bekommt, sicher erforderlich.

Aber es war jetzt auch nicht umstritten oder diskussionswürdig. Das war das, was die Regierung, die damals im Amt war, wollte. Wir wollten auch zurückführen, um der Bevölkerung zu sagen: Ja, zur Umsetzung des Asylrechts, das übrigens ja nur noch in sehr geringem Umfang nach dem Grundgesetz erteilt wird, sondern nach der Genfer Flüchtlingskonvention - auch das wird völlig unterschlagen in der öffentlichen Diskussion; fast 100 Prozent nach der Genfer Flüchtlingskonvention - - Wenn wir das aufrechterhalten wollen, müssen wir der Bevölkerung zeigen, dass bestimmte Personen - ich reduziere das jetzt nicht auf die Straftäter, sondern wir hatten auch einige Hundert Gefährder, also Menschen, die von den Sicherheitsbehörden als gefährlich eingestuft wurden und für potenzielle Verbrechen in einen Kreis eingeordnet wurden, den man nach allem, wie sie gehandelt haben, wie sie telefoniert haben, was sie vorbereitet haben, als Gefährder für schwerste Straftaten bezeichnen musste - - Ich bin da auch mal hingefahren, habe mir das angeschaut, genauso wie ich mit den Bundespolizisten gesprochen habe über ihren Einsatz. Sie hatten ja sowohl die Bundeswehr wie die Polizei, glaube ich, hier auch vor dem Ausschuss.

Und einer der beeindruckendsten Persönlichkeiten, der hatte den Spitznamen bei uns im Ministerium „Fisch“, der hat auch in der Phase, wo es nicht mehr nach geregelten Verfahren ging, am Flughafen und in der deutschen Botschaft einen bewundernswerten Einsatz gezeigt. Und ich bin extra mal nach Köln/Bonn geflogen, um mit ihm und seinen Kollegen zu reden über seine Erfahrungen, damals schon. Und es hat mich selten ein Gespräch so beeindruckt wie das Gespräch mit dem Herrn „Fisch“. Ich bitte, das jetzt nicht als despektierlich zu begreifen, weil mir ist der Familienname nicht mehr eingefallen. Mir hat man im Ministerium gesagt: Der hat den Namen „Fisch“. Wenn Sie den erwähnen, dann weiß jeder, wer es ist.

(Zuruf: Wir auch!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wissen es auch, wir haben ihn nämlich als Zeugen geladen.

Zeuge Horst Seehofer: Eine ganz beeindruckende Persönlichkeit. Ich hoffe, es war hier auch so.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, ja. - Ich würde Sie gern nach ein paar Komplexen kursorisch befragen. Das wird dann von den Kolleginnen und Kollegen sicherlich vertieft.

Ich komme noch mal zurück zum Ortskräfteverfahren, über das wir schon mal kurz gesprochen haben. Erinnern Sie sich noch, wann Sie das erste Mal damit befasst worden sind?

Zeuge Horst Seehofer: Och! Also, jetzt kann ich Ihnen keine konkrete - - Ich habe zwar die Beweisunterlagen rauf und runter - - Aber ich dachte mir immer, die ganzen Beweisunterlagen strotzen vor Zahlen, wie viele Ortskräfte beantragt oder sich als gefährdet gemeldet haben, wie viele davon anerkannt worden sind, wie viele dann wieder nicht ausgereist sind. Und ich habe mir für mich - ich hoffe, es ist für Sie zumutbar - dann gesagt: Bevor du jetzt, wie in der Schule, die Zahlen auswendig lernst, darf ich, glaube ich - ich bin heute vor dem 12. Untersuchungsausschuss in meiner Zeit, Bonn, München, Berlin -, bitten, das einfach in den Beweisunterlagen zu registrieren. Da steht ja genau: „Herrn Minister über Staatssekretäre“, dann weiß man, wann das konkret der Fall war. Das war sicher schon 2020, nehme ich an; aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen: Das war der 17. Juli oder - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darum ging es mir auch ehrlich gesagt gar nicht. Und nebenbei bemerkt: Das menschliche Gedächtnis ist, wie es ist; das gilt für uns alle. Und insofern: Das ist, glaube ich, nicht der Punkt.

Mir geht es jetzt eher ein bisschen darum, weil ich rausfinden wollte - wir haben ja darüber gesprochen, wie das mit den Ortskräften ist -, wann Sie das erste Mal so wahrgenommen haben, dass es da Änderungsbedarf gibt, dass es da Unzufriedenheiten gab mit dem Ortskräfteverfahren, dass

es da Änderungswünsche gab. Erinnern Sie sich, in welchen Kontext Sie damit - -

Zeuge Horst Seehofer: Ja, gut, natürlich hat man aus dem parlamentarischen Raum Briefe bekommen; man hat Briefe bekommen aus den Ländern. Ich erinnere mich - aber das muss jetzt nicht abschließend sein -: Rheinland-Pfalz und Boris Pistorius. Es war aber dann schon zu fortgeschrittener Zeit, wo es immer um die Fragen, die aber auch schon im Kreise der Staatssekretäre und auch bei uns in der Leitung diskutiert werden - - Das war so - - ging auf den Sommer 2021 zu. Da ging es einmal um die Frage: Ist es noch richtig, nur die Kräfte als Ortskräfte zu behandeln, die in den letzten zwei Jahren vor der Antragstellung auch Ortskräfte waren praktisch? Oder muss man nicht auf das Jahr 2013 zurückgehen? Oder wie der Entwicklungshilfeminister der Meinung war oder als Gefahr sah, wenn man von den zwei Jahren weggeht, dass man dann auf den Beginn des Afghanistan-Einsatzes zurückgehen muss im Jahre 2001 - - Und die Zahlen differieren natürlich - wen wundert's? - enorm. Nach Meinung des Innenministeriums wäre der Vorschlag vom Kollegen Müller, auf 2001 zurückzugehen - - hätte eine Größenordnung von 50 000 Personen umfasst. Und das ging dann für mich wieder in die Nähe dessen, was wir 2015/2016 erlebt haben. Das wollte ich nicht. Die Humanität und Ordnung waren da für mich entscheidend.

Und das war das eine: Welcher Zeitraum wird erfasst? Und je kritischer die Lage wurde, desto größer ist natürlich das Bestreben gewesen bei manchen Leuten: Wir weiten das jetzt einfach aus.

Und das Zweite war, das Verfahren selbst so zu gestalten, dass man nicht sagen kann: Die gute Absicht der Bundesregierung wird erstickt durch eine Bürokratie, also durch bürokratische Anforderungen. Und da nehme ich jetzt für mich in Anspruch, dass - wie für den einen oder anderen Kollegen auch in der Bundesregierung - wieder das Prinzip Humanität und Ordnung gegriffen hat. Wir haben das ja nach meiner Erinnerung nach dem § 22 des Aufenthaltsgesetzes abgewickelt, was ja in erklärten Härtefällen oder Ausnahmefällen auch die Möglichkeit einräumt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn das politische Interesse der Bundesrepublik Deutschland gegeben ist, extreme Fälle nach Deutschland - - in Deutschland mit einem Aufenthaltstitel zu versehen. Das sind ja keine Asylbewerber. Das sind Leute mit einem besonderen Aufenthaltstitel, der ausnahmslos auch von den Ländern akzeptiert worden ist.

Wir haben, wie ich schon sagte, dann das Sicherheitsverfahren in die Sache des Visumverfahrens verlagert. Wir haben dann nach einer Besprechung bei der Bundeskanzlerin - ich rede jetzt so vom Herannahen des Notfalls - entschieden, dass die Bundeswehr und die Polizei trotzdem auf das Jahr 2013 zurückgehen können - die Bundeswehr hat das dann eigenständig auch abgewickelt -, weil wir der Meinung waren, dass natürlich die Personen, die jetzt in einem konkreten Einsatz aus der Sicht der Taliban gegen die Taliban waren, wie die Bundeswehr unbestritten und die Polizei indirekt durch die Ausbildung der lokalen Sicherheitskräfte - - dass es dort doch gerechtfertigt sei, auf das Jahr 2013 zurückzugehen.

Und so haben wir immer wieder nachgesteuert, auch bei der Frage: Wer gehört zur Kernfamilie? Die Kernfamilie wird ja von der Politik gerne schnell definiert. Und dann gibt es sehr viele unterschiedliche Sachverhalte im Vollzug. Natürlich war es immer ein Partner; es waren immer die Kinder, die minderjährigen Kinder, die im Haushalt gelebt haben. Und wir haben dann auch das noch mal erweitert: Wenn zum Beispiel eine Tochter da war, die schon 18 war, aber nicht mehr unter die Regel gefallen wäre, die gehört zur Kernfamilie, haben wir gesagt: Aber wenn sie im gleichen Haushalt lebt, dann kann die natürlich auch nach Deutschland. - Das wäre schlechterdings schwer vorstellbar gewesen: Die Familie kann raus, aber die volljährige Tochter muss bleiben - oder auch der Sohn. - Und so haben wir immer wieder nachgesteuert.

Ich will Ihnen damit auch vermitteln: Da saßen nicht bürokratische, hartherzige Damen und Herren beieinander - ich rede jetzt von meinen Mitarbeitern -, sondern die haben auch immer ihrem - - sind dem Ruf ihres Herzens gefolgt, dort zu helfen durch Pragmatismus, wo es möglich war, ohne wieder etwas auszulösen, was wir

dann nicht mehr in den Griff bekommen. Und da hatten wir natürlich alle die Jahre 2015/2016 im Auge.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben laut Akten beispielsweise im Januar 2021, am 14. Januar, mit der Verteidigungsministerin Frau Kramp-Karrenbauer telefoniert über das Ortskräfteverfahren. Und es gab dann auch im April 2021 ein Gespräch mit Frau Kramp-Karrenbauer zu dem Thema des Ortskräfteverfahrens in Ihrem Bereich. Und erinnern Sie sich an diese Gespräche und an die Wünsche, die da an Sie herangetragen worden sind, und haben Sie sich mit der Verteidigungsministerin verständigen können?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, ich hatte ja vorhin gesagt, dass es immer solche Gespräche gab, mal beiläufig während oder neben dem Kabinett oder bei einer Bundestagssitzung. Entscheidend war aber immer, dass wir beieinanderbleiben. Ich wollte nie eine Situation herstellen, dass wir beide, CDU und CSU, einig sind und dann die anderen beiden Minister in der Luft hängen. Zum Teil lag ja das, was die Frau Kramp-Karrenbauer mit mir besprochen hat, quer im Laden, jedenfalls lange Zeit, mit dem Entwicklungshilfeminister. Und auch mit dem Außenminister wollte ich nicht - - schon gar nicht einen öffentlichen Konflikt dazu, weil ich wusste aus den Jahren 2015/2016, bei einem öffentlichen Konflikt über die Zuwanderung innerhalb der gleichen Regierung verliert die Politik ungemein. Und deshalb haben wir zwar immer - - Das Anliegen der Annegret war natürlich immer, mehr Gefährder* [sic!] zu berücksichtigen als das Innenministerium. Aber wir haben uns immer so verständigt: Lasst uns das abschließend mal bei den Staatssekretären behandeln, damit die Einigkeit dieser Staatssekretärsrunde nicht infrage gestellt wird. Es wäre ein Leichtes gewesen, da voranzumarschieren und damit dann die anderen Minister unter Schwierigkeiten zu bringen. Das war von niemandem die Absicht.

Wir haben all diese Fragen, die ich vorhin genannt habe, wo wir pragmatische Antworten gegeben haben - - sind letzten Endes im Konsens dieser vier Häuser gelöst worden. Und den Kon-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sens haben immer die Staatssekretäre herbeigeführt, was aber nicht bedeutet, dass nicht Minister ihren Staatssekretären gesagt haben: Ich habe mit der Kollegin gesprochen, die will dieses und jenes, und ihr müsst jetzt einmal das miteinander diskutieren, ob das möglich ist. - Ich kann mich nicht erinnern, dass wir da mit irgendeiner Spannung auseinandergingen. Das betrifft auch die Frage, die mir die Kanzlerin oft gestellt hat: Charterflüge, warum machen wir nicht Charterflüge? Und warum muss die Ortskraft eigenverantwortlich einen Linienflug buchen? - Wir haben es aber dann trotz aller Diskussionen, die ja überwiegend nichtöffentlich geführt wurden - - Das ist eine typische Frage: Wie bildet man in einer Regierung eine Meinung? Und, wie gesagt, ich habe ja die vier Staatssekretäre schon gelobt, die waren hochqualifiziert, aber sie waren auch politisch hochbegabt, weil sie gewusst haben: Was kann man der Gegenseite zumuten? Gegenseite jetzt innerhalb der gleichen Regierung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es war dann so, dass Mitte April die Verteidigungsministerin öffentlich gesagt hat, dass sie der Meinung sei, es müsse jetzt Veränderungen geben, also auch pauschalere Lösungen als bis dato. Und der Staatssekretär Engelke hat laut Aufzeichnung des AA - das ist MAT A AA-8.283 VS-NfD, Blatt 167 bis 169; also, Ihr Staatssekretär Engelke hat uns das auch hier ausgesagt - gesagt, dass Sie gegenüber der Verteidigungsministerin pragmatische Lösungen zugesagt hätten, -

Zeuge Horst Seehofer: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - bezogen auf diese öffentliche Forderung. Was war mit pragmatischen Lösungen gemeint jetzt konkret, bezogen auf die Wünsche, die sie hatte?

Zeuge Horst Seehofer: Für mich als Angehöriger des Freistaates Bayern ist eine pragmatische Lösung gesunder Menschenverstand, den man ja unterschiedlich definieren kann, und, ja, unbürokratisch: nicht vor lauter Regeln sich selber in einen Käfig zu setzen und handlungsunfähig zu werden. Und ich glaube, das haben wir auch bewiesen, wobei mir ein bisschen zu kurz kommt - auch in den Beweismaterialien, die ich studieren

konnte -, dass wir von denen, die für die Beurteilung der Lage in Afghanistan zuständig waren, ja immer zu dieser Zeit, die sie gerade genannt haben, April, die Botschaft bekamen: „Wir haben noch Zeit“, sodass aus meiner Sicht jetzt nicht die Lage bei mir so war, dass ich sagte: Mensch, wir müssen jetzt innerhalb von acht Tagen alles abgewickelt haben; wir haben noch Zeit. - Das wird der Herr Engelke vielleicht auch hier gesagt haben. Ich weiß nicht, wie er sich ausgedrückt hat. Aber die Bereitschaft, bei richtigen Vorschlägen, da, wie wir sagen, Leine zu lassen, war da. Wir haben es ja auch in verschiedenen Punkten gemacht.

Schauen Sie, auch zu dieser Zeit waren wir noch der Meinung, Abschiebeflüge sind möglich. Und auch die afghanische Regierung hat es so eingeschätzt. Es erinnert mich jetzt an manche anderen historischen Vorgänge, wo man es sich zu leicht macht, mit den Erkenntnissen von heute Sachverhalte in der Vergangenheit zu beurteilen. Das ist ja eine beliebte politische Vorgehensweise geworden. Wenn ich lese, was nach der Krim alles hätte geschehen sollen durch die Kanzlerin, und wenn ich mir dann überlege: „Was hat die Person, die dem Kanzler das heute vorwirft oder der Kanzlerin, damals gesagt?“, dann stelle ich fest: nur geschwiegen. Und das ist ein Sport geworden, mit den Erkenntnissen heute Geschehnisse vor zehn Jahren zu beurteilen. Das kann man tun als Lehre für die Zukunft, aber man kann es nicht als Vorwurf für die damals Verantwortlichen definieren. Das ist ein Unterschied.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bei allen Meinungsverschiedenheiten, die man haben kann, ist das, glaube ich, ein zutreffender Hinweis, dass wir versuchen, auch zu trennen, Bewertungen vorzunehmen auf der Basis dessen, was man inzwischen weiß.

Ich würde Sie gern trotzdem fragen und überspringe jetzt das ein oder andere: Wir haben laut der Zeugin Busch, die wir hier vernommen haben - endgültiges Stenografisches Protokoll der Sitzung am 13. Juni 2024 -, einen Hinweis, dass am Rande des Kabinetts ein Gespräch zur Erweiterung des Kreises der Berechtigten im Ortskräf-



Nur zur dienstlichen Verwendung

teverfahren zwischen Ihnen, der Verteidigungsministerin und der Bundeskanzlerin stattgefunden hat. Laut der Zeugin Busch ist es so, dass die Bundeskanzlerin dort - ich zitiere das wörtlich aus dem Stenografischen Protokoll - „anders entschieden“ habe. Also, es war wohl so, dass Sie sich gegen die eine Anpassung der zweijährigen Ausschlussfrist ausgesprochen hätten - das sagen die Akten -, und nach dem Gespräch zwischen Ihnen, der Verteidigungsministerin und der Bundeskanzlerin habe die Bundeskanzlerin anders entschieden. erinnern Sie sich daran?

Zeuge Horst Seehofer: Ja. So ist es in der Politik. Mir ist gesagt worden, die Kanzlerin würde gerne da am Rande oder nach dem Kabinett mit uns reden. Sie hatte ja so manche Positionen. Und dann sind wir übereingekommen, dass für die Bundeswehr und für die Polizei - ich sagte es heute schon - besondere Sicherheitsbelange im Raum stehen - berechtigt - und eine Schlussfolgerung auf zum Beispiel die Entwicklungshilfe nicht angezeigt ist. Das war für mich auch jetzt kein großer Sprung, den ich jetzt hätte durchführen müssen als Innenminister, auch weil es gemessen an dem, was ich heute schon öfters gesagt habe - 2015/2016 -, um verhältnismäßig kleine Zahlen ging; wenn ich es recht im Kopf habe, bei den Bundeswehrortskräften noch 300 oder 350. Ich habe mir zwar vorgenommen, keine Zahlen hier zu nennen, aber wenn sie zufällig übereinstimmen mit dem, was Ihnen schriftlich vorliegt, ich glaube, das sind dann 2 000 mit Familienangehörigen. Wir hatten ja immer den Faktor 4 bis 5. Und das war jetzt - das habe ich auch immer in der Öffentlichkeit vertreten - - Das sind jetzt keine Größenordnungen, die unser System in der Bundesrepublik Deutschland überfordern.

Das war ja auch mein Argument bei Lesbos, bei diesem Brand, zu sagen: Liebe Leute - da gibt es natürlich auch Kritik -, wenn da jetzt 3 000 Leute, also Mütter und Kinder, nach Deutschland geholt werden und die werden über die ganze Bundesrepublik Deutschland verteilt, kann doch niemand im Ernst behaupten, dass dies die Bundesrepublik Deutschland oder die Bevölkerung überfordert. Darum komme ich immer wieder auf den Punkt: Für die Humanität ha-

ben Sie umso mehr Raum, je stärker Sie die Ordnung realisieren. Und deshalb war das für mich, auch jetzt im Studium der Akten - ich habe ja schon vermutet, dass die Frage kommt: Kanzlerin hat entschieden, und der Seehofer ist gebückt ins Innenministerium zurückgefahren - - Das war aber nicht der Fall, sondern es war einfach absolut verantwortbar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun sind Sie ja Jurist.

Zeuge Horst Seehofer: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sind Sie gar nicht?

Zeuge Horst Seehofer: Ich bin Erfahrungsjurist - übrigens wie die Bundeskanzlerin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich das mal anders sagen. Wir haben Ihre beiden Staatssekretäre gehört, von denen jetzt schon die Rede war, und was das Ortskräfte- und Visumsverfahren angeht, Visa on Arrival und juristische Möglichkeiten, haben die beiden Staatssekretäre Teichmann und Engelke Unterschiedliches hier vorgetragen. Der Staatssekretär Engelke hat laut vorläufigem Stenografischen Protokoll 20/87, Seite 86 - Anlage 10 -, sinngemäß gesagt - oder ich kann es auch eigentlich zitieren -:

„Rechtlich war alles möglich, weil das eine im Aufenthaltsgesetz vorgesehene Möglichkeit ist, zu sagen: Notfalls kann die Überprüfung einer Aufenthaltsberechtigung erst bei Betreten deutschen Staatsgebietes erfolgen.“

Es ist also eine Ausnahme von den Visapflichten, Visa on Arrival. - Wohingegen der Staatssekretär Teichmann - vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/87, Seite 140 - gesagt hat, es habe rechtliche Einwände gegeben gegen eine solche Ausnahme. - Und mich würde interessieren: Da Ihnen das ja sicherlich bekannt war, dass es da unterschiedliche Auffassungen gab, welche der beiden Auffassungen haben Sie denn geteilt? War das aus Ihrer Sicht möglich, Visa on Arrival auch vor dem 15. August auszustellen, oder gab es da



Nur zur dienstlichen Verwendung

gravierende rechtliche Bedenken, wie das Herr Teichmann hier dargestellt hatte?

Zeuge Horst Seehofer: Jetzt betrete ich als Erfahrungsjurist die Bühne. Meine Erfahrung ist, dass fast jeder Sachverhalt - ich sage „fast“ -, wo Sie als Minister zu der Auffassung kommen, das kann doch nicht wahr sein, dass der Bundestag einen solchen Unsinn beschlossen hat und Sie schicken Ihre Mitarbeiter zurück: „Überlegt euch das noch mal!“ - ohne Weisung, sondern nur - das wäre ja gar nicht möglich; Sie können ja nicht Mitarbeiter zum rechtswidrigen Handeln auffordern -: „Überlegt euch noch mal, ob das Recht diese Möglichkeit eröffnet!“ - - überwiegend ich immer erlebt habe - übrigens in München auch -, dass Lösungen gefunden wurden, und zwar legale, die auch vor Gericht gehalten haben. Und deshalb haben wir natürlich diese Frage auch in der schon zitierten Leitungsrunde diskutiert. Und meine Überlegung war: Solange das Regelverfahren galt - weniger: ist es rechtlich möglich oder nicht, sondern ist es politisch opportun, jemanden einreisen zu lassen und dann bei der Sicherheitsüberprüfung festzustellen, das ist ein Sicherheitsrisiko, wissend, dass die Zurückführung kaum mehr möglich ist - - Das war mein Beweggrund. Und solange ich im Innenministerium war, war das unter Einschluss von Teichmann und Engelke auch dann die gemeinsame Haltung, wie auch die Staatssekretärsrunde öfters unterschiedliche Auffassungen vertreten hat, aber am Schluss immer im Konsens.

Ganz anders war es dann in dieser, darf ich mal sagen, fast chaotischen Situation, wo es zu zunehmender Macht der Taliban kam bis zur Übernahme: Wer kommt noch zum Flughafen, und wer erreicht noch ein Flugzeug usw. usf.? Da haben wir dann natürlich das in der Bundesrepublik Deutschland gemacht oder in den Ländern, wohin sie ausgeflogen wurden - es waren ja auch andere Länder -, bevor sie dann nach Deutschland weiterkamen. Aber ich sehe da jetzt überhaupt kein Problem innerhalb des Innenministeriums auch zu den beiden Aussagen, dass die beiden ihre persönliche Meinung hier wiedergeben, ihre Überzeugung; aber wie wir gehandelt haben, ist mit beiden zusammen geschehen. Also

es ist kein Widerspruch aus meiner Sicht. Das hat man oft in der Politik und ist auch gut so.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Erinnern Sie sich daran, wann Sie den anderen Ressorts sozusagen zugesichert haben, dass von dem, sagen wir mal, Notfallszenario Gebrauch gemacht wird, Visa on Arrival dann tatsächlich anzuwenden? Denn es gab aus Ihrem Haus, von Ihrer Pressestelle, am 13. August 2021 eine Pressemitteilung, da werden Sie zitiert mit dem Satz, dass Sie gesagt haben:

„Ich habe immer gesagt und ich wiederhole: Am Innenministerium wird die zügige Ausreise der Ortskräfte und ihrer Familien nicht scheitern. Für Bürokratie ist keine Zeit, wir müssen handeln.“

Mich interessiert sozusagen, wann Sie die Entscheidung getroffen haben, dass Visa on Arrival tatsächlich angewandt werden kann, und wann Sie das dem Außenministerium, Herrn Bundesminister Maas ja mutmaßlich, gesagt haben, dass das so gehen kann, wie das hier in dieser Pressemitteilung - -

Zeuge Horst Seehofer: Wenn ich mich recht erinnere, haben die Taliban Mitte August Kabul eingenommen, und nicht erst seit Mitte August, sondern auch davor - ich nehme an, im ganzen Sommerbereich - war ja sichtbar - im Gegensatz zu den Nachrichtendiensten -, dass wir da auf ein Problem zusteuern. Und je näher der Tag oder die Situation kam, desto großzügiger waren wir in der Frage. Ich kann jetzt nicht sagen: „Das war der 31. Juli oder der 15. Juli“, aber das war jetzt wieder Humanität und Ordnung. Die Ordnung können Sie auch beerdigen, wenn Sie überhaupt keine Chance mehr haben, Rechnung zu tragen für die Ordnung, wenn nur noch geschaut wird: „Wie kommen wir zum Flughafen raus?“, was ja offensichtlich - - Da kamen ja die ganzen Listen dazu von Journalisten, von Künstlern, die das Auswärtige Amt ja verwaltet hat. Da haben wir sehr mit unterstützt - ich hoffe, das ist hier auch gesagt worden -, dass die rauskommen, die gefährdeten Personen, nicht nur die Ortskräfte. So war der Satz zu verstehen meiner Pressestelle: An dem Innenministerium scheitert so was nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber die Einschätzung „Wann war der richtige Zeitpunkt, spätestens oder früher?“, über den kann man diskutieren. Und da gibt jedenfalls die Aktenlage, die ich zur Verfügung habe, jetzt keinen so richtigen Hinweis mehr auf einen konkreten Tag. Aber Sie können die Korridore schon beschreiben. Es wurde ab Sommer, mindestens ab Sommer dann wirklich auch für Leute, die nicht zum Bundesnachrichtendienst gehört haben, schon offenkundig: Die Regierung - auch das gehört zur Wahrheit dort - ist doch zusammengebrochen. Man hat ja ganz was anderes vermutet. Nach dem Amerikanisch-Taliban-Abkommen ist ja Bestandteil dieses Abkommens, dass die Taliban mit der Regierung verhandeln über die Regierung der Zukunft. Und davon konnte keine Rede sein dann. Also es waren zunächst alle Indizien auf was Geordnetes gerichtet, und in der Realität kam dann eben der Zusammenbruch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es geht auch nicht um die einzelnen Tage sozusagen. Ich wollte nur sagen - - Weil die Aussage „Für Bürokratie ist keine Zeit“, ist ja sehr klar.

Zeuge Horst Seehofer: Für August stimmt das auf jeden Fall.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Ihnen dann dennoch gerne kurz vorhalten wollen, dass in einer Gesprächsunterlage für die Bundeskanzlerin vom 13. August - da gab es eine Telefonschalteliste, für die sie vorbereitet worden ist - - Da hat das Bundeskanzleramt - ich zitiere hier MAT A BKAm-3.18 VS-NfD, Blatt 67 bis 71, hier Blatt 71 - für die Kanzlerin aufgeschrieben:

„Insgesamt scheint das bisherige Verfahren deutlich zu langsam - jedenfalls angesichts der jetzigen massiven und extrem raschen Verschärfung der Sicherheitslage - und zu sehr von Ressortinteressen geprägt. Eine klare Zuteilung ... an ein Ressort ... und eine Bitte an die anderen Ressorts, AA vollumfänglich zu unterstützen und insb. bürokratische Überlegungen hintanzustellen, ist äußerst dringlich.“

Das war das, was der Bundeskanzlerin aufgeschrieben worden ist. - Erinnern Sie sich daran sozusagen, dass das noch mal da in dem Kontext von der Bundeskanzlerin thematisiert worden ist?

Zeuge Horst Seehofer: Habe ich das recht gehört, das war am 13. August?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.

Zeuge Horst Seehofer: Wissen Sie, am 13. August hätte ich als blutiger Laie ohne Kenntnis des Innenministeriums so einen Vermerk auch schreiben können. 13. August: Das war zwei Tage vor Einnahme von Kabul. Ich meine das jetzt ausdrücklich ironisch. Zwei Tage vor dem von der Weltöffentlichkeit begleiteten Prozess einen solchen Vermerk zu schreiben - der ist nicht falsch, aber der berichtet auch nichts. Wir haben uns zu der Zeit schon längst entschieden für die Abkehr vom Regelverfahren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist eben genau meine Frage, weil wir haben ja hier auch über Krisenstabssitzungen berichtet, wo die Einschätzung des BND, die hier vorgetragen worden ist, war: „Das kann noch ganz schön lange dauern“, oder jedenfalls sinngemäß: „Das ist jetzt nicht absehbar, dass das sofort erfolgt.“ Deswegen interessiert mich das.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, zu Recht. Aber das Innenministerium, das gerade noch mit dem Herrn „Fisch“ vor Ort vertreten war, kann doch die Frage „Wie schaut es jetzt innenpolitisch in Afghanistan tatsächlich aus?“ überhaupt nicht beantworten. Ich sage sogar: nicht einmal das Auswärtige Amt. Ich mache dem Auswärtigen Amt hier überhaupt keinen Vorwurf. Dafür haben wir unsere Dienste. Und wenn die gesagt hätten: „Schwer zu beurteilen, können wir nicht beurteilen“ - - Aber nach der Beweislage, die mir zur Verfügung steht, wurde auch gesagt - und so ist es mir auch in Erinnerung -: noch Monate. - Das ist ein Unterschied. Und da dürfen Sie keinem Minister, weder dem Auswärtigen Amt noch dem Innenminister noch Verteidigung noch Müller im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Entwicklungshilfeministerium - - Nach was sollen wir uns denn richten? Wir verlassen uns auch bis zum heutigen Tage darauf.

Ob die AfD verboten werden muss, kann das Parlament doch nur beurteilen nach den Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und nicht nach Stimmung. Darauf lege ich im Rechtsstaat größten Wert. Und so war es in der Sache auch. Ich muss als Innenminister mich auf das stützen, was die dafür zuständigen Dienste mir sagen. Wenn die sagen: „Das können wir nicht beurteilen“, dann müssen wir anders rangehen, als wenn sie sagen: „Wir haben noch einige Monate.“

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich bin jetzt eigentlich an dem Punkt, wo ich hinwollte, nämlich der Staatssekretär Engelke, der hier länger ausgesagt hat, der hat sich vergleichsweise selbstkritisch geäußert zu dem, was dann am Ende entschieden worden ist. Und ich zitiere ihn aus dem vorläufigen Stenografischen Protokoll 20/87, Seite 87 - Anlage 20 -, wie folgt:

„Also, es hat in dem Verfahren echte Schwierigkeiten gegeben. Es hat viel zu lange gedauert mit den Visa. Im Ergebnis, würde ich sagen, ist das keine Leistung, auf die man besonders stolz sein kann. Das will ich klar sagen. Es ist aber so - wenn ich das noch sagen darf -: Wir haben alle damals damit gerechnet, dass wir mehr Zeit hatten, um in dem Verfahren noch Ordnung reinzubringen und alle widerstreitenden Interessen irgendwie zu bedienen. Das hat aber im Ergebnis zu lange gedauert. Und das ist überholt worden durch den schnellen Vormarsch der Taliban in Kabul. Das war nicht gut im Ergebnis.“

So zitiere ich Herrn Engelke am Ende seiner relativ langen Befragung hier. Mein Punkt ist: Teilen Sie diese Einschätzung, die der Herr Engelke da vorgetragen hat?

Zeuge Horst Seehofer: Ich schätze den Engelke hoch. Er ist ja nicht umsonst auch nach meiner

Zeit noch Staatssekretär. Er ist ein ausgewiesener Fachmann. Aber ich habe gerade zu dem Sachverhalt meine Einschätzung gesagt, dass das Gründe hatte. Er hat es ja nach dem, was Sie vorgelesen haben, ebenfalls zum Ausdruck gebracht, dass wir andere Informationen hatten: Wir hätten noch mehr Zeit.

Das Verfahren ist absolut in Ordnung. Es war auch nicht bürokratisch aus meiner Sicht. Die beteiligten Ministerien, sowohl diejenigen, die die Gefährdung beurteilt haben, als die, die die Sicherheit und die Visa durchgeführt haben, haben ihr Ding getan. Es wird ja heute immer noch über Visaerteilung und die Dauer diskutiert. Aber da könnte das Parlament am besten helfen, indem Sie mehr Stellen zur Verfügung stellen. Aber die Schlussfolgerung jetzt, die Sie vorgelesen haben, teile ich nicht. Aber das ist keine Kritik am Herrn Engelke, der ist hochqualifiziert.

Ich habe ein bisschen mit anderen Worten doch gerade gesagt, wie schwer das war aufgrund der Einlassung BND. Es gab ja auch mal bei der Kanzlerin die Stimmung - ich glaube, dies ergibt sich auch aus den Beweisunterlagen -, also auf keinen Fall Charterflüge, sondern in die Nachbarstaaten. Und am Schluss waren wir alle miteinander der Meinung: Jetzt müssen wir Evakuierungsflüge durchführen. Und so hat sich das als Prozess entwickelt. Aber das würde ich - -

Ich weiß ja selber, das ist ja auch populäre Art in der Politik - da meine ich jetzt nicht Engelke -, nach einer Amtszeit zu sagen: Da würde ich heute anders handeln, und da bin ich jetzt kenntnisreich geworden usw. - Ich stehe zu dem, was in meiner Zeit geschehen ist. Und das ist bewusst geschehen, und es ist nicht parteipolitisch geschehen, sondern ich habe nach dem gehandelt, was eben die Grundlage eines Eides ist: Schaden abzuwehren. Und das ist uns, glaube ich, gelungen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zum Schluss meiner Fragen, bevor das Fragerecht dann zur Union geht, würde ich Sie gerne noch fragen wollen danach, dass Sie sich am 5. August laut MAT A BMI-3.118 VS-NfD, Blatt 94, in einem gemeinsa-



Nur zur dienstlichen Verwendung

men Brief der EU-Innenminister an die EU-Kommission vom 5. August für weitere Abschiebungen nach Afghanistan eingesetzt haben. Und meine Frage ist: Wieso war das so, obwohl der Abschiebeflug vom 3. August, also zwei Tage vorher, aus Sicherheitsgründen schon abgesagt worden war?

Zeuge Horst Seehofer: Ist das ein Brief von mir oder vom Haus?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist ein gemeinsamer Brief der EU-Innenminister an die EU-Kommission: Österreich, Dänemark, Griechenland, Deutschland, Niederlande, Belgien. Den haben wir auch. Können wir den mal zur Verfügung stellen, kurz?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, gut, die EU, das ist ein eigenes Thema, da bräuchte man einen eigenen Untersuchungsausschuss. Was haben denn die überhaupt getan, was überhaupt?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

- Danke.

(Der Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

Und was ist jetzt da falsch?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich frage Sie nur - ich stelle ja nur Fragen; die Bewertung stellen wir später an -, ich frage Sie nur, wieso Sie sich zu diesem Datum gemeinsam für weitere Abschiebeflüge nach Afghanistan ausgesprochen haben - das lag ja schon - - Tage, nachdem mit Blick auf die Sicherheitslage in Afghanistan weitere Abschiebeflüge, die es vorher hätte geben sollen, mit Berufung auf diese Sicherheitsgründe abgesagt worden waren. Das ist der Kontext.

Zeuge Horst Seehofer: Ich habe etwa in der Zeit ja einen Abschiebeflug gestoppt, wie ich auch begründet habe, dass ich die Begleitenden - - nicht nur die Abzuschiebenden * gefährden möchte [sic!]*, sondern auch * die Begleitmannschaft, die

ja meistens stärker war, weitaus stärker als die, die abzuschieben waren.

Ich will jetzt keine Rückfrage stellen. Wir haben heute die gleiche Diskussion, nach Afghanistan abzuschieben, trotz anderer Regierung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben mich missverstanden. Ich frage nicht generell nach den Abschiebungen und Abschiebeflügen, sondern ich frage ausschließlich danach: Zwei Tage, nachdem die Sicherheitslage so beurteilt worden ist, dass man keine Abschiebeflüge machen kann, und entsprechende absagt, gibt es diesen Brief, der weitere Abschiebeflüge nach Afghanistan fordert. Das ist der Punkt. Und da frage ich Sie einfach nur: Ist das kein Widerspruch?

Zeuge Horst Seehofer: Herr Stegner, wenn Sie an die EU schreiben, dürfen Sie nicht davon ausgehen, dass Sie bald eine Antwort bekommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das lasse ich mal so stehen und bedanke mich einstweilen und gebe das Fragerecht weiter an die Ihnen gut bekannte Kollegin Frau Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Seehofer, vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Und viele der Fragen sind angesprochen. Ich mache weiter beim Thema Ortskräfte und würde gerne erfahren: Es waren ja verschiedene Ressorts auch zuständig für die Frage, wie die gesamte Abwicklung läuft. Und insbesondere war es da für Ihre Referate B und M wohl nicht so ganz einfach, den jeweiligen Erwartungen und Wünschen, die nicht immer gleichlaufend waren, aus den Ressorts entgegenzukommen.

Kurz zusammengefasst hat sich uns das in der bisherigen Zeit auch aus den Unterlagen so dargestellt, dass das Auswärtige Amt und das Entwicklungshilfeministerium eigentlich bis zum Sommer 2021 keinen Abzug wollten, weil sie davon ausgingen, dass zumindest die zivile Hilfe vor Ort verbleiben sollte, während das Bundesverteidigungsministerium logischerweise gesagt hat: Das militärische Engagement geht zu Ende.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also muss auch dieses mitgedacht werden. - Und Ähnliches gilt für die Polizeikräfte.

Gleichzeitig haben Sie vorher gesagt: Wir haben immer versucht, beieinanderzubleiben. - Und gerade vor dem Aspekt würde mich noch mal interessieren: Wie hat sich das aus den einzelnen Ressorts für Sie dargestellt? Und wie konnte man dieses Beieinanderbleiben dann immer wieder zusammenfügen?

Zeuge Horst Seehofer: Mein Gott, wenn Sie in einer Regierung sind, müssen Sie andere - - zumindest den Versuch machen, sich in die Lage zu versetzen, warum ein anderes Ministerium anders denkt. Der Gerd Müller war lange Zeit auch gegen die Ausweitung der Fristen, 2013. Aber auch die Kanzlerin war am Anfang der Meinung: Zur Entwicklungshilfearbeit gehört doch, dass ich auch in Krisenregionen da bin.

Und wie es oft so in der Politik ist: Es bildet sich dann im Laufe der Zeit eine gemeinsame Meinung heraus, dass wir die Entwicklungshilfe-Ortskräfte einbezogen haben - was aber von Anfang an nicht feststand. Es war am Anfang immer Bundeswehr, Polizei und AA mit ein paar Leuten, also Auswärtiges Amt.

Ich werbe immer dafür, auch in der Öffentlichkeit: Zur Substanz der Demokratie und einer demokratischen Regierung gehört, dass man mitdenkt: Warum hat ein Verteidigungsministerium diese Position? Weil es ihm um die Sicherheit der Soldaten geht, um die Glaubwürdigkeit gegenüber den Leuten, die für die Soldaten Arbeiten gemacht haben, geputzt haben, Dolmetscher waren, Bauarbeiten gemacht haben etc., und mit einer ganz anderen Größenordnung als ich mit zehn Polizeibeamten über weite Strecken. Und das muss man halt bereit sein mitzudenken und auch im Herzen die Absicht haben: Schauen wir, dass wir uns verständigen können. - Und wir waren eine Regierung, die sich noch verständigen konnte. Ich sehe da überhaupt keinen Widerspruch.

Wenn ich eine Konsequenz ziehen müsste, dann müssen wir unsere Sicherheitsdienste so ausstatten, dass die Grundlage für Entscheidungen sitzt.

Da kann man sich auch mal täuschen. Aber wir stellen oft an unsere Einrichtungen - von der Polizei über den Verfassungsschutz, über die Sicherheitsdienste - Anforderungen, die sie mit dem Personal, das sie haben, nicht erfüllen können.

Ich sage das ausdrücklich an die Adresse der Bundespolizei. Die Sicherheit auf Flughäfen und Bahnhöfen ist mit der Polizeilage nicht zu stemmen. Und auch Nachrichtendienste und der Verfassungsschutz brauchen Leute, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können. Und man kann nicht etwas beklagen - was ja häufig jetzt geschieht -, was ich selbst herbeigeführt habe; also nicht ich, sondern diejenigen, die da im Parlament da drüben sitzen. Alles, was da versäumt wird, hat Folgen - früher oder später. Und wir können dann nur schauen als Regierung: Wie verschränken wir das, was an unterschiedlichen Ansichten da ist?

Ich hatte nie eine Spannung mit der Annegret Kramp-Karrenbauer deshalb - nie! -, auch nicht mit dem Gerd Müller, auch nicht mit dem Außenminister. Ich weiß nicht, was die hier gesagt haben. Aber ich hoffe, dass sie ähnlich gedacht haben. Das ist - - Das gehört dazu. Der Außenminister muss doch schauen, dass seine Verfahren klappen für seine Mitarbeiter.

Ich habe da in den Beweisunterlagen dann auch gelesen, wie lange es dauert, ein Visum zu erstellen. Aber das kann man nicht kritisieren, wenn man den Leuten nicht das Personal gibt. Da ist ja zu meiner Überraschung - ich wusste das gar nicht mehr so präsent - dann ausgeschrieben worden in diesen Monaten 2021, dass man Personal dafür hat. Ich glaube, das war die Zeit, wo man auf IOM übertragen hat.

Wissen Sie, ich war über 50 Jahre in der Politik. Aber die Politik muss sich schon manchmal auch selber fragen: Was hat sie für Ursachen gesetzt, dass manche Entwicklungen so eintreten konnten? Und das ist bei uns ein großes Defizit bei Vollzugsdiensten, will ich es mal nennen, im weitesten Sinne, wo es um die Sicherheit geht: beim Verfassungsschutz, bei der Polizei, bei Nachrichtendiensten. Wir müssen nicht nur bei



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Bundeswehr, sondern auch in der inneren Sicherheit mehr tun.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Als zuständige Haushälterin im Innenausschuss kann ich das nur bestätigen. - Jetzt kommen wir aber trotzdem zurück zu den Ortskräften. Sie haben ja schon beschrieben, dass insbesondere auf den Staatssekretärsrunden hier große Arbeit geleistet worden ist, um eben genau die Dinge immer wieder zueinanderführen zu können und die jeweiligen Interessen in den Häusern wahren zu können.

Frage ist aber dennoch: Sie haben auch schon berichtet, dass immer wieder am Rande des Parlaments, der Kabinettsitzungen, auch auf Ministerebene gesprochen wurde. Können Sie sich erinnern, wann dieses Thema aber tatsächlich als ein konkret auf Ministerebene zu auch ja entscheidendes Thema bei Ihnen angekommen war und in welcher Form?

Zeuge Horst Seehofer: Also in der Phase, über die wir reden, Februar des einen Jahres, September im anderen Jahr, eigentlich unregelmäßig immer. Die Kanzlerin hat Kabinettsitzungen immer genutzt, um im Anschluss eines Kabinetts mit verschiedenen Ministern über verschiedene Themen zu reden oder in den wöchentlichen Gesprächen unter vier Augen zwischen ihr und mir natürlich auch. Und genauso haben Minister die Tatsache „Wir sind jetzt gerade beieinander auf der Regierungsbank oder im Parlament oder im Kabinett“, genutzt, um mal zu sagen: „Schau dir das einmal an. Können wir das nicht anders machen?“ Das ist gängige Praxis in jeder Regierung auf der Welt.

Wenn Sie nur immer Briefe schreiben - wir haben ja gerade einen Fall erwähnt; ich weiß nicht, ob ich da jemals eine Antwort darauf erhalten habe, Herr Vorsitzender, auf den schönen Brief an die EU; ich habe jedenfalls im Leitz-Ordner nichts gefunden - - Aber das bestätigt ja meine Aussage, dass Sie nicht erwarten dürfen in vielen Fällen, dass Sie überhaupt eine Antwort kriegen, selbst als Minister nicht.

Und deshalb nutzt man dann solche persönlichen Dinge, Anwesenheiten, um Dinge zu besprechen - was auch mit dem Risiko verbunden ist, dass, wenn Sie mal fünf Jahre später gefragt werden: „Können Sie sich daran erinnern?“, halt auch dann, wenn man nicht dement ist oder hofft, man ist nicht dement, keine Erinnerung mehr besteht, weil das so ein passant in einem Tagesgeschäft ist. Sie wickeln da ein Dutzend Termine am Tag ab, und das wäre schon übermenschlich, sich immer zu erinnern: „An dem und dem Tag bin ich mit der und jener Person in einem Gespräch gewesen“, das ja meistens nur fünf Minuten dauert. Ich bitte da um Verständnis.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, wann Sie aus diesen Staatssekretärsrunden doch zunehmend eingebunden wurden, also das doch eine gewisse Regelmäßigkeit angenommen hat von vorher? Sie sagten, das sei auch mal unregelmäßig. Jetzt kommt wieder was, wo man auch spontan sofort miteinander spricht. Also, ab wann hat es Ihrer Erinnerung nach eine gewisse Regelmäßigkeit und Dichte angenommen, also wo die Ministerebene immer wieder eingebunden wurde?

Zeuge Horst Seehofer: Eigentlich immer. Wir haben eine regelmäßige Staatssekretärs-, also Leitungsrunde, haben wir das genannt, bei uns im Haus gehabt. Die war immer Montag, nachdem ich nach Berlin kam; war meistens um 14 Uhr, am Nachmittag - - intensiv über alles, was anstand, gesprochen worden. Und wenn in der Staatssekretärsrunde - am Dienstag war sie, glaube ich, immer am Anfang und dann am Freitag - etwas Neues auftauchte, dann kam natürlich Teichmann oder Engelke zu mir und sagte - jetzt sage ich es mal so, wie es halt unter Leuten besprochen wird -: Die haben das vor. Ändern wir deshalb unsere Auffassung? - Und die waren ziemlich nachhaltig. Und dann diskutiert man drüber kurz, wieso und warum, und gibt den Staatssekretären halt, ja, ich will jetzt nicht sagen, Weisung, aber Auffassung, wie sie weiter verhandeln sollten. Und da hatte ich - - hatten wir auch keine Schwierigkeiten. Also, ich kann mich an überhaupt keine Konfliktsituation erin-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nern, wo ich hätte überlegen müssen: Der Staatssekretär kann seinen Job nicht weiter ausüben. Null! Es war immer Führung, wie ich sie mir vorstelle - kooperativ.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gerade beschrieben, dass eigentlich ab einem bestimmten Zeitpunkt mehr oder minder, immer wenn die Staatssekretäre beieinander waren, Sie hinterher informiert worden sind. Gab es Zeiten, also in dem dichten Zeitraum, jetzt sage ich mal, ab Frühjahr 2021, wo dann auch mal keine Information erfolgte, vielleicht weil es einfach keine neue Situation gab, und Sie aber auch Ihrerseits dann proaktiv noch mal gefragt haben: „Gibt es heute nix?“, so ungefähr?

Zeuge Horst Seehofer: Auch das gibt es natürlich. Es gibt ja auch Briefe, da war ich selber überrascht, wo ich draufgeschrieben habe: Wichtig. - Also, ich habe sie auch gelesen, wenn ich sie bekam. Und natürlich hat mich dann nach einigen Tagen interessiert: „Wie wird das beantwortet?“, selbst wenn ein Parlamentarischer Staatssekretär formal den Antwortbrief dann unterschrieben hat. Manchmal habe ich dann auch selber unterschrieben, folgte ich oft den Empfehlungen „Das müssen Sie jetzt selber unterschreiben, weil die Frau Kamp-Karrenbauer das auch selber unterschrieben hat“, an Petenten.

Es besteht ja auch die große Kunst in einem Hause, dass man dem Minister oder der Ministerin nicht im Sinne von Filter, dass man ihn vor wichtigen Dingen abschirmt - das wäre genau falsch -, sondern genau die wichtigen Dinge auf den Schreibtisch bringt, auch so, dass er sie noch bewältigen kann. Hilft ja auch nichts, wenn Sie Riesenposteinlaufmappen haben, wo Sie dann nur noch einen Haken drauf machen, und nach fünf Minuten ist alles wieder zurück, sondern Sie müssen schon das, was Ihnen als Minister - in dem Fall war es ja vor allem Pistorius und Rheinland-Pfalz - - das müssen Sie schon noch inhalieren. Darum habe ich gelegentlich auch draufgeschrieben: Wichtig. - Und da wussten auch die Staatssekretäre, dass es dann richtig oder sauber behandelt werden muss. Das war eigentlich - -

Ich will das auch noch mal, indem ich eine Brücke noch mal zum Herrn Stegner schlage - - In jedem Ministerium - und ich war an sieben Regierungen beteiligt, in München und in Bonn und Berlin - galt für mich gegenüber dem Personal die Leitlinie „Wir sind verliebt ins Gelingen“, und nicht im Sinne von Kumpanei - das Gegenstück -, sondern wenn ein berechtigtes Anliegen bei uns landet, müssen wir nicht überlegen: „Wie können wir es abwehren?“, sondern: „Wie können wir dem nachkommen?“ Das war immer meine Linie. Und die hat sich sehr bewährt.

Und da sind auch die Mitarbeiter mit einer ganz anderen Motivation dabei. Weil was macht der Mensch lieber, als etwas zum Gelingen zu führen? Und das war in Bayern wie in Berlin immer die Leitlinie. Also, wir haben nicht überlegt - falls Sie das uns unterstellen -: „Wie können wir jetzt möglichst alles abwehren?“ - weil das ist ja alles Arbeit und schlimm, und die Bevölkerung versteht es auch nicht -, sondern: „Wie können wir etwas guten Gewissens zum Erfolg führen?“ Und so haben wir uns auch immer ausgetauscht. Und die Staatssekretäre haben von Anfang an dann auch so gedacht.

Und der Herr Engelke - zu seiner Aussage -, der ist von mir nicht gehindert worden, etwas, was gut ist, auch gut zu machen. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich einmal von ihm gehört hätte: Das müssen wir jetzt aber perfekt machen; das ist noch nicht perfekt. - Ich verstehe ihn auch in seiner Aussage nicht so. Und er hat ja gesagt - - In der Zeit, wo dieser Übergang vom Chaos - - oder von der Regel zum Chaos stattfand, da sind wir doch alle unsicher gewesen. Da sollen wir doch heute nicht so tun, als hat jeder gewusst, dass am 15. August die Taliban in Kabul da sind und die Regierung auf der Flucht. Ich habe es jedenfalls nicht so vermutet.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Habe ich noch Zeit?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ja. - Noch mal zu den inneren formalen Vorgängen in den Häusern, die ja einer gewissen Regel folgen; das muss



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja auch so sein. Es ist ja ein bisschen eigenwillig, dass durch das Polizeiprojekt das Innenministerium nur mit wenigen Ortskräften eigentlich beteiligt war und für diese zu entscheiden hätte selbst und dass im Gegensatz aber in den anderen Häusern ja deutlich mehr Kräfte waren, die unterschiedlich betroffen waren, je nach ihrer Nähe auch zu militärischen Operationen oder Ähnlichem.

Wie würden Sie diese Konstruktion im Nachhinein - das ist so ein bisschen Lessons learned ehrlicherweise - betrachten, dass einerseits Ihre Abteilung hier gewisse Vorgaben - - oder gerne auch in Absprache ein bestimmtes Vorgehen zu entscheiden hatte, während die anderen Ressorts mit einem anderen Blickwinkel, wie Sie richtig gesagt haben, mit der Vielzahl der Kräfte zu behandeln waren? Das ist, glaube ich, enorm schwierig zueinanderzubringen. Wie würden Sie das im Nachhinein beurteilen, und wie konnte dieses Konstrukt dennoch erfolgreich ablaufen aus Ihrer Sicht oder ablaufen?

Zeuge Horst Seehofer: Für die Sicherheit ist in der ganzen Welt ein Innenminister zuständig, übrigens auch in jedem Bundesland. Und das muss auch so bleiben. Und deshalb war die Frage Gefährdung und Sicherheitsabfrage oder Aufenthaltsrecht generell immer eine zentrale Frage des Innenministeriums. Der trägt ja auch die Verantwortung - oder die. Und dem spricht überhaupt nicht entgegen, dass jemand, der größere Kontingente nach Afghanistan entsendet mit parlamentarischer Zustimmung, wie Frau Kramp-Karrenbauer, an manchen Dingen ein gehobenes Interesse hat: Schutz ihrer Soldaten, Schutz der Leute, die für die Soldaten Arbeiten verrichtet haben. Und das ist das, was ich vorhin meinte: Man muss sich in einem Kabinett in die Denkweise eines anderen Ministers versetzen können und nicht in einem - wie soll ich sagen? - neidvollen Egoismus verharren. Dann kann eine Regierung nichts Gutes zustande bringen.

Jetzt kann man über vergangene Regierungen reden, wie man will. Auch die haben Fehler gemacht. Aber dieses Grundverständnis war da: zu respektieren: Wir haben hier einen Verteidigungs-

minister, der hat eben weiter gehende Interessen als der Innenminister. Und dann muss man schauen, wie man beides zusammenbringt. Das ist übrigens seit den Griechen das Wesen von Politik. Und man kann nur empfehlen, zu Weihnachten sich da mal wieder Bücher zu kaufen, Literatur. Das hat eigentlich immer gut funktioniert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut, Frau Kollegin. Jetzt sind Sie am Ende Ihrer Zeit angekommen. - Meine Fürsorgepflicht gilt immer den Zeugen und den anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Deswegen unterbreche ich jetzt die Sitzung für 15 Minuten. Dann fahren wir anschließend fort.

Nach Lage der Dinge wird das Plenum, wie es im Augenblick aussieht, um 15.30 Uhr fortgesetzt. Das heißt, wir kommen dann in etwa hin mit unserer Pausenplanung. Wir machen dann nach der Pause weiter mit dem Fragerecht der Grünen. Sie werden hoffentlich versorgt, Herr Zeuge.

Ansonsten unterbreche ich die Sitzung bis 14 Uhr.

(Unterbrechung von
13.43 bis 14.03 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann setzen wir unsere Sitzung fort. Und das Fragerecht geht an Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram, bitte schön.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Seehofer, mich würde interessieren, wann Sie eigentlich von diesem Doha-Abkommen erfahren haben, das ja so ein Stück weit Grundlage ist für die Entwicklungen, die dann in Afghanistan passiert sind.

Zeuge Horst Seehofer: Ich habe das jetzt nicht punktuell, auf den Punkt gebracht, aus den Akten entnehmen können, aber ich nehme an, in dem Umfeld vom Februar 2020. Sie meinen USA-Taliban?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Mich interessiert halt auch, wie man so aus einer Perspektive der Leitung eines Hauses wie des Bundesinnenministeriums, in dem damals natürlich auch Bauen und Heimat mit drin waren - - ob man das so mitbekommt und mit welcher Wertigkeit, also welcher Priorität man das so verfolgt.

Zeuge Horst Seehofer: Ich habe ja versucht, bei der Erstbefragung durch den Vorsitzenden schon ein bisschen darauf einzugehen. Ich will es jetzt noch mal wiederholen.

Wenn man seit Anfang dieses Jahrhunderts als Bundestagsabgeordneter mitentschieden hat den Einsatz unserer Bundeswehr in Afghanistan und dann an vielen Beerdigungen von Soldaten, die aus Bayern waren, teilgenommen hat, in der Fraktion immer wieder diskutiert hat: „Welchen Fortschritt haben wir jetzt eigentlich in Afghanistan gemacht?“ - da waren vor allem die Frauen und die Bildung sehr im Vordergrund - und dann nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Amerikaner, ohne die ja so was nicht möglich gewesen wäre, mit den Taliban ein Abkommen schließen, dann interessieren Sie sich natürlich: Was hat das für Folgen?

Und zu dem Abkommen zählen ja auch manche Punkte, die man eigentlich nur unterstützen kann, also sehr genau abgezirkelt: Was machen wir in der ersten Phase? - Das waren zwei Phasen, die da zeitlich besprochen wurden oder vereinbart wurden. - Und dann sehen wir, ob Verbündete oder die Amerikaner weiter angegriffen werden usw. Aber es war eben auch der Punkt drin - wenn ich das recht zur Kenntnis genommen habe, auch damals schon -: Die Amerikaner wollen, dass die Taliban mit der jeweiligen Regierung reden über die politische Zukunft und die Regierungsbildung in Afghanistan. Dann war das für mich wieder ein Stück Trost, dass, wenn das denn stattfindet, alles, was da an Leid und - - geschehen ist in der Zeit davor, von dem wir auch betroffen waren, dass das nicht umsonst war.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Dann würde mich interessieren:

Und wie haben Sie sich das vorgestellt, wie sich das auf die Ortskräfte auswirkt in Ihrem Bereich? Also, haben Sie sich vorgestellt, dass die Umstände in Afghanistan dazu führen werden, dass wir viele Menschen als Ortskräfte nach Deutschland holen müssen?

Zeuge Horst Seehofer: Das war zum damaligen Zeitpunkt nicht in meiner Vorstellungskraft. Ich habe jetzt mal, glaube ich, vor einem Jahr ein Buch gelesen, wenn ich den Titel noch recht im Kopf habe, „Der Bibliothekar“. Der Schriftsteller schildert dort sehr, sehr realitätsnah die sozialen Verhältnisse in Afghanistan, die Lage der Kinder, der Bildung, der Frauen, die patriarchalischen Abläufe in den Familien und den Häusern. Da habe ich jetzt eine andere Einstellung als damals.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Dann würde ich jetzt MAT A BMI-3.02 VS-NfD, Blatt 443, Ihnen gerne vorlegen. Vielleicht hilft das, um sich zu erinnern. Das ist eine Vorlage - ich würde jetzt schon daraus zitieren - in der Mitzeichnung von Frau Bender. Da geht es eben um eine Vorlage, und da heißt es:

„Die Vorlage ist nach h.E.“

- hiesiger Einschätzung -

„insgesamt stark überarbeitungsbedürftig. Es sollte deutlich werden, dass der BMVg Vorstoß der Behandlung auf St Ebene nicht abgesprochen war ... Wir brauchen keine detaillierte Konzeption und auch keine weitere Abstimmungsrunde in der AG sondern eine Grundsatzvereinbarung zwischen BM“

- ich vermute mal, das sind Sie -

„und BMVG über die Ablehnung der von BMVG vorgeschlagenen Pauschallösung. Solange die BMVG Arbeitsebene daran festhält, brauchen wir in der AG nicht weiter zu diskutieren.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Können Sie sich erinnern oder uns sagen, worum es bei dieser Einigungsmöglichkeit zwischen Ihnen und BMVg ging? Das ist vom Datum her 11. August 2020.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, das war also noch ein Jahr, bevor Kabul fiel. Und auch das haben wir jetzt nach den bisherigen Fragen immer ja angesprochen. Es ging aus der Sicht der Verteidigungsministerin immer darum, Ortskräfte für die Bundeswehr mehr pauschal zu behandeln und vor allem auch die Zweijahresfrist wegzunehmen. Und das war jedenfalls lange, lange, lange, lange Zeit zwischen den vier Ministerien nicht einigungsfähig, und das hätte auch nicht meiner Vorstellung entsprochen. Denn da liefen ja die Dinge - das ist immer schwierig, das bei Afghanistan zu sagen - relativ geordnet im Lande.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Dann hätte ich jetzt noch eine Vorlage, MAT A - -

Zeuge Horst Seehofer: Wer kriegt eigentlich diese Briefe wieder zurück?

(Der Zeuge hält Unterlagen
hoch)

Nicht dass ich die - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Lassen Sie sie liegen, wir sammeln es dann nachher ein.

Zeuge Horst Seehofer: Ich lasse sie nur liegen, ja?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau.

Zeuge Horst Seehofer: Okay.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird dann später eingesammelt. - Dann hätte ich jetzt MAT A BMI-3.164 VS-NfD, Blatt 136 bis 137. Das ist ein Protokoll der Besprechung zu

Visaverfahren im Anschluss an das Ortskräfteverfahren Afghanistan vom 16. Dezember 2020. Daraus will ich auch kurz zitieren:

- „• Das Verfahren der Visaerteilung zur Einreise nach DEU bereite im Hinblick auf die aktuelle Lage Schwierigkeiten, da in Kabul keine Visabearbeitung möglich sei. Schon jetzt werden Visa in Neu-Delhi und Islamabad ausgestellt, d.h. alle Visumantragsteller (OK aber auch regulärer Familiennachzug etc.) müssen dort ihre Unterlagen einreichen. Es ist davon auszugehen, dass zusätzliche Visaverfahren an diesen beiden Standorten nicht leistbar sind ...“

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Und dann werden weitere Probleme beschrieben. Können Sie uns zu dem Zeitpunkt noch mal auf den Stand bringen, wie die Haltung Ihres Hauses war bei diesem Thema Visa?

Zeuge Horst Seehofer: Visa ist eine Sache des Auswärtigen Amtes. Das hat vielleicht der Herr Engelke auch bei seiner Vernehmung hier gemeint, wenn er sagt: Es war bürokratisch und hat zu lange gedauert. Dann war das ein Bereich, weshalb ja an anderen Stellen dieser Beweisunterlagen dann hervorgeht, dass man - wie lautet es übersetzt? - die Internationale Organisation für Migration auch da miteingebunden hat und dann ausgeschrieben hat, weil man das Personal nicht hatte usw. Aber das ist nicht in meiner Verantwortung. Meine Verantwortung ist: Ich muss wissen: „Wer kommt ins Land?“, und ich muss wissen: „Wie kann ich Sicherheitsprobleme abwehren?“ Also, das hat ja jetzt jeder gelernt in den letzten Jahren, dass wir viel Sicherheitsprobleme importiert haben, Frau Kollegin.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Lieber Herr Seehofer, das ist ja auch das, wofür Sie eine gewisse Bekanntheit auch nicht nur zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Zeit hatten. - Die Frage, die sich hier natürlich stellt, ist: Wenn ein anderes Ministerium sich an Ihr Haus wendet und sagt: „Wir haben diese Probleme, und ihr hättet die Lösung“, dann stellt sich natürlich die Frage: Wie haben Sie auf die Leute vom Auswärtigen Amt reagiert, die ja gesagt haben: „Wir haben ein Problem, wir schaffen das nicht, und wir hätten gerne eine Unterstützung vom BMI“? Weil Sie ja heute das auch schon so schön gesagt haben: weil ich bin nämlich auch immer so ins Gelingen verliebt, dass es gelingt. Also, haben Sie eine Verantwortung bei sich dafür gesehen, dass es gelingt?

Zeuge Horst Seehofer: Der Innenminister kann sich nicht an die Stelle des Auswärtigen Amtes setzen. Erstens.

Zweitens. Wenn damit angepeilt wurde ein Pauschalverfahren gegenüber dem Einzelverfahren, bin ich nach wie vor ausdrücklich dagegen, weil ein Pauschalverfahren zu den Problemen führt, die wir an vielen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland haben. Und, Frau Abgeordnete, ich möchte noch mal betonen: Wenn Sie da fundamentale Fehler machen, können Sie die im Grunde nie mehr korrigieren. Das ist nicht mehr reversibel. Schauen Sie, selbst die - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, sehr geehrter Herr Seehofer, ich habe ja heute Ihnen zugehört, und Sie haben halt gesagt: Anfangs wollten wir das nicht -

Zeuge Horst Seehofer: Ja, im Chaosverfahren.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und im späteren Stadium waren wir bereit. - Und da würde mich interessieren, wann denn dann sozusagen - - also, wovon es abhängt, von welchen Kriterien.

Zeuge Horst Seehofer: Von der Lage in Afghanistan. Wenn das geregelte Verfahren so ab Sommer 2021 nicht mehr möglich war, da haben wir auch gesagt: Ja gut, dann müssen wir den Kompromiss eingehen, dass wir in Deutschland das Visum an der Grenze ausstellen, die Sicherheitsüberprüfungen durchführen, die biometrischen Daten erheben. - Aber das war im Dezember des Jahres

2020 nicht gegeben. Wir müssen ja immer den Menschen da draußen erklären: „Warum haben wir was zu welcher Zeit gemacht?“, ohne dass gleich wieder irgendwelche extremen Kräfte befördert werden - was Sie ja auch nicht wollen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch mal eine Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nee, wir sind zu Ende.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nächste Runde. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur AfD. Bitte schön.

Joachim Wundrak (AfD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Minister, auch von mir Dank für Ihre Hilfe, der Wahrheit im Untersuchungsausschuss hier auf den Grund zu gehen. Ich komme gleich zur Sache. Aus MAT A BMI-3.128 VS-NfD [sic!], Blatt 138, vom 03.05.2021 geht hervor, dass afghanische Staatsangehörige im Untersuchungszeitraum nur selten im Besitz eines Reisepasses waren. Daraufhin wurde die Idee entwickelt, dass Deutschland sogenannte RAfAs, Reiseausweise für Ausländer, ausstellt. Ich zitiere hier weiter aus MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 106, vom 07. Mai 2021 - Zitat Anfang -:

„Insgesamt lässt sich sagen, dass die Ressorts einen Willen zur Kooperation gezeigt haben. Dies gilt auch für das BML, das unsere Vorschläge“

- also des AA -

„zu RAfAs, Urkundenüberprüfung, Sicherheitsüberprüfung und auch der "Visastelle Inland" akzeptiert hat.“

Meine Frage: Ab wann wussten Sie persönlich, dass afghanische Staatsangehörige nur selten im Besitz eines Reisepasses waren? Wann wurde Ihnen diese Reisepass- bzw. RAfA-Problematik bekannt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Horst Seehofer: Das war ein generelles Problem, das mir bewusst war seit 2015. Da war ja meine Hauptkritik: Wir wissen gar nicht mehr, wer ins Land kommt. Und ein großer Teil, die gesagt haben: „Asyl“, konnten ihre personellen Identitäten gar nicht offenlegen, weil sie die Reisepapiere nicht mehr bei sich hatten.

Wissen Sie, damals war das begründungspflichtig, weil da galt ich als rechtsradikal. War auch für mich eine Erfahrung: Die Vertretung des gesunden Menschenverstandes wird als Radikalität eingestuft. - Heute, glaube ich, haben wir in der Bundesrepublik Deutschland in *der* Frage einen weitgehenden Konsens, jedenfalls bei den demokratischen Kräften.

Und es war von Anfang an, schon seit 2015 - - Das war für mich dann 2020 oder 2021 keine neue Erkenntnis mehr, dass wir ein großes Problem haben mit den Identitäten der Menschen. Das hat noch gar nichts mit Sicherheitsüberprüfung zu tun. Und das hat ja dann dazu geführt, Fälle, die ich dann als Ministerpräsident erlebt habe, die auch zum Teil vor Gericht gelandet sind - - dass ein und dieselbe Person an 12, 15, 18 verschiedenen Stellen Sozialleistungen bezogen hat. Wenn man das angesprochen hat, galt es schon wieder als Rassismus und Ähnliches. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Es geht um die Ordnung. Und die Ordnung kriege ich im Lande nur hin, wenn ich weiß, um welche Person es sich handelt, damit diese Dinge gar nicht möglich sind.

Und ich bin jetzt einfacher Staatsbürger und verfolge das mit hohem Interesse, wie sich jetzt unter dem Druck der Verhältnisse doch in manchen selbstverständlichen Dingen Konsense gebildet haben, weil man feststellt, dass gerade der normale Mensch - ich habe früher immer gesagt: die kleinen Leute - dafür kein Verständnis hat, dass die Politik dieses Thema nicht wirklich in Kontrolle bringt. Jetzt muss ich ausdrücklich sagen, Herr Vorsitzender, damit Sie das nicht parteipolitisch meinen: Die Frau Faeser hat schon die richtigen Ansätze, es unter Kontrolle zu bringen, gerade was Europa angeht.

Joachim Wundrak (AfD): Zum Untersuchungsgegenstand Afghanistan: Können Sie sich an Gespräche mit dem Außenminister Heiko Maas über die Ausstellung von RAfAs für afghanische Staatsbürger erinnern?

Zeuge Horst Seehofer: Ja.

Joachim Wundrak (AfD): Ab wann haben Sie darüber geredet? Was wurde konkret vereinbart aus Ihrer Erinnerung?

Zeuge Horst Seehofer: Ich glaube, das waren sicher allgemeine Gespräche, aber ohne jetzt konkret zu vereinbaren, weil es war seine Angelegenheit. Ich habe keine Möglichkeit, in der deutschen Botschaft das herbeizuführen, wenn man es so macht, dass es in der deutschen Botschaft ausgestellt wird oder von der afghanischen Regierung, wenn es um afghanische Reisepässe geht. Die deutsche Botschaft kann ja wiederum nur das Visum erstellen. Das war auch nicht mein Hauptproblem. Mein Problem war - Ortskräfte, später dann Gefährdungspersonen; ich habe vorher von Künstlern, Journalisten etc. gesprochen oder Sozialhelfern -, dass wir im geregelten Verfahren, das ja bis Sommer des Jahres 2021 möglich war - - Noch mal: Wer kommt? Gibt es ein Sicherheitsrisiko? Und dann, wenn das Innenministerium das bejaht hat, das Auswärtige Amt die Visa ausstellt.

Das Auswärtige Amt wiederum hat - zu Recht, wie ich finde - geklagt über zu wenig Personal, zu lange Dauer. Ich habe irgendwo in den Beweisunterlagen gelesen, damals ging man davon aus, die Erteilung eines Visums dauert sechs Monate. Das ist nicht meine Erfindung, sondern habe ich gelesen in den Unterlagen. Wir haben es ja mehrfach im Innenministerium behandelt, im Innenausschuss. Da muss auch die Politik - und das sind die Abgeordneten - Konsequenzen daraus ziehen. Dieses Spiel - ein Ministerium hat ein Problem; das kann es nur personell lösen mit mehr Personal; und dann komme ich in den Haushaltsausschuss, in die Bereinigungssitzung, und erfahre: das ist schön, was Sie wollen, aber es geht nicht -, das ist mein Erlebnis. Das war übrigens in Bayern nicht anders, im Haushaltsausschuss.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Also, habe ich das richtig verstanden, dass das Auswärtige Amt für die Ausstellung der RAfAs zuständig war?

Zeuge Horst Seehofer: Ein Reisepass für ein Land stellt ja normalerweise die Regierung des Landes aus. Wir haben ja hier ein Auswärtiges Amt da; die können nicht für afghanische Staatsbürger Pässe ausstellen.

(Der Zeuge wendet sich an
Vertreter des Auswärtigen
Amtes)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das müssen wir, glaube ich, anders klären, als dass die Bundesregierung das hier aussagt. Aber wir sind sowieso am Ende der Fragezeit angekommen.

Joachim Wundrak (AfD): Darf ich noch eine kurze Frage stellen, weil es mit Ja oder Nein wahrscheinlich zu beantworten ist?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Joachim Wundrak (AfD): War Ihnen bewusst, dass die Ausstellung von RAfAs einen Eingriff in die Souveränität Afghanistans jetzt darstellt?

(Der Zeuge wendet sich an
Vertreter des Auswärtigen
Amtes)

Zeuge Horst Seehofer: Mir ist gerade da irgendwo aus dem Horizont zugeflüstert worden, RAfAs könnte das Auswärtige Amt ausstellen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber wir wollen trotzdem nicht dazu übergehen, das hier so zu klären, sondern das muss anders geklärt werden. Sie werden gefragt nach dem, was Sie erinnern und wissen, und damit sind wir zufrieden. Also damit, dass Sie Ihre Rolle so wahrnehmen, sind wir zufrieden. So will ich das sagen. - Jetzt die Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Seehofer! Ich möchte gerne noch mal auf ein paar Dinge zurückkommen, die Sie jetzt bisher schon gesagt haben. Sie haben vorher gesagt mit Blick

auf das Doha-Abkommen, dass Bestandteil des Abkommens Verhandlungen mit den Taliban seien und dass alle Indizien auf etwas Geordnetes gerichtet gewesen seien. Ist Ihnen bekannt, dass der BND schon im Herbst 2020 ein Emirat 2.0, also eine Machtübernahme der Taliban, als das wahrscheinlichste Szenario bezeichnet hat?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, das ist aber schon wieder ein halbes Jahr später. Erstens. Und zweitens. Diese globale Aussage sagt ja noch nicht, in welcher Zeit das stattfindet.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sagen Ihnen auch die Begriffe „Conditions-based“ und „Time-based“ was im Zusammenhang mit Doha? Von welchem sind Sie denn ausgegangen: dass es Conditions-based sei oder Time-based, also zeitbezogen oder bedingungsbezogen?

Zeuge Horst Seehofer: Ich glaube, bedingungsbezogen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Bis wann haben Sie das gedacht?

Zeuge Horst Seehofer: Bis auch für mich sich die Realität so dargestellt hat, dass das alles nicht mehr zu halten ist, weil Regierungsmitglieder - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Könnte das zeitlich ein bisschen fest- -

Zeuge Horst Seehofer: Ja, im Sommer 2021. Da sind ja Regierungsmitglieder plötzlich weg gewesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau. Aber, wie gesagt, der BND hat ja schon im Herbst, also praktisch fast ein Jahr vorher, ebendieses Emirat 2.0 als das wahrscheinlichste Szenario betrachtet. Was haben Sie damals mit der Information gemacht?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, ich habe sie zur Kenntnis genommen. Aber das hat ja keinerlei Aussage bedeutet, wann jetzt was stattfindet.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Es sagt aus, dass es eben - - Sie hatten gesagt, alle Indizien



Nur zur dienstlichen Verwendung

seien darauf gerichtet gewesen, dass was Geordnetes komme. Und das steht ja im Widerspruch dazu.

Zeuge Horst Seehofer: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Nee? Okay.

Zeuge Horst Seehofer: Also, Machtübernahme durch die Taliban wäre auch geordnet möglich gewesen - theoretisch. Aber wenn die Regierung verschwindet: Das hatten die sicher auch nicht auf der Agenda im Herbst ein Jahr vorher.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wenn man jetzt solche unterschiedlichen Bewertungen hat oder Sichtweisen, da hatten Sie ja vorher auch auf die Staatssekretärsrunden verwiesen als Entscheidungsgremien. Da möchte ich Ihnen noch mal vorhalten aus dem vorläufigen Stenografischen Protokoll 20/87, Seite 46. Da haben wir den Zeugen Martin Jäger gehabt. Und der hat gesagt: Die Staatssekretärsrunden - - Ich zitiere:

„Aber ich glaube nicht, mich erinnern zu können, dass wir in einer Frage sozusagen einen formalen Verweisungsbeschluss auf die Ministerebene gemacht hätten, weil das war auch nicht der Zweck dieser Runde. Das war ein informelles Gremium.“

Wie verhält sich - - Können Sie das mal kommentieren, bitte?

Zeuge Horst Seehofer: Ja. Natürlich ist eine Staatssekretärsrunde kein Beschlussgremium; ein Koordinierungsgremium.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Was ist da der Unterschied?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, ein Koordinierungsgremium versucht, die verschiedenen Gesichtspunkte so in eine Balance zu bringen, dass nach Information durch die Staatssekretäre die Minister sagen: Okay, es gilt jetzt so, also ist beschlossen. - Die Staatssekretärsrunde kann nicht anstelle der Minister Beschlüsse fassen. Sie können sagen: „Wir schlagen unseren Ministern folgende

einheitliche Meinung vor“, was ja dann auch geschieht und immer geschehen ist. Und wir waren immer zufrieden als Minister - ich jedenfalls und, ich glaube, auch meine Kolleginnen und Kollegen -, wenn die Staatssekretärsrunde einen Ausgleich gefunden hat.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber ich habe ihn ja gerade zitiert. Da sagte er:

„Aber ich glaube nicht, mich erinnern zu können, dass wir in einer Frage sozusagen einen formalen Verweisungsbeschluss auf die Ministerebene gemacht hätten ...“

Also, er hat eigentlich ziemlich klar uns auch gemacht, dass aus diesen Staatssekretärsrunden im Regelfall nicht auf die Ministerebene rekurriert wurde, sondern dass man sich dort getroffen hätte. Und dann, wie Sie gesagt haben: Es war kein Entscheidungsgremium, sondern ein Beschlussgremium. Welche Funktion hatte denn aus Ihrer Sicht so eine Staatssekretärsrunde?

Zeuge Horst Seehofer: Man hat ihnen übertragen als Minister eine politische Haltung - das haben alle vier Minister gemacht - und darauf gesetzt, dass die Staatssekretäre mögliche Diskrepanzen in der Diskussion mit Lösungen versehen und wieder auf ihre Minister zugehen und sagen: So war das, die drängen so, die anderen drängen anders, und jetzt müssen die Minister sagen, wie es weitergeht.

Und bei mir war immer die Leitlinie, wenn Engelke oder Teichmann kamen - da musste ich sie aber gar nicht überzeugen -: Sicherheit, Identität. Im Auswärtigen Amt war sicher eine andere Leitlinie, nämlich: „Wie können wir das alles bewältigen?“ und später dann: „Wie helfen wir den gefährdeten Personen?“ Da gab es dann ganze Listen, die das Auswärtige Amt verwaltet hat, und die wurden auch nach meiner Kenntnis zufriedenstellend abgewickelt, auch in schwierigsten Situationen.

Und der Entwicklungshilfeminister, der hatte genauso wie ich Interesse an der Ordnung, hatte sogar Bedenken gegen Charterflüge, hatte Bedenken



Nur zur dienstlichen Verwendung

gegen die Ausweitung der Zweijahresfrist auf das Jahr 2013. Und bei der Bundeskanzlerin haben wir auch für die Entwicklungshelfer im Gegensatz zur Bundeswehr und zur Polizei keine pauschalen Verfahren vereinbart. Aber auch bei der Bundeskanzlerin war es erst zu einem Zeitpunkt, als sich abgezeichnet hat: Ein geordnetes Verfahren ist nicht mehr möglich, und deshalb sind diejenigen, die besonderen Gefährdungen ausgesetzt sind - Polizei und Bundeswehr -, anders zu behandeln als alle anderen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wir haben jetzt hier in diesen Befragungen schon sehr stark wahrgenommen, dass in den Staatssekretärsrunden unterschiedliche Meinungen nicht aufeinandergeprallt sind, aber nebeneinandergestanden sind und eigentlich diese Diskrepanz nicht unbedingt aufgelöst wurde, sondern dass jedes Ressort irgendwie auch eigene Blickwinkel auf die Dinge hatte.

Zeuge Horst Seehofer: Mein Gott, ich darf Ihnen sagen, das war in Bayern nicht anders als hier in Berlin.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ist es gut, wenn es in Bayern anders ist?

Zeuge Horst Seehofer: Das sollte eigentlich unterstreichen: Wenn es selbst in Bayern nicht anders möglich ist, möchte ich Ihnen nicht die Illusion geben - möglicherweise für eine Bewertung dann -, wenn man das institutionell anders regelt, dass das Thema dann gelöst ist.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich Sie noch mal was anderes fragen? Und zwar würde mich interessieren, wie oft Sie denn im ersten Halbjahr oder sagen wir bis August 21, wie oft Sie da im Innenausschuss waren. Haben Sie das noch in Erinnerung?

Zeuge Horst Seehofer: Also, gerade in der Pause hat mir eine Kollegin von Ihnen gesagt, dass ich außerordentlich häufig im Innenausschuss war.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Meiner Information nach waren Sie einmal wegen des Ahrtals da und dann im August, als sich die Lage zu

Afghanistan zugespitzt hat. Entspricht das Ihren Erinnerungen?

Zeuge Horst Seehofer: Das kann sein, aber es war dann auch nicht mehr notwendig.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das lasse ich mal so stehen. - Ich würde jetzt gerne noch mal auf den Sachverhalt zu sprechen kommen, der vorher schon mal angesprochen wurde - ich glaube, vom Vorsitzenden -, zu diesem Brief, den Sie mit unterschrieben haben mit den anderen Innenministern. In einem E-Mail-Verlauf zwischen der deutschen und niederländischen Botschaft - MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 443 - wird sichtbar, dass das AA nur deshalb von dieser Initiative erfuhr, weil die niederländische Botschaft in Kabul die deutsche Botschaft über die Existenz dieses Innenministerschreibens informierte. Ist Ihnen dieser Vorgang in dieser Form bekannt?

Zeuge Horst Seehofer: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Halten Sie das für normal, dass die Innenminister am Außenministerium vorbei so was - - oder wie würden Sie das - - Können Sie das mal kommentieren, bitte?

Zeuge Horst Seehofer: Ich weiß auch nicht, ob es wirklich am Auswärtigen Amt vorbeiging. Aber ganz natürlich wäre das nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Was ist denn Ihre professionelle Meinung da zu möglichen Auswirkungen davon, wenn ein Ministerium, in diesem Fall das AA, erst über Dritte, also die Niederlande, von einem Vorhaben des BMI, also Ihres Ministeriums, erfährt, was den eigenen Kompetenzbereich, also des Auswärtigen Amtes, betrifft?

Zeuge Horst Seehofer: Ich habe ja gerade gesagt, ganz normal wäre es nicht. Aber ob es zutrifft, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Und ich kann nicht einen Sachverhalt beurteilen, dessen Wahrscheinlichkeit ich nicht - jedenfalls im Moment - beurteilen kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, Sie haben nichts von dieser - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich noch eine kurze - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ganz kurz.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie denn was von dieser hochrangigen Kritik aus dem AA an dem Vorgehen des BMI mitbekommen?

Zeuge Horst Seehofer: Das kriegen wir als Innenminister jeden Tag. Eine Abteilung jeden Tages ist Kritik, Entgegnung von Kritik.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank für die Hilfe beim Übergang. Das sollte der Übergang sein zum Kollegen Nürnberger. Das ist gelungen. - Sie haben das Wort.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte da anschließen, wo die Kollegin Jurisch mit ihrer vorletzten Frage Sie befragt hat. Wir haben uns bereits unter mehreren Aspekten an das Thema Zweijahresfrist herangearbeitet. Was sagt Ihnen denn die Situation zu einem früheren Zeitpunkt, nämlich im August 2020, wo es eine Vorlage gibt unter MAT A BMI-3.03 VS-NfD, Blatt 12 bis 15, wo Sie ganz andere Erwägungen über die Fristen für die Zulässigkeit eines Ortskräfteverfahrens in Ihrem Hause getätigt haben? Ist Ihnen diese Vorlage bekannt?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, ich kann es jetzt nur aus dem Kopf wiedergeben. Das ging ja immer um diese zwei Jahre. Es ging um das Jahr 2013, und es ging um das Jahr 2001. Und gegen 2013 generell und 2001 sprachen die Größenordnungen, wenn ich es recht im Kopf habe: 25 000 bzw. 50 000. Und das war außerhalb meiner Vorstellungskraft. Dazu kam - ich war noch nicht fertig -, dass wir die Erfahrung hatten, dass seit 2013 etwa 2 000 Gefährdungsanzeigen gestellt wurden und mehr als die Hälfte von diesen Gefährdungsanzeigen abgelehnt wurde von den zuständigen

Ressorts. Und deshalb habe ich gesagt: Was soll das bringen, wenn wir jetzt wieder ein großes Verfahren in Kraft setzen und vielleicht viele darunter sind, die schon mal angestellt* haben - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Ja. Haben aber alles hier behandelt heute.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf Sie hinweisen -

Zeuge Horst Seehofer: Wo ist da der Widerspruch?

Jörg Nürnberger (SPD): - auf die schwarze Seite 3. Da wird von einer Option geredet, die eben nicht sich auf die Jahre 2013, 2001 bezieht und auch nicht auf eine Zweijahresfrist im Ministerium, die - - ein Vorschlag unterbreitet wird, diese Frist sogar auf ein Jahr zu verkürzen. Und da wollte ich Sie darauf ansprechen - -

Zeuge Horst Seehofer: Wegen Personalknappheit. Aber das wird ja hier beschrieben in dem Vermerk. Da werden Option 1, Option 2, Option 3 dargestellt und Votum. Das ist so üblich, dass man einem Minister am Anfang beschreibt: Von den Optionen, die ich dir jetzt da vorlege, habe ich folgende Meinung. - Da heißt - - Ablehnung der übrigen unten beschriebenen Optionen. Option 2 wäre eine Möglichkeit, aber darauf konnten wir uns nicht verständigen. Das wäre eine Verschärfung der Sache gewesen.

Jörg Nürnberger (SPD): Genau, darauf zielt ja meine Frage ab. Und mich würde noch interessieren, welche Überlegungen denn dazu geführt haben, tatsächlich diese Option überhaupt in diesem Vermerk aufzuführen. Was waren die Gründe, warum man sich damit beschäftigt hat, möglicherweise das Ortskräfteverfahren nur auf diejenigen Ortskräfte zu beschränken, die vor einem Jahr oder in der letzten Jahresfrist ihr Arbeitsverhältnis beendet hatten?

Zeuge Horst Seehofer: Das war die Freiheit bei mir im Ministerium, zu denken. Das erwarte ich auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass sie von allen Möglichkeiten, die theoretisch möglich sind, mir das mal aufschreiben mit Vor- und Nachteilen.

Und es gibt andere Vermerke, die Sie sicher auch selbst gelesen haben, die für das Modell 2 oder gegen die Ausweitung argumentieren mit der Begründung, die Erfahrung zeige, je weiter das Beschäftigungsverhältnis entfernt war, desto geringer ist die Gefährdung. Also, wenn man 2013 für die Bundeswehr gearbeitet hat und irgendwann 2015 aufgehört hat, ist nicht mehr die Gefährdung gegeben, als wenn ich noch aktuell beschäftigt bin oder gerade mal vor zwölf Monaten ausgeschieden bin. Das Argument hat mich überzeugt. Und darum habe ich gesagt: Wir lassen es bei den zwei Jahren. - Und später dann bei dem Gespräch mit der Kanzlerin wurde es für die Bundeswehr und für die Polizei auf 2013 ausgedehnt. Aber niemand hat mir gegenüber von den Ministern dafür plädiert, es auf ein Jahr zu kürzen.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt bereits die zwei folgenden Sachverhalte auch angesprochen. Es gab dann die Vorbereitung des Termins mit der Frau Bundeskanzlerin. Und in diesem Zeitraum schreibt Ihr Staatssekretär Engelke wörtlich per E-Mail an den Kollegen Berger im Auswärtigen Amt und Jäger - beide waren Adressaten; MAT A AA-9.141 VS-NfD, Blatt 104 f. -:

„... dass Herr Minister Seehofer das Thema hier im Haus intensiv erörtert hat. Nach Abwägung aller zugrundeliegenden Aspekte spricht sich mein Minister weiterhin für die Beibehaltung der Zwei-Jahresfrist und die Möglichkeit, Ortskräfte im Rahmen einer Einzelfallprüfung in begründeten Ausnahmefällen zu berücksichtigen aus.“

„Zwei-Jahresfrist“ und „Einzelfallprüfung“ ist ja die Beibehaltung des Status quo. Aber der zweite Satz klingt eher so danach, als ob es auch dann darüber hinaus noch Fälle geben kann, wo man in der Einzelfallprüfung davon abweichen kann. Verstehe ich diesen Vermerk so richtig?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, haben wir auch so gehandhabt. Ich glaube, auf die Fragen von Herrn Stegner hatte ich schon gesagt zur Begründung, dass wir pragmatisch und human gehandelt haben, dass wir auch absolute Ausnahmefälle - ich glaube, das waren so 20, 25 - jenseits dieses Ortskräfteverfahrens behandelt haben, vor allem Frauen auch. Also, wir sind da nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern wir wollten auch die Humanität leben. Und der Vermerk von Herrn Engelke sagt genau dies aus.

Jörg Nürnberger (SPD): In der weiteren Folge fand dann die Sitzung mit der Bundeskanzlerin statt. Nach den Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen - MAT A BKAm-3.42 VS-NfD, Blatt 112 -, waren Sie als Ministerium dort auch durch Ihren Staatssekretär Herrn Engelke vertreten. Gab es von Ihnen vorher Anweisungen, wie Herr Engelke sich in dieser Sitzung zu positionieren hatte?

Zeuge Horst Seehofer: Er brauchte keine Anweisungen, er wusste es. Ich habe ganz selten in der Politik einem Mitarbeiter gesagt: Sie müssen das jetzt so machen. - Ich glaube, das waren ein oder zwei Fälle. Aber ansonsten wusste jeder, wie ich denke, weil wir oft darüber gesprochen haben, diskutiert haben. Ich habe ja vorhin gesagt: Regel war jede Woche einmal Montag und bei Turbulenzen in der Politik auch mehrfach in einer Woche, und zwar alle Staatssekretäre.

Die Wohnungsbaustaatssekretärin hat die Diskussion - - alles selber mit geführt, auch für Polizei und Sicherheit und umgekehrt. Da habe ich großen Wert darauf gelegt, dass auch ein bisschen Betrachtung von Leuten stattfindet, die nicht jeden Tag für Ortskräfte zuständig sind, sondern für den sozialen Wohnungsbau.

Jörg Nürnberger (SPD): Interessante Kombination. - Sie haben uns vorhin sehr ausführlich dargestellt - und es wurde auch von den Kollegen bereits nachgefragt -, dass es durchaus üblich war in Ihrem Hause, dass es unterschiedliche Rechtsauffassungen zu verschiedenen Themen gegeben hat. Hier ging es insbesondere um die des Herrn Engelke und des Herrn Teichmann. Mich würde an der Stelle noch ergänzend interessieren: Wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat man denn nach außen kommuniziert gegenüber den anderen Ministerien? Welche Position hat man dann als Linie des Ministeriums dargestellt?

Zeuge Horst Seehofer: In einem guten Ministerium werden die internen Diskussionen nicht nach außen kommuniziert, auch nicht innerhalb der gleichen Regierung. Das gehört zu einer Grundlage des Vertrauens. Wenn ich damit rechnen muss, dass bei irgendeinem Empfang in Berlin abends das, was nachmittags im Innenministerium gerade kontrovers diskutiert wird, beim Cocktail besprochen wird, und ich erführe das - was nie der Fall war -, dann ist das Vertrauen weg, dann kann ich ja nichts mehr besprechen. Mit wem soll ich dann noch was besprechen? Mit mir selber? Helmut Kohl hat mal gesagt: Wenn in Berlin zwei Leute zusammenkommen, ist einer zu viel.

Jörg Nürnberger (SPD): Das muss man jetzt nicht kommentieren. Aber, Herr Zeuge, aus unseren Unterlagen, MAT A BMI - also aus Ihrem Hause - 3.164 VS-NfD, Blatt 60, geht hervor, dass nach außen jedenfalls immer kommuniziert wurde, dass die Zulässigkeit von Visa on Arrival rechtlich nicht gegeben sei. Aus dieser Besprechung sagt B2, die Erteilung von Ausnahmevisa an der Grenze nach § 14 II Aufenthaltsgesetz ist rechtlich nicht zulässig und wäre auch praktisch nicht umsetzbar. Es wird sogar noch mal an der anderen Stelle in diesem Protokoll unterstrichen.

Jetzt haben Sie aber vorhin gesagt, Sie haben diese Entscheidung nach dem Prinzip der politischen Opportunität getroffen, um Ihre Worte zu zitieren. Welches war die Motivation in der Außenkommunikation, sich auf den rechtlichen Standpunkt zurückzuziehen?

Zeuge Horst Seehofer: Ich weiß nicht, ob ich selber diese Position nach außen bezogen habe. Ich habe in der Diskussion im Hause deutlich gemacht, dass während einer ordentlichen, regelbasierten Situation ich das nicht will, dass wir Leute nach Deutschland bringen und erst in Deutschland dann registrieren wollen: War diese Person gefährdet? Ist sie straffällig, auffällig oder

von einer politischen Richtung - politischer Islamismus -, die wir nicht wollen? Und wie sind die biometrischen Daten? Weil meine Erfahrung war und nach wie vor ist: Wer in Deutschland ist - - und Sie stellen problematische Rahmenbedingungen fest, können Sie sich abschnüren, die wieder zurückzuführen. Denn dann betreten die Gerichte die Bühne: Die afghanische Regierung müsste ja zustimmen, dass jemand wieder zurückgeführt wird, der gerade gekommen ist. Das alles wollte ich als Risiko nicht erneut eingehen, nachdem ich das 2015 und 16 erlebt habe; tut mir leid. Und Sie erleben es doch alle, und ich als Staatsbürger jetzt wieder, jedenfalls in den Jahren 22 und 23.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie an der Stelle nur noch mal faktisch bitte darstellen, wann dann - zu welchem Tag möglichst oder zu welchem Zeitpunkt - die Entscheidung getroffen wurde im Hause, dass Visa on Arrival doch auszustellen sind, und wer von den handelnden Personen diese Entscheidung getroffen hat?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, das war deutlich später, irgendwann im Sommer 2021. Und da waren ja erstens die anderen Minister, aber auch die Kanzlerin beteiligt.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber nachdem in unseren Unterlagen Ihr Terminkalender nicht verfügbar ist, vielleicht eine Frage ganz am Rande: In diesen entscheidenden Tagen im August 2014, haben Sie dort Ihre Dienstgeschäfte aus dem Ministerium geführt, oder waren Sie anderswo aufenthaltslich?

Zeuge Horst Seehofer: „Anderswo“ heißt da bei mir immer noch: „in Deutschland und Bayern“, weil ich seit 25 Jahren nicht mehr in Urlaub fahre; aber das ist jetzt nicht Untersuchungsgegenstand. Es kann sein. Aber als Minister, um Ihnen das auch noch einmal deutlich zu sagen, sind Sie jede Minute im Amt, auch wenn Sie bei Ihrer Frau auf der Couch sitzen - jede Minute.

Jörg Nürnberger (SPD): Das soll Abgeordneten nicht anders gehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Horst Seehofer: Als Innenminister schon gleich zweimal, weil Sie ohne ständige Erreichbarkeit Ihre Verantwortung verfehlen. Und wenn man nicht erreicht wird - das habe ich mal ausführlich immer der Kanzlerin gesagt -, weil Sie haben das Handy ja auch nicht immer auf dem Nachttisch liegen, dann habe ich bei der Erreichbarkeit bayerischer Minister, die für mich nicht sofort erreichbar waren, aber erreicht werden mussten - - dann ist es ein gängiges Verfahren, dass man die örtliche Polizei anruft und sie bittet, die Erreichbarkeit sicherzustellen. Und das ist meistens nach einer Viertelstunde gewährleistet oder eigentlich immer gewährleistet gewesen. Ich wollte mal einen Minister der Kanzlerin vorschlagen als Minister, habe ihn aber nicht erreicht. Jetzt hätte ich dem Betreffenden sagen können: Weil ich dich nicht erreicht habe, bist du nicht mehr Minister. - Und ich habe die Ortspolizei angerufen - der ist aus der Gegend von Mechthilde Wittmann -, und nach einer Viertelstunde bekam ich den Anruf.

(Mechthilde Wittmann
(CDU/CSU): Habe ich sofort
richtig geraten!)

Es ist so. Das ist gar nicht böse gemeint. Man hat da mal das Handy im Auto liegen lassen und ist im Haus. Umgekehrt will einen ein Chef einer Regierung innerhalb von Minuten erreichen, weil es immer pressiert. Also, ich war immer erreichbar. Und wenn es wirklich mal so war, wie ich gerade geschildert habe, dann kommt halt die Polizei. Und das ist auch ihre Aufgabe, die Erreichbarkeit sicherzustellen. Ich bin früher, wie die Kinder klein waren, oft fortgefahren, aber das mache ich seit genau 1995 nicht mehr, weil ich mich einfach in meinem schönen Altmühltal gut fühle.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem wir beide aus dem gleichen Bundesland sind, kann ich das bestätigen, dass Bayern ein schönes Bundesland ist.

Zeuge Horst Seehofer: Es ist ein Paradies.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte mich trotzdem aber wieder auf den Untersuchungsgegenstand konzentrieren. Sie haben vorhin selber das

Saigon-Szenario erwähnt, mit Menschen, die auf Hausdächern auf Hubschrauber warteten und dort versucht haben, auf dem letzten Drücker aus dieser Hauptstadt von Südvietnam evakuiert zu werden. Es gab eine Ministervorlage vom 22. Januar 2021; MAT A BMI-3.12 VS-NfD, Blatt 58 bis 62. Und da wird deutlich, dass das AA frühzeitig auf das BMI zukam, um über ein drohendes Saigon-Szenario, das später - deutsche Bürokratie, Sprache ist Macht - „Notfallszenario“ hieß, zu sprechen.

In der Entwurfsfassung dieser Vorlage - um mich hier auf MAT A BMI-3.04 VS-NfD, Blatt 101 bis 105, zu beziehen; der Kollege bringt es gerade vorbei - geht es auf Blatt 103 in einem Kommentar eines Bearbeiters darum, dass „der BND das Scheitern der Friedensverhandlungen und die Errichtung eines Kalifats ... durch die Taliban“ - auch das wurde schon angesprochen - „für am wahrscheinlichsten“ hält.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Jetzt gibt es dort eine Bemerkung, die uns etwas ins Auge gestochen ist: „... wollen wir dem Minister das verschweigen?“ Gab es in Ihrem Hause Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen, die derartige Überlegungen angestellt haben, dass man dem Herrn Minister etwas verschweigen müsse? Können Sie sich das erklären?

Zeuge Horst Seehofer: Nein. Klingt relativ unbeholfen.

Jörg Nürnberger (SPD): Entschuldigung, habe ich akustisch nicht verstanden.

Zeuge Horst Seehofer: Diese Bemerkung klingt relativ unbeholfen.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir sind deshalb darauf ein- -

Zeuge Horst Seehofer: Es bestand überhaupt kein Anlass, gerade in der Frage. Mit Saigon-Effekten hatten wir die totale Unterstützung hochrangiger Bundesmilitärs - das ergibt sich auch aus den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Unterlagen -, von einem General ganz besonders, aber auch vom Entwicklungshilfeminister. Der war entschieden dagegen, einen Saigon-Effekt herzustellen. Und deshalb war das jetzt kein Anlass, dass irgendein Mitarbeiter im Ministerium sagt: Ich möchte den Minister nicht informieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Man kann dieses Zitat auch in den Zusammenhang mit Äußerungen, die aus dem anderen Haus kommen, nämlich aus dem BMVg, dass man den politischen Raum nur in homöopathischen Dosen über gewisse Dinge informieren müsste, in Zusammenhang stellen. Deshalb die Nachfrage: Sie sind von Ihren Mitarbeiter/-innen immer vollumfänglich über alles informiert worden?

Zeuge Horst Seehofer: Ja. Also, ich habe nie Groll gehabt: Warum habt ihr mir das nicht gesagt? Weil das hat auch überhaupt keinen Sinn. Meine Erfahrung, gerade in der Politik, ist: Es ist immer nur eine Frage der Zeit, wann die Wahrheit bei Ihnen landet. Es gibt das schöne Wort eines großen, glaube ich, Philosophen: Alle verschwiegenen Wahrheiten werden zu Gift; was auch stimmt. Wenn Sie glauben, Sie können der Bevölkerung - - oder Mitarbeiter können den Minister nicht informieren, also Wahrheit verschweigen, dann wird die verschwiegene Wahrheit im Laufe der Zeit zu Gift. Und das ist in richtiger Dosis meistens tödlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit sind wir am Ende der Befragungsrunde angekommen. - Und der Kollege Nürnberger fährt zu Beginn der nächsten Runde gleich fort.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir können da anschließen. Sie merken ja: Meine Aufgabe ist es, gewisse Teilgebiete noch mal etwas vertiefter zu untersuchen.

Wir gehen auf den 15. August 2021. Ich beziehe mich auf MAT A AA-9.86 VS-NfD, Blatt 14. Da geht es um das Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen BMI und Auswärtigem Amt, wo der Beauftragte für Rechts- und Konsularwesen, legale Migration und Rückkehrfragen die Zusammenarbeit mit dem BMI für das Ortskräfteverfahren wie folgt darstellt:

„AA bittet seit 7 Monaten das BMI um eine praktikable Lösung“

- sieben Monate -

„bei den „Visa-on-arrival“
Erst am vergangenen Freitag in der Krisenstabsitzung (13.08.) hat StS Engelke/BMI und am Sonntag in der SZ“

- bayerische Publikation -

„hat BM Seehofer gesagt, eine „humanitäre Lösung“ werde nicht am BMI scheitern; Visa könnten auch in DEU erteilt werden; Datenerhebung (KZB-Abfrage) könne auch in DEU durchgeführt werden.“

Der nächste Satz aus diesem Zitat lautet allerdings: „Die Arbeitsebene des BMI blockiert ...“ - diese Frage - „hingegen weiter“. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die Kollegen aus dem Auswärtigen Amt zur Auffassung gelangen, dass die Arbeitsebene des BMI tatsächlich hier nicht voranschreitet?

Zeuge Horst Seehofer: Habe ich keine Erklärung. Das war ja nach dem Datum ein Tag, bevor Kabul gefallen ist. 14. August haben Sie gesagt, oder?

Jörg Nürnberger (SPD): 15.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, dann ist es noch schlimmer. Dann war es doch selbstverständlich, dass wir sagen: Wir haben jetzt keine Chance mehr, ein Regelverfahren durchzuführen. Wir haben aber noch das Problem, wenn auch nicht mehr in der ursprünglichen Zahl, und jetzt müssen wir das in Deutschland machen. Das war für mich eine ganz logische Schlussfolgerung.

Jörg Nürnberger (SPD): Welche - -

Zeuge Horst Seehofer: Übrigens, Gerüchte sind in der Politik Handelsware, wissen Sie, dass ein Ministerium Gerüchte in die Welt setzt. Aber das Innenministerium - - das ist Standard.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Es schließt sich die Frage an, weil Sie gerade gesagt haben, es war ja dann offensichtlich um den 13. bis 15. August, dass diese Entscheidung getroffen wurde mit Visa on Arrival. Welche Vorbereitungsmaßnahmen zur Durchführung für Visa on Arrival in Deutschland hat denn dann Ihr Haus getroffen? Wie muss ich mir das ganz konkret vorstellen?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, der § 22 Aufenthaltsgesetz beinhaltet ja mit Zustimmung der Bundesregierung einen Aufenthaltstitel. Und dann muss man mit den Ländern absprechen, welche Behörde, oder welche Behörde auch des Bundes, die Sicherheitsaspekte machen und welche Behörden die Aufenthaltserlaubnis. Ein Visa ist ja dann nicht mehr erforderlich. Es ist ja dann ein Aufenthaltstitel, der durch eine deutsche Behörde erstellt wird, durch eine Ausländerbehörde. Ja.

Und die Durchführung und wer das macht, das ist jetzt wirklich die Aufgabe von Teichmann und Engelke - da fühle ich mich ein bisschen überbezahlt - oder sogar noch Referatsleiter oder so. Das ist ja nur noch eine technische Durchführung des politisch Gewollten. Und das hat ja auch funktioniert. Das kann auch die Bundespolizei sein.

Jörg Nürnberger (SPD): Das müssen wir an der Stelle nicht weiter vertiefen. Aber wir haben gerade diese Ansicht aus dem AA gehört. - Ich beziehe mich jetzt auf eine Gesprächsunterlage für die Bundeskanzlerin am 13. August 21, also auch um diesen Zeitraum herum, für die Telefonschalt, die für den nächsten Morgen geplant war mit den Fachministern, MAT A BKAm-3.18. Auch dort wird - und das hat der Kollege Stegner in seiner Eingangsbefragung angesprochen - darauf hingewiesen, dass das Verfahren deutlich zu langsam und zu schwerfällig war. - Hat das Bundeskanzleramt, hat die Bundeskanzlerin auch bereits vorher diesen Standpunkt Ihnen gegenüber vertreten und Sie dazu aufgefordert, tatsächlich hier Überlegungen anzustellen, wie man es noch mehr beschleunigen kann als durch die Maßnahmen, die Sie vorhin bereits erwähnt haben?

Zeuge Horst Seehofer: Gerade ab 13.08. war das selbstverständlich. Ich hoffe, wir stimmen da überein. Es war ja mehr die Frage: Wie komme ich zum Flughafen? Und auch wenn es mir manchmal nicht zugeschrieben wird: Wenn eine Bundeskanzlerin einen dringenden Wunsch hat, dann macht man das. Also gehe ich davon aus, dass ein solcher dringender Wunsch vorher nicht bei mir gelandet ist. Wir haben eine Besprechung gehabt, an die ich mich sehr genau erinnere, weil das war eine totale Abkehr mit der Jahresfrist auf 2013 bei der Bundeswehr und bei der Polizei. Und da hat mich sehr überzeugt, erstens, die veränderte Situation, aber, zweitens, auch, dass natürlich dieses Personal besonders gefährdet ist, was ja naheliegt.

Jörg Nürnberger (SPD): Es gab eine Überlegung hinsichtlich der möglichen Evakuierung von afghanischen Ortskräften und deren Familien, diese mit Charterflugzeugen auszufliegen im Sommer 2021. Können Sie uns kurz schildern, welche Debatten hier in Ihrem Ressort und im Verhältnis zu den anderen Ressorts geführt wurden, um diese Maßnahme zu überprüfen bzw. wie man sich dann am Ende entschieden hat?

Zeuge Horst Seehofer: Vorher war ja die Regel: Wer als gefährdet gilt und wo keine Sicherheitsprobleme vorliegen, die organisieren die Ausreise selber über einen Linienflug. Und dann kam immer wieder, nicht nur im Juli, sondern auch schon vorher, die Diskussion der Charterflugzeuge. Und da gab es dann diese Debatte des Saigon-Effekts und auch die Tatsache, dass wir angeblich noch Zeit hatten, was im Juli ja noch zu glauben war, aber eben dann im August und September immer weniger.

Darum habe ich da - - Da ist ja ein sehr ausführliches Schreiben von dem, glaube ich, Brigadegeneral in den Beweisunterlagen, der aus militärischer Sicht die verheerende Wirkung schildert, wenn man jetzt solche Charterflüge mit all den Erscheinungen, die dann auftreten, wer da alles noch dazu will und rein will - - sehr überzeugend schildert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Die Unterlage, auf die Sie sich wahrscheinlich beziehen, ist ein Sachstandsvermerk vom 21. Juni von Brigadegeneral Meyer. Der ist bei uns in den Unterlagen unter MAT A BMI-3.95 VS-NfD, Blatt 62 bis 66. Allerdings, etwa einen Monat später, am 16. Juli, hat dann die Bundeskanzlerin - und ich darf Ihre Worte von vor drei Minuten zitieren - einen Wunsch geäußert oder darum gebeten, erneut Charterflüge „wohlwollend zu prüfen“; MAT A BMI-3.253 VS-NfD, Blatt 943. Dazu gibt es eine E-Mail Ihres Abteilungsleiters Weinbrenner vom 21., also fünf Tage später; MAT A BMI-3.288 VS-NfD, Blatt 714. Es sei dann entschieden - - Oder lassen Sie mich andersrum anfangen: Können Sie sich an diesen Vorgang im Detail erinnern? Können Sie uns bitte kurz darstellen, wie dort die Abläufe waren, wie auf diese Bitte, „wohlwollend zu prüfen“, vonseiten Ihres Hauses reagiert wurde?

Zeuge Horst Seehofer: Ich glaube, ich kann mich erinnern, und das ist ja dann nur eine Frage von einer Zeit gewesen, bis das auch stattfindet; was ja der Fall war.

Jörg Nürnberger (SPD): Also, von Ihrem Hause wurde diese Durchführung der Charterflüge befürwortet. Verstehe ich Sie so richtig?

Zeuge Horst Seehofer: Von unserem Hause wurde sie auf keinen Fall blockiert. Wir waren ja auch interessiert, dass Leute noch rauskommen. Zu dem Zeitpunkt hat sich ja abgezeichnet, dass da kaum noch was zum Guten zu verändern war.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen dann erinnerlich, warum am Ende dann doch diese Charterflüge nicht durchgeführt worden sind?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, weil es mehr und mehr eine Frage des Militärs wurde, der Amerikaner, der Bundeswehr. Und da war ich schon sehr froh, dass die Amerikaner bereit waren, nicht nur amerikanische Staatsangehörige, sondern, wenn sie Platz hatten, auch unsere - - Das dürfen wir nicht ganz vergessen bei der ganzen Diskussion: auch die Behandlung der deutschen Staatsangehörigen in Afghanistan, und umgekehrt. Und das war eigentlich die Möglichkeit der Evakuierung,

einer sicheren Evakuierung - - einige Problematik, zum Flughafen zu kommen, selbst für die Auflösung der deutschen Botschaft, wo Herr „Fisch“ ja maßgeblich mitgewirkt hat. Vielleicht wäre es sonst dort anders gelaufen; aber das ist nur eine Vermutung von mir. Und es war mehr und mehr der Charakter der Evakuierung. Und das war dann auch richtig in der Zeit. Und es ist nicht daran gescheitert, dass der Innenminister gesagt hätte: Ihr müsst erst ein Visum bekommen. Das ist dann schon Hand in Hand gegangen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ganz anderer Themenkomplex. Wir haben auch vorhin bereits, zumindest kursorisch, die Frage der Rückführungen nach Afghanistan mit Ihnen besprochen, die Kolleginnen und Kollegen. Mir ist eine Sache aufgefallen bei der Durchsicht der Unterlagen: dass es ein gewisses Naheverhältnis zu Ihrem südöstlichen Nachbarn, also jetzt aus der bayerischen Perspektive gesehen, gegeben hat und Sie zusammen mit dem Innenminister der Republik Österreich einen gemeinsamen Brief an die afghanische Regierung formuliert haben. Wir können uns da auf MAT A BMI-3.475 VS-NfD, die Blätter 506 bis 508, beziehen. Können Sie uns kurz darstellen, in welchem Zusammenhang Sie sich an die afghanische Regierung gewandt haben und was Sie mit diesem Brief erreichen wollten? Wir können ihn natürlich auch gerne vorlegen.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, gut, aber erstens: Die Nähe zu einem demokratisch gewählten Innenminister ist ja nicht unbedingt was Abträgliches, der heute -

Jörg Nürnberger (SPD): Aber der war ja vorher nicht - -

Zeuge Horst Seehofer: - Bundeskanzler ist. Und zweitens: Rückführung ohne Einbeziehung der örtlich zuständigen Regierung ist nicht möglich. Es gibt ja Politiker, die das glauben; aber das ist eine Illusion. Sie brauchen die örtliche Regierung. Was machen Sie denn, wenn jetzt der Flieger gelandet ist und die örtliche Regierung sorgt dafür, dass Sie die Türen überhaupt nicht öffnen dürfen? Das sind meistens so Dinge, wo zwar zwischen den Mitarbeitern der Innenministerien



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr gut zusammengearbeitet wurde, aber manchmal dauert es dann, und dann kriegen Sie keine Antwort. Und dann müssen Sie halt die politische Spitze einschalten damit. Und meistens ist es dann auch so, dass es dann sehr kurzfristig geht.

Also, Abschiebung - das möchte ich allen sagen - ist ohne die jeweilige Regierung ausgeschlossen. Deshalb: gemeinsame Initiative. Es war nicht damals so in Europa - - Ein Teil in Europa hat überhaupt bestritten, dass es Migration gibt. Ein anderer Teil hat gesagt: Das gibt es, aber es findet bei uns nicht statt. Das war der Norden. Mehr östlich, die haben gesagt: Bei uns gibt es keine Migration. - Können Sie sich vorstellen, wer dahinterstand.

Jörg Nürnberger (SPD): Mhm.

Zeuge Horst Seehofer: Und hauptbetroffen waren immer die Franzosen, die Italiener durch die Seenotgeschichte und wir durch die Balkanroute. Und deshalb war es naheliegend, entweder mit einem französischen Innenminister - da gab es ja auch viele Initiativen -, der italienischen Innenministerin wegen der Seenotrettung - hat mir auch viel Kritik eingebracht, weil ich mit der eine Vereinbarung getroffen habe, dass gerettete Seenotflüchtlinge nach Deutschland zum Teil kommen können, da wurde auch gesagt: es ist eine Massenzuwanderung; es waren am Schluss 900 Leute, über zwei Jahre - und natürlich mit den Österreichern, weil das war ja die Hauptroute vom Balkan her - - Und Nehammer war da sehr, sehr zuverlässig mit dem, was er gesagt hat und wie er gehandelt hat. Das war der Grund. Und der zweite Grund, Ihre Frage: Ich brauche die Spitze einer Regierung, damit die Abschiebung real stattfinden kann.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt ist ja vorhin auch in der Diskussion ein weiterer Brief eingeführt worden, nämlich der an die EU-Kommission, dessen Wirkung Sie sehr ausdrücklich dargestellt haben. In Bezug auf diesen ersten Brief, auf den ich eingegangen bin, gibt es eben dann in der von mir genannten MAT-Nummer eine Stellungnahme von Staatssekretär Berger aus dem AA gegenüber Ihrem Staatssekretär Teichmann, wo er schreibt,

„Vor diesem Hintergrund wäre ein gemeinsames Schreiben mit Innenministern und Innenministerinnen weiterer EU-Partner an die EU-Kommission und insbesondere eine weitere Kontaktaufnahme der Kommission mit Afghanistan der Haltung des“

- von Ihnen jetzt erwähnten -

„MoRR nicht zuträglich. Mit Blick auf den avisierten Flug, aber auch das weitere Verhältnis zu dem für uns sehr wichtigen Partner MoRR, möchte ich Sie deswegen eindringlich bitten, von der Zeichnung des Schreibens abzusehen.“

Der Hinweis des AA an das BMI. Jetzt haben Sie aber vorhin gesagt, der Brief ist trotzdem abgesendet worden. Ja, warum?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, aus den Gründen, die genannt worden sind, auch jetzt noch einmal von Ihnen. Das war motiviert alleine: Wir wollten Erfolg in der Sache.

Jörg Nürnberger (SPD): Dass kein Missverständnis auftritt: Der Brief an das afghanische Ministerium wurde von Ihnen natürlich versendet. Dann gibt es eine Empfehlung vom Auswärtigen Amt, sich nicht gemeinsam an die EU-Kommission zu wenden. Der wurde aber dann trotzdem auch abgesendet. Warum?

Zeuge Horst Seehofer: Also, sicher nicht aus Bosheit. Aber wie die Lage jetzt Anfang August 2021 war - wahrscheinlich haben alle anderen Innenminister Europas unterzeichnet, und mein Haus hat dann gesagt: Es kann doch nicht sein, dass der Versand des Briefes jetzt am deutschen Innenminister scheitert, der in Europa gleichzeitig ja darauf hingewirkt hat, dass es ein europäisches Asylsystem gibt. Kann ich mir vorstellen, dass dies dazu geführt hat: „Herr Minister, Sie wollen doch, dass es ein europäisches Asylsystem gibt“, das jetzt die Frau Faeser ja vereinbart hat, unterschrieben hat, bei mir aber begonnen wurde, und dass die mir gesagt haben: „Wenn Sie das jetzt nicht unterschreiben, dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

stört es die diplomatischen Kanäle.“ - Das kann ich mir vorstellen, und das wäre jetzt auch nicht schlimm.

Jörg Nürnberger (SPD): Auch das ist vorhin angedeutet worden: der Rückführungsflug für den 3. und 4. August 2021. Das sollte der neunte Rückführungsflug werden. Es gibt einen Mailverlauf mit dem Auswärtigen Amt vom 2. August 21 - MAT A AA-9.47 VS-NfD, Blatt 46 -, dass mit dem Flug auch zwei afghanische Straftäter aus Österreich abgeschoben werden sollen, für deren Mitnahme Sie beim Innenminister Österreichs im Wort stünden.

Zeuge Horst Seehofer: An den Fall kann ich mich genau erinnern.

Jörg Nürnberger (SPD): Gibt es mündliche Zusagen von Innenministerien zu Nachbarstaaten: „Das machen wir einfach mal so“?

Zeuge Horst Seehofer: Aber wir haben es dann nicht gemacht wegen des Zeitpunktes. Wenn ich mich recht erinnere: Nach der Aktenlage haben wir diesen Flug abgesagt. Aber wenn ich mich jetzt irre, dann bitte ich, mich darauf hinzuweisen.

Jörg Nürnberger (SPD): Nein, das kann ich sogar bestätigen, weil die afghanische Regierung hätte die beiden da eigentlich aufnehmen wollen, aber der Flug wegen des Anschlags in der Grünen Zone dann am Ende abgebrochen wurde. - Gut.

Zeuge Horst Seehofer: Aber ich wäre bereit gewesen, die zwei mitzunehmen, unter anderen Umständen. Aber das hat sich erübrigt durch die Sicherheitslage.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es umgekehrt auch entsprechende Zusagen des deutschen - -

Zeuge Horst Seehofer: Die Hauptbeteiligten bei Abschiebungen sind seit eh und je Bayern. Wir hätten manchen Flieger überhaupt nicht füllen können oder teilweise füllen können ohne Bayern. Ich habe das nie thematisiert. Aber da gehört halt eine politische Kraft dazu.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt sehe ich mit einem Blick, dass meine Fragezeit, glaube ich, abgelaufen ist; auch wenn der Vorsitzende gerade unterwegs ist. - Vielen Dank, Herr Zeuge.

Zeuge Horst Seehofer: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Nürnberger. - Ich habe jetzt viele Briefe hier liegen. Ich will sie euch nicht wegnehmen, gell?

Jörg Nürnberger (SPD): Das ist wie früher in der Schule: Nach rechts weglegen; es kommt einer, der sammelt es ein. Ich bin ja in Bayern zur Schule gegangen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Frau Kollegin Wittmann, Sie haben jetzt zunächst mal das Wort.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Das wären dann zwei Slots, Herr Vorsitzender. Vielen Dank. - Ich komme noch mal zu einer Ministervorlage vom 22. Januar 21 zum Ortskräfteverfahren; MAT A BMI-3.12 VS-NfD, Blatt 58 bis 62. Und da geht es unter anderem um die Frage, ob das Auswärtige Amt denn Anfang 21, also in diesem Januar 21, schon eine Vorstellung hatte, mit wie vielen Ortskräften sie zu rechnen hatten, die sie ausfliegen wollen würden, wissend, dass sich das natürlich ändert, wie man die Zeiträume festlegt: zwei Jahre, 2013, oder gar, wie Bundesminister Müller nach Ihren Aussagen gesagt hat, 2001. Aber jetzt ist eben die Frage, quasi ex nunc: Was war denn der Plan im Januar 21 des Auswärtigen Amtes? Und hat das Auswärtige Amt, die Hausleitung, mit Ihnen abgestimmt, mit welchen Zahlen sie da derzeit in die Überlegungen geht?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Horst Seehofer: Ja, Frau Kollegin, es gab ja in den ganzen Zeiträumen, die Sie untersuchen, sehr unterschiedliche Annahmeszenarien. Und es ergibt sich aus dem Referat - aus diesem Vermerk, den Sie zitieren, ja deutlich, dass ich gesagt habe: Ich kann als Minister jetzt nicht beurteilen, welches Szenario jetzt zutrifft, vom Auswärtigen Amt oder vom Müller oder was



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch immer. - Ich habe gesagt: Mir ist wichtig, dass das Verfahren eingehalten wird, weil damit - nur mit dem Verfahren, dass es eingehalten wird - erreicht man auch das, was man politisch will. Und das, was man politisch will, das darf man nicht davon abhängig machen: Sind es jetzt 500 Leute, oder sind es 1 500 Leute? Wir wollten den Ortskräften helfen, wenn sie gefährdet sind, wenn sie keine Sicherheit beeinträchtigen und wenn wir wissen: Um welche Personen geht es hier? Und da hätte ich auch 1 000 mehr Leuten zugestimmt, wenn das Verfahren stimmt.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ich komme darauf genau aus dem Grund, nämlich wenn man mit bestimmten Kapazitäten plant, muss ich, um das Verfahren einhalten zu können, bestimmte Kapazitäten vorhalten können, sonst kollidiert es miteinander. Und deswegen ist meine weitere Frage, ob der damalige Außenminister Maas das auch, bevor es dann wirklich sich zugespitzt hat im Sommer 2021 - - diese Zahlen mit Ihnen erörtert hat. Und natürlich auch die Frage, die wir dann über die Kapazitäten haben; da komme ich nachher gleich noch darauf zurück.

Zeuge Horst Seehofer: Natürlich haben wir mehrere Gespräche geführt zu dieser Frage, aber auch zu der Fachkräftezuwanderung, was ja dazu geführt hat - - Ich weiß gar nicht, ob die Behörde mittlerweile eingerichtet ist für Auswärtiges da in Berlin, was ich für einen großen Fortschritt halte. Vielleicht hätten wir manches, was uns bedrängt mit den Zeitabläufen im Verfahren - - wenn wir das schon gehabt hätten, manche Probleme weniger gehabt vom Zeitablauf. Weil bevor ich bei einer Botschaft XY in der Welt monatelang warte - so ist es mir immer geschildert worden - auf Visa und Termin, ist natürlich eine Behörde, die das in Deutschland durchführt, zielführender. Das war immer die Absicht des Außenministers; das hat er mir auch immer erzählt.

Und die andere Frage habe ich heute schon ausreichend beleuchtet. Ich mache niemandem einen Vorwurf, der eine Sache nicht zeitgerecht erledigen kann wegen zu wenig Personal, weil ich als alter Parlamentarier weiß, dass wir Parlamentarier den Wünschen oft selbst ablehnend

gegenüberstehen. Das habe ich bei der Polizei erlebt, das habe ich bei den Lehrern in Bayern erlebt, das erlebe ich - - hat jeder Finanzminister beim Zoll erlebt. Und das sind keine überzogenen Forderungen, sondern ich kann euch nur empfehlen, wenn es um die Sicherheit geht, hier ein offenes Ohr zu haben. Und Visaerteilung ist ein Teil von Sicherheit.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ich komme zu dem Schreiben, und zwar auf Seite 4, und dann zitiere ich - das ist von den Fachleuten Ihres Hauses geschrieben -, Zitat:

„Das pauschale Vorbringen des AA, die für AFG Staatsangehörige zuständigen Visastellen könnten die Visabearbeitung nicht leisten und es seien keinerlei Maßnahmen zur Verbesserung der Ausstattung vor Ort möglich, dürfte weder akzeptabel noch fachlich zutreffend sein. AA hat ausreichend Vorbereitungszeit, um eine zeitlich befristete Verstärkung der Visumstellen durch den Einsatz von Springern oder Ortskräften zu erreichen, die Öffnungszeiten der Visastellen zu erweitern oder die Visabearbeitung auch an anderen Orten“

- bzw. -

„durch das neue Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten in DEU durchzuführen.“

Zitat Ende. - Ich darf anfügen: Der Beschluss der Errichtung dieses Amtes stammt vom 12.06.2020. Es kann also davon ausgegangen werden - und das haben wir auch in den Unterlagen so nachvollziehen können -, dass für den Haushalt 21 der Aufbau dieser Stellen vorgesehen war, und der wurde auch betrieben. Dennoch sah sich das Auswärtige Amt nicht in der Lage, auch nur in irgendeiner Weise das zu verbessern. Und deswegen würde ich gerne wissen, wie das in Ihrer Wahrnehmung denn dann war, wenn wir gleichzeitig Stellen aufbauen, die Stellen, die Sie rich-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tigerweise einfordern dafür, auch haben und besetzen können, diese aber nicht für die Visaverfahren Afghanistan verwendet werden.

Zeuge Horst Seehofer: Frau Kollegin, fragen Sie das Auswärtige Amt. Ich habe in dem Gesetz - - Das war das erste Zuwanderungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland - Fachkräftezuwanderung -; übrigens auch von Teilen des Parlaments massiv bekämpft, weil befürchtet worden ist, es gibt eine Massenzuwanderung. Nichts von dem war der Fall. Was aber aus zwei Gründen noch nicht richtig funktioniert hat, das war einmal, dass die Wirtschaft ihre Zusage nicht eingehalten hat, da mitzuhelfen im Ausland - wir haben ja Auslandsvertretungen vom Deutschen Industrie- und Handelstag, und zwar 80 an der Zahl; geschehen ist nichts -, und dass die Visaerteilung durch die deutschen Botschaften ebenfalls kompliziert war - um das vorsichtig zu sagen.

Und darum muss sich ein Parlament kümmern. Das kann ich Ihnen nicht im Untersuchungsausschuss lösen. Es ist Ihre Aufgabe, darauf hinzuwirken, dass das Gewollte, was in dem Vermerk ja auch steht, so realisiert wird, dass es in der Praxis auch stattfindet. Erlauben Sie mir bitte die Bemerkung: Ein großer Teil der Unzufriedenheit in der Bevölkerung stützt sich auf den Unterschied zwischen gut gemeint und gut gemacht.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt geht es aber trotzdem noch mal um die Visa in Afghanistan, wo es zu keiner Zeit für eine Kapazitätserweiterung irgendeine für uns sichtbare Handlung gab. Und gleichzeitig wird dieses Amt aufgebaut, das genau unter anderem auch dafür zuständig ist: für die Erteilung von Visa. Und wie ist es dann zu erklären, dass man sich Ihnen gegenüberstellt und - - Ich sage das - - Auf Seite 1 der Vorlage - ich kann das noch mal zitieren - merkt der Staatssekretär Engelke an:

„die AA - Position, "in Kabul kein Visum" wird unserer Verantwortung gegenüber Ortskräften jedenfalls nicht gerecht“

Dann füge ich an: Dann kann man das ja gegebenenfalls in diesem neuen Amt erledigen, was Sie

vorher auch selbst gesagt haben. Auch das ist eine Alternative. Und wie hat das Innenministerium die offenkundige Verweigerung des Auswärtigen Amtes gesehen, dieses durchzuführen - unter dem Gesichtspunkt, dass wir die Sicherheitsprüfung so lange wie möglich aufrechterhalten wollen?

Zeuge Horst Seehofer: Frau Wittmann, dazu werden Sie sicher jemand vom Auswärtigen Amt haben; hatten Sie vielleicht schon oder kommt noch, weiß ich nicht. Ich bin nicht der Zensor des Auswärtigen Amtes. Wir haben dann in dem heute schon oft zitierten Gespräch mit der Kanzlerin und der Behandlung der Ortskräfte für die Bundeswehr ja entschieden, dass dies die Bundeswehr macht. Also die zusätzliche Anforderung zurückgehend bis 2013 sollte dann die Bundeswehr abwickeln. Und meines Wissens ist das auch geschehen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde dann jetzt in der Tat, Frau Kollegin, unterbrechen für die Eidesleistung, die jetzt durch den Minister im Parlament geleistet wird, den Finanzminister, und die Aktuelle Stunde. Ich unterbreche für circa eine halbe Stunde.

(Unterbrechung von
15.22 bis 15.49 Uhr)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit der Sitzung fort. Ich darf für die nächste Zeit die Sitzungsleitung übernehmen. Der Vorsitzende ist im Plenum.

Und wir fahren fort mit unserer Fragerunde. Das Wort hatte die Kollegin Wittmann, und das hat sie auch für die nächsten zehn Minuten. Bitte schön.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Plus x wegen der Unterbrechung. - Sehr geehrter Herr Seehofer, ich habe noch einen Bericht aus dem Innenausschuss vom 19. August 2021 - MAT A BT-Präs-5.01, Blatt 6, 10 bis 14, und hier ist es Blatt 12 konkret - und darf zunächst mit einem Zitat beginnen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Wir haben aber als Innenministerium - weil das ja immer wieder anders lanciert wird - immer wieder deutlich gemacht, dass wir bei entsprechender innenpolitischer Lage in Afghanistan von diesem Regelverfahren“

- also Sicherheitsprüfung vor Ort oder direkt benachbart -

„abweichen können und natürlich auch Visa on Arrival machen ...“

Und Staatssekretär Engelke hat uns das hier bei seiner Vernehmung auch entsprechend bestätigt, dass das klar war, dass das BMI so lange als möglich versuchen will, die Sicherheitslage eben in der Überprüfung festzuhalten, aber wenn es gar nicht mehr anders geht, eben Humanität dazu kommt und dieser dann unter Umständen mit einem Visa on Arrival begegnet wird.

Ich hätte jetzt ganz gerne noch mal gewusst: Ab wann hat das BMI das so kommuniziert? Und vor allen Dingen: Ist es nicht nur in den anderen Häusern auf Zustimmung getroffen, sondern ab wann war denen auch klar, dass dieses Verfahren auch dann tatsächlich - wie Sie es vorher schön gesagt haben: in diesem Miteinander - genau so lange austariert wird, wie es halt geht, aber dann auch notfalls umgesetzt wird?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, Frau Kollegin, das ist nicht ein Thema, wo an einem Tag gesagt wird: „Jetzt machen wir es so und nicht mehr so“, sondern es war eine Entwicklung in einem Prozess, der sich so im Sommer eingestellt hat des Jahres 2021. Und je besser es dann klappt, desto schneller geht es natürlich dann auch, es generell anzuwenden. Und genauso haben wir es im Innenausschuss auch beleuchtet, übrigens ohne jede Kritik. Es ist übrigens ganz interessant, den Innenausschuss - - das Protokoll vom 19. August 20- - Was war das: 24? Nein, -

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): 21.

Zeuge Horst Seehofer: - 21; ich war ja da gar nicht mehr da, 24 - - zu lesen, weil das ist eine

sehr qualifizierte Sitzung gewesen, übrigens von allen Fraktionen im Bundestag.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt haben Sie da gesagt, es wird immer ein bisschen „anders lanciert“. Hatten Sie so eine Wahrnehmung, wer das lanciert hat, wovon das ausging und mit welcher unter Umständen mäßig gut meinenden Zielrichtung?

Zeuge Horst Seehofer: Mein Gott, das war mein genereller Ruf - oder ist es vielleicht auch noch -, ich sei gegen Zuwanderung ganz generell, und außerdem sei ich der verkappte Nationalist und Radikalist usw. Und das habe ich mit „lanciert“ gemeint. Das wird natürlich dann begierig aufgegriffen. Aber das waren halt Medien, die meine Person überhaupt nicht kannten und auch nicht kennen. Aber trotzdem müssen die Blätter gefüllt werden.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ich komme aber noch mal zu dem Sachverhalt, und zwar springe ich jetzt ein Stück nach vorne. Nämlich im April 2021 berichtete Staatssekretär Engelke im Sicherheitspolitischen Jour fixe offenbar über einen Austausch zwischen Ihnen und der damaligen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, die dieses Verfahren ja gegebenenfalls schon etwas früher auch gern mit gesehen hätte. Und Herr Engelke sagte demnach - wörtliches Zitat; ich muss noch die MAT-Nummer nennen: MAT A AA-9.57 VS-NfD, Blatt 10 bis 12 -:

„Zusage BM Seehofer ggü BM'in Kramp-Karrenbauer zu pragmatischen Lösungen. Sicherheitsaspekte bei Einreise müssen weiter beachtet werden. Gefährdungsanzeigen sind weiterhin notwendig. Auch eine Sicherheitsüberprüfung ... sollte wie bisher durchgeführt werden.“

Erinnern Sie sich an dieses Gespräch mit Frau Kramp-Karrenbauer? Und inwieweit war Ihnen klar, dass Sie sich eigentlich einig sind: so lange als möglich Sicherheit? Und hat Frau Kramp-Karrenbauer das so weit mit nachvollzogen, auch nachvollzogen, ab wann sie mit Ihnen über eine Änderung reden kann?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Horst Seehofer: Ich glaube, wir waren uns da einig. Und es ist ja dann Schritt für Schritt so realisiert worden, und wir haben beide, auch sie, die Sicherheitsbelange sehr hochgehalten. Die wurden ja dann in Deutschland exekutiert. Also, es verdeutlicht noch mal diesen Prozess. Man spricht miteinander, und dann wird geschaut: Wer kann das machen usw., und wie schaut es in Afghanistan selber aus? Was ist noch möglich dort, und was ist nicht möglich? Und so fließt man dann in ein neues Verfahren.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Dann würde ich jetzt noch mal zur Zweijahresfrist kommen wollen. Im Mai 2021, also doch einige Zeit vor diesen Entwicklungen im Sommer, gibt es ebenfalls wieder Gespräche zwischen Ihnen und der Verteidigungsministerin, und da geht es eben um die Zweijahresfrist, ob man diese nun ausweitet auf 2013, also auf den Beginn dieser Resolute Support Mission. In den Akten kann man nachlesen, dass das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium gegen diesen Vorschlag waren; wir haben den Sogeffekt schon mal angesprochen. Und im Innenministerium war laut Akten ebenfalls dagegen eine gewisse Zurückhaltung zu spüren, weil man von einem migrationspolitischen Pull-Effekt gesprochen hat.

Vielleicht können Sie uns das noch mal erklären, auch im Unterschied zwischen dem einerseits Sogeffekt an sich auf die aktuelle Lage, aber auch dem gesamten migrationspolitischen Pull-Effekt, der unter Umständen folgen könnte.

Zeuge Horst Seehofer: Im Hintergrund stand natürlich die Erfahrung des Jahres 2015/2016 mit dieser Grenzöffnung zu Ungarn und Österreich, wo man ja auch geglaubt hat: Das ist eine Einzelaktion, und dann ist Ruhe. Ich habe damals der Kanzlerin gesagt: Du wirst sehen, wir kriegen den Korken nicht mehr auf die Flasche. - Und so war es ja auch; denn die Kommunikationswege in den Flüchtlingslagern, in den schwierigen Ländern, wo die Menschen weg wollen, sind vergleichbar mit dem, was wir in Deutschland als Kommunikation kennen: Handy, Internet etc.

Und diese Erfahrung hat mich natürlich und auch natürlich unser Ministerium begleitet jetzt

bei dieser Überlegung: Weiten wir aus? Lassen wir Verfahren wegfallen? Dass wir befürchtet haben, das geht dann wieder in die vielen Tausenden. Und das hat ja dann also einen Multiplikationseffekt. Wenn die Leute in einem Dorf merken, die Menschen hauen ab, dann will man dabei sein, weil da muss ja was Fürchterliches am Horizont sein. Und genau diese Überlegung hat uns dazu gebracht - übrigens auch diesen heute schon zitierten General Meyer -: Freunde, seid vorsichtig! Wenn die Leute mal feststellen, die ersten Hubschrauber landen und laden massenweise Menschen ein, um zum Flughafen zu fliegen, dann werden wir der Lage nicht mehr Herr; abgesehen von den Blicken der Weltöffentlichkeit, was da gerade abläuft.

Und deshalb waren wir da total überzeugt, dass wir dieses geregelte Verfahren so lange wie möglich beibehalten müssen und auch nicht ausweiten dürfen. Und bei der Kanzlerin, wo dann für die Bundeswehr und für die Polizei das Jahr 2013 dann vereinbart wurde, war jedenfalls meine Zustimmung ja nur möglich, weil wir gesagt haben: Liebe Kramp-Karrenbauer, wenn das 300 Leute sind und die Familienangehörigen dazu, miteinander 2 000, dann ist das kein Vergleich zum Jahre 2015. Wenn es aber 50 000 und mehr werden, dann haben wir wieder ein dickes Problem. - Es ergibt sich ja aus den Beweisunterlagen - was ja mit eine Rolle gespielt hat -, dass viele Bundesländer hier in Deutschland der Meinung waren, sie können niemanden mehr aufnehmen. Das hätte das weitere Problem dann in Deutschland nach sich gebracht, und das wollte ich auch nicht herbeiführen.

Das waren all die Erwägungen, die aber in dem Moment, wo ein echter Notfall gegeben ist, in den Hintergrund treten, also der Notfall, wo Sie Ihr geordnetes Verfahren nicht mehr haben. Und der Herr „Fisch“ wird Ihnen ja das erläutert haben, welche chaotischen Zustände es waren, in dem Zeitraum August noch an den Flughafen überhaupt zu kommen und dann auch mitgenommen zu werden; denn da konnten Sie nicht mehr Regelverfahren durchführen.

Und das ist so in historischen Situationen. Wenn ich an 9/11 denke, was die Amerikaner alles



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann veranstaltet haben - ich gehe jetzt gar nicht auf die Aktualität Israel und Gaza usw. ein; da kann ich nicht die Maßstäbe anlegen nach 9/11, die wir in einem geordneten Verfahren mit Rechtsstaat usw. sonst einhalten - bis hin zur Hinrichtung von - wie hieß er, den die Amerikaner aufgespürt haben? -

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Osama Bin Laden.

Zeuge Horst Seehofer: - Osama Bin Laden; danke. Da kann man sich leicht in eine deutsche Talkshow setzen und schön erläutern: Menschenwürde usw. Es gibt halt in der Geschichte so Ausnahmesituationen, wo Sie anders handeln müssen und Gott sei Dank nach 9/11 auch die Bevölkerung das akzeptiert hat.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Wenn ich das richtig aus den Unterlagen sehe - und zwar zitiere ich da kurz aus einer E-Mail des Kanzleramtes; MAT A BKAm-3.42, Blatt 110 -, dann wurde am Ende das mit der Bundeskanzlerin besprochen, die sich auch dazu geäußert hat, dass sie diese Ausweitung zumindest zunächst mal für Verteidigungsministerium und Innenministerium gerne hätte.

Da würde ich einfach nur gerne noch mal wissen, ob Sie es nicht nur richtig gefunden haben zu dem Zeitpunkt - oder richtig oder falsch -, inwieweit Sie in diesen Prozess mit eingebunden waren oder ob das einfach die Kanzlerin an dem Tag auch festgelegt hat. Wie war das Zusammenspiel, wie es dann zu dieser Entscheidung kam?

Zeuge Horst Seehofer: Natürlich war ich beteiligt und habe das auch total mitgetragen, weil es verantwortlich war. Und wer mich kennt, weiß: Wenn ich das nicht für verantwortlich gehalten hätte, hätte ich das auch gesagt und auch reagiert. Ich bin - wird ja oft vergessen - einmal wegen der Kanzlerin zurückgetreten 2004, bin dann wieder zurückgeholt worden 2005. Wir hatten diese Auseinandersetzung 2015 und dann noch mal eine Auseinandersetzung mit der Zurückweisung an der Grenze, wo mein Ministerium eindeutig der Meinung war, das sei rechtlich möglich. Und

trotzdem haben wir vernünftig und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Das muss in der Politik auch möglich sein. Wenn alle nur das Gleiche denken, denkt niemand mehr gründlich.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zu den Grünen. Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde gerne an das Dokument, das die Kollegin erwähnt hat, anknüpfen; MAT A BKAm-3.42 VS-NfD, Blatt 112. Sollen wir Ihnen das mal vorlegen?

Zeuge Horst Seehofer: Gern.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und während der Mitarbeiter Ihnen das vorlegt, zitiere ich daraus.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Das ist halt ein kurzes Debriefing, und da steht:

„- BKin: OK für BMVg seit 2013;
BKin: gerne auch Polizeikräfte
ab 2013; d.h. diese OK können
Gefährdungsanzeige stellen,
wird geprüft, bei positiver Prüfung,
Einreise möglich“

Die Frage, die ich hätte: Was ist denn mit den anderen Ressorts? Warum wurde denn nur BMVg und BMI das ermöglicht?

Zeuge Horst Seehofer: Weil man einfach davon ausging, dass, sagen wir mal, operative Kräfte wie die Soldaten und indirekt auch die Polizei einer anderen Gefährdung - also die Leute, die für die gearbeitet haben - ausgesetzt sind als NGOs, Mitarbeiter für NGOs, oder Entwicklungshelfer.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber verstehe ich das dann richtig: weil die uniformiert waren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Horst Seehofer: Ja, weil sie halt wie die Soldaten auch Gewaltanwendungen, Auseinandersetzungen militärischer Art usw. - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Herr Seehofer, jetzt ist es so: Ich war ja als Verteidigungsausschussmitglied in Masar, und da waren Ortskräfte, die für die Bundeswehr tätig waren, die keine Soldaten waren. Also, woran hat sich das denn festgemacht?

Zeuge Horst Seehofer: Das habe ich jetzt nicht gesagt, dass die Ortskräfte Soldaten waren, sondern sie haben für Soldaten gearbeitet in unterschiedlichen Funktionen, auch Putzkräfte, auch Dolmetscher - aus unserer Sicht.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wurde so der Maßstab genommen: Wenn bei uns Uniformierte diese Ortskräfte benötigen, dann war das das Kriterium. Ich verstehe es einfach - - Ich verstehe die Abgrenzung nicht.

Zeuge Horst Seehofer: Die ist aber relativ einfach. Die Abgrenzung ist: Aus der Sicht der Feinde war ein Bundeswehrsoldat auch ein Feind. Er war ein Gegner, mit dem man sich gelegentlich auch militärische Aktionen geliefert hat. Und jemand, der für einen Feind arbeitet, mit dem ich in militärische Scharmützel komme, auch wenn das aus der Sicht der bayerischen Sol- oder deutschen Soldaten Verteidigungshandlungen waren, Schutzhandlungen - - Dann ist eine solche Person, die sich da „gemein gemacht“ hat - sage ich jetzt unter Führungszeichen - mit Soldaten, die auf uns schießen, natürlich ein anderes Gefährdungspotenzial als jemand, der bei der Weltgesundheitsorganisation tätig ist oder für die Weltgesundheitsorganisation.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war der Vorschlag der Kanzlerin. Und aus diesem Protokoll - sehen Sie ja vielleicht auch - geht ja hervor, dass Sie wahrscheinlich in dieser Sitzung nicht dabei waren, sondern Ihr Staatssekretär. Aber das war auch Ihre Meinung. Sie haben das genauso vertreten.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, ja. Nur deshalb konnte ja der Staatssekretär zustimmen. Der Staatssekretär - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht können Sie das noch mal so ein bisschen - - Sie haben ja gerade schon mal gesagt: Diese Runden waren koordinierend, die waren keine Entscheidungsgremien, also keine Beschlussfassungsgremien. - Aber der Staatssekretär ging da mit einem klaren Auftrag rein. Wie müssen wir uns das vorstellen? Was für einen Auftrag hatte der im Sinne der politischen Leitung? Dass Sie gesagt haben: „nicht mehr als 50 000 Zusätzliche, damit die Obergrenze erhalten bleibt“? Ich versuche, es zu verstehen.

Zeuge Horst Seehofer: Der Staatssekretär hat, wenn er mich vertritt - das war was anderes als diese Fünf-Staatssekretärsrunde -, ja den Auftrag, das Ministerium und den Minister zu vertreten bei jeder Ausschusssitzung. Das haben Sie ja selbst erlebt. Sie bewegen sich in dem Korridor, den Ihr Minister Ihnen gibt. Das war - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können das abkürzen. Ich habe selbst in einer Staatssekretärsrunde auf Arbeitsebene mitgearbeitet. Aber trotzdem ist es ja so: Wenn so eine Gruppe extra eingesetzt wird oder wenn eine Vertretung ist - je nach Fall -, muss ja dann eine Vorgabe sein.

Zeuge Horst Seehofer: Ja.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mich interessiert, welche Vorgabe hier Ihr Staatssekretär hatte.

Zeuge Horst Seehofer: Wir hatten ja aus dem Kanzleramt - das ist ja nicht so, dass da völlig blauäugig und ohne Information so eine Sitzung mit der Kanzlerin stattfindet - natürlich die Information, wo die Kanzlerin hinwill. Und ich habe meinem Staatssekretär gesagt: Ich glaube, das können wir mitmachen. - Wenn natürlich in der Sitzung selbst wieder neue Gesichtspunkte auftreten, dass plötzlich aus 300 Soldaten 30 000 Leute werden, dann hätte ja auch der Staatssekretär für sich den Schluss gefasst, er



Nur zur dienstlichen Verwendung

muss mit mir reden. Aber das macht halt gute Zusammenarbeit aus. Manchmal müssen Sie auch nach dem Gefühl einen Minister vertreten.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Frage, die sich halt stellt - auch mit Blick auf das, was Sie bei der Kollegin Wittmann gesagt haben -, ist, dass die Kriterien an die Zahlen angepasst wurden und umgekehrt. Oder habe ich das jetzt falsch verstanden?

Zeuge Horst Seehofer: Ich habe gesagt: Wenn Sie vom Regelverfahren übergehen in das Chaosverfahren, dann müssen Sie auf irgendeine Weise schauen, dass - welche Zahl auch immer - noch die Belange, die man verfolgt - Sicherheit usw. -, erfüllt werden. Und was im Normalfall, im Regelfall, schwer erträglich gewesen wäre, dass wir die Bedingungen erst in Deutschland erfüllen, weil keine Rückführung mehr möglich ist, können Sie im Notfall vertreten. Das ist so. Und deshalb habe ich gesagt: Man kann jetzt die Erfüllung der Bedingungen nicht alleine von der Zahl abhängig machen. - Sondern uns ging es darum, die Bedingungen auf jeden Fall aufrechtzuerhalten, ob jetzt Regelverfahren oder Chaosverfahren.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt will ich noch mal MAT A BT-Präs-5.01, Blatt 41 und 42, ansprechen. Das ist aus der Sitzung des Deutschen Bundestages. Da hat meine Kollegin Luise Amtsberg Sie gefragt:

„Also bis 2013, das gilt ja nur für das BMVg und für das BMI, nicht für Entwicklung und Auswärtiges Amt ...“

Und da sagen Sie:

„Doch, doch.“

Das können wir Ihnen auch vorlegen. Das macht er jetzt auch, der Mitarbeiter. - Können Sie das vielleicht noch mal aufklären, ob es da zu einem Missverständnis im Innenausschuss gekommen ist?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Horst Seehofer: Das war der Ausschuss. Wo steht jetzt da: „Doch, doch“? - Ja, hier.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können doch gucken: Wo steht da „Seehofer“? - Also, ich meine den Satz:

„BM Horst Seehofer (BMI): Man kann nicht bis zum Jahre 2013 zurückgehen für die Polizei ... für die Bundeswehr und den Entwicklungsmitarbeitern diese Möglichkeit nicht geben. Wir müssen auch fürs BMZ zurückgehen bis zum Jahre 2013.“

Also, ich erkenne da einen gewissen Widerspruch. Vielleicht können Sie mir den auflösen.

Zeuge Horst Seehofer: Ich - - So, wie es jetzt da steht, wäre es falsch von mir. Ich weiß jetzt nicht, was auf den nächsten Seiten kommt oder was vorher war. Ich hatte das Protokoll ja selber zur Verfügung. Das ist mir jetzt gar nicht aufgefallen. Solche Zitate sind ja erst dann ganz verständlich - vielleicht haben - - wenn Sie die ganze Sitzung vorher und nachher - - Also, so isoliert, wie es jetzt da steht, hätte ich da eine Falschaussage getroffen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich habe Sie ja gerade gefragt. Da haben Sie mir ja dargelegt, dass eben es diese Differenzierung von der Kanzlerin gab und dass es auch von Ihrem Haus über Herrn Engelke getragen wurde. Und hier antworten Sie ja der Kollegin Amtsberg, dass Sie diese Differenzierung nicht mitmachen, sondern für alle. Welche dieser beiden ist denn zutreffend -

Zeuge Horst Seehofer: Ja, ich sage ja gerade, -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Ihre Meinung?

Zeuge Horst Seehofer: - dass dieses, isoliert jetzt betrachtet, ohne dass ich vorher und nachher kenne, falsch wäre - im Konjunktiv -, was ja auch der Vermerk noch mal deutlich macht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Verstehe. - Wissen Sie denn, ob es am Ende dann für die Entwicklungshilfe auch galt?

Zeuge Horst Seehofer: Also, ich denke, nein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wissen Sie denn, ob die Kanzlerin später wollte, dass es für die Entwicklungshilfe auch gilt?

Zeuge Horst Seehofer: Die Kanzlerin war nach meiner Erinnerung eigentlich von Anfang bis zum Ende der Überzeugung, dass Entwicklungshelfer nicht gefährdete Personen sind, weil die sind ja in vielen Ländern tätig, die man als unsicher einstufen muss. Aber sie hat auch Verständnis gehabt für den Gerd Müller. Der hatte ja dann den Druck aus den Verbänden der Entwicklungshilfe, dass die gesagt haben: Nein, nein, da gibt es auch Ortskräfte, die gefährdet sind.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Also, Herr Seehofer, mit Blick darauf, dass wir ja in vielen Bereichen, nicht nur bei der Polizei und bei der Bundeswehr, sondern auch in anderen Bereichen, auf Ortskräfte angewiesen sind, interessiert mich schon die Frage, wie da sozusagen die Belastbarkeit war, dass Leute, wenn sie mit Deutschen gearbeitet haben, danach nicht fürchten mussten, zurückgelassen zu werden und an Leib und Leben gefährdet zu sein. Deswegen würde mich wirklich jetzt noch mal - ich bin ein bisschen verwirrt - interessieren: Waren Sie jetzt dafür, dass auch die von Auswärtigem Amt und Entwicklungshilfe diese Rückwirkung bis 2013 bekommen?

Zeuge Horst Seehofer: Nein. Habe ich doch gerade gesagt, dass, wenn - - Ich möchte mir noch mal das Protokoll insgesamt ansehen, ob diese Aussage im Gesamtzusammenhang richtig ist oder ob sie so, wenn man sie isoliert sieht, falsch wäre, auch falsch wäre. Sie haben ja, glaube ich, gerade diesen Vermerk auch übermittelt aus dem Gespräch mit Debriefing, und da wird ja auch klar gesagt: Polizei, Bundeswehr und mehr nicht. Das war der Vermerk meines Hauses. Und ich kann mir jetzt auf Anhieb gar nicht erklären, warum ich da „Doch, doch“ sage.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Und damit wäre die Zeit in dieser Runde vorbei. - Und das Fragerecht geht zur AfD. Herr Kollege Janich.

Steffen Janich (AfD): Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Seehofer, uns liegt eine Pressemeldung der „Bild“-Zeitung vom 30. August 2021 mit dem Titel „Wen haben wir wirklich aus Kabul gerettet?“ vor; MAT A BKAm-3.54 VS-NfD, Blatt 78. Ich zitiere aus dem Artikel Folgendes - Zitat Anfang -:

„Berlin - Es war das erklärte Ziel der Bundesregierung bei der Evakuierungsmission aus Kabul: Ortskräfte retten! ...

Aber wer saß wirklich in den Rettungsfliegern nach Deutschland?

DENN: Am Donnerstag präsentierte das Bundesinnenministerium (BMI) in einer internen Schaltkonferenz anderen“

Ministern

„und Behörden heikle Zahlen. Sie zeigen: Unter den Geretteten waren kaum Ortskräfte (BILD berichtete).

Demnach waren von knapp 3600 Afghanen (Stand Donnerstag), die seit dem 17. August ausgeflogen wurden, nur“

noch

„100 Ortskräfte, dazu ca. 370 Familienangehörige. ...

... Wer die afghanischen Staatsbürger sind, die die Bundeswehr zwischen dem 17. und dem 26. August“

noch

„nach Deutschland ausgeflogen hat - völlig unklar!“

Zitat Ende. - Meine Fragen lauten: Haben Sie Frau Dr. Merkel über diese Situation informiert



Nur zur dienstlichen Verwendung

und, wenn ja, wann? Wie war ihre Reaktion?
Wenn nein, warum nicht?

Zeuge Horst Seehofer: Ich gehe mal davon aus, dass man über so einen Bericht in der „Bild“-Zeitung zwischen Kanzlerin und Minister natürlich zu irgendeinem Zeitpunkt gesprochen hat und wir hier einfach sehen müssen: Die Situation, die am Flughafen da gegeben war, gerade am 17. August, das war eine - - In meiner Anwesenheit hat die Kanzlerin auch mit dem Befehlshaber der Bundeswehr am Flughafen in Kabul telefoniert, und der hat uns auch geschildert, wie, ja, fast unmöglich es ist, hier jetzt noch genau zu kontrollieren: deutsche Staatsangehörige, gefährdete Personen, Ortskräfte etc. Man hat sich bemüht, aber es war vor den Zäunen, vor den Eingängen dermaßen überlaufen, dass man einfach nicht mehr bis ins Detail prüfen konnte: Wer kommt jetzt in welches Flugzeug? Darum bin ich auch froh, dass man nicht mehr entschieden hat oder unterschieden hat: Wer kommt in ein amerikanisches Flugzeug, wer in ein deutsches, in ein Bundeswehrflugzeug?

Das war einfach - - Das wird Ihnen der Herr „Fisch“, dessen Familiennamen ich leider jetzt nicht präsent habe, auch geschildert haben. Das ist eine nicht mehr darstellbare und beschreibbare Situation, und da darf man auch niemandem vor Ort einen Vorwurf machen. Die haben ja zum Teil nur noch mit Schusswaffengebrauch überhaupt die Kontrolle aufrechterhalten. Ich habe da volles Verständnis, dass dann auch Leute hier in die Flieger kamen, die möglicherweise gar nicht berechtigt waren. Aber ich sage bewusst nur „möglicherweise“.

Steffen Janich (AfD): Sind Ihnen Fälle bekannt, in denen Ortskräfte tatsächlich gefährdet waren? Können Sie vielleicht ein Beispiel oder Beispiele nennen?

Zeuge Horst Seehofer: Auf Anhieb jetzt nicht. Wir haben uns ja auch in der Zeit - Herr Engelke wird das hier auch geschildert haben - auch um Einzelpersonen von Deutschland aus gekümmert, Ortskräfte, die für die Polizei zuständig waren oder verantwortlich waren.

Und jedenfalls nach meinem Kenntnisstand, den ich noch von Herrn Engelke aus der damaligen Zeit habe - - war, dass er sehr erfreut zu mir kam und gesagt hat: Jetzt sind alle heraußen von der Polizei und den Ortskräften der Polizei. - Er hat sich da intensivst drum bemüht. Da braucht man dann wieder Organisationen, die in Afghanistan ansässig sind, die auch gute Beziehungen haben, die ein Netzwerk haben. Ich weiß nicht, ob Geld eine Rolle gespielt hat; war immer meine Vermutung. Aber ich habe heute noch den Engelke vor Augen, als er zu mir kam, jenseits einer Leitungsbesprechung, und sagte: Also, von der Polizei haben wir jetzt alle ausgeflogen.

Steffen Janich (AfD): Waren unter den Evakuierten auch abgeschobene Straftäter?

„... (laut der dpa-Meldung vom 26. August 2021 sei es nach Angaben von ...“

- Ihnen, Herr Seehofer -

„einzelnen abgeschobenen Straftätern gelungen, nach Deutschland zu gelangen; ...“

Also MAT A BMI-5.20, Blatt 7.

Zeuge Horst Seehofer: Ja. - Wir hatten ja auch immer Kontakt mit den Innenministern der Länder, und solche Informationen sind mir dort gegeben worden, allerdings in sehr, sehr geringer Zahl, Einzelfälle.

Aber auch das ist der Situation geschuldet. Natürlich haben Leute, die Straftaten hatten, befürchtet, von den Taliban ins Visier genommen zu werden, und die haben natürlich dann auch versucht, rauszukommen, und die neue Situation - - Es gibt das Verfahren nicht in Afghanistan, sondern erst nach der Landung in Deutschland oder in einem anderen Land; es sind ja viele nach Pakistan usw. geflüchtet oder ausgeflogen worden.

Das ist der Situation geschuldet. Das kann ich niemandem vorwerfen, der da in der Verantwortung stand. Und da weiß ich als Länderinnenminister, dass die gesagt haben: „Mensch, wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben da jetzt jemand, der ist in Afghanistan straffällig geworden“, und es musste bei dem Verfahren - - ja, man wollte das nicht, aber man konnte es nicht ausschließen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Noch neun Sekunden. - Dann lassen wir das. - Gut, dann geht das Fragerecht über zur FDP. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. - Herr Seehofer, ich würde gerne noch mal zu diesem Sachverhalt mit dem Brief, den Sie zusammen mit einigen europäischen Kollegen damals gemacht haben, zurückkommen. Das ist MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 448.

Im weiteren Verlauf der E-Mail bittet ja der Herr Berger darum, dass das Auswärtige Amt angesichts der außenpolitischen Belange an dem Schreiben beteiligt wird, und trotz dieser zitierten außenpolitischen Belange wurde das Auswärtige Amt nicht direkt von Ihnen beteiligt bzw. erst, nachdem sich das AA aktiv dafür einsetzte. Könnten Sie darauf eingehen, warum, bitte?

Zeuge Horst Seehofer: Ja. Ich hatte schon den Versuch unternommen, das zu erklären, nämlich dass mein Haus mir gesagt hat - vorher habe ich gesagt: „*wohl* gesagt hat“, aber ich sage jetzt: „gesagt hat“ -: Sie verhandeln da in der EU das europäische Asylsystem - was ja auch in Deutschland umstritten war -, nämlich an der Grenze zu entscheiden, an der europäischen Grenze, und wenn Sie jetzt den Bitten der Innenminister nicht folgen, dann werden die Ihnen auch nicht folgen.

Und Sie wissen ja, dass zum damaligen Zeitpunkt das europäische Asylsystem nicht unbedingt ein geliebtes Kind anderer Parteien war. Und deshalb war ich dann bereit, ohne Beteiligung des Auswärtigen Amtes - aber sicher, dass deshalb keine Staatsaffäre entsteht - den Brief zu unterschreiben, auch vor dem Hintergrund, dass nach meiner Erfahrung es zwei, drei Jahre dauert, bis Sie von der Europäischen Union mal eine belastbare Auskunft erhalten, also eine - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Trotzdem ist es ja ein bemerkenswerter Vorgang, dass man einen außenpolitischen Vorgang -

Zeuge Horst Seehofer: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): - ohne das Auswärtige Amt lanciert. Und aus einem weiteren E-Mail-Verlauf aus dem AA vom 26. Juli 21 - MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 448 - geht hervor, dass die anderen am Schreiben beteiligten Partnernationen ihre Außenministerien beteiligt hatten. - War Ihnen das bekannt?

Zeuge Horst Seehofer: Ja. Ich stehe zu dem Brief, -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay.

Zeuge Horst Seehofer: - auch zu dem Verfahren.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aus einem BMI-internen Vermerk vom 29. Juli 2021 wird ersichtlich, dass man im BMI wegen der nun nachträglichen Einbindung des AAs Zeitverzögerung erwarte und deshalb gegen eine Einbindung des AAs sei. In diesem Vermerk ist folgender Satz enthalten - ich zitiere -:

„Im Ergebnis wird damit eine Abstimmung mit dem AA für nicht zwingend erforderlich und unter Beschleunigungsaspekten für nicht opportun erachtet. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die Verweigerung“

- einen Moment -

„einer Beteiligung des AA erhebliche Kritik und Beschwerden aus dem AA - auch auf Leitungsebene - hervorrufen wird.“

MAT A BMI-3.475 VS-NfD, Blatt 619 bis 621. - Kennen Sie diesen Vermerk?

Zeuge Horst Seehofer: Ob ich jetzt den Vermerk kenne - - Aber ich kenne den Sachverhalt, -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mhm.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Horst Seehofer: - genau mit dieser Zielrichtung. Aber das ändert nichts daran, dass wir der Meinung waren und ich persönlich auch der Meinung war: Wir müssen diesen Brief abschicken.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hatten Sie den Eindruck, dass es, wie es da heißt, zu einer Beschleunigung kommen würde, wenn man das AA nicht einbinden würde, bzw. dass es zu einer unnötigen Verlangsamung kommen würde, wenn man das AA einbindet?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, sonst hätte ich ihn ja nicht abgeschickt, den Brief.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Letztlich wurde eine diskrete Abschiebung weniger wegen einer öffentlich wirksamen Initiative der Innenminister bei der EU-Kommission möglich, sondern eher aufgrund von diskreten diplomatischen Gesprächen in Kabul, die ohne die Unterstützung des AA vermutlich nicht gelungen wären. Gab es nach dieser ganzen Aktion eine Reevaluation der getroffenen Entscheidung zur Einbindung des AA?

Zeuge Horst Seehofer: Nein. Die Zeit hatten wir nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay.

Zeuge Horst Seehofer: Ich habe aber auch keine Verstimmung mit dem Maas. Vielleicht erzählt er Ihnen das anders, wenn er kommt. Aber ich habe mit dem Herrn Maas eigentlich eine ganz, ganz vernünftige Zusammenarbeit gehabt. Und so, wie ich ihn kenne, bei seinem Format, wird er so einen Sachverhalt, dass ein Horst Seehofer einen Brief an die EU-Kommission geschickt hat, nicht als großes Problem einstufen. Aber Sie können ihn ja fragen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, das werden wir sicherlich machen. - Ich komme jetzt zu einem anderen Sachverhalt, und zwar im Blick auf Frontex und Abschiebungen. Da geht es um MAT A BMI-3.475 VS-NfD, Blatt 467. Und da schrieb am 18. Juli 2021 ein hochrangiger Mitarbeiter aus dem BMI anlässlich eines Briefs, den

der damalige Frontex-Chef Leggeri - - an eine BMI-Abteilungsleiterin folgende Nachricht:

„Fabrice“

- Leggeri -

„möchte offenbar und nachvollziehbar nicht auch noch mit der Unterstützung von“

- in Anführungszeichen -

„„menschenrechtswidrigen“ Rückführungen nach AFG in die Kritik geraten. Das passt aber leider nicht so ganz zu den Aktivitäten der KOM gegenüber AFG und erst recht nicht zu unserer Linie Druck auf KOM gegenüber AFG für Fortsetzung Abschiebungen aufzubauen, gem. Schreiben IM an KOM, aktive Pressearbeit mit AUT ...“

Bei dieser Formulierung könnte ja der Eindruck entstehen, dass der Autor dieser Sätze der Meinung ist, dass Sie, Herr Minister, in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Innenminister ebensolche menschenrechtswidrigen Rückführungen vorangetrieben hätten. Wurden Ihnen gegenüber innerhalb des BMI Zweifel an Ihrem Vorgehen bezüglich der für Anfang 21 geplanten Abschiebungen geäußert?

Zeuge Horst Seehofer: Nein. Der Chef von Frontex ist ja nicht mehr im Amt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Es geht ja um die damalige Zeit; da war er ja im Amt.

Zeuge Horst Seehofer: Aber er ist je - schon längere Zeit nicht mehr im Amt. Ich kann Ihnen einmal gern schildern, dass das nicht alles aus Zufall war.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber um diesen Umstand einzuordnen: Wurde Ihnen im Untersuchungszeitraum jemals aus dem BMI heraus Kritik oder Zweifel an einer von Ihnen



Nur zur dienstlichen Verwendung

getroffenen Entscheidung oder Ihrem Handeln geäußert?

Zeuge Horst Seehofer: Das habe ich jetzt nicht präsent. Das hätte mich ja tief verletzt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, wenn ich Sie richtig verstehe, gab es nie Hinweise aus Ihrem Haus, zum Beispiel durch die Staatssekretäre, darauf, dass eine Entscheidung als nicht optimal betrachtet wurde.

Zeuge Horst Seehofer: Nein. Dann wäre ja, wie Sie in diesen Tagen auch erfahren, eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich. Wenn ein Staatssekretär zu einem Minister sagt: „Das, was Sie hier tun, ist nicht gut, ist falsch“, dann gibt es halt keine Zusammenarbeit mehr.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber ist es nicht die Aufgabe von einem Staatssekretär, seinem Chef zu sagen, dass irgendwas nicht so richtig ist?

Zeuge Horst Seehofer: Nein, das ist ja ganz was anderes. Eine Sachentscheidung - Option 1, Option 2, Option 3 - oder zu sagen: „Das ist rechtswidrig“, das sagt er natürlich schon. Aber Sie haben das jetzt ja anders formuliert. Das gehört nicht zum Aufgabenbereich eines Staatssekretärs und wäre auch ein sicheres Anzeichen für fehlendes Vertrauen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Also, ich wünsche mir von meinen Mitarbeitern, dass sie mir das sagen, wenn ich was nicht richtig mache.

Zeuge Horst Seehofer: Das ist ja ganz was anderes.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay.

Zeuge Horst Seehofer: Sie haben das jetzt ein bisschen anders formuliert, so: Gab es jemals von Staatssekretären Zweifel, oder ist Ihnen mitgeteilt worden, dass Sie nicht optimal entscheiden? - Das ist so ein bisschen politisch formuliert.

Ich hatte immer einen so konzilianten Führungsstil, dass Sie keinen Mitarbeiter finden werden, der offen mir gegenüber sagt: Das war nicht in Ordnung. Wir hatten ein Riesenbetriebsklima.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. - Nachdem wir jetzt anhand des Mailverkehrs rund um den Leggeri-Brief etwas über die Feedbackkultur gesprochen haben, möchte ich jetzt gerne noch mal auf das Schreiben selbst eingehen. Dort - Bezug: MAT A BMI-3.475 VS-NfD, Blatt 467 - schreibt Leggeri am 17. Juli 2021 unter Bezugnahme auf die geplanten deutsch-österreichischen Abschiebeflüge Folgendes:

„Unfortunately it was not possible to fully align our positions when assessing the high sensitivity of the matter and the very difficult situation in Afghanistan, which raises also concerns under fundamental rights perspective.“

Und das Schreiben schließt dann mit den Worten:

„Given the situation, I hope you would agree on the need to put temporarily on hold all forced-return operations to Afghanistan coordinated by the Agency. Any Frontex technical and operational support to your flights is thus suspended.“

Und so weiter.

Wenn ich Leggeri hier richtig verstehe, gab es seitens Frontex erhebliche Bedenken hinsichtlich der durch Sie angestrebten Abschiebeflüge. Haben diese Bedenken Sie als Minister damals erreicht?

Zeuge Horst Seehofer: Das ist mir nicht präsent, aber es wäre auch unbedeutend gewesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wieso wäre das unbedeutend gewesen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Horst Seehofer: Weil wir abgeschoben haben in vollem Einklang mit der afghanischen Regierung und der Flug Anfang August 21 abgesagt wurde, weil wir eine handlungsfähige, legitimierte afghanische Regierung nicht mehr registriert haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber wenn es doch vonseiten Frontex rechtliche Bedenken gab wegen Menschenrechten, also „concerns under fundamental right perspective“ - - Das haben Sie trotzdem dann gemacht?

Zeuge Horst Seehofer: Wir haben nach Beendigung von Corona die bis dahin unterbrochenen Abschiebungsflüge wieder aufgenommen, sie immer der Öffentlichkeit mitgeteilt, sehr kurzfristig, weil sonst die Abzuschiebenden gar nicht erschienen sind, und in voller Abstimmung mit den Bundesländern - da sitzen ja auch nicht lauter Unfähige - und in Abstimmung mit der afghanischen Regierung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wie sind Sie denn mit den Bedenken von Frontex umgegangen?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Fragezeit ist schon vorbei.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Danke.

Zeuge Horst Seehofer: Herr Vorsitzender, ich habe jetzt noch mal, wenn Sie erlauben, -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ja.

Zeuge Horst Seehofer: - nicht auf diese Fragestellungen, sondern auf die Fragestellung von Frau Bayram - - mir das noch mal angeschaut.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wir würden aber in einer nächsten Runde da noch mal drauf kommen.

Zeuge Horst Seehofer: Na, das war ja das, was Sie gesagt haben. Ich hätte „Doch, doch“ gesagt und damit zum Ausdruck gebracht, dass mehr als die Bundeswehr und die Polizei bis 2013 - - Das bezieht sich auf die Vorsitzendenfrage davor, wo

die Frau Lindholz als Vorsitzende des Ausschusses sagt: „Wir haben ja neben der Polizei und der Bundeswehr noch das Thema Listen“, was ich heute ja öfters angesprochen habe. Und bei den Listen - - Also, noch mal: Journalisten, Künstler, Schriftsteller, die auch mich immer wieder anrufen haben, wo das Auswärtige Amt die Abwicklung übernommen hat, aber wir sie sehr unterstützt haben, das waren die sogenannten gefährdeten Personen aufgrund der Funktion, die sie hatten. Und dann wollte ich vermeiden mit „Doch, doch“, dass wir bei diesen Listen jetzt nicht zwei Jahre oder bis 2013 zurück - - sondern dass die Listen ohne jede Frist von uns ausgeflogen werden, wenn wir sie denn rausbringen. Und die meisten haben wir rausgebracht. Darauf bezieht sich das.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war ja in dieser Sitzung, ebenso wie Sie in dieser Sitzung waren, und ich weiß auch, dass Sie sich gerade auf die Liste von der Frau Amiri bezogen haben. Aber dennoch ist die Frage auf diese - - Also, dann war das keine Antwort auf diese Frage, die ja mehrmals gestellt wurde von der Luise Amtsberg. - Ich weiß nur nicht, ob wir das jetzt hier so dürfen, miteinander nachbesprechen die Innenausschusssitzung.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ich glaube, das war jetzt eine wichtige Klarstellung des Zeugen. - Und jetzt machen wir ganz in aller Ruhe die nächste Runde. Ich habe verstanden, dass es noch Fraktionen gibt, die noch Fragen haben. - Die SPD?

Jörg Nürnberger (SPD): Wir lassen die letzten drei Minuten auf unser Zeitkontingent gerne anrechnen, weil wir haben nämlich tatsächlich keine Fragen mehr und können dadurch auch einen Beitrag leisten, dass die Nachfragen der Kollegin Bayram ein bisschen schneller dann in der Zeitachse kommen werden.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wunderbar. Vielen Dank. - Die Union hat noch Restfragen?

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ich behalte mir nur vor - - Wenn es noch einmal passiert,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass aus dem Zusammenhang gerissen zitiert und damit das schwierig wird, dann würde ich mir vorbehalten, eine weitere Frage zu stellen, sonst nicht.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Okay. Danke schön. - Dann sind wir jetzt bei der Kollegin Bayram, Bündnis 90/Die Grünen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will wirklich hier noch mal klarstellen, dass ich aus dem Protokoll die Fragen und Antworten vorgelesen habe, und insoweit verwehre ich mich gegen unzutreffende Behauptungen, dass ich ohne Zusammenhang hier zitiert hätte. Im Unterschied zu Ihnen, Frau Kollegin, war ich ja vor Ort bei der Innenausschusssitzung.

(Zuruf der Abg. Mechthilde Wittmann (CDU/CSU))

- Ja, ich sage ja nur.

So, jetzt habe ich wieder ein Stenografisches Protokoll, und zwar 20/78, Seite 53 - das ist ein endgültiges Stenografisches Protokoll - vom Zeugen Ulrich Weinbrenner. - Können wir es vorlegen? - Das ist immer angenehmer, finde ich, wenn Sie es auch vorliegen haben, dann kann man es - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Aber ich würde in der Zeit trotzdem schon mal aus dem Protokoll zitieren, und zwar sagt der Kollege oder der Zeuge Weinbrenner:

„Das sind ja zwei Aspekte - die Aufnahme von Ortskräften und die Rückführung von Ausreisepflichtigen -, die jeweils als Grundlage die Gefährdungssituation in Afghanistan zum einen für Ortskräfte, zum anderen für rückkehrende afghanische Staatsangehörige aus Deutschland zur Basis haben. Wenn ich dann sage: „Die Gefährdung für Ortskräfte ist so groß, dass wir alle rausholen müssen - ohne jegliche Einzelfallprüfung und ohne Befristung“, dann

ist das ja eine Aussage für die Gefährdungslage in Afghanistan insgesamt, die auch Auswirkungen mindestens haben kann auf die Situation „Rückführung von ausreisepflichtigen Afghanen“ und deren Möglichkeiten, sich dann in Afghanistan ein menschenwürdiges Leben aufzubauen.“

Würden Sie mit Blick auf das Verhältnis von Ortskräften und Rückführungsflügen zur Sicherheitslage dem zustimmen, was der Abteilungsleiter Ulrich Weinbrenner in dieser Untersuchungsausschusssitzung hier gesagt hat?

Zeuge Horst Seehofer: Also, Weinbrenner weist ja nachdrücklich darauf hin, dass das zwei Sachverhalte sind. Das ist der erste Satz seiner Antwort. Die Ortskräfte und die Sicherheitsüberprüfung haben wir jetzt, glaube ich, ausreichend behandelt. Da dürfte für Ihre Aufgabe, das alles zu bewerten, genug Information da sein.

Bei der Gefährdungslage in Afghanistan - - und damit die Rückwirkung für Afghanen, die von Deutschland als Straftäter nach Afghanistan abgeschoben wurden, habe ich ja auf die Frage von der FDP-Abgeordneten geantwortet mit den Kriterien, die wir berücksichtigt haben für die Rückführung.

Ich bin jetzt aber für Ihre Frage noch mal dankbar, weil ich vergessen habe, darauf hinzuweisen, dass es über die Sicherheitslage in Afghanistan und für die Rückwirkung bei Abschiebungen regelmäßig einen Bericht des Auswärtigen Amtes gab, der ja auch in den Beweisunterlagen enthalten ist, und nach dem Bericht des Auswärtigen Amtes die Abschiebungen im Hinblick auf die Lage in Afghanistan unter Beachtung der Menschenwürde etc. möglich waren.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Das gibt mir auch die Gelegenheit zur nächsten Frage, die sich genauso - -

Zeuge Horst Seehofer: Aber Sie haben gar nicht mehr gehört, was ich am Schluss gesagt habe. Ich habe gesagt: Sie waren möglich nach diesen Berichten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe hier MAT A BMI-3.347 VS-NfD, Blatt 1 799 bis 1 801, hier 1 800 und 1 801. Das ist eine Ministervorlage - daher gehe ich davon aus, dass Sie die als Minister auch zur Kenntnis genommen haben -, und aus diesem Bericht zitiere ich. Da steht unter anderem:

- „• Angst in Teilen der Bevölkerung aufgrund einer Kampagne von gezielten Tötungen u. a. von Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft, Medienschaffenden, Angehörigen von staatlichen Institutionen und Sicherheitskräften, insbesondere in Kabul; ...“

Der Bericht datiert 04.08. - - oder die Ministervorlage, 04.08.2021. Hatten Sie Kenntnis insbesondere von dieser Kampagne der gezielten Tötungen?

Zeuge Horst Seehofer: Von dem Vermerk hatte ich natürlich Kenntnis, aber der Vermerk schließt dann, wie in einem Ministerium üblich, in einer Zusammenfassung mit dem Ergebnis, dass „der aktuelle Lagebericht zu keiner grundlegend veränderten Lageeinschätzung in AFG“ kommt, wobei man immer wieder darauf hingewiesen hat, dass die Sicherheitslage oft in den Regionen differenziert ist und dass es immer wieder darauf ankommt, auch im Einzelfall zu prüfen, gemeinsam mit den Bundesländern, dass in dem konkreten Einzelfall eine Abführung - - eine Rückführung möglich ist. Das sagt der gleiche Bericht.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie waren eben der Ansicht, in Kenntnis dieses Berichtes über gezielte Tötungen, dass dort weiterhin Rückführungsflüge möglich sind?

Zeuge Horst Seehofer: Ja.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich gerne - -

Zeuge Horst Seehofer: Nach meine Einschätzung, Frau Kollegin; Sie wollen ja auch meine Einschätzung hören.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, ich habe - - Mein Problem ist, die geben mir nicht so viel Zeit. Das heißt, ich würde gerne die nächste Frage stellen. Genau.

Also, die nächste Frage ist - - Stenografisches Protokoll 20/87, Seite 156. Der Zeuge Dr. Helmut Teichmann sagt:

„Das war häufiger dann Gegenstand auch in der Leitung, und wir müssen nur immer daran denken: - -“

Es geht halt um die Abschiebeflüge, und unser Mitarbeiter stellt Ihnen das auch zur Verfügung, damit Sie das nachverfolgen können.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Also, ich fange noch mal mit dem Zitat an.

„Das war häufiger dann Gegenstand auch in der Leitung, und wir müssen nur immer daran denken: Wir schicken da deutsche Flugzeuge hin. Da sind ja nicht nur rückzuführende Straftäter drin, sondern da ist ja mindestens die gleiche Anzahl von Polizisten, wahrscheinlich sogar noch mehr als Straftäter, mit an Bord; da ist die Besatzung mit an Bord. Deutsche Polizisten und Vertreter von der Botschaft müssen durch die ganze Stadt fahren zum Flughafen, und das ist einfach ein Sicherheitsrisiko.“

Teilen Sie diese Einschätzung von Herrn Teichmann?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, selbstverständlich, weil sie zutrifft. Sie trifft schlicht - - und ich habe es heute mehrfach schon gesagt, dass wir bei der Abschiebung nicht nur an die Abzuschiebenden denken dürfen, sondern an die Personen - bei 30, 40 Personen Abzuschiebenden sind es 100 Personen, die begleiten - - dass auch deren Gesundheit oder Leben in Gefahr ist und dass wir auch aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesem Grunde sehr sorgfältig schauen müssen: „Wen schieben wir ab, in welche Region?“, weil bis in diese Region ja begleitet wird. Also sind auch diejenigen, die begleiten, mit dabei.

Und jetzt will ich Ihnen trotzdem, auch wenn ich hier geschlachtet werde, sagen: In dem vorherigen Vermerk - ich will es nur nachrichtlich angemerkt haben - steht ja auch die Einschätzung des BAMF, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, und das ist wirklich eine Behörde, die sich in der Sache tief, tief auskennt, die Gott sei Dank seit Jahren jetzt außerhalb jeder Diskussion ist. Und ich will nur dem Ausschuss für seine Bewertung und für sein Protokoll sagen, dass die für die Abschiebung und die Handhabung die gleiche Lageeinschätzung hatten wie wir.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich eine Frage zu MAT A BMI-3.475 VS-NfD, Blatt 116 bis 119, hier 116 bis 117. Das ist ein Mitzeichnungsvermerk.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Und da will ich, während das auf dem Weg zu Ihnen ist, noch mal aus der Vorlage zitieren:

„Am 3. Februar 2021 wurde das Urteil des VGH Baden-Württemberg vom 17. Dezember 2020 zur Feststellung von Abschiebungsverboten nach Afghanistan veröffentlicht. ... Mit seinem Urteil hält der VGH Baden-Württemberg zumindest vorerst nicht mehr an seiner bisherigen Rechtsprechung fest, wonach einem leistungsfähigen, erwachsenen Mann - unabhängig davon, ob er vor Ort über ein aufnahmeberechtigtes ... tragfähiges,“

- und -

„familiäres ...“

- und -

„soziales Netzwerk verfügt - in Afghanistan in der Regel nicht die Verelendung droht. Vielmehr gelangte der Senat zu der Überzeugung, dass sich inzwischen die wirtschaftliche Lage in Afghanistan infolge der Covid-19-Pandemie derart verschlechtert hat, dass ein Rückkehrer aus dem westlichen Ausland keine realistische Aussicht hat, auf dem Tagelöhnermarkt eine Arbeit zu finden, sofern er nicht vor Ort über ein familiäres oder soziales Netzwerk verfügt, das ihm Zugang zum Arbeitsmarkt verschafft. Da ohne die Erzielung eines Einkommens und ohne versorgendes Netzwerk oder ausreichendes Vermögen die Sicherung der eigenen Existenz in Afghanistan nicht möglich sei, gelangte der Senat unter Berücksichtigung der individuellen Situation des Klägers zu der Überzeugung ..., dass in seinem Fall ein Abschiebungsverbot ... festzustellen ist.“

Das ist eine Entscheidung, woraufhin dann der Abteilungsleiter Ulrich Weinbrenner vorschlug, „unkonventionelle Maßnahmen“ zu prüfen, wie etwa „die finanzielle Unterstützung in AFG auf „Tagelöhner“-Niveau für eine gewisse Zeit“. Was wollte man damit eigentlich genau erreichen? Wurde damit beabsichtigt, eine Abschiebung zu ermöglichen, indem man ihm über einen gewissen Zeitraum den Tagelohn mitgegeben hat?

Zeuge Horst Seehofer: Nein. In dem Vermerk, den Sie mir jetzt vorgelegt haben - ich kann mich so dunkel erinnern -, wird wieder was bestätigt: Man muss ein Urteil der Justiz respektieren, aber man muss es nicht verstehen. Das erleben Sie als Politiker immer wieder.

Deshalb hat - - In dem Vermerk wird ausgeführt: Wir nehmen das zur Kenntnis, und wir werden wie bisher im Einzelfall entscheiden, ob die Abschiebung möglich ist. - Das ist das Wesen der Abschiebung, übrigens auch des Asylrechts: Es wird ein Einzelfallverfahren durchgeführt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die jetzige Regierung - das erlaube ich mir schon - stellt bei der Frage, ob nach Syrien, nach Afghanistan abgeschoben werden soll, nicht unbedingt die Einzelfallprüfung - jedenfalls öffentlich erkennbar - in den Vordergrund. Wir haben die Einzelfallprüfung sehr ernst genommen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht unser Untersuchungsgegenstand.

Zeuge Horst Seehofer: Bitte?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht unser Untersuchungsgegenstand. - Deswegen hätte ich noch mal die Frage: Haben Sie denn daraufhin prüfen lassen, dass den Leuten, die Sie abschieben wollten, -

Zeuge Horst Seehofer: Nein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Geld zur Verfügung gestellt wird, -

Zeuge Horst Seehofer: Nein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - damit die dort - -

Zeuge Horst Seehofer: Für wen halten Sie mich? Ich bitte Sie! Ich wäre auf solche Prämien nie gekommen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Gut, die Zeit ist um. - Und das Fragerecht geht zur AfD-Fraktion. Herr Janich.

Steffen Janich (AfD): Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Seehofer, viele Afghanen hatten im Flugzeug keine Reisepässe. Und wenn sie doch die Reisepässe hatten - - Gab es solche Fälle? Uns liegt eine teils geschwärzte E-Mail der sächsischen Polizei vom 13. August 2021 vor. Der Polizei in Sachsen wurden handschriftlich korrigierte Pässe vorgelegt. Die Polizei fragte das BMI, wie man in solchen Fällen reagieren sollte. Als eine Antwort darauf - ich zitiere aus MAT A BMI-3- -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Bitte die MAT-Nummer immer am Anfang, weil wir müssen die Quelle nachvollziehen können.

Steffen Janich (AfD): Aha. - Ist das hier BMI-3.87?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Noch mal die ganze MAT-Nummer vorlesen.

Steffen Janich (AfD): Also MAT A BMI-3.87 VS-NfD, Blatt 164.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön.

Steffen Janich (AfD):

„Sofern die Betroffenen nach Vorsprache bei der Auslandsvertretung lediglich einen handschriftlich korrigierten und entsprechend neu gesiegelten Pass der Ausländerbehörde vorlegen, der zudem durch die Bundespolizei für echt bewertet wurde, ist zunächst von diesen Angaben auszugehen. ...

Grundsätzlich sollten offensichtlich unrichtige Angaben in den Pässen trotz einer Echtheitsbewertung des Dokumentes nochmals durch den ausstellenden Staaten korrigiert bzw. neu ausgestellt werden. Dies wird jedoch aufgrund der politischen Situation derzeit kaum möglich sein.“

Meine Fragen dazu lauten: Wussten Sie über diese Problematik Bescheid? Wenn ja, was wussten Sie konkret darüber?

Zeuge Horst Seehofer: Natürlich weiß ein Innenminister, dass es solche Fälle gibt, nicht nur im Fall Afghanistan, und dass dies auch heute noch ein großes Problem ist. Oft wird ja die Situation bewusst herbeigeführt. Und umso wichtiger ist, dass wir dieses europäische Asylsystem jetzt ganz konsequent umsetzen, nämlich an der Grenze die Einreise zu verweigern, wenn diese Fragen nicht geklärt sind. Wenn die Einreise stattgefunden hat, ist nach meiner Erfahrung es unmöglich oder zumindestens sehr, sehr schwierig, eine Person dann wieder in das Heimatland zu führen. Das geht nur an der Grenze und mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verfahren, die dort durchgeführt werden. Und dann wird die Ein- - muss die Einreise verweigert werden. Das ist - - Ich kann nur - - Man ärgert sich über solche Dinge, auch als Innenminister; aber die Menschen handeln eben so: möglichst viele Schwierigkeiten zu machen, um das Ziel zu erreichen.

Steffen Janich (AfD): Also, wie ich das jetzt verstanden habe, wurden die handschriftlich korrigierten Pässe akzeptiert?

Zeuge Horst Seehofer: Da kann ich Ihnen nur sagen: Da müssen Sie einen Vertreter der Bundespolizei fragen. Weil bei mir da nicht gelandet ist, warum man sie akzeptiert hat oder - - usw. Also, da bitte ich Sie, mit der Bundespolizei zu reden.

Steffen Janich (AfD): Sind Ihnen irgendwelche Informationen zugekommen, wie viele Fälle es von solchen Untersuchungen - - während des Untersuchungszeitraums gegeben hätte?

Zeuge Horst Seehofer: Herr Kollege, da ist jeder Einzelfall, der passiert, höchst ärgerlich. Und jeder Einzelfall ist dazu geeignet, ja, die Gefühle der Menschen hochzupeitschen. Weil Sie wissen ja, wie das dann diskutiert wird: Der Einzelfall ist dann der Normalfall irgendwo. Und deshalb müssen wir alles tun, dass diese Dinge unterbunden werden. Sie finden statt, auch das Wegwerfen von Passpapieren. Und man muss Dinge, die stattfinden, auch offen ansprechen, nicht um die Bevölkerung populistisch zu bedienen, sondern um sie abzustellen.

Ich habe heute schon mal von der Wahrheit, die verschwiegen wird, gesprochen; ich weiß nicht, ob Sie da schon da waren. Wahrheiten, die verschwiegen werden, werden im Laufe der Zeit zum Gift. Man erreicht in der Politik überhaupt nichts, das Wahre zu unterdrücken. Es landet bei den Menschen und ist dann das Gift, von dem ich sprach, was wir uns alle nicht wünschen können. Aber es findet statt.

Steffen Janich (AfD): Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wunderbar. - Dann geht es noch weiter mit der aktuellen Runde. FDP, Frau Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank. - Herr Seehofer, ich möchte auf das Thema „Zusammenarbeit mit IOM“ zu sprechen kommen. In einer E-Mail aus dem Auswärtigen Amt, die am 22. Januar 2021 im Nachgang einer OKV-Besprechung mit dem BMI verfasst wurde - MAT A AA-8.354 VS-NfD, Blatt 45 -, ist zu der Besprechung festgehalten, dass erstens das „BMI ... offenbar an [einem] Kompromiss interessiert“ sei - das ist ein Zitat -, dass das BMI

„seine sehr starre Haltung zu möglicher Unterstützung durch IOM-Büro Kabul aufgeben“

habe und drittens Bundesminister Seehofer noch am selben Tag „gebrieft“ worden sei und dass Sie, Herr Seehofer, zu OKV Afghanistan in der darauffolgenden Woche Gespräche führen wollten. - Dazu hätte ich ein paar Fragen. Vielleicht mal ganz grundsätzlich: Das IOM ist ja ein Dienstleister, mit dem Verbündete bereits schon seit längerem intensiv zusammengearbeitet haben. So hat ja das IOM beispielsweise große Teile des britischen Ortskräfteverfahrens abgewickelt. Warum vertrat das BMI bis Mitte Januar 2021 noch die Position, dass eine Nutzung des IOM ausgeschlossen sei?

Zeuge Horst Seehofer: Weil da immer eigentlich für uns das Auswärtige Amt maßgeblich war. Und wenn das Auswärtige Amt selbst nicht mehr da ist, dann kann man einen Dienstleister natürlich engagieren, was wir ja dann auch nicht verhindert haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, aber das Auswärtige Amt wollte das ja wohl auch. Also, wenn ich das richtig verstehe aus diesem Ding, heißt das ja, dass vonseiten des Auswärtigen Amtes beobachtet wurde, dass Sie eine starre Haltung - das ist nicht meine Diktion - hatten, was das angeht, und hat dann über diese Veränderung in der Haltung des BMI berichtet. Warum hatten Sie da, um das Wort zu verwenden, eine „starre Haltung“, was IOM angeht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Horst Seehofer: Ich weiß nicht, was das Auswärtige Amt als „starre Haltung“ definiert. Vielleicht war ich da mal schlechter Laune oder Ähnliches; das ist ja oft auch schon eine starre Haltung. Die Sache des Visums ist Sache des Auswärtigen Amtes. Da hat ein Innenminister weder was zu befördern noch zu verhindern, sondern das hat ein Außenminister umzusetzen. Punkt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ein Mitarbeiter von Ihrem Ministerium sagte vor diesem Ausschuss bezüglich der BMI-Einschätzung zur IOM Folgendes - endgültiges Stenografisches Protokoll 20/50 I, Seite 48 - - dass das BMI Zweifel an der Zuverlässigkeit von IOM-Mitarbeitern gehabt habe. Ist Ihnen diese Argumentation bekannt?

Zeuge Horst Seehofer: Die ist mir so nachdrücklich eigentlich nicht vorgetragen worden. Es kam ja dann auch zu IOM.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber Sie haben davon mal gehört, dass das nicht - -

Zeuge Horst Seehofer: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Was gab es da? Was waren da die Probleme?

Zeuge Horst Seehofer: Mein Gott, solche internationalen Organisationen: Es ist immer sehr schwer, sie zu beurteilen in der Sicherheit.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber Ihnen war bekannt, dass die Briten mit denen schon lange zusammengearbeitet haben.

Zeuge Horst Seehofer: Ja. Es ist ja noch kein Maßstab für die Beurteilung, wenn sie für die Bundesrepublik Deutschland tätig werden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, man kann nicht unbed- - Also, Sie würden sagen: Wenn das jetzt für die Briten funktioniert, muss das nicht - - oder heißt das nicht, dass es funktioniert.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, weil alleine Ihre Feststellung, dass es mit den Briten funktioniert, schon zu hinterfragen wäre. Verstehen Sie?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Warum?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, wenn ich selber nicht die Erkenntnis habe und die Information, wie das bei den Briten gelaufen ist und ob die zufrieden waren oder ob sie Schwierigkeiten hatten, kann ich mich nicht Ihrer Schlussfolgerung anschließen: „Bei den Briten hat es funktioniert“. Dann möchte ich, jedenfalls von einem Ministerium, mehr wissen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und haben Sie das eingefordert, diese Informationen? Also, auf welcher Evidenzgrundlage hat das BMI denn Zweifel an der Zuverlässigkeit der IOM-Mitarbeiter, vor allem vor dem Hintergrund, dass Verbündete da bereits eng und weitgehend auch mit dem IOM zusammengearbeiteten?

Zeuge Horst Seehofer: Ja, da müssen Sie - - Da gibt es ja sicher den Mitarbeiter namentlich. Dann laden Sie ihn vor, oder fragen Sie Herrn Heiko Maas.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber mit welcher Evidenz haben Sie denn da gearbeitet?

Zeuge Horst Seehofer: Mit allem, was mir zur Verfügung stand. Das ist die beste Evidenzbasis. Aber das ist ein Bereich, den der Außenminister verantwortet und nicht der Innenminister. Dass bei mir im Hause dann auch Leute sind, die sagen: „Vorsicht, Vorsicht!“, ist auch selbstverständlich, wie umgekehrt im Außenministerium Leute sitzen, die sagen: Der Seehofer hat eine starre Haltung. - Aber das ist wenig von Belang.

Objektiv hatten wir die Botschaft. Dann war das nicht mehr so möglich. Dann waren wir einverstanden, dass IOM beauftragt wird. Und so richtig hat es dann auch nicht funktioniert, was eher die Zweifel meines Mitarbeiters bestätigt, warum wir uns ja bei der Bundeswehr dann entschieden haben, dass die Bundeswehr die Verfahren durchführt in Eigenverantwortung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, das IOM-Büro wurde ja am Ende dann aufgebaut, aber natürlich viel zu spät.

Zeuge Horst Seehofer: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ab wann stand denn für Sie fest, die vielzitierte „starre Haltung“ zur möglichen Unterstützung durch das IOM-Büro Kabul aufzugeben? Im November 2020 hatten Sie ja noch eine andere Auffassung - MAT A BMVg-5.165 VS-NfD, Blatt 43; Ergebnisvermerk der Staatssekretärsrunde Mali/Afghanistan vom 05.11.2020 zum Thema OKV; ich zitiere -:

„BMI bereit, lokales Büro zur Annahme von Anträgen in Kabul zu eröffnen; Befragung kann dann per Video aus DEU erfolgen.“

OT

„Frau Busch: Einreise ohne Visum aus Sicht des BMI keine geeignete Lösung. Hierzu müssen weitere Gespräche zwischen den Ressorts geführt werden.“

Zeuge Horst Seehofer: Stimmt alles. Steht aber im Widerspruch zu dem, was Sie gerade vorher gefragt haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, nee, ich würde ja gerne wissen, ab wann für Sie feststand, diese sehr starre Haltung zur möglichen Unterstützung aufzugeben.

Zeuge Horst Seehofer: Ich hatte keine starre Haltung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aha.

Zeuge Horst Seehofer: Die ich nicht hatte, muss ich auch nicht aufgeben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut, aber damals haben Sie es ja noch abgelehnt, mit denen zusammenzuarbeiten. Irgendwann mal kam ja dann der Punkt, wo man gesagt hat: „Okay, wir

machen das“, und deswegen wurde ja auch dieses IOM-Büro in Kabul dann auch sehr spät aufgebaut. Und da muss ja irgendwas dazwischen passiert sein.

Zeuge Horst Seehofer: Ja, ich - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und das ist ja auch das, was in diesem Vermerk drinstand vom 22. Januar 2021, dass sich da bei Ihnen im Haus irgendwas verändert hat oder bei Ihnen persönlich vielleicht auch.

Zeuge Horst Seehofer: Es hat sich gar nichts verändert. Dass es spät aufgebaut wurde, hat nicht das Innenministerium zu verantworten.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Doch; aber vielleicht die Entscheidung, dass Sie das ja vorher nicht wollten.

Zeuge Horst Seehofer: Wenn ein Auswärtiges Amt für die Visaerteilung einen Dienstleister einstellt, ist das eine Sache des Auswärtigen Amtes und von sonst niemandem.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also ich habe das so verstanden, dass das eine gemeinsame Entscheidung war.

Zeuge Horst Seehofer: Ist ja schön: Alles, was schwierig ist, ist gemeinsam, und alles, was einfach ist, hat man selbst verantwortet.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich will das gar nicht bewerten. Ich habe das einfach aus diesem Vermerk so entnommen, dass das eine gemeinsame Entscheidung war und dass man dann gewartet hat, dass das BMI da einsteigt. Und so habe ich das zumindest interpretiert. Vielleicht können Sie mir das noch mal anders darlegen, wenn es anders war.

Zeuge Horst Seehofer: Bei aller Bedeutung des Innenministeriums wäre es eine Überhöhung, zu glauben, ein Auswärtiges Amt kann solche Dinge nur machen, wenn der Innenminister dies befürwortet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber in dem Vermerk steht ja drin, dass Sie jetzt - - dass das BMI kompromissbereit sei und diese starre Haltung aufgeben. Es scheint ja schon relevant gewesen zu sein, was das BMI da denkt. Also, es ist nicht nur, dass das Auswärtige Amt da irgendwie zuständig war und Sie da von Ferne was gesagt haben, sondern es kam ja auf diese Haltung von Ihrem Haus an.

Zeuge Horst Seehofer: Es ist ein Vermerk des Auswärtigen Amtes, den ich nicht zu beurteilen habe. Weder die Definition „starr“ teile ich - die ist falsch; das ist auch so eine Floskel, die im politischen Betrieb gerne ausgetauscht wird auf Mitarbeiterebene, aber die mit der Wahrheit nichts zu tun hat - - Oder dass dieser störrische Bayer die Einrichtung des IOM verhindert hätte, ist genauso falsch. Sie haben ja dann gesehen: Es ist eingerichtet worden. Es musste dann ausgeschrieben werden, wenn ich die Aktenlage richtig im Kopf habe. Aber das alles ist nicht durch das Innenministerium geschehen. Sie haben ja noch Gelegenheit, den Außenminister zu fragen und ihn auch zu fragen, ob er auch der Auffassung ist, dass der Innenminister mit seiner starren Haltung das Richtige verhindert hat.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Was ist denn dann Ihrer Ansicht nach - und das wäre meine letzte Frage - der Grund, warum das IOM-Büro oder die Entscheidung dafür dann doch relativ spät gefallen ist? Sie haben jetzt von Ausschreibung geredet; aber ich rede jetzt von dieser Entscheidung. Wer hat das - -

Zeuge Horst Seehofer: Kann ich Ihnen nicht beantworten. Jedenfalls nicht wegen mir.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber wegen Ihrem Haus?

Zeuge Horst Seehofer: Das wäre das erste Mal in meiner ganzen politischen Laufbahn, dass jemand seine Schwäche dadurch äußert, dass er nicht handeln konnte wegen mir. Das begegnet mir heute das erste Mal. Aber da können Sie den Herrn Maas fragen; denn das, was Sie mir jetzt vortragen, hat ja zum Inhalt, man hätte es gern

gemacht, aber dieser starre Seehofer hat Bedenken erhoben oder es sogar verhindert. Können Sie ihm auch so sagen. Das wäre, wenn er es genauso teilt, eigenartig.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. - Dann danke ich Ihnen, Herr Seehofer.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Gut. Die Fragezeit ist abgelaufen. - Ich habe jetzt vernommen: Es gibt noch eine allerletzte Frage von den Grünen. Frau Kollegin Nanni, bitte schön.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr Seehofer! Ich habe noch eine Frage. Sie haben gerade in der Vernehmung gesagt, dass Sie keine Abschiebungen mehr im August - - oder die Planung für die Abschiebungen im August abgebrochen haben, weil Sie am 4. August den Eindruck gewonnen haben, dass es keine handlungsfähige Regierung mehr in Kabul gibt. Wie kommen Sie denn dann zu der Annahme in der Woche danach, dass Kabul, wo es ja keine handlungsfähige Regierung mehr gibt, nicht in die Hände der Taliban fällt?

Zeuge Horst Seehofer: Das eine schließt ja das andere nicht aus. Wenn ich zur Überzeugung komme: „Ich treffe da niemanden mehr an“ - wir hatten mal große Schwierigkeiten mit dem afghanischen Innenminister, den wir einfach eine Zeit lang nicht erreicht haben; ergibt sich auch aus der Beweislage -, und ich verfolge die gesamte Situation - es war schon die Zeit, wo wir auch in Deutschland Prüfungen durchgeführt haben -, dann liegt es in meiner Zuständigkeit, über die ja auch das Kabinett unterrichtet wurde, dass ich jetzt nicht abschieben kann, auch wegen der Gefährdung der Begleitpersonen - das haben wir ja vorher behandelt -, was aber nicht sofort den Schluss zulässt: Man traut der afghanischen Regierung nicht mehr zu, irgendeine Zukunftslösung zu finden. Das muss man - - Die Funktionsfähigkeit der Regierung in Teilen kann man jetzt nicht gleichsetzen mit einer Zukunftsperspektive der gesamten Regierung in Kabul, die dann ja zusammengebrochen ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo man jetzt im Nachhinein sagen könnte: Indizien waren da. Wenn Sie den Innenminister nicht erreichen - - Immerhin waren wir zweitwichtigstes Land in Afghanistan.

Zeuge Horst Seehofer: Wir haben ihn aber dann wieder erreicht. Wir glaubten, der ist schon über alle Berge; aber es war dann -*- der Fall. Aber, ich glaube, es war eine richtige politische Entscheidung. Gerade die Grünen sollten hier sehr schätzen, dass der Gesichtspunkt der Humanität hier eine Rolle gespielt hat.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke für die tiefen Einblicke, Herr Seehofer.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, dann übernehme ich wieder von meinem Stellvertreter. - Dann sind wir am Ende der Befragung angekommen, Herr Zeuge, wobei man hinzufügen muss: Die Befragung ist im eigentlichen Sinne noch nicht abgeschlossen. Sie bekommen das Protokoll, haben 14 Tage Gelegenheit, noch Korrekturen vorzunehmen, bevor dann endgültig festgestellt wird, dass die Befragung abgeschlossen ist.

Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie so lange mit uns ausgeharrt haben und uns Rede und Antwort gestanden haben. Ich wünsche Ihnen alles Gute!

Zeuge Horst Seehofer: Ich wünsche Ihnen auch alles Gute in dieser sehr bewegten Zeit.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und ich unterbreche die Sitzung für gut 15 bis 20 Minuten, bis 17.20 Uhr.

(Unterbrechung von
17.03 bis 17.21 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir können trotzdem weitermachen, obwohl der Wagen da gerade erst vorgefahren ist. Ich hörte, dass der eine oder die andere Kollegin bei den Belehrungen zu Beginn der Sitzung nicht mehr bei jedem Wort zuhört. Also, ich weiß nicht, ob das stimmt; vielleicht ist das auch falsch. Ansonsten setzen wir die Sitzung fort.

Vernehmung des Zeugen Wolfgang Schmidt

Ich stelle fest, dass unser zweiter Zeuge da ist, Wolfgang Schmidt, der bereits Platz genommen hat. Ich darf Sie herzlich willkommen heißen und freue mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Zunächst bin ich allerdings gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor - sie ist wortgleich -, also auch bei Ihnen.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut worden oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herr Vorsitzender, nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich merke auch: Meine Vermutung war richtig, die ich eben angestellt habe.

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie das Mikrofon einschalten und bitte laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit und den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu befinden. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Auch dazu habe ich keine Fragen. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Ich werde Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Dann darf ich Sie nunmehr bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mein Name ist Wolfgang Schmidt, 54 Jahre. Ich bin Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister und wohnhaft in Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und die Dienstadresse ist das Bundeskanzleramt, nehme ich an.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. Und das wäre auch die ladungsfähige Anschrift.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann will ich Sie noch darauf hinweisen, dass, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, Ihnen das selbstverständlich vorgelegt werden kann. Und die Kolleginnen und Kollegen wissen, dass sie bitte, wenn sie fragen, die MAT-Nummer vorweg nennen, dass sie bitte korrekt zitieren, sodass das nachvollzogen werden kann, damit Fragen auch zugelassen werden können.

Gut, dann haben wir alle Präliminarien erledigt, und wenn Sie wünschen, können Sie gern im Zusammenhang vortragen, was Sie über das Thema und den Zeitraum sagen möchten.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, das mache ich gerne. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren! Ich freue mich in der Tat, hier zu sein. In aufregenden Zeiten ist das ja vielleicht noch mal ein guter Moment, ein bisschen zu Besinnung zu kommen und auch eine Aufarbeitung, die Sie hier vornehmen, zu unterstützen, weil ich glaube, dass es eine ganz wichtige Aufgabe ist,

genau zu schauen, was gut gelaufen ist, und auch, was nicht so gut gelaufen ist, um dann Schlüsse möglicherweise daraus zu ziehen. Das wird ja dann sicherlich auch Ihre Aufgabe sein.

Ich will gleich zu Anfang sagen, dass ich nicht besonders viele aktive Erinnerungen habe. Das verschwimmt dann nach so langer Zeit und den aufregenden Zeiten auch ein bisschen mit der Zeitungslektüre, die gerade ja im Anschluss an die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes und die Evakuierungen erschienen sind. Und ich habe natürlich jetzt versucht, mich noch mal anhand der Aktenstücke und der Auszüge, die dem Ausschuss zur Verfügung gestellt worden sind, dann auch wieder zu erinnern.

Vielleicht zu dem, an welchen Punkten ich Berührung hatte zu dem Untersuchungsgegenstand: Wie Sie wissen, war ich bis Dezember 2021, bis zu meiner Ernennung als Bundesminister, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Da war ich zuständig zum einen für die Grundsatzabteilung und zum anderen für die Leitungsabteilung. Das, glaube ich, beschreibt dann auch ganz gut meine Aufgaben. Denn ich habe mich einerseits inhaltlich um die grundsätzlichen Themen des Finanzministeriums gekümmert. Dazu gehörte allerdings auch der Bereich Internationales, also insbesondere die bilateralen Beziehungen, aber auch der Internationale Währungsfonds, die Weltbank sowie die Gruppe der sieben wichtigsten Industrieländer, G 7, genauso wie die G 20 der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Und dann, in der zweiten Zuständigkeit, war ich auf Staatssekretärssebene zuständig für die Koordinierung der SPD-geführten Ministerien. Manchmal wurde das als „Vizekanzleramt“ bezeichnet. Das habe ich sozusagen geleitet, und das war dann auch einer der Gründe, warum ich mit den Themen in Berührung kam.

Der Untersuchungsausschuss befasst sich, wenn ich das richtig sehe, vor allem mit der Zeit des Sommers 2021 und dem Rückzug der USA und der Verbündeten aus Afghanistan und seinen Folgen. Um das sich noch mal in Erinnerung zu rufen: Das war ja eine Zeit, in der auch bei uns in Deutschland einiges los war. Mich und uns im Finanzministerium hat insbesondere das Thema



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Bewältigung der Coronapandemie“ noch Tag und Nacht beschäftigt. Ich war da in beiden Funktionen befasst, nämlich einerseits in der Koordinierungsfunktion mit den ganzen Diskussionen um die Schutzmaßnahmen und welche Maßnahmen richtig oder falsch seien. Das war etwas, was der Kanzler, der jetzige Kanzler, der damalige Vizekanzler, mit der damaligen Kanzlerin sehr intensiv diskutiert hatte und ich natürlich mit meinem Counterpart, dem damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, und dann auch jeweils mit den SPD-geführten Ländern. Und dann war andererseits das mit den Ressorts zu koordinieren.

Das zweite Großthema war natürlich, dass das Finanzministerium im Zusammenspiel mit dem Wirtschaftsministerium für die vielfältigen Wirtschaftshilfen zuständig war. Das war insbesondere bei uns in der Grundsatzabteilung, für die ich zuständig war, immer in enger Abstimmung mit der Haushaltsabteilung und dem Kollegen Gatzler.

Um das noch mal zu erinnern: Damals liefen die Verhandlungen zur sogenannten Überbrückungshilfe III, im Sommer 2021. Dann haben wir über das sogenannte Term Sheet für die Überbrückungshilfe geredet und sehr viel verhandelt, aber vor allem auch mit vielen Unternehmen und Branchen geredet, sodass das natürlich ein starker Fokus war. Und dann erinnert sich der eine oder die andere gerade in diesen Tagen ja noch besonders, dass der damalige Finanzminister auch Kanzlerkandidat der SPD war, sodass ich in meiner - und das betone ich ganz ausdrücklich - Freizeit auch ein bisschen beschäftigt war, weil ja ein paar Wochen, Monate später die Bundestagswahl stattfand.

Also, ich möchte schon prophylaktisch ein bisschen um Verständnis bitten, dass meine Erinnerung an die Vorgänge, um die es Ihnen hier besonders geht, nicht besonders detailliert ist. Ich habe mir, wie ich gesagt habe, noch mal in Vorbereitung auf den heutigen Termin bei Ihnen die Unterlagen, die Ihnen übermittelt worden sind, insbesondere aus dem BMF und auch aus den anderen Ressorts, angeschaut, die mich betreffen

oder wo ich versucht habe, dann die Vorgänge der damaligen Zeit zu rekonstruieren.

Im Hinblick auf Afghanistan und die Fragen, die Sie hier dankenswerterweise untersuchen, habe ich drei Berührungspunkte insbesondere identifiziert, wenn ich das richtig erinnere und aus den Akten entnehme: zum einen die Berührungspunkte in der Funktion, die ich eben geschildert habe, als Koordinator der SPD-geführten Ressorts, zum Zweiten als Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, der GIZ, und zum Dritten als jemand, der dann während der Evakuierung von verschiedenen Stellen und Seiten um Hilfe bei der Ausreise von Ortskräften und anderen gebeten wurde. Deswegen will ich, wenn Sie erlauben, kurz zu den drei Berührungspunkten etwas sagen.

Einerseits zu der Frage als Koordinator der SPD-geführten Ministerien und in der Unterstützung des damaligen Vizekanzlers und Bundesministers der Finanzen. Ich habe natürlich, weil ich mich auch für internationale Politik sehr interessiere und in dieser Rolle „Grundsatzabteilung“ auch zuständig für die internationalen Fragen war, mich mit Afghanistan, auch der Lage in Afghanistan immer beschäftigt und das verfolgt und natürlich auch die rapide Verschlechterung der Lage im Land mit großer Sorge betrachtet. Ich habe versucht, den damaligen Finanzminister und jetzigen Bundeskanzler in der Aufgabewahrnehmung zu unterstützen, die dann ja auch die Abstimmung mit der Kanzlerin und den anderen Ressorts betraf. Und soweit ich erinnere, haben wir dann auch hin und wieder zu Afghanistan gesprochen, insbesondere um dieses Wochenende, als dann die Rückzugs- und Evakuierungsentscheidung getroffen wurde; wenn ich das richtig sehe: 14./15. August 2021.

Wenn ich es richtig erinnere, waren weder ich und, ich glaube, auch das BMF als Haus nicht in die Beratungen des Krisenstabes eingebunden; aber natürlich habe ich die Lagezuspidung in Kabul auf politischer Ebene aktiv mitverfolgt. Die ist ja zum Teil im Kabinett diskutiert worden, und dann gab es ja immer die Kabinettsvorbereitungen. Und ich erinnere auch noch, dass an dem besagten Wochenende es eine Schalte gegeben



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat und dann die Frage, wie man die Dinge so schnell wie möglich organisieren kann, und auch - das habe ich jetzt auch den Akten noch mal entnommen - das Thema „Ist ein Mandat oder was auch immer notwendig?“ - -

Ich weiß noch, dass der damalige Finanzminister und jetzige Bundeskanzler eine möglichst schnelle Evakuierung befürwortet hat und die Rolle des Finanzministeriums hin und wieder auch ist, nötige Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Das war eine Haltung, die wir auch während der Coronapandemie an den Tag gelegt hatten, zu sagen: Daran soll es dann - an dem, was notwendig ist - nicht scheitern.

Ich erinnere mich weiter - aber das ist mehr so ein erinnertes Gefühl -, dass er sich im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten etwas aufgeregt hat über die aus seiner Sicht, wenn ich das richtig wahrnehme, zu langsamen Entscheidungen, was diese Frage, dass die Bundeswehr da auch mit den Flugzeugen reingeht und den Rücktransport organisiert - -

Im Hinblick auf die Ortskräfte, die die Bundeswehr unterstützt haben oder die anderen deutschen Institutionen, die in Afghanistan waren, so gab es eine Haltung, die in Sicherheit zu bringen, und es gab die Sorge um deren Sicherheit.

Und dann erinnere ich - dunkel allerdings - diese Diskussion, die ich angesprochen habe, um das Mandat. Ich habe wahrgenommen als Haltung, dass beim damaligen Finanzminister es vor allem darum ging, eine Lösung zu finden, also es so flexibel wie möglich zu gestalten, damit das, was nötig ist, auch geschehen kann, man also nicht zu lange zuwarten sollte.

In der zweiten Rolle, als Aufsichtsratsmitglied bei der GIZ - da war ich vom April 2019 dann bis zur Übernahme des neuen Amtes Mitglied im Aufsichtsrat - - Das ist ja eine Rolle, die versucht, den Vorstand zu kontrollieren und zu begleiten. Wenn ich das richtig sehe, war in dem Untersuchungszeitraum vor allem ein Thema etwas, wo wir immer wieder Berührungspunkte mit Afghanistan hatten, und das war die Frage der

Liegenschaften vor Ort und die Frage „Compound“ - wo geht man hin? - und dann - ein bisschen als Annex - später noch bei der Frage der Evakuierung der Lokalbeschäftigten; aber das war dann eher am Rande.

Hinsichtlich der Liegenschaft gab es - und das habe ich jetzt den Akten entnommen - im Jahre 2019 einen Angriff auf das Gebäude der GIZ, so dass eine neue Unterbringung gesucht wurde, die einen längerfristigen Aufenthalt in Kabul ermöglicht. Der Aufsichtsrat hat sich da in diesem Zusammenhang mit der Frage der Zustimmung zu der notwendigen Investition zu befassen gehabt. Und das habe ich jetzt wieder aus den Akten - aus dem Kopf hätte ich das Datum nicht erinnern können - - haben wir die Zustimmung im Dezember 2020 erteilt. Wie Sie wissen, wurde diese Planung natürlich nach dem Fall von Kabul eingestellt.

Ich erinnere aber auch, dass wir in der Sitzung, einer Aufsichtsratssitzung, den AfPak-Beauftragten, wenn ich es richtig erinnere, aus dem Auswärtigen Amt zu Gast hatten, der uns noch mal eine sehr eindrückliche Schilderung der Lage gegeben hat. Das muss aber, wenn ich es so jetzt richtig zuordne, weil die Zustimmung ja im Dezember 2020 erfolgt ist, deutlich vor der dann erfolgten Verschlechterung und, wenn ich es richtig erinnere, auch vor den Entscheidungen, die der damalige amerikanische Präsident zum Rückzug getroffen hat, und in Vereinbarung mit den Taliban gewesen sein.

Im Zusammenhang dann mit dem Zusammenbruch der afghanischen Regierung ist mir in Erinnerung, dass die GIZ, aber insbesondere das BMZ - da habe ich mit dem damaligen Staatssekretär Martin Jäger immer wieder Kontakt gehabt - davon ausgegangen sind sehr lange, dass auch nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten und der Verbündeten das Engagement weitergehen würde. Und auch angesichts des Vormarsches der Taliban gab es ja zunächst die Einschätzung aus dem BMZ, dass es wichtig sei, weiterhin vor Ort präsent zu sein und die Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen zu können. Das hat sich dann natürlich dramatisch verändert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mit Blick auf die Lage der Ortskräfte hat die GIZ dann - das ist ja, glaube ich, auch in den Akten erkennbar - in der heißen Phase die Mitglieder des Aufsichtsrates, also auch mich, in den Lageberichten über die Situation vor Ort informiert. Da stand natürlich im Fokus insbesondere das Schicksal der ungefähr 1 000 Ortskräfte und ihrer Kernfamilien, die es in der großen Mehrheit nicht geschafft hatten, Zugang zum militärischen Teil des Flughafens in Kabul zu erlangen.

Und das Dritte - und das bringt mich sozusagen dann auch in Verbindung mit dem, was meinen dritten Berührungspunkt angeht -, das waren die Themen der Evakuierung und die zum Teil ja verzweifelten Hilfeanrufe. Als die Evakuierung begann, haben sich verschiedene mir bekannte, aber, ich muss sagen, auch zum Teil unbekannt Personen bei mir gemeldet. Das waren vor allem Journalisten, die ihre Stringer und lokalen Mitarbeiter hatten, aber auch andere, und die zum Teil mit dramatischen Livesteuerungen versucht haben, die gefährdeten Ortskräfte so schnell wie möglich rauszuholen.

Das, was Sie ja hier auch sehr umtreibt, erinnere ich dann auch aus den Folgediskussionen, auch in der Frage: „Was ist eigentlich wie gelaufen?“: immer diese schwierige Abwägungsentscheidung - Schnelligkeit der Evakuierung auf der einen Seite, Sicherheitsaspekte, damit da keine, in Führungszeichen, „faulen Eier“ kommen, auf der anderen Seite -, also die ganze Diskussion um Visa on Arrival usw. usf.

Ich habe mich, wie Sie den verschiedenen Mails, die übermittelt worden sind, entnehmen können, dafür engagiert, dass diejenigen, die für Deutschland gearbeitet hatten und die jetzt gefährdet waren, da auch rauskommen. Und ich habe dann in dem Zusammenhang Anfragen, die bei mir eingegangen waren - wie, glaube ich, sehr viele andere -, an das Auswärtige Amt weitergegeben, jeweils mit Bitte um Prüfung. Ich will das auch deutlich sagen: Damals ging es natürlich nicht darum, eine Prüfung jetzt vorwegzunehmen oder zu sagen: „Die müsst ihr jetzt holen“, sondern darum, dass die relevanten Fakten weitergegeben werden, also insbesondere Namen, Aufenthaltsort, Erreichbarkeiten usw.

Vielleicht auch um das noch zu sagen: Besonders kontrovers war damals sicherlich das Agieren der Initiative „Luftbrücke Kabul“, mit denen ich auch Kontakt hatte. Die hatten sich ebenfalls bei mir gemeldet zu Einzelfällen und dann auch zu dem berühmten Flieger, den diese Luftbrücke organisiert hatte. Wenn ich das richtig erinnere, gab es deutliche Vorbehalte in den Ressorts, weil da der Eindruck vorherrschte, dass die ohnehin schon sehr komplizierten Vorgänge und Abläufe am Flughafen in Kabul durch diesen Flieger weiter verkompliziert worden sind. Das hat man ja dann auch später - ich glaube, im „Spiegel“ - nachlesen können.

Und schließlich vielleicht habe ich den Akten noch entnommen - das erinnere ich jetzt auch wieder -, dass ich mich am 30. September 2021 mit dem Botschafter Katars getroffen habe. Da habe ich mich sehr für den Einsatz seines Landes bei den Evakuierungsbemühungen bedankt und auch für die Unterstützung der Bundesrepublik. Das war ja etwas, wo er sehr viel, wo das Land sehr viel mitgeholfen hat, dass das auch logistisch abgewickelt werden konnte.

Vielleicht zum Schluss zu der Frage „Lessons learned“; das ist ja, glaube ich, vor allem eine Frage, die Sie jetzt hier im Ausschuss umtreibt und sehr intensiv beschäftigt. Ich glaube, es ist immer wieder wichtig, sich zu vergegenwärtigen, wozu dieser Afghanistan-Einsatz mal gedacht war, nämlich zu verhindern, dass weitere terroristische Angriffe von Afghanistan ausgehen. Ich glaube, wenn man kritisch auf das Erreichte guckt, dann muss man sagen, dass es nicht wirklich gelungen ist, die afghanischen Polizeikräfte so nachhaltig auszubilden, dass sie sich dann auch gegen die Taliban wehren konnten.

Mir ist ein Punkt insbesondere in Erinnerung gewesen - das betrifft jetzt eher die Streitkräfte -, und das ist das Thema der Luftraumüberwachung und die Frage, ob es eine vernünftige, von Afghanen selber organisierte Luftraumkontrolle gab. Ich habe so die Zahl von 1 000 Beschäftigten, die, ich glaube, Contractors der U.S. Army waren, die dann eben das Land verlassen haben, im Hinterkopf, sodass dann, als die weg waren



Nur zur dienstlichen Verwendung

und offensichtlich keine afghanischen Kräfte ausgebildet worden waren, eine Absicherung des Luftraums nicht mehr möglich war. Und das hat dann - - Ich habe anekdotisch so die Erinnerung, dass es irgendwie sich um 1 000 Dienstleister oder so gehandelt habe, die dann eben einfach abgezogen worden sind, und dann die Steuerung auch des militärischen Flugverkehrs nicht mehr funktionierte. Das hat mich doch ziemlich irritiert, weil ich gedacht habe: Wenn man so viel Geld, so viel Kraft, so viel Zeit darin aufwendet, ein solches Land zu unterstützen, die Armee, die Polizeikräfte aufzubauen, und dann aber diese Unterstützung, die so zentral ist, nicht mehr leistet, dann ist das vielleicht nicht die allerbeste Idee, aus meiner Sicht auch eine klare Fehleinschätzung.

Und ich glaube, dass das sich einsortiert in eine Reihe von Fehleinschätzungen zur Sicherheitslage in Afghanistan. Deswegen finde ich es auch sehr gut, wenn ich das sagen darf, dass Sie diese Fehleinschätzungen aufarbeiten. Das ist, glaube ich, extrem wichtig, auch weil ich jetzt in meiner neuen Funktion für die Nachrichtendienste, auch für den BND, und die Fach- und Rechtsaufsicht zuständig bin: dass wir das uns sehr genau angucken werden, was Sie an Erkenntnissen gewinnen, um dann den Prozess der immerwährenden Verbesserung weiter zu betreiben. Also, insofern, wenn ich das darf, möchte ich Ihnen sehr herzlich für Ihre Arbeit und für den Beitrag, den Sie zu dieser Aufarbeitung leisten, schon jetzt danken.

Das waren die Punkte, die ich gerne im Zusammenhang am Anfang ansprechen wollte. Und jetzt freue ich mich auf die Fragen und hoffe, dass ich ein bisschen Auskunft geben kann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Zeuge. - Sie haben etliche Punkte in Ihren Bemerkungen angesprochen, zu denen wir auch Fragen haben.

Ich will mal damit beginnen: Aus den Unterlagen, die wir haben, geht hervor, dass der Staatssekretär Gatzert regelmäßig für das BMF an der Staatssekretärsrunde zu Afghanistan und Mali teilgenommen hat. Können Sie sich erinnern an

einen Austausch zu Afghanistan auf Staatssekretärssebene während des Untersuchungszeitraums oder ob Sie da teilgenommen haben gelegentlich an den Staatssekretärsrunden zu dem Thema?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, erinnere ich nicht; aber ich glaube, ich würde das erinnern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hatten Sie mit Staatssekretär Berger aus dem Auswärtigen Amt einen regelmäßigen Austausch?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, insgesamt ja. Wir haben in der Zusammenarbeit - - Ich hatte das geschildert: In der Koordinierung der SPD-geführten Ressorts ist es so, dass es immer vor der allgemeinen Staatssekretärsrunde eine Runde in den Freundesfarben gibt. Also, damals haben sich die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der CDU/CSU-geführten Ressorts vor der gemeinsamen Staatssekretärsrunde unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes getroffen, und das Gleiche gilt für die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre aus den SPD-geführten Ressorts; die habe ich dann geleitet. Da war dann aus dem AA jeweils einer der Staatssekretäre oder Staatssekretärinnen da, und das war auch der Staatssekretär Berger sehr häufig. Und im Zusammenhang mit Afghanistan erinnere ich natürlich insbesondere den intensiven Austausch - der ja, glaube ich, in den Mails auch dokumentiert ist - mit ihm zu einzelnen Fällen und manchmal auch zu der Gesamtstruktur der Evakuierungsmaßnahmen, der Listenerstellung, den Austausch mit dem BMI zu diesen einzelnen Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nicht vertreten war das BMF in den Krisenstäben zur Evakuierungsoperation der Bundesregierung im Auswärtigen Amt. Das ist zwar einerseits jetzt nicht direkt verwunderlich; aber da das ja teilweise in den späteren Phasen dann auch unter Leitung des Kanzleramtes gewesen ist, würde ich schon noch mal fragen wollen, was die Begründung dafür war oder wie Sie darüber informiert worden sind, was in den Krisenstäben passiert ist.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, es ist ja ein bisschen so, dass man das mit Freundeskreisen



Nur zur dienstlichen Verwendung

macht. Wenn wir jetzt, in der jetzigen Regierung - - Oder: Bis zum Rückzug der FDP-Ministerin und -Minister haben wir eigentlich immer geguckt, dass in allen entscheidenden Runden immer eine Vertreterin, ein Vertreter jeder Farbe vertreten ist. In der damaligen Zeit, in der Großen Koalition, war durch das SPD-geführte Auswärtige Amt die A-Seite vertreten. Und dann gibt es jeweils ein Vertrauen darauf, dass die, die fachlich am nächsten dran sind, bei Dingen, wo sie sagen: „Das ist jetzt von so einer politischen Bedeutung, dass der Koordinator oder in dem Fall vor allem der Vizekanzler informiert werden sollen“ - - dass es dann da auch die jeweilige Information gibt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein Thema, was uns sehr stark beschäftigt hat - auch eben bei der Befragung von Herrn Seehofer, aber auch immer wieder -, war die Thematik des Ortskräfteverfahrens. Auch hier waren weder Sie noch das BMF formal beteiligt. Aber es war dann doch so, dass mit der endgültigen Entscheidung Mitte April zum Abzug aller internationalen Truppen die Debatte zum Umgang mit den gefährdeten Ortskräften immer mehr zugenommen hat. Und das Verteidigungsministerium hatte sich öffentlich geäußert, dass es nötig sei, die afghanischen Ortskräfte in Sicherheit zu bringen. In dem Kontext haben Sie dann am 18. April 2021 eine dpa-Meldung dazu an Staatssekretärin Leendertse, Staatssekretär Berger und Staatssekretärin Sudhof weitergeleitet. Das ist MAT A AA-9.138 VS-NfD, Blatt 48; Anlage 36. Da schreiben Sie handschriftlich:

„Olaf bat darum:

Können wir sicherstellen, dass es aus den A-Ressorts keine Bedenken gibt?“

Im Betreff heißt es:

„Passt ihr da mit auf? Danke ...“

Also, es bezog ja sich offenkundig auf den Finanzminister. Und vielleicht mögen Sie erläutern, was Sie veranlasst hat, das so zu kommentieren, oder was der Anlass dafür war.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Den konkreten Anlass und die Frage, was mich veranlasst hat, erinnere ich jetzt natürlich nach so langer Zeit nicht mehr. Der 18. April, an dem ich diese Mail, die ich in der Akte auch gefunden habe, geschrieben habe, war ein Sonntag, also Sonntag um 12.44 Uhr. Und das ist so, dass ich das offenbar in den Tickermeldungen in der Tat gesehen habe. Und ich nehme jetzt mal an - aber das ist jetzt Spekulation und nicht Wissen -, wenn ich da schreibe: „Olaf bat darum“ - „Olaf“ bezieht sich auf den damaligen Finanzminister Olaf Scholz, wie man unschwer erkennen kann -, wenn ich schreibe: „Können wir sicherstellen, dass es aus den A-Ressorts keine Bedenken gibt?“ - - Ich nehme an, dass er mich dazu angerufen haben wird aufgrund dieser Tickermeldungen und sicherstellen wollte, dass es aus den Ressorts, die von der SPD geführt werden, zu einem etwaigen Vorschlag der damaligen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer keine Bedenken gibt. Das ist was, was häufiger - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich direkter fragen, weil ich Sie gar nicht zum Spekulieren anleiten wollte, sondern dann würde ich es direkter fragen: Hat nach Ihrer Erinnerung der Finanzminister die Position der Verteidigungsministerin unterstützt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ergibt sich aus meiner Mail. Und das passt auch zu meiner insgesamt-Erinnerung zu seiner Haltung, alles dafür zu tun, dass die unmittelbar dort tätigen Ortskräfte der Bundeswehr, die ja wirklich gefährdet waren - so die Einschätzung -, in Sicherheit gebracht werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie eine Erinnerung an die Debatte in der Bundesregierung zu dem Thema? War das eine sehr kontroverse Diskussion?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich erinnere eher die Debatte später, also nicht im April, weil, ich glaube, im April ging es vor allem um den Kernbereich, also die Ortskräfte. Wie gesagt, ich hatte in Erinnerung, dass für die GIZ-Ortskräfte zum Beispiel eine andere Haltung noch bestand. Ich erinnere auch, dass der damalige afghanische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Präsident ja eigentlich im Land bleiben wollte. Ich erinnere, dass ein befreundeter Journalist mit dem noch ein Interview geführt hatte und mich aus Afghanistan noch - - ich weiß gar nicht mehr, ob wir per SMS Kontakt hatten oder telefoniert haben; ich glaube, telefoniert - und er mir berichtete, wie der damalige Präsident also auch sagte - - und wie sich das so weiterentwickeln würde. Hat man ja auch gesehen: Das war dann von einem Tag auf den anderen nicht mehr der Fall. - So die Grundsatzhaltung des Kanzlers, des jetzigen Kanzlers, damaligen Finanzministers, habe ich geschildert: die Leute in Sicherheit bringen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es gibt ein - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, insofern passt das zu der Haltung, die hier von Frau Kramp-Karrenbauer kolportiert wird.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es gibt ein Leitbild der Bundesregierung zum Umgang mit Ortskräften überall, und da ist von Fürsorgepflicht die Rede. Würden Sie in der Betrachtung der damaligen Entscheidung der Bundesregierung sagen, dass die Bundesregierung dieser Fürsorgepflicht nachgekommen ist für ihre Ortskräfte?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist ja jetzt eine Bewertungsfrage. Da tue ich mich ein bisschen schwer, weil das natürlich sehr viele Aspekte einbezieht. Ich glaube, Herr Seehofer wird sich dazu ja vermutlich auch eingelassen haben. Das, wenn ich das hier gerade übersehe, ist ja auch erwähnt hier unten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich meine gar nicht Ihre Bewertung heute, sondern ich meine: Waren Sie damals der Auffassung in Ihrer Zuständigkeit und als jemand, der für die Koordination der A-Ressorts zuständig war, ja dann auch sicherlich mitverantwortlich dafür, ein solches Leitbild, das sich die Regierung selbst gegeben hat, auch umzusetzen, waren Sie damals der Auffassung, dass der Fürsorgepflicht nachgekommen worden ist nach dem, was Sie darüber mitbekommen haben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich ehrlicherweise nicht mehr. Ich habe mich jedenfalls bemüht - das ist, glaube ich, aus den Akten deutlich geworden -, meinen Teil dazu beizutragen, dass sich die Bundesregierung diesem Leitbild nicht nur verpflichtet fühlt, sondern das auch in die Praxis umsetzt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein Teil der Debatte, die es gegeben hat, waren ja juristische Debatten um die Frage: Kann man Visa on Arrival zum Beispiel machen, kann man das Verfahren entbürokratisieren? Und da gab es unterschiedliche Sichten der Ressorts, teilweise auch unterschiedliche Rechtsmeinungen im Innenministerium, die uns vorgetragen worden sind. Ist nach Ihrem Kenntnisstand, den Sie damals hatten vom Umgang mit den Dingen, früh genug entschieden worden, den Umgang zu vereinfachen und von den sehr strikten Einzelfallprüfungen wegzugehen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Dazu habe ich ehrlicherweise keine Einschätzung, also insbesondere aus damaliger Zeit nicht. Ich weiß - - Ich erinnere mich an Diskussionen, die auch ich mit dem Staatssekretär Engelke geführt habe. Wie so häufig ist das so, dass alle Seiten gute Argumente für sich und für ihre jeweiligen Aspekte haben. Und mir war immer daran gelegen, dass wir die Sicherheit der Bundesrepublik natürlich nicht gefährden dürfen, aber dass wir alles dafür tun, dass die akut Gefährdeten - - dass wir unserer Schutzverpflichtung auch nachkommen für die akut Gefährdeten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Von der Bundeskanzlerin ist bekannt, dass sie an der einen oder anderen Stelle sich dafür verwendet hat, sagen wir mal, diesbezüglich - ich würde es mal mit meinen Worten sagen - zupackender zu agieren an der einen oder anderen Stelle. Hat der Vizekanzler dazu eine Auffassung vertreten im Kabinett? Und ist Ihnen die erinnerlich, und mögen Sie uns die - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Im Kabinett kann ich Ihnen das nicht sagen, weil ich damals nicht an den Kabinettsitzungen teilgenommen habe. Anders als wir das jetzt in der bisherigen Koalition



Nur zur dienstlichen Verwendung

gehandhabt haben, haben die Koordinatoren, also Vizekanzleramtschef, nicht an den Kabinettsitzungen teilgenommen, sondern nur an den außerordentlichen Kabinettsitzungen, also insbesondere an Klausurtagungen oder Kabinettsitzungen mit besonderen Gästen. Deswegen kann ich das aus den Kabinettsitzungen und aus dem Kabinett nicht sagen oder den Diskussionen. Was ich versucht hatte zu schildern, ist, dass mir diese Grundsatzhaltung in Erinnerung ist, die sich mit der von Ihnen vorgetragenen Haltung der Bundeskanzlerin in der Tat deckt, was den damaligen Vizekanzler anbelangt, also: zupackend lösen, schnell machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da Sie ja wenig in den Akten auftauchen, frage ich mehr nach der Koordinierungsrolle, die Sie hatten, bezogen auf die Koordinierung der SPD-geführten Ressorts. Es gab auch eine Debatte über Abschiebeflüge nach Afghanistan. Inwieweit waren Sie damit befasst? - Punkt eins. Und zweitens: Gibt es dazu eine Haltung des Vizekanzlers, die Ihnen erinnert ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ich erinnere dazu nichts. Ich erinnere natürlich die 69 und den Geburtstag. Aber das ist mehr was, was ich aus Tickermeldungen oder Zeitungsmeldungen und folgender Aufregung erinnere, aber nicht als Diskussion, in der ich in meiner dienstlichen Rolle befasst gewesen wäre.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich mal andersrum fragen - wir bewegen uns ja in dem Zeitraum im beginnenden Bundestagswahlkampf; Sie haben darauf hingewiesen vorhin in anderem Kontext -: Haben migrationspolitische Fragen, Fragestellungen und innenpolitische Fragestellungen eine Rolle gespielt bei dem Handeln der Bundesregierung bezogen auf die Politik in Afghanistan in der Schlussphase nach Ihrem Kenntnisstand?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das habe ich jedenfalls nicht mitbekommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben berichtet, dass Sie in einer Aufsichtsfunktion für die

GIZ gewesen sind. Wir haben ja die beiden Vorstandsvorsitzenden - - den Vorstandsvorsitzenden hier gehört. Da ist berichtet worden, dass im Wesentlichen es eine harmonische Zusammenarbeit gegeben hat mit dem BMZ und dem zuständigen Staatssekretär Jäger, was das angeht, mit einer Haltung, die eben darauf hinauslief, die eigenen Ortskräfte möglichst lange im Land halten zu können, weil die Arbeit ja darauf beruhte, auch in anderen Ländern. Gibt es dazu aus Ihrer Sicht kritische Punkte, die Sie wahrgenommen haben in Ihrer Aufsichtsfunktion? Also, gab es irgendwelche Konflikte mit der Bundesregierung nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, habe oder hätte ich jedenfalls nicht wahrgenommen. Ich hatte es geschildert: Ich war mit dem Kollegen Jäger im engen Austausch über viele Fragen. Und die Einschätzung, die sich aber ja mit der politischen Einschätzung gedeckt hat - noch mal: bis hin zum afghanischen Präsidenten -, dass man auch nach dem Rückzug der US-amerikanischen Truppen die Sicherheit durch die afghanischen - damaligen regulären - Regierungskräfte würde sicherstellen können, war eine, die, glaube ich, breit getragen worden ist. Und deswegen war, bis dann diese Ereignisse sich um das Wochenende sehr dramatisch zuspitzten, die Einschätzung ja, dass die Ortskräfte - - und die Arbeit der GIZ im Land fortgesetzt werden könnte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein Bereich, den wir bisher noch überhaupt nicht behandelt haben im Untersuchungsausschuss, aber zu dem wir natürlich den ehemaligen Finanzminister fragen werden, sind die Kosten für den Einsatz. Und auch da ist mir bewusst, dass die engere Zuständigkeit bei Staatssekretär Gatzler gelegen hat. Aber zum einen würde ich gerne fragen, ob Sie sich wechselseitig vertreten haben auch in dieser Zeit.

Und zum Zweiten wurde in der Vorlage für die Kabinettsitzung am 18. August - MAT A BMF-3.80 VS-NfD, Blatt 137 - von rund 40 Millionen Euro Ausgaben für den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung ausgegangen. Erinnern Sie sich noch an diesen Vorgang und möglicherweise auch daran,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie das zustande gekommen ist? Waren Sie damit überhaupt befasst?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, ich erinnere mich daran nicht. Und in der Tat waren die Fragen des Haushalts in guten Händen beim damaligen Staatssekretär Werner Gatzler.

Zur Frage der Vertretung kann ich Ihnen ehrlicherweise nichts sagen. Das erinnere ich nicht mehr, wie das genau geregelt war; will ich jetzt auch nicht spekulieren. Es ist mir aber auch nicht erinnerlich, dass es jetzt in dem Zusammenhang mit Afghanistan zu irgendeinem der Fälle gekommen wäre, wo ich dann hätte vertreten können oder müssen.

Vielleicht zum grundsätzlichen Ablauf auch in Hinblick auf die Vorbereitung der Kabinettsitzungen, an denen ich, wie gesagt, nicht teilgenommen habe - ich hatte das geschildert -: Am Montag finden regulär in der Bundesregierung immer die Vorbereitungssitzungen zum Kabinett im Kreise der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre statt, unter Leitung normalerweise des Chefs des Bundeskanzleramtes und in dessen Vertretung durch die Staatsministerin oder, früher, den Staatsminister im Bundeskanzleramt. An diesen Sitzungen hat als der - in Anführung - „Hausstaatssekretär“, also der Staatssekretär für die Z-Abteilung - - zuständige Staatssekretär Gatzler regelhaft teilgenommen, und ich habe zusätzlich teilgenommen in meiner Funktion als Koordinator. Deswegen habe ich auch rechts vom Chef des Bundeskanzleramtes gesessen, und Werner Gatzler hat traditionell, wie es auch im Kabinett der Fall ist, gegenüber vom Chef des Bundeskanzleramtes gesessen.

So haben wir es jetzt auch gehalten. Also, die Vizekanzleramtsleiterin, die Staatssekretärin Hajduk, hat neben mir in meiner jetzigen Funktion - - oder sitzt neben mir in meiner jetzigen Funktion als Chef des Bundeskanzleramtes, und die beiden Staatssekretäre, sowohl der Haushaltsstaatssekretär - lange Werner Gatzler, jetzt Wolf Reuter - und der Koordinierungsstaatssekretär Steffen Saebisch, haben mir gegenübergesessen.

Deswegen habe ich an diesen vorbereitenden Staatssekretärsrunden zum Bundeskabinett teilgenommen. Da wird ja entschieden vom Chef des Bundeskanzleramtes im Anschluss, welche Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung des Kabinetts kommen. Und da werden tatsächlich in den Vorbereitungsmappen alle auf der Tagesordnung des Kabinetts stehenden Punkte aufgeführt.

Im Finanzministerium selber werden diese Fachvorlagen, zum Beispiel, wenn es um den Haushalt geht, von den jeweiligen Fachabteilungen und dann über den fachlich zuständigen Staatssekretär in die Kabinettsmappe eingesteuert und damit an den zuständigen Minister - - Und gleichzeitig ist die Zusammenstellung dieser Mappe Aufgabe des Kabinetts- und Parlamentsreferats, das wiederum in der Leitungsabteilung, die in meinem Zuständigkeitsbereich war, verortet war. Insofern sind viele der Vorlagen, auch was die formale Frage „Einsortierung in die Kabinettsmappe“ anbelangt, durch mich gezeichnet, aber dann, wenn ich das richtig erinnere - müsste ich aber jetzt nachgucken -, wenn es sich um die fachlichen Fragen aus dem Bereich Haushalt - - anbelangt, immer auch vom zuständigen Staatssekretär Gatzler, „St G“ damals als Kürzel.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann ist die letzte Frage, die ich noch an Sie hätte, eine, die befasst sich mit Ihrem jetzigen Zuständigkeitsbereich, aber bezogen auf die Wahrnehmung, die Sie damals hatten, in Ihrer damaligen Zuständigkeit. Sie haben das vorhin kurz angesprochen, dass es ja unterschiedliche Einschätzungen gab, was die Sicherheitslage anging, insbesondere auch in der Schlussphase, was die Einschätzung des BND angeht, und beispielsweise Schilderungen, die der Gesandte van Thiel aus der Botschaft in Kabul übermittelt hat, und auch die Frage, womit man zu rechnen hat, was die Notwendigkeit der Evakuierung angeht. Da interessiert mich, ob der Vizekanzler mit dieser Frage beschäftigt war, ob Sie mit ihm darüber gesprochen haben und was Ihnen daraus gegebenenfalls erinnerlich ist.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Also, ich erinnere nicht, dass das irgendwie Gegenstand war. Ich erinnere, dass dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

bei dieser Evakuierungsfrage - - es um die Evakuierungsfrage ging und jetzt aber ein bisschen diese Schwierigkeit, dass danach ja sehr, sehr viel dazu publiziert worden ist. Und das sorgt bei mir dafür, dass ich zwar viele Erinnerungen habe jetzt, was diskutiert worden ist - die von Ihnen beschriebenen unterschiedlichen Auffassungen -, aber ich erinnere jedenfalls nicht aktiv, dass ich sie damals gesehen hätte oder irgendwie zur Kenntnis genommen hätte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann Fragerecht jetzt an den Kollegen Röwekamp. - Und die Sitzungsleitung übergebe ich an Herrn Erndl.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Minister, lieber Herr Schmidt, es ist nicht normal, dass mit dem Fragerecht auch der Vorsitz wechselt; das ist jetzt eine außergewöhnliche Situation. Aber das hat nichts mit Ihnen zu tun. - Vielen Dank, dass Sie uns heute für die Befragung zur Verfügung stehen. Ich habe jetzt am Anfang doch drei Fragen, was sozusagen die Vollständigkeit unserer Unterlagen betrifft, und will vielleicht mit dem letzten Punkt, den der Kollege Stegner eben gefragt hat, kurz anfangen. Da geht es noch mal um diese haushalterische Frage. Uns liegt hier MAT A AA-9.81 VS-NfD, Blatt 232, vor, Punkt 6, Punkt 7, wo die Staatssekretärin Leendertse an Staatssekretär Gatzter schreibt - Zitat -:

„Lieber Werner,
Mit Wolfgang (deshalb in cc)“

- und mit Wolfgang sind offensichtlich Sie gemeint -

„hatte ich schon kurzen SMS-Kontakt dazu, dass wir angesichts der aktuellen Notlage die humanitäre Hilfe für Afghanistan ... die Region massiv aufstocken wollen.“

Nun haben Sie eben gesagt, das sei eigentlich alles Angelegenheit Ihres Kollegen Gatzter gewesen. Daraus schließe ich, dass sich Staatssekretärin Leendertse offensichtlich per SMS an Sie gewandt hat. Deswegen meine Frage: Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ehrlicherweise nicht. Die Tatsache, dass sie dann aber eine Mail schreibt, die mit mir in cc ist, an den zuständigen Staatssekretär, weist ein bisschen darauf hin, dass ich ihr vermutlich gesagt haben werde: Bitte wende dich an Werner, Klammer auf: Gatzter.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Es geht also in dem Vermerk weiter:

„Die Briten haben es gestern bereits getan ... das Thema wird absehbar Schwerpunkt im Rahmen der G7 sein.“

Deswegen nur noch mal: Also es gibt nicht nur eine haushalterische Konsequenz, sondern offensichtlich auch einen politischen Zusammenhang. So entnehme ich das zumindest dieser - - Also, wir können Ihnen das gerne vorlegen, was ich Ihnen hier zitiert habe.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, danke.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Deswegen versuche ich noch mal, an Ihre Erinnerung zu appellieren, ob das - - Also, erstens wäre jetzt meine Frage: Ist das üblich, dass Sie mit anderen Staatssekretären per SMS über solche Fragen kommunizieren? Und die Frage dann, ob Sie sich vielleicht doch noch an den politischen Zusammenhang dieses Kontaktes und des Inhalts erinnern.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich gucke mal eben mir das an, ob dann Erinnerung kommt. Also, im Moment habe ich keine Erinnerung daran.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können wir dann die Zeit bitte anhalten? - Danke.

(Der Zeuge liest in den ihm
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, das sagt mir nichts. Aber Sie müssen ein bisschen bedenken - ich hatte das versucht zu schildern -, das war eine extrem herausfordernde Zeit, gerade auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

was die Coronaunterstützung anbelangt. Und ich habe mich ja nicht in der Lage gesehen, die Aufgaben des Kollegen Gatzer noch irgendwie zu doppeln. Ich nehme an - - Weil Sie jetzt eben die G 7 erwähnt haben: Die G 7 tagt ja in verschiedenen Formaten. Es gibt ja den Leaders' Track, das ist dann nur das Kanzleramt und die Kanzlerin. Und dann gibt es den Finance Track, für den war ich zuständig, da war ich quasi der Sherpa. Und dann gibt es aber natürlich den Außenminister-Track. Und was Sie jetzt vorgelesen haben, klingt jetzt aus meiner politischen Einschätzung eher wie der Außenminister-Track. Da hätte dann aber das Finanzministerium auch nichts mit zu tun, es sei denn, es geht um finanzielle Fragen. Die würden dann normalerweise abgestimmt, natürlich mit dem Finanzministerium zum einen, aber von den Ressorts auch immer mit dem Kanzleramt zum anderen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Wenn Sie keine Erinnerung haben, -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Keine Erinnerung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - dann ist das so. - Meine erste Frage war ja: Diese Koordinierungsfunktion, die Sie beschrieben haben unter der A-Seite, ist das ein übliches Kommunikationsmittel, dass Sie das dann per SMS genutzt haben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ich glaube, der meiste Teil war tatsächlich persönlich. Ich habe das geschildert in dieser Staatssekretärinnen- und Staatssekretärsrunde. Und dann gab es ja noch immer - das machen wir jetzt auch so - mittwochs die vorbereitende Frühstücksrunde der A-Ministerinnen und -Minister, an der ich dann teilgenommen habe, vor dem Kabinett. Und wir hatten eben diese A-Staatssekretärsrunde. Dann ist viel über Mail gelaufen, über Anrufe. Aber es wird hin und wieder auch über SMS gelaufen sein, klar.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie liefern mir das Stichwort für die nächste Frage: Mailverkehr. Sie haben ja gesagt, Sie hätten sich die Unterlagen auch, die uns überlassen worden sind, zur Vorbereitung noch mal angeschaut. Dabei ist mir

aufgefallen, dass sich in den Akten E-Mail-Verkehr über Ihren Account befindet. Allerdings geliefert wurde uns das durch das Auswärtige Amt schwerpunktmäßig. Also, immer wenn Sie mit Staatssekretär Berger zum Beispiel kommuniziert haben, dann haben wir das aus den Akten des Auswärtigen Amtes gefunden. Vom BMF sind uns die korrespondierenden Mails nicht übermittelt worden. Deswegen meine Frage: Wo sind Ihre Mails geblieben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann es mir einfach machen: Da müssten Sie das BMF fragen. Aber, ich glaube, das ist ja hin und wieder - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das war Ihr Account. Deswegen frage ich Sie: Also, haben Sie die - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Darf ich eben antworten, Herr Abgeordneter und Herr Vorsitzender? - Also, die Schwierigkeit ist - und ich glaube, das ist häufig erörtert worden, nicht nur in diesem Ausschuss, sondern in verschiedenen -: Die Büros der Ministerinnen und Minister wie auch der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sind keine, wie es so schön heißt, aktenführenden Stellen. Das heißt, das ist ja so ein bisschen eine Koordinierungsrolle und -funktion. Und wenn von den Büros oder auch von den Staatssekretärinnen und Staatssekretären und Ministerinnen und Ministern selber gemailt wird, wird das dann in den aktenführenden Stellen, also den Fachabteilungen, an die diese Mails sich richten, ordnungsgemäß veraktet, wenn es aktenrelevant ist.

Bei den persönlichen Mail-Postfächern ist es so, dass die immer nach Ausscheiden aus der Funktion nach einer bestimmten Zeit gelöscht werden und deswegen auch nicht mehr zur Verfügung stehen. Und dann - ich glaube, es ist an verschiedenen Stellen auch schon erörtert worden, in verschiedenen Untersuchungsausschüssen -: Es ist so, dass - weiß nicht, wie das im Bundestag ist - die Outlook-Postfächer eine bestimmte Größenbegrenzung haben, sodass regelmäßig auch E-Mails gelöscht werden, was insofern kein Problem ist, weil sie ja, wenn sie aktenrelevant sind, von den aktenführenden Stellen zu verakten sind und



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch - das ist jedenfalls meine Erfahrung aus der Verwaltung - veraktet werden. Insofern lässt sich das leicht erläutern: Ich habe meine E-Mails nicht, sondern die sind im BMF dort auf den Servern verblieben und dann entsprechend der Regularien mit Ausscheiden praktisch gelöscht worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, weil wir haben den gleichen Schriftverkehr bei einem anderen Staatssekretär gefunden und bei Ihnen nicht. Also, dieses ist zum Beispiel MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 68. Das ist das, was der Kollege Stegner Ihnen gerade vorgehalten hat: „Passt ihr da mit auf?“, da ging es sozusagen um „Olafs Bitte“. „Olafs Bitte“ haben wir im Auswärtigen Amt gefunden. Und deswegen war meine Frage - - So eine E-Mail, ob Sie die persönlich gelöscht haben, wäre jetzt meine Frage gewesen oder, wo die geblieben ist.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob ich die persönlich gelöscht habe oder ob die dann im Zusammenhang mit dem Ausscheiden quasi in dem E-Mail-Account insgesamt gelöscht worden ist. Das kann ich angesichts der vielen Tausenden von E-Mails, die ich bekommen habe und gesendet habe, natürlich nicht mehr sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann hat mich in Ihren Eingangs-

Zeuge Wolfgang Schmidt: Hier geht es ja auch - - In cc ist die 01-l@auswaertiges-amt.de mit einbezogen, also neben der persönlichen E-Mail-Anschrift von Miguel Berger. Insofern weiß ich jetzt nicht, über welche Vorlage - das ergibt sich aus meiner Kopie, die ich hier habe, leider nicht -, über welche Aktenvorlage das geschehen ist. Also, das ist ja das, was ich geschildert habe: dass häufig dann diese Mails, wenn sie dann weitergegeben worden sind in die Arbeitseinheiten und damit auch die aktenführende Stelle, dann veraktet worden sind.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann haben Sie in Ihrem Eingangsstatement vorhin - das hat mich ein bisschen an meine Zeit in der Landesregierung erinnert - von einer Kabinettsmappe geredet. Ich wusste gar nicht, dass es die noch gibt. Aber vielleicht gibt es die mittlerweile digital, keine Ahnung. Also, offensichtlich gibt es eine Vorbereitung des Ministers, also des damaligen Finanzministers, für die jeweilige Kabinettsitzung. Und Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement auch gesagt, das Thema Afghanistan sei mehrfach Beratungsgegenstand im Kabinett gewesen. Wir haben allerdings in den Unterlagen keine diesbezüglichen Vorbereitungen schriftlicher Art für den Minister gefunden, also zur Vorbereitung des Diskussionspunktes „Afghanistan“ oder so was. Deswegen meine Frage: Erinnern Sie, wie der Minister seinerzeit auf die Beratung im Kabinett zum Stichwort „Afghanistan“ vorbereitet wurde?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Vielleicht, um das noch mal - - Ich weiß nicht, ob ich mich da missverständlich ausgedrückt habe, aber ich habe das erst mal abstrakt gesagt, wie das ist. Und wenn es jetzt um Haushaltsfragen zum Beispiel gegangen wäre, wäre das so gewesen, dass es dann eben auch an mich bzw. an meine Arbeitseinheit - - Ich nehme jetzt mal hier ein Beispiel. Das ist MAT A BMF-3.46 VS-NfD und dann Blatt 273; darunter steht noch „599“. Das ist eine Vorlage, die an M, also den Minister, gegangen ist, aus der Abteilung III über den Staatssekretär St B, das ist Staatssekretär Bösinger. Und dann ist da LA3. LA3 wiederum war in meinem Zuständigkeitsbereich. Aber wenn ich das hier richtig sehe, ist zum Beispiel auch keine Kopie an mich verfügt worden. Da ging es aber - das war jetzt im Juni 2020 - um die Unterrichtung Deutscher Bundestag über deutsches Engagement beim Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in internationalen Polizeimissionen. Und da wird dann eben aufgeführt - - und inklusive der Kabinettsvorlage, Sprechzettel für den Regierungssprecher usw. usf.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Meine Frage geht in die Richtung: Hat es eine hausinterne Vorbereitung des Ministers gegeben zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Grundsatzentscheidungen Abzug der deutschen Bundeswehr, möglicher Verbleib von Ortskräften, Beschleunigung Ortskräfteverfahren, Charterflüge, also über diese Phase, über die wir jetzt reden, von Doha bis zu dem Wochenende im August und kurz danach, wenn es um so allgemeine politische Fragen ging, die keinen konkreten Vorlagenbezug hatten wie diese oder was weiß ich? Die Mandatsverlängerung beispielsweise wird ja auch auf der Tagesordnung des Kabinetts gestanden haben. Hat es dazu eine hausinterne Vorbereitung des Ministers gegeben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen so nicht sagen. Ich habe jetzt anekdotisch, aber auch nur aus der Akte und nicht, weil ich das irgendwie erinnern würde - -

MAT A BMF-3.80 VS-NfD, Blatt 43, das ist dann jetzt eine Vorbereitung für die Runde der beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre am Montag, 19. Juli 2021, damals coronabedingt als Telefonschaltkonferenz. Und da ist dann angefügt - das ist dann Blatt 39 - Moment, ich muss mal eben gucken - ja, also, auch wieder wie eben MAT-Nummer und dann Blatt 39 - eine Vorlage aus der Abteilung II, also der Haushaltsabteilung, an M über St G, wieder LA3, also das Leitungsreferat, das Kabinetts- und Parlamentsreferat, auf dem Dienstweg:

**„Vermerk für die Kabinettsitzung
am 21. Juli 2021**

- Vortrag BM Seehofer zur aktuellen Lage zum Migrationsgeschehen (AFG, Belarus, Seenotrettung etc.)

... **Entscheidungsvorschlag**
Kenntnisnahme.“

Und dann, ein bisschen weiter hinten, auf der zweiten Seite, ist dann Blatt 40, steht unten:

„Aufnahme afghanischer Ortskräfte: Umsetzung der Entscheidung des BMVg zur beschleunigten Aufnahme der afghanischen Ortskräfte durch die Länder“

Ich lese mal jetzt nicht vor. Aber das ist dann tatsächlich so eine Vorbereitung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber die war jetzt nicht an den Minister, oder?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Doch. Hatte ich gesagt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so. Entschuldigung. Okay.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist an den Minister. Also, das ist eine sogenannte Ministervorlage, die an den Minister über Staatssekretär Gatzer gegangen ist. Das war jetzt nur im Zusammenhang, wenn ich das hier realisiere. Es kann sein, dass es in meiner Kopie ist; deswegen war ich eben ins Stocken geraten, weil Blatt 43 ist eigentlich dann ja hinter 39. Und die Ministervorlage bezieht sich vermutlich auf die Kabinettsitzung. Dann wird es so sein - ich spekuliere aber jetzt vom Ablauf her -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir sollten nicht spekulieren.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - nee, aber jetzt von den Akten her -, dass die Vorbereitung für die Runde der beamteten Staatssekretäre, die ja vorher ist, natürlich die Vorlagen, die dann an den Minister gehen, zur Kabinettsitzung, die am Mittwoch stattfindet, immer schon enthält. Ich nehme an, dass es deswegen andersrum ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben Sie in Ihrem Eingangsstatement vorhin auch was zur Haltung des Ministers zu diesen grundsätzlichen Fragen im Umgang mit dem Abzug der Bundeswehr und den Ortskräften gesagt. Können Sie kurz uns schildern, aus welchen Besprechungen, Anlässen Sie diese Haltung des Ministers wahrgenommen haben? Also, erinnern Sie konkrete Gesprächsinhalte?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, konkrete Gesprächsinhalte erinnere ich angesichts der langen Zeit und der vielen, vielen, vielen Gespräche, die ich seit 22 Jahren in dienstlichem Zusammenhang mit Herrn Scholz führe, nicht. Aber ich erinnere diese Haltung und ich erinnere - ich habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

es auch noch mal - - Natürlich ist die Erinnerung dann aufgefrischt durch die Akten, also zum Beispiel MAT A BMF-3.80, Blatt 56.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Herr Schmidt, die Verweise in der Detailtiefe, die benötigen wir gar nicht. Also, selbstverständlich - ich glaube, das machen die meisten Zeugen so - bereiten Sie sich mit Akten vor. Aber bei der Befragung geht es tatsächlich darum, dass Sie aus Ihren Erinnerungen, ja, auch Einschätzungen, Erfahrungen, Wahrnehmungen, berichten und sozusagen - - Der Ausschuss hat alle Akten verfügbar und auch schon intensiv studiert. Und dann können wir uns, ich glaube, auf den Teil der Antwort dann beschränken.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Klar. Aber daraus ergibt sich eben, dass tatsächlich es immer wieder Hinweise gab, meinerwegen hier die Frage der Abstimmung eines Textes zur Evakuierung aus Afghanistan. Das ist, wenn ich das richtig sehe, an einem Sonntag auch wieder, am 15. August, erfolgt. Und das waren dann natürlich immer wieder Gelegenheiten auch, mit dem damaligen Minister über solche Fragen zu reden. Und natürlich habe ich - also, ich erinnere das jetzt nicht mehr konkret, aber als Erinnerung, so als Gesamtgefühl, sage ich mal, einer Erinnerung - an diesem Wochenende mit dem damaligen Minister häufiger mal telefoniert. Aber ich erinnere jetzt keine konkrete Situation im Sinne „Da habe ich irgendwo in der Küche gesessen, und dann rief er mich an“ oder so was.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich jetzt aber, wenn wir jetzt schon über dieses Wochenende sprechen, noch einmal kurz zurückdrehen wollen. Können Sie sich an Initiativen des Ministers erinnern, die er von sich aus ergriffen hat im Zusammenhang mit dem Abzug der Bundeswehr und/oder der Evakuierung von Ortskräften?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich ganz gerne noch einmal zu Ihrer Rolle als Koordinator der A-Ressorts etwas wissen, um mir ein

Bild davon zu verschaffen, wie wir das auch einordnen können, die Vorgänge, die uns hier bekannt sind. Einer der Vorgänger als Vizekanzler, Herr Müntefering, hat mal gesagt - Zitat -: Es mag zwar nur eine Richtlinienkompetenz geben, aber zwei, die sie ausüben. Angela Merkel darf den Ministern der Union sagen, wo es langgehen soll, aber nicht denen der SPD. Das mache ich. - Ist das sozusagen die Rolle eines Vizekanzlers? Also, hat er so was wie eine Richtlinienkompetenz gegenüber den SPD-geführten Ministerien?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, aus dem Grundgesetz jedenfalls ergäbe sie sich nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nach Ihrer tatsächlichen Wahrnehmung - Sie waren ja in dieser Koordinierungsfunktion -: Ist das sozusagen die Koordinierungsaufgabe gewesen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein. Ich glaube, die Koordinierung besteht vor allem darin, zu gucken, dass es ein gemeinsames Vorgehen gibt, dass auch sichergestellt ist, dass auch jenseits der Ressortzuständigkeiten noch mal eine Abstimmung stattfindet, wenn es Dinge von größerer politischer Bedeutung sind, und natürlich auch so eine Kanalisierungsfunktion, wenn also Fachressorts auf der Fachebene nicht weiterkommen, dass dann der Koordinator oder der Vizekanzler quasi als Sprecher der A-Ressorts dann in seinen regelmäßigen Gesprächen - seinen damaligen regelmäßigen Gesprächen - mit der Kanzlerin diese Dinge dann aufnimmt. Das ist so ähnlich wie jetzt bei Ihnen in den Fraktionen, wenn man in einer Koalition ist, wenn das auf der Obleutebene oder der Sprecherebene oder der Berichterstatterebene irgendwann nicht weitergeht, dass man dann zu den Vize-, stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden irgendwann in das Koordinierungsfrühstück bei den Fraktionsvorsitzenden, den Ersten PGFs, kommt.

Aber das ist jetzt so ein Führungsstil mit Ansagen, und man teilt Ihnen mit, was Sie zu machen haben. Das wäre ein etwas vordemokratisches Verständnis, glaube ich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das deswegen, weil wir haben diesen einen Vorgang



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit sozusagen „Olafs Bitte“, über den wir schon gesprochen haben. Dann haben wir einen zweiten Vorgang; das ist MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 68. Da berichtet Staatssekretär Berger aus einem Gespräch mit Ihnen - Zitat -:

„Olaf Scholz auch für schnelle Vereinbarung Ramstein“. [?]

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das müssten Sie mir vielleicht noch mal zeigen. Oder ich gucke mal eben, ob ich es vielleicht direkt habe.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir legen es vor. - Bitte.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, ich finde es so schnell nicht. Also, wenn Sie es haben, ist nett.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist nur eine ganz kurze Mail. Wir legen Ihnen die eben vor.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, würde ich sagen, ist genau so ein Fall der Koordinierung, dass eben das Auswärtige Amt auch weiß, wie der Vizekanzler das sieht. Ich glaube - wenn ich das richtig sehe -, 19. August, das war ja so ungefähr einen Monat vor der Bundestagswahl. Sie sind ja auch im politischen Bereich tätig, wissen, dass das dann ganz sinnvoll ist, dass es ein gewisses kohärentes Auftreten der jeweiligen politischen Freundeskreise gibt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich in dieser ersten Runde nur eine abschließende Frage. Das - ist Ihnen ja auch bekannt - geht um die Vollständigkeit auch unserer Unterlagen. Sie hatten hier uns - das ist die Ausschussdrucksache 20(27)428 - am 26. August 2024 mitgeteilt, dass die neue Beauftragte im Untersuchungszeitraum nicht mit dem Untersuchungsgegenstand befasst gewesen sei. Das hat sich im Nachhinein als falsch herausgestellt, weil wir in den Akten den Namen gefunden haben.

Und das ist uns gegenüber dann ja auch mit der Ausschussdrucksache 20(27)437 am 07.11., heute Morgen um 10.45 Uhr, richtiggestellt worden.

(VLR Andreas Gloßner (AA) meldet sich zu Wort)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Bundesregierung wünscht das Wort. - Herr Gloßner.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja. Vielen Dank. - Die Aussagegenehmigung des Zeugen bezieht sich ja auf den Untersuchungszeitraum. Von dem her würde ich das als eine Thematik sehen, die für eine Beratungssitzung geeignet wäre, aber nicht jetzt hier für die Zeugenvernehmung von Herrn Schmidt in seiner Funktion als früherer Staatssekretär BMF.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. - Würde ich mal so fragen: Inwieweit haben Sie sichergestellt, dass überprüft worden ist, dass im Untersuchungszeitraum hier keine Beauftragten der Bundesregierung mit der Sache befasst gewesen sind?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin mir nicht sicher, ob das sich auf meine jetzige Tätigkeit bezieht, zu der ich keine Aussagegenehmigung habe, wenn ich das richtig sehe. Ich glaube, damals war ich ja nicht als Chef des Bundeskanzleramts tätig. Also insofern: Ich würde mich hier ungern auf dünnes Eis begeben. Ich habe so diese mahnenden Worte des Vorsitzenden noch vor Augen, mit vielen schönen Paragrafen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Alles gut. Die Zeit ist ohnehin abgelaufen. Dann können wir in der nächsten Runde optimierte Fragen stellen in der Richtung. - Und jetzt geht es weiter: Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Limburg.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich glaube jetzt nicht, dass Sie sich strafbar machen, wenn Sie über Ihre derzeitige Tätigkeit Auskunft geben; aber das können wir an anderer Stelle diskutieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich freue mich, dass Sie da sind. Ich würde gern anknüpfen an die Befragung zu besagter Mail, zu der „Bitte von Olaf“ - also vom damaligen Vizekanzler -:

„Können wir sicherstellen, dass es aus den A-Ressorts keine Bedenken gibt?“

Gab es aus Ihrer Sicht - nach Ihrer Kenntnis - denn Anlass dafür, zu befürchten, dass es Bedenken aus den A-Ressorts geben könnte?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich nicht. Meine politische Meinung: natürlich nicht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Tat frage ich stärker nach den Erinnerungen als nach dem anderen.

Dann anders gefragt: Ist Ihnen aus Ihrer Erinnerung ein Anlass für eine solche ausdrückliche Bitte bekannt, bzw. welchen Anlass hat - - Irgendeinen Anlass muss die Bitte ja gehabt haben, wird ja nicht aus heiterem Himmel gekommen sein. Aus welchem Anlass kam nach Ihrer Erinnerung diese Bitte zustande?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Na, ich nehme an - aber das ist jetzt wieder Spekulation -, weil da steht: „Olaf bat darum“, dass mich der Kanzler darum gebeten hat, das zu tun. Das ist für mich dann Anlass genug, es zu tun. - Ich muss sagen, korrigieren: der Finanzminister, Entschuldigung, der damalige Finanzminister, heutige Kanzler.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Da sind wir wieder bei der Frage „Untersuchungsgegenstand und Aussagegenehmigung“. Was der Kanzler Sie bittet, dürfen Sie ja gegenwärtig gar nicht sagen.

Die Antwort von Staatssekretär Berger ist ja dann sozusagen erst mal, dass es besprochen worden sei und die Ressortrunde dazu gibt. Ich glaube, ich muss Ihnen das nicht noch mal vorlesen, kann ich dann doch - - Das liegt vor, genau. Erinnern Sie sich, was aus dieser Besprechung, aus der Staatssekretärsrunde „Afghanistan“ - - Ist Ihnen da irgendwas bekannt geworden, was diese

Besprechung ergeben hat, wie die Position der einzelnen Ressorts dazu war?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein. Und, also, ohne dass ich diesen Ausdruck hier über die Akte gehabt hätte, hätte ich mich an den Vorgang auch nicht erinnert.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat, abgesehen von dieser Mail, diese Angelegenheit, diese Fragehaltung der A-Ressorts dazu Sie noch mal in irgendeiner Weise - - Waren Sie damit noch mal in irgendeiner Weise befasst?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich leider nicht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Sie haben gerade eben bei der Befragung durch den Kollegen Röwekamp von sozusagen der Koordinierungs- und Vermittlungsfunktion gesprochen. Können Sie sich an Fälle erinnern, wo im Untersuchungszeitraum bezogen auf die Afghanistan-Mission Sie in diesem Zuge damit beschäftigt waren, also dass es Meinungsverschiedenheiten zwischen Ressorts gab und das sozusagen nach oben gegangen ist, zur Koordinierung und Vermittlung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, erinnere ich nicht. Also, ich glaube, die Diskussionen waren ja eher zwischen dem BMI und dann dem CDU-geführten BMVg, dem CSU-geführten BMZ und dem SPD-geführten Auswärtigen Amt, aber nicht innerhalb der A-Ressorts. Aber das ist jetzt wieder Wissen, das ich aus den Akten und aus der dann aktengestützten Erinnerung habe.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn das Auswärtige Amt an solchen Meinungsverschiedenheiten sozusagen beteiligt war, also Teil der Diskussion, und das koordiniert wäre, dann wäre das trotzdem nicht über Ihren Schreibtisch gegangen? Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, das würde dann doch ein bisschen den Schreibtisch überlasten, wenn man jeden einzelnen Vorgang jedes Ressorts mit jedem anderen Ressort oder, sagen wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal, die politisch bedeutsamsten hätte. Das ist schon so eine Filterfunktion. Meistens funktioniert das im politischen Prozess so, dass die wirklich wichtigen Dinge dann auftauchen.

Hier, glaube ich, ist aber erkennbar, dass es zunächst ja nicht eine politische - deswegen habe ich gesagt: na, häufig zwischen jetzt auch zwei B-Ressorts oder mehreren B-Ressorts - - sondern das war dann eher eine fachlich geprägte Diskussion. Das ist, glaube ich, ja auch aus den Akten deutlich geworden und vermutlich, nehme ich an, aus dem, was die Zeugen des BMI dann auch ausgesagt haben werden. Das war eine sehr stark fachlich geprägte Sicht des BMI, die natürlich vollständig sind für die innere Sicherheit und deswegen vielleicht manchmal einen etwas restriktiveren Blick haben als andere, die jetzt vor allem Sorge um ihre Ortskräfte hatten.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, ob das jetzt eher fachlich oder politisch war, ist, glaube ich, auch Teilaufgabe hier im Untersuchungsausschuss zu klären. Ich nehme das jetzt als Ihre Bewertung zur Kenntnis, aber werden wir dann im Abschlussbericht uns sicherlich zu verhalten.

Es ist angesprochen worden, dass sich so viel in den Akten nicht findet, insbesondere relativ wenig aus dem Jahr 2020. Erinnern Sie sich daran, bereits im Jahr 2020 mit dem Komplex Afghanistan befasst gewesen zu sein?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte das geschildert. In meiner Funktion als Aufsichtsratsmitglied der GIZ war ich das. Da erinnere ich diese eine Sitzung, noch in Präsenz, mit dem, ich glaube, es war der AfPak-Beauftragte, wo wir sehr intensiv über die Lage geredet haben. Und ansonsten ist das in der Tat - was ich vorhin geschildert habe - ein bisschen das Problem, dass es sich jetzt vermengt mit dem nachträglichen Wissen, insbesondere Zeitschriften- und Zeitungslektüre. Nun hat mich Afghanistan immer interessiert und die Frage natürlich der Auslandseinsätze. Aber konkret über irgendwelche Fragen, die das BMF jetzt berührt hätten: keinerlei Erinnerung.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das BMF interessiert mich gar nicht so sehr, sondern vielleicht mehr das Vizekanzleramt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das gibt es ja offiziell gar nicht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Deswegen war die damalige Kanzlerin immer etwas weniger amüsiert, wenn man über das Vizekanzleramt gesprochen hat.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Wir sind ja zum Glück nicht daran gebunden, nur das, was es offiziell gibt, sozusagen zu ermitteln, sondern auch Dinge, die es inoffiziell gab - so es sie denn gab.

Ich möchte mal konkret zum Doha-Abkommen fragen. Rund um den Abschluss des Doha-Abkommens, ist Ihnen da in irgendeiner Form Erinnerung, dass Olaf Scholz in seiner Funktion als Vizekanzler damit befasst wurde durch Sie, oder wurden Sie mit der Thematik und den Folgen daraus, die das haben würde für den Einsatz der Bundeswehr, befasst?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich nicht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also weder Sie noch der Bundeskanzler Doha-Abk- - also der Vizekanzler, jetzige Bundeskanzler, in irgendeiner Weise sozusagen darüber Gedank gemacht an der Stelle?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wie gesagt, ich bin ja gehalten, mich an meine Erinnerung zu halten. Das erinnere ich einfach nicht. Also, ich war, wenn ich das richtig erinnere, damals auch schon im Stiftungsrat der Stiftung Politik und Wissenschaft [sic!] und habe natürlich deren Veröffentlichungen auch zur Kenntnis genommen. Deswegen war mir das Doha-Abkommen bekannt. Deswegen ist mir politisch als jemand, der sich für internationale Politik interessiert, das bekannt. Aber ich kann das jetzt zeitlich nicht mehr zuordnen, und ich kann Ihnen auch nicht sagen - jedenfalls habe ich keine Erinnerung daran -



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass das irgendwann mal Thema jetzt in meiner beruflichen Tätigkeit als Staatssekretär des BMF mit dem damaligen Bundesfinanzminister gewesen wäre.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann doch noch mal anders gefragt: Erinnern Sie sich, wann und warum der Vizekanzler sich das erste Mal mit den Folgen, die sich aus dem Doha-Abkommen für den Einsatz der Bundeswehr und für weitere Organisationen - Sie haben sie gerade genannt - ergeben würden - - Wann begann das Interesse oder die Befassung des Vizekanzlers?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht. Ich hatte mich aber eben gerade auf mich bezogen, nicht auf den Vizekanzler, mit dem Interesse an internationaler Politik. Der hat sie natürlich auch; aber ich konnte jetzt nur über mich sprechen.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist klar. Über den Vizekanzler können Sie natürlich nur so weit sprechen, wie Sie mit ihm dazu Kontakt hatten; das ist mir klar. Aber so war die Frage tatsächlich gemeint, also: Erinnern Sie sich daran, dass Sie den Vizekanzler befasst haben bzw. dass der Vizekanzler befasst wurde oder wann Sie das erste Mal mit den Folgen aus dem Doha-Abkommen für die deutsche Außenpolitik befasst waren?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee. Alle Fragen mit Nein beantworten. Das erinnere ich leider nicht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. - Sie hatten eingangs schon was zur Frage „Ortskräfteverfahren“ gesagt, aber ich würde da gern trotzdem noch mal nachfragen. Können Sie sich erinnern, wann Sie das erste Mal mit der Thematik „Ortskräfteverfahren“ befasst waren in Ihrer Funktion?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Leider auch nicht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann wahrscheinlich auch nicht, wann Sie den Vizekanzler erstmalig damit befasst haben ... [akustisch unverständlich] diskutiert.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, leider auch nicht. Also, again: Aus der Akte ergibt sich ja, dass es am 18. April offenbar einen Kontakt zwischen Vizekanzler und dem Staatssekretär im BMF gegeben haben muss.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber das ist sozusagen jetzt nur aus der Akte, keine - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. Also, wie gesagt, ohne diese Akte hätte ich mich an diese Mail auch nicht erinnert.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich an eine Entscheidung dazu durch Sie oder durch den Vizekanzler, sich damit nicht zu befassen oder zu sagen: „Das belassen wir beim Auswärtigen Amt“, oder - keine Ahnung? War es ein aktiver Prozess, zu sagen: „Das ist etwas, da kümmern sich andere drum“, oder - - Erinnern Sie sich an so etwas?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee. Das wäre auch ein bisschen schwierig. Da ich mich ja insgesamt nicht an irgendwelche Vorgänge erinnere, wäre es ein bisschen widersinnig, wenn ich mich dann erinnerte, dass es eine bewusste Entscheidung gegeben hat, es nicht zu machen, weil dann würde ich mich ja daran erinnern. Also nein.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, gut. Ich hatte ja jetzt immer nur nach der ersten Befassung gefragt. Könnte ja sein, dass Sie sich daran nicht erinnern, aber daran erinnern: Zum Zeitpunkt X haben wir jedenfalls aktiv gesagt, das machen andere. - Okay.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Es spricht auch ein bisschen was dagegen; siehe die Mail vom 18. April.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, stimmt. Aber ein Rätsel natürlich, das hier Gegenstand der Befragung ist, ist der sehr geringe Aktengehalt sozusagen bezogen auf den Vizekanzler. Das versuche ich einfach zu ergründen, wie das zu erklären ist. - Aber gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wobei, wenn ich das sagen darf: -

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - Ich kommuniziere meistens mit dem Vizekanzler, also mit dem Kanzler, nicht schriftlich. Also, wir haben schon ein ganz gutes Verhältnis und reden miteinander.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Gut. - Was natürlich die Veraktung erschwert.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist so. Da wir zum Glück in einem Rechtsstaat leben und nicht alles aufgezeichnet wird und dann hinterher von irgendwelchen fleißigen Menschen abgetippt wird, ist das so, ja.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin eingangs auf die Befragung des Vorsitzenden gesagt, dass die Position sozusagen des Vizekanzlers war, dass es wichtig gewesen sei - ich paraphasiere Sie jetzt mit meinen Worten; korrigieren Sie es gerne - , sozusagen wirklich großzügig und unbürokratisch Ortskräfte aufzunehmen, grob gesagt. Inwieweit wurde diese Haltung in die konkreten - Sie haben sie gerade selber erwähnt - Konflikte zwischen den Ressorts mit eingebracht? Auf welchem Weg: durch Sie oder durch den Vizekanzler?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin nicht sicher, ob sich die Großzügigkeit jetzt auf die Ortskräfte bezog, sondern ich habe das, glaube ich, vor allem bezogen auf das Wochenende und die Frage der Evakuierungsmaßnahme. Da ging es ja vor allem, wenn ich das richtig erinnere, erst mal, ob wir die Deutschen da rauskriegen, und dann in einem zweiten Schritt, wenn ich das richtig erinnere, ging es um die Ortskräfte, sofern es nicht jetzt um die Kernortskräfte der Bundeswehr, die ja offensichtlich schon deutlich vorher eine Rolle gespielt haben - - Da hatte ich ja geschildert die Haltung des Kanzlers, durch diese Mail auch dokumentiert.

An diesem Wochenende ging es ja vor allem darum, dass die Bundeswehr schnell mit den Maschinen vor Ort ist. Und da ging es dem Kanzler,

dem jetzigen Kanzler, damaligen Vizekanzler, darum, dass das zügig geschieht.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Dann sind wir am Ende dieser Runde, und es geht weiter mit der AfD-Fraktion. Herr Kollege Reichardt.

Martin Reichardt (AfD): Schönen guten Abend! Vielen Dank. - Herr Schmidt, laut MAT A AA-9.78 VS-NfD, Blatt 104 und 105, wandten Sie sich am 10. September 2021 an den Staatssekretär Teichmann - Zitat -:

„Heute habe ich die Filmemacherin ...“

- Name geschwärzt -

„getroffen. Dabei hat sie mir berichtet, dass sie eine Liste mit ... Afghanen haben, bei der es eine hohe Priorität gebe, sie aus Kabul rauszuholen. Auf dieser Liste sind Mitarbeiter... deutscher Medienhäuser, Frauenrechtler... und deren Angehörige sowie Menschen aus der Zivilgesellschaft, die auf Todeslisten stehen ...“

Meine herzliche Bitte wäre, ob ... Sie sich der Sache annehmen und da helfen könnten.“

Zitat Ende. - Herr Schmidt, weshalb gingen Sie damals davon aus, dass die Menschen aus der afghanischen Zivilgesellschaft auf Todeslisten standen? Ich frage das deshalb, weil die Taliban ja mehrfach Generalamnestien proklamiert hatten und Markus Potzel, der nach dem Untersuchungszeitraum für die UN in Afghanistan tätig war, uns laut vorläufigem Stenografischen Protokoll 20/68, Seite 27, ausgesagt hat, dass ihm kein Fall bekannt sei - Zitat -,

„dass jemand sein Leben gelassen hat aufgrund einer nicht erfolgten Evakuierung durch uns.“

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mögen Sie mir die Akte einmal zeigen? Ich habe das jetzt so schnell leider nicht finden können.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Ich glaube, ich habe das jetzt nicht perfekt in indirekte Rede gesetzt. Aber wenn ich das hier richtig lese, berichte ich von den Berichten, die sie, also diese Filmemacherin, die im Zusammenhang mit dieser Luftbrücke Kabul stand - - Also, insofern kann ich Ihnen zur Frage, ob Todeslisten existieren oder nicht existieren, nichts sagen. Das ist ja eine Bitte gewesen, die ich am 10. September geäußert habe, ob man sich das angucken könne und annehmen könne. Und ich hatte das im Eingang geschildert, dass - - Ich habe unten auch geschrieben: „... dass sich eine gute Lösung finden lässt!“, das ist die Hoffnung. Damit ist aber nicht verbunden - das war ja auch ein Kollege und kein sozusagen Weisungsempfänger -, sich das anzugucken.

Martin Reichardt (AfD): Gut. - Herr Teichmann, bei dem Sie sich für die Liste der Filmemacherin einsetzen, kommentierte Ihr Ansinnen, Herr Schmidt, laut vorläufigem Protokoll der UA-Sitzung vom 10.10.24, Seite 138 - Zitat -:

„Und unterm Strich muss man sich ja fragen: Warum sind Künstler, Journalisten und so, warum sind die schutzbedürftiger als die 40 Millionen, die möglicherweise auch ... Repressalien von den Taliban zu erwarten hatten?“

Zitat Ende. - Haben Sie sich diese Frage bei Ihrem Eintreten für die Wünsche der Filmemacherin auch gestellt und, wenn nicht, warum nicht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich heute nicht mehr. Ich hatte das ja am Anfang geschildert, dass ich relativ viele Menschen, die mir zum Teil bekannt, zum Teil nicht bekannt waren, bekommen hatte. Und die habe ich dann weitergegeben, insbesondere natürlich bei einzelnen

Filmemacherinnen bzw. bei einzelnen Journalistinnen/Journalisten, die als Ortskräfte, sogenannte Stringer, für deutsche Medienhäuser aktiv waren und die aus Sicht der mit ihnen Zusammenarbeitenden jetzt in Gefahr waren.

Ich gucke jetzt gerade mal, wie das dann auch in dem Verlauf weitergegangen ist. Da hat Herr Teichmann ja, glaube ich, noch mal auch sich geäußert. Ich muss das aber einmal im Zusammenhang lesen.

(Der Zeuge blättert in
seinen Unterlagen)

Ich hatte ja auch oben geschrieben: „Ich weiß, dass es einige Vorbehalte gibt, insbesondere gegenüber ...“ - einer Person. Das hatte ich ja geschildert, was diese Luftbrücke anbelangt, also hatte das schon ein bisschen kontextualisiert und auch nicht eine eigene Einschätzung abgegeben.

Martin Reichardt (AfD): Also, ich denke, damit ist die Frage für uns auch beantwortet.

Für das Sekretariat: Ich beziehe mich jetzt auf die im Folgenden zugesandten Anlagen 20/1, Seite 1, und 21/2, Seite 1 und 3.

Herr Schmidt, die Deutsche Welle war am 22.08. unter der Überschrift „Den Taliban wird der Geldhahn zugedreht“ zu entnehmen - Zitat -:

„US-Präsident Joe Biden und die amerikanische Notenbank FED haben Milliarden Dollar in afghanischer Währung auf Konten in den USA eingefroren. Beinahe neun Milliarden Dollar ... an Anleihen sind in den USA und anderen Ländern platziert, darunter Goldreserven in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar und mehr als 300 Millionen in internationalen Devisen.“

In Erwartung des Falls der Hauptstadt Kabul hat Präsident Biden die Lieferung von Dollarnoten nach Afghanistan gestoppt; eine Maßnahme, von der der frühere afghanische Notenbankpräsident Ajmal Ahmady sagte, sie würde



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Volk in ... arge Not... bringen.“

Zitat Ende. - In einem nach der Machtübernahme der Taliban publizierten Deutschlandfunk-Beitrag unter der Überschrift „Ausschluss aus Banken-Netzwerk SWIFT als Sanktionsmittel“ heißt es - Zitat -:

„2017 wurden nordkoreanische Banken von SWIFT ausgesperrt, 2021 nach der Machtübernahme der Taliban auch Banken in Afghanistan. Seither gibt es nach Informationen der „Tagesschau“ keine regulären Dollar-Lieferungen mehr in das Land, was zu einer Liquiditätskrise geführt hat. Kontoinhaber können je nach Banken nur“

- noch -

„200 bis 400“

- Euro; korrigiere -

„Dollar pro Woche abheben.“

Zitat Ende. - Herr Schmidt, welche Erkenntnisse hatten Sie im Untersuchungszeitraum über die Vorbereitungen zum Einfrieren der afghanischen Währungsreserven, zum Ausschluss der afghanischen Banken vom SWIFT-System und zur Zurückhaltung der Lieferung von Banknoten an die afghanische Zentralbank? Und inwiefern war die Bundesregierung darin eingebunden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe da keine Erinnerung dran. Ich versuche es noch mal zu rekapitulieren. Wenn ich es richtig sehe, ist die Frage des Einfrierens von in den USA belegenen Vermögensgegenständen der Zentralbank eine unilaterale Entscheidung der Vereinigten Staaten. Wir haben ja Ähnliches jetzt im Zusammenhang mit den sogenannten „Russian frozen assets“ auch, aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, wo es eben auch Sanktionsentscheidungen einerseits der USA, Kanadas, aber auch der Europäischen Union in ähnlicher Art und Weise gegeben hat.

Bei SWIFT erinnere ich die Diskussion nicht. Das müsste aber im BMF dann auch von der Finanzmarkt-Abteilung, wenn es ein unilaterales Vorgehen gewesen sein sollte, konkret umgesetzt worden sein. Die unterstand dem jetzigen Bundesminister der Finanzen, Dr. Kukies.

Also, mir ist der gesamte Vorgang - - Ich erinnere diese Frage der eingefrorenen afghanischen Zentralbankgelder aus der dann folgenden Debatte, dass, glaube ich, ein US-amerikanisches Gericht Teile davon hinterher für rechtswidrig erklärt hat. Aber das ist dann Nachkenntnis. Also, aus der damaligen Zeit erinnere ich das aktiv nicht.

Martin Reichardt (AfD): Gut.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Jetzt ist die Zeit vorbei für diese Runde, und es geht weiter mit der FDP. - Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. - Schönen guten Abend, Herr Schmidt! Sie hatten ja ganz am Anfang über Ihre persönlichen Befassungen mit dem Thema Afghanistan gesprochen, diese drei Stränge sozusagen. Ich würde jetzt gerne mehr sozusagen aus dem Blickwinkel des BMF schauen und Sie gerne fragen, ob Sie mal darlegen können, welche Rolle das BMF im Zusammenhang mit Afghanistan im Untersuchungszeitraum hatte.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ich nehme an - das ist ja in der einen eben vorgetragenen Mail deutlich geworden -, immer wieder bei der Frage Finanzierungsfragen, also humanitäre Hilfe, in den Haushaltsverhandlungen natürlich über den Etat, den Einzelplan, des BMZ bzw. des AA für die humanitäre Hilfe.

Dann erinnere ich jetzt nicht aktiv, aber jetzt nur von Zuständigkeiten. Wenn es um den IWF gegangen sein sollte, dann aber: In den Zeiten, als es noch eine Regierung gab, mit der der Westen auch diplomatische Beziehungen hatte, wird das BMF zuständig gewesen sein. Jedenfalls sollten Weltbankgelder eine Rolle gespielt haben.

Und dann hatte ich versucht, zu schildern: in der Rolle als Vizekanzleramt, in der Vorbereitung des



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kanzlers für die Kabinettsitzung, wo Afghanistan-bezogene Themen eine Rolle gespielt haben. Das ist in jedem Ministerium so, dass man ja die Minister jeweils für alle Themen, soweit es geht, vorbereitet. Und dann in der Rolle als Vizekanzleramt noch mal, dann aber der Kanzler selber, der damalige Finanzminister, bei den Entscheidungen, die er als Vizekanzler im Zusammenspiel mit der Kanzlerin und den fachlich Zuständigen, also BMVg, AA, BMZ - ich glaube, das sind die relevanten -, getroffen hat.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Erinnern Sie konkrete Entscheidungen, die sich jetzt vor allem auch auf diesen ganz Zeitraum 2021, als sich das dann zugespitzt hat, auch noch Richtung Evakuierung - - also Entscheidungen, die das BMF in der Zeit mit Blick auf Afghanistan getroffen hat. Können Sie sich da an irgendeine konkrete Entscheidung erinnern?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, also, aktive Erinnerungen habe ich nicht. Wie gesagt, es gab diese Gespräche um dieses Wochenende herum. Und dann habe ich jetzt eben durch den Vorhalt die Frage, dass es offensichtlich eine Entscheidung - ich weiß gar nicht mehr genau, wann - jetzt eben zu - oder jedenfalls eine Anfrage - ich weiß gar nicht, wie sie entschieden worden ist - - dann natürlich zur humanitären Hilfe gegeben hat. Aber aktive Erinnerungen daran habe ich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und an welchen Ressortabstimmungen mit Blick auf Afghanistan hat sich das BMF beteiligt? Wo waren Sie da eingebunden? Oder: Erinnern Sie da eine Einbindung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich erinnere keine Einbindung. Aber das wäre jetzt auch nicht ungewöhnlich, weil es ja deutlich geworden ist, dass insbesondere Kollege Gatzer für die Finanzfragen immer der Ansprechpartner war. Also, wenn das BMF jetzt in seiner Fachfunktion angefragt gewesen wäre, dann wäre Kollege Gatzer dafür zuständig gewesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und gab es Vorgänge, wo das BMF mit Blick auf Afghanistan eine Federführung hatte? Also, ich rede jetzt eben

auch wieder auf den Untersuchungszeitraum und auf das, womit wir uns hier beschäftigen, bezogen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das wäre ein bisschen hypothetisch, weil ich es einfach nicht weiß, ne? Aber sollte irgendwas im Zusammenhang mit dem IWF oder der Weltbank gewesen sein, wäre beim IWF jedenfalls die Zuständigkeit beim BMF. Bei der Weltbank wäre es ein bisschen in Abhängigkeit gewesen, was, weil da das BMZ ja den Governor stellte. Ich war Alternate Governor der Weltbank.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich frage deswegen, weil mich auch interessieren würde, wenn Entscheidungen gefällt wurden, auf welcher Informationsgrundlage diese Entscheidungen zu Afghanistan gefällt wurden. Was haben Sie da als Entscheidungen herangezogen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Jetzt sind wir ja schon sehr im Hypothetischen: Wenn es welche gegeben hätte, auf welcher wären wir dann - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, genau. Also, Sie haben ja Quellen, die können Sie ja - - Also: Womit haben Sie gearbeitet?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die Fachbeamtinnen und Fachbeamten des Ministeriums zuallererst. Da gab es in der Grundsatzabteilung den Strang I C. Das war sowohl für die bilateralen Themen und dann auch für die multilateralen Themen. Und dann gibt es in der Haushaltsabteilung ja sogenannte Spiegelreferate, die die jeweiligen Ressorts spiegeln und damit die Haushaltszuständigkeit. Also, es gibt ein Spiegelressort zum Beispiel für das BMZ oder ein Spiegelressort für das Auswärtige Amt. Und dann würde in so einem Fall, wenn es dann um solche Fragen geht, die entsprechende Expertise kommen.

Wenn es jetzt um die Frage, die der Abgeordnete Reichardt gestellt hat, zum Beispiel SWIFT - - wäre dann noch die Finanzmarkt看teilung, wiederum mit ihrer Expertise, beteiligt. Und dann - ich weiß nicht, wie weit Sie das kennen in Ressorts - gibt es ja so eine Frage. Da gibt es immer



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein federführendes Referat, das dann eine Vorlage erstellt, und das bittet dann die anderen, auch mitbetroffenen Referate oder Abteilungen um eine sogenannte Mitzeichnung. Und bei Sachen, die sehr erkennbar zwei Abteilungen betreffen oder Referate, gibt es eine sogenannte Doppelkopfvorlage, wo dann also beide Referate oder Abteilungen gemeinsam eine Vorlage machen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wenn die Lage in Afghanistan eine Rolle gespielt hat für Entscheidungen, woraus hat sich dann das Lagebild ergeben? Können Sie das darstellen, wo Sie Lagebilder für Afghanistan - - muss ich Sie jetzt fragen, aber natürlich könnte es auch für ein anderes Land sein. Aber wo kriegen Sie Ihr Lagebild her?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist jetzt ein bisschen schwierig, weil ich nicht weiß, ob es so was gegeben hat. Das sind wir schon wieder sehr im Hypothetischen. Also, ich sage jetzt wieder, hypothetisch - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie wissen nicht, ob Ihr Haus ein Lagebild Afghanistan hat - hatte.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee. Also, weil wir ja nicht das Auswärtige Amt oder das BMZ oder das Kanzleramt sind, sondern das Finanzministerium ist zunächst mal das Finanzministerium. Wenn, also, was weiß ich, ich jetzt ein Gespräch mit einem Botschafter oder der Minister ein Gespräch mit einem Finanzministerkollegen oder ich mit einem Staatssekretärskollegen oder einer -kollegin aus einem anderen Land hatte, dann wurde von der Abteilung I, in dem Fall dieser Strang I C, mit der Regionalzuständigkeit entsprechend zu dem Länderbericht - - Und dann wird aber auch im Ressortkreis natürlich das, was im Auswärtigen Amt oder was im BMZ vorhanden ist, geteilt, und dann werden in der Regel noch die aktuellen sogenannten DKORs, also die Drahtberichte, wie sie früher hießen, die Diplomatische Korrespondenz, beigefügt, sodass dann, was Sie jetzt als Lagebild vielleicht meinen, sich ergibt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Welche Rolle spielte denn die Möglichkeit - vor allem bei Haushaltsentscheidungen oder Finanzentscheidungen zu Afghanistan -, dass Afghanistan vielleicht wieder an die Taliban fallen könnte und dass auch der BND eben so was als wahrscheinlichstes Szenario formuliert hatte?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil der Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzler hieß.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Welcher Austausch fand mit anderen Häusern zum Lagebild Afghanistan statt? Gab es da einen koordinierten Austausch dazu, wo man sich darüber verständigt hat, wie sich die Lage dort entwickelt, oder wo man da steht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen konkret nicht sagen. Aber aus meiner Erfahrung in der Bundesverwaltung ist es so, dass die Zuständigen sich regelmäßig auf allen Ebenen eigentlich austauschen. Eben war in einer Mail ja die Rede von der Staatssekretärsrunde „Afghanistan“, also gab es auf Staatssekretärebene einen Austausch. Und dann ist es so, dass - also, wirklich runter bis zu den Fachreferentinnen und Fachreferenten - es zu den relevanten Fragen immer Austausche gibt. Und ich nehme an - aber ohne das jetzt aktiv zu wissen -, dass das in so einem Fall auch der Fall gewesen wäre.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also ich habe Sie richtig verstanden, dass in Ihrem Haus nicht gezielt ein Lagebild damals zu Afghanistan oder anderen Ländern erstellt wurde, sondern dass das irgendwie anders eingeflossen ist in Entscheidungen, also dass man einfach sich der Informationen bedient hat, die die anderen Ressorts geliefert haben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein. Dann haben Sie mich nicht falsch - richtig verstanden. Ich habe gesagt: wenn es so gewesen wäre. - Ich kann es Ihnen nicht beantworten, ob es ein Lagebild gegeben hat. Ich bin mir - - Heute weiß ich es einfach nicht. Ich erinnere das nicht oder ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Interessant. - Trotzdem noch mal zur Lage. Sie haben ja gesagt, Sie haben sich für Afghanistan interessiert, Sie interessieren sich für internationale Beziehungen. Welche Interpretation der Lage hatten Sie und das BMF denn im Zeitverlauf vorgenommen, und wie wirkte sich diese Sicht auf Entscheidungen und Vorgänge aus? Also, zum Beispiel: Wie wurde die Lage in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens im Februar 2020 von Ihnen und vom BMF bewertet, und welche Auswirkungen hatte das auf Entscheidungen und Vorgänge?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe auch da keine Erinnerung. Für das BMF kann ich das ehrlicherweise nicht sagen, ob es das gegeben hat und, wenn ja, woraus sich das ergeben hätte. Das erinnere ich heute nicht mehr oder weiß es schlichtweg nicht.

Noch mal: Ich war ja nicht jemand, der in die aktiven Entscheidungen über Evakuierungen, über Militäreinsätze oder Sonstiges in meiner Funktion als Staatssekretär eingebunden war. Deswegen kann ich die Frage ernsthaft ehrlicherweise nicht beantworten.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Können Sie denn für die Lage in Afghanistan zum Beispiel zum Jahreswechsel 2020/2021 oder im April 2021, als Joe Biden dann ganz klar gemacht hat, die Amerikaner gehen zu einem bestimmten Zeitpunkt, daran erinnern, wie Sie die Lage eingeschätzt haben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Auch nicht. Okay.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Dann sind wir in diesem Punkte durch mit der FDP.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Danke. Alles klar. - Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Und den Abschluss in dieser Runde macht die SPD mit Herrn Kollegen Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Einige wenige Abschlussfragen, nachdem unser Vorsitzender ausführlich bereits gefragt hat.

Es ist ja bei den Vorrednerinnen und Vorrednern auch bereits angeklungen: Es gab immer wieder Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen Ressorts. Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie im Hinblick auf die Idee, Charterflüge für Ortskräfte und andere Bedrohte zu organisieren, mit eingebunden waren. Haben Sie darüber Kenntnis, über diese Diskussionen innerhalb der Bundesregierung, und, wenn ja, was können Sie uns dazu berichten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, also, erinnere ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Die andere Flugrichtung ist auch für uns relevant in unseren Untersuchungsgegenständen, nämlich die Frage, dass andererseits natürlich auch noch Abschiebeflüge nach Afghanistan ja geplant waren, und zwar noch bis in den August 2021 hinein. Und da gibt es einen Mailwechsel unter der Beteiligung von Staatssekretär Berger aus dem Auswärtigen Amt - unter MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 5 -, dass dieses Thema zwischen den Staatssekretären der SPD-Ressorts intensiv diskutiert worden sei. Und es steht auch wörtlich so in dieser Mail drin, dass die Befürchtung bestand, dass die Union mit diesem Thema im Wahlkampf eine Falle stellen wollte. Erinnern Sie sich an diese Diskussion, und können Sie uns darstellen, worin diese Falle hätte bestehen sollen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, ich erinnere mich daran nicht. Also, da müssten Sie mir die Mail mal zeigen. Aber mir sagt die jetzt nichts. Und ich erinnere mich an eine solche Diskussion auch nicht. Und ich wüsste auch nicht, welche Falle



Nur zur dienstlichen Verwendung

gestellt werden sollte und ob wir in die hinein-
getappt wären.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben ja vorhin sehr ausführlich dargestellt, dass es Ihre Rolle war, die A-Bundesländer zu koordinieren. Jetzt kommt es genau aus diesem Bereich. In dem konkreten Fall waren Sie daher mit dieser Koordinierung nicht befasst. - Verstehe ich Sie so richtig?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich würde jetzt meine Rolle nicht so weit interpretieren, dass ich die A-Länder koordiniert hätte, sondern den Kontakt mit den A-Ländern. Ich habe mal in meiner alten Funktion als Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten in der Tat die Bevollmächtigten der A-Länder koordiniert. Da hätte ich so was machen können. Aber hier habe ich vor allem den Kontakt zu den A-Ländern und den Bevollmächtigten gehalten.

Jörg Nürnberger (SPD): Entschuldigen Sie bitte die mangelnde sprachliche Präzision. Mir ging es nicht um die A-Länder, sondern die A-Ministerien.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ah.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber ich sitze auch schon sieben Stunden hier.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Sorry, ja. - Also, wie gesagt, den Vorgang erinnere ich nicht. Ich kann deswegen auch dazu nichts sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dritte Frage, in einem ähnlichen Zusammenhang. Wir sind dann wieder Mitte August, am 15. Da hatten die Taliban Kabul relativ widerstandslos übernommen. Und da hat die Bundesregierung in ihrem Krisenstab entschieden, eine militärische Evakuierungsoperation durchzuführen. Und in den Tagen zuvor ging auch die Diskussion um, ob diese Mission noch über das Resolute-Support-Mission-Mandat laufen könne oder ob es eines neuen Mandats bedürfe. Hatten Sie darin, in dieser Diskussion, ebenfalls eine Rolle als BMF, oder ist auch das außerhalb Ihrer Zuständigkeit verlaufen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, als BMF hatten wir da keine Rolle. Aber das hatte ich ja vorhin versucht zu schildern: dass ich dunkel erinnere, dass der Kanzler, nein, sorry: der Bundesminister der Finanzen in seiner Rolle als Vizekanzler über diese Frage auch an diesem Wochenende intensiv mit der Kanzlerin und den anderen Beteiligten, also insbesondere dem Auswärtigen Amt und dem BMVg, diskutiert hat. Und ich erinnere die Grundsatzhaltung, dass er sagte: Das muss jetzt passieren und jetzt nicht so bürokratisch.

Jörg Nürnberger (SPD): In diesem Zusammenhang gibt es auch im Hinblick auf den Verlauf der Evakuierungsmission die Diskussion oder, bzw., die Entscheidung, dass die USA zur Nutzung von Ramstein berechtigt seien. Ich kann mich da beziehen auf MAT A AA-9.06 VS-NfD, Blatt 28. Auch das ist eine Information des Staatssekretärs Berger, und zwar an Sie. Können Sie uns Näheres dazu erläutern, wie die Situation sich da dargestellt hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, ich habe das auch - - Also, ich erinnere das dunkel, dass es um Ramstein ging und eine Vereinbarung.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Ich habe jetzt diese Mail - das ist Blatt 28, ne? -, wo ich antworte:

„Lieber Miguel,

Super.

Herzlichen Dank und beste
Grüße“

Und Berger sagt:

„Lieber Wolfgang, Vereinbarung mit den USA steht, erster Flug geht noch heute ... aus Kabul. Wir haben durchgesetzt, dass USA auch Ortskräfte von uns mitnehmen.“

So. Angesichts dieser Mail habe ich mich wieder erinnert, dass das mal Thema war, also: Wie kriegen wir die Leute raus? - Das war ja eine große



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage; deswegen Katar. Und dann erinnere ich dunkel - aber das mischt sich jetzt mit aktuelleren Fragen der letzten Jahre -, dass die USA eben dann ihre Leute, ihre Ortskräfte ausgeflogen haben und eine Vereinbarung hatten und dann eben die Frage war: „Wo können die in Europa anlanden, und wie geht man damit um?“, weil die USA das gleiche Problem hatten wie wir, dass sie ja keine konsularische Vertretung mehr hatten, sodass die Frage der Überprüfung der Personen nicht vor Ort stattfinden konnte und dann quasi exterritorial stattfinden sollte.

Und dann war ja die Frage: Wie stellen wir eigentlich sicher, dass das an einem Ort stattfindet, der logistisch in der Lage ist - - und dann aber auch nicht Leute zu uns kommen und bei uns bleiben, die die Amerikaner nicht wollen, aber auch wir nicht wollen.

Jörg Nürnberger (SPD): Und eine letzte Frage. Die Kommunikation mit Staatssekretär Miguel Berger war offensichtlich relativ regelmäßig. Wenn wir einen Blick in seinen Terminkalender werfen - nämlich in MAT A AA-9.14 VS-NfD, Blatt 10 -, dann ist dort für den 26. August 2021 ein Telefonat mit Ihnen für 17 Uhr eingetragen. Jetzt stelle ich einfach die vermessene Frage: Können Sie sich an dieses Telefonat erinnern?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Überhaupt nicht. Aber, wie gesagt, zu meinem Job gehört es, relativ viel zu telefonieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Damit hat sich das Fragereservoir für die SPD-Fraktion erschöpft, es sei denn, der Vorsitzende möchte noch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das möchte er nicht. - Ich habe jetzt eben unsere Vereinbarung so verstanden, dass wir in etwa zehn Minuten noch mal unterbrechen, um Gelegenheit zu geben, nachher noch mal die Versorgung hier zu nutzen. Wir sind ja ein bisschen beschränkt. - Aber jetzt hat erst mal die CDU/CSU das Frage-recht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Schmidt, ich würde gern noch mal über diese Koordinierungsfrage

mit Ihnen sprechen. Wir haben in unseren Unterlagen mehrere Aussagen des damaligen Vizekanzlers auch zu Inhalten von Afghanistan. Also, so hat er zum Beispiel in einem Interview oder in einer Rede, die am 10. August 2021 bei Reuters veröffentlicht worden ist, eine erneute Entsendung von Soldaten an den Flughafen in Kabul oder nach Afghanistan abgelehnt. Meine Frage ist: Ist so etwas im Rahmen Ihrer Tätigkeit, Ihrer koordinierenden Tätigkeit - - sind solche inhaltlichen Bewertungen und Aussagen vorbesprochen worden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ich bin natürlich mit dem Finanzminister im sehr, sehr intensiven Austausch zu allen möglichen Fragen gewesen. Da das aber in der Tat so viele sind und das sich ja über unsere jetzt fast 22 Jahre dauernde Zusammenarbeit durchzieht, kann ich Ihnen diese konkrete Sache nicht beantworten. Ich glaube, dass er sich damals, wenn ich das richtig erinnere, sehr intensiv vor allem mit dem damaligen Außenminister zu solchen fachlichen Fragen abgestimmt hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage war ja - erstens -: Waren solche sozusagen politischen Wertungen, die ja jetzt keinen Ressortbezug zum Finanzministerium hatten, sondern er in seiner Eigenschaft als Vizekanzler getätigt hat, waren die Gegenstand von Vorbereitungen in Ihrem Haus und Koordinierungstätigkeiten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe auch so einen Verdacht, weil wenn ich das Datum mir angucke, 10.08.2021 - - dass das Interview vielleicht doch eher auch einen Schwerpunkt auf ein anderes Datum im September gehabt haben könnte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. Also Verdacht wollen wir hier auch nicht äußern und Vermutungen nicht. - Die nächste Frage in dem Zusammenhang wäre: In seinem Sommerinterview, das ausgestrahlt worden ist, hat er sich auch zu Afghanistan geäußert, der Vizekanzler, und hat davon gesprochen, dass von den 2 500 identifizierten Ortskräften am 15. August die allermeisten schon mit Linienflügen nach Deutschland gekommen seien. Auch diese Aussage hat sich ja durch unsere Tätigkeit jetzt als



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht tragfähig herausgestellt. Deswegen noch mal meine Frage, auch in Vorbereitung vom Sommerinterview: Haben Sie dort koordinierend mitgewirkt und den Vizekanzler auf dieses Sommerinterview zum Beispiel inhaltlich vorbereitet?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, in der Regel habe ich das nicht gemacht, sondern dafür gibt es eine Pressestelle, wenn es jetzt um Interviews geht, und die Pressestelle oder Pressesprecher - im Finanzministerium ist das ja ein bisschen anders sortiert gewesen - gab einen Leiter der Unterabteilung L C, glaube ich, war das. Das ist der jetzige Regierungssprecher Hebestreit; der war der Sprecher des Ministers. Und dann gab es noch eine Pressestelle mit einem Leiter der Pressestelle, und die haben häufig, aber auch nicht immer Vorbereitungen gemacht für fachliche und auch sonstige Interviews, wo dann was gemacht wird.

Nun ist der damalige Finanzminister ja auch schon einen Tag länger im politischen Geschäft und ist jetzt keiner, der jetzt riesige Vorbereitungsmappen für Interviews benötigt. Ich weiß auch nicht, ob dieses Interview vorrangig in der anderen Funktion, die er noch hatte - als Spitzenkandidat seiner Partei für das Amt des Kanzlers - geführt wurde oder eben aus der Rolle des Finanzministers heraus.

Und im Übrigen ist es so, dass der fachliche Austausch ja nicht nur über das Ressort erfolgt ist, sondern - ich hatte das geschildert - er natürlich einerseits aus dem Gespräch mit der damaligen Bundeskanzlerin und im Kabinett sehr viel über die Themen auch aller Ressorts mitgenommen hat, dann über die Sitzungen der SPD-Bundestagsfraktion, wo die Minister ja teilnehmen und deswegen auch die politischen Debatten mitbekommen, die von den Abgeordneten geführt werden, oder die Vorträge, zum Beispiel von den Ressortverantwortlichen, in diesem Fall vor allem vom damaligen Minister Maas als Außenminister, und dann hat er einen sehr intensiven Kontakt auch jeweils, wenn die Themen virulent waren oder wenn sie ihn interessiert haben, mit den jeweiligen Fachministern gehabt. Meistens -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. Meine Frage ist ja nur, ob Sie ihn vorbereitet haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nö.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, alles Weitere sozusagen können wir ihn ja selber fragen, wie er sich die Meinung gebildet hat. Aber meine Frage an Sie ist, ob Sie ihn auf dieses Thema vorbereitet haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen. Das ist zu lange her.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In dem Zusammenhang würde ich dann noch eine weitere öffentliche Äußerung des Vizekanzlers bei Ihnen kurz hinterfragen wollen. Er hat auch in dem gleichen Sommerinterview damals gesagt, dass die SPD einheitlich und klar für die Fortsetzung der Abschiebeflüge gewesen sei. Das klingt ja so, als ob doch da auch eine Koordinierung stattgefunden hätte. Tatsächlich wissen wir aber - das ist MAT A AA-9.43 VS-NfD, Blatt 59 bis 60 -, dass das Auswärtige Amt insbesondere auch den Minister selbst mit der Frage befasst hat und der Minister selbst die Aussetzung von Rückführungen zur Not gegen das Innenministerium durchsetzen wollte. Deswegen meine kurze Frage: Haben Sie eine Abstimmung unter den SPD-geführten Ministerien über die Frage der Aussetzung von Abschiebeflügen oder Durchführung von Abschiebeflügen durchgeführt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich nicht mehr, aber ich glaube, dass die Äußerungen eines Spitzenkandidaten schon deutlich sind. Das ist dann die Haltung der Partei.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Eine weitere Aussage des damaligen Vizekanzlers war, dass für die Fehler bei der Rückführung der Ortskräfte nicht die Unfähigkeit des Auswärtigen Amtes ursächlich gewesen sei, vielmehr sei es die Verantwortung der gesamten Regierung gewesen. - Zitat Ende. - Deswegen meine kurze Frage -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Würden Sie kurz sagen, von wann dieses Interview war?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, das ist - - Mal eben gucken - - 29 - - Ja, wenn ich mal das 29er-Dokument hier in meinen Unterlagen hätte. - 15? Was ist 15? Die Nummer oder das Datum? - Vom 15.08., 15.08.21.

Deswegen meine Frage dazu - also diese Aussage, dass nicht die Unfähigkeit des Auswärtigen Amtes ursächlich war, sondern die gesamte Regierung -: War das eine Aussage, die inhaltlich eine Abstimmung mit Ihnen oder in Ihrer Funktion als Koordinator abgestimmt war?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich ehrlicherweise nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Erinnern Sie auch nicht, okay. - Dann haben wir Kenntnis davon, dass es insbesondere im August, aber vielleicht auch schon vorher in der AG „Außen“ eine große Frustration darüber gegeben hat, dass das ganze Thema „Schwierigkeiten bei der Rückführung von Ortskräften“ als „schwarzer Peter“ - Zitat - beim Auswärtigen Amt gelegen sei. Ist auch diese Auffassung aus der AG „Außen“ der SPD-Bundestagsfraktion bei Ihnen angekommen? Und haben Sie an solchen Diskussionen mitgewirkt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin kein Mitglied des Bundestages, auch nicht der AG „Außen“. Insofern vermute ich, eher nein. Aber um wahrheitsgemäß zu antworten: Ich erinnere das nicht. Ich weiß es nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann frage ich mal anders. Haben SPD-Bundestagsabgeordnete Sie auf das Thema Rückführung von Ortskräften angesprochen?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kleinen Moment mal, die Bundesregierung wünscht dazwischen das Wort.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich wollte nur kurz nach der MAT-Nummer fragen, aus der das Zitat ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das hatten wir schon mehrfach, diese AG „Außen“. Das ist MAT A AA-9.80 VS-NfD, Blatt 40.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Erleichtert die Geschäfte, müssen wir mal wieder sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, ich kann es gerne auch wiederholen, genau. - Also, wir können es auch vorlegen, aber es ist - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, nee, alles gut.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage war jetzt ja nur: Sind SPD-Bundestagsabgeordnete auf Sie zugekommen, in Ihrer Funktion sozusagen als Koordinator der A-Ministerien, sich um das Thema Ortskräfte zu bemühen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht mehr. Darf ich nur mal einmal fragen? Ging es jetzt, weil es ein bisschen - - „Rückführung“ ist etwas missverständlich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es geht um die Evakuierung.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Evakuierung. Also nicht die Rückführung von Afghanen nach Afghanistan, sondern - - Okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aus Afghanistan.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Weil vorher war es, glaube ich - - ging es um anderes.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Vorher haben wir über Rückführungsflüge aus Deutschland gesprochen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Abschiebungen, okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jetzt reden wir - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, erinnere ich nicht mehr, aber will ich auch nicht ausschließen. Weil es ja damals, wenn man sich noch mal zurückerinnert - - war das ja - ich weiß jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht genau, wann das Interview oder diese Sache der AG „Außen“ war - - Aber das war ja ein Großthema, das politisch alle sehr bewegt hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, und deswegen war meine Frage, ob aus der SPD-Bundesfraktion auf Sie da jemand zugekommen ist. Habe ich jetzt so verstanden: Erinnern Sie nicht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich nicht. Es waren ja doch ein bisschen - - waren auch nicht mehr so viele wie heute oder noch nicht so viele wie heute, aber es waren sehr viele Abgeordnete und sehr viele Themen. Deswegen erinnere ich einzelne Gespräche mit Abgeordneten leider nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat der ehemalige Außenminister am 04.02.2022 in der „Frankfurter Allgemeinen“ ein Interview gegeben, wo er mitgeteilt hat, dass er zu einem Rücktritt bereit gewesen sei und dies auch Scholz angeboten habe. Meine Frage ist jetzt: Was wissen Sie von einem Rücktrittsangebot des damaligen Außenministers?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich sehr dunkel, dass Scholz mir das mal erwähnt hat, aber die Details weiß ich auch nicht mehr. Also, ich glaube, es ging um die Frage, ob es nützlich wäre, wenn er zurückträte angesichts der großen Auseinandersetzungen darum. Aber das ist jetzt nur, weil Sie es mir noch mal in Erinnerung rufen. Also, es sind so Erinnerungsfetzen irgendwo da im Gehirn.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. - Wir reden in diesen Tagen viel über Rücktritte und Ministerwechsel. Aber insgesamt kommt es in der Legislaturperiode ja nicht so häufig vor und insbesondere nicht in so einer eskalierenden Situation. Deswegen würde ich schon noch mal nachfragen wollen.

Also, er sagt dann weiter, Sie seien aber gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, dass dies zum damaligen Zeitpunkt die falsche Entscheidung gewesen wäre. - Zitat Ende. - Deswegen noch mal kurz die Frage: Hat der Bundesaußenminister Sie selber auf dieses Thema angesprochen, oder sind

Sie auf Staatssekretärebene, für deren Koordination Sie ja zuständig waren, auf dieses Thema angesprochen worden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also ich erinnere das nicht. Wäre aber auch sehr ungewöhnlich, weil, ich glaube, gerade solche Fragen sind ja doch sehr sensibel, und dann ist die Erfahrung ja doch, dass man den Kreis derjenigen, die Bescheid wissen, möglichst klein hält. Und dass man solche Fragen mit seinen Staatssekretärinnen oder Staatssekretären vorab erörtert, wäre mir auch neu.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir haben in unseren Unterlagen - das ist MAT A AA-8.72 VS-NfD, Blatt 103 bis 108 - einen sogenannten Liebe-Freunde-Brief, den der Außenminister an die SPD-Bundestagsfraktion geschrieben hat. Meine Frage ist: Ist das ein Gegenstand, der mit Ihnen als Koordinator zuvor abgestimmt wird - ob und auch dem Inhalt nach?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist jetzt halt eine abstraktere Frage. Das heißt, das kommt darauf - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieser Brief, wurde der mit Ihnen - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Den erinnere ich nicht. Aber vielleicht, wenn Sie erlauben, würde ich es mal abstrakt sagen. In der Regel verfassen die Ministerinnen und Minister ihre Liebe-Freunde-Briefe selbstständig. Hin und wieder kommt es vor, dass man im politischen Freundeskreis sagt: Es wäre doch ganz gut, wenn hierzu ein Liebe-Freunde-Brief verfasst würde. - Manchmal ist es auch das Ergebnis zum Beispiel der Beratungen von Pressesprechern der Häuser oder von Planerinnen und Planern der Häuser. Oder es wird in den politischen Gremien gesagt: „Jetzt wäre es doch ganz gut“, oder die Fraktionsführung oder die fachlich Zuständigen in der Fraktion sagen: „Es wäre jetzt ganz gut, wenn wir die Fraktionen mal informieren würden.“ Aber an den konkreten Vorgang erinnere ich mich nicht.

In der Regel werden diese Liebe-Freunde-Briefe aus eigener Initiative oder eben auf Bitten meinerseits von den Obleuten oder stellvertretenden



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fraktionsvorsitzenden dann in der Ressortzuständigkeit verfasst, und sie werden auch nicht in der Regel vorab abgestimmt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben wir über einzelne Evakuierungsunterstützungsbitten, die an Sie herangetragen wurden, schon miteinander gesprochen und zumindest indirekt auch über die sogenannten ARD-Ortskräfte gesprochen. Das ist MAT A AA-9.04 VS-NfD, Blatt 174. Da haben Sie sinngemäß geschrieben - ich zitiere; also, es ging darum, dass diesen Menschen, insgesamt 35 Personen, dass ihnen geholfen werden soll - - Und dann heißt es bei Ihnen:

„Aber es wäre natürlich schön,
wenn DEU die eigenen Medien
unterstützen könnte ...“

Zitat Ende. - Deswegen: Was mich ein bisschen an dieser Mail überrascht, ist, dass Sie diese in cc auch an den Vertreter, also den Koordinator der ARD, geschickt haben. Also meine Frage ist jetzt: Ist das eigentlich üblich, dass Sie in diesen behördenbezogenen Schriftverkehr auch Dritte in cc setzen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mögen Sie mir erläutern, was Sie mit „üblich“ meinen?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, also, kommt das öfter vor, dass Sie auch außenstehende Dritte über behördeninternen Schriftverkehr in Kenntnis setzen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Was ist jetzt „behördeninterner Schriftverkehr“? Also, es ist so ein bisschen schwierig, auf so eine Frage prinzipiell zu antworten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, Sie schreiben hier an „Miguel“. Also ein Staatssekretär schreibt an den anderen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mögen Sie mir das Schreiben einmal - ich finde das hier bei mir nicht - zeigen?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Das ist bei uns die 6.11.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Haben Sie es da? Dann brauchen Sie nicht - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich wollte gerade sagen: Die Dienstleister der Fraktionen sind hier im besten Training, körperlich wie sonst wie.

(Heiterkeit)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich sehe das schon, sehr schlank usw.

(Der Zeuge liest in den ihm
vorgelegten Unterlagen)

- Vielen Dank. - Also, das sieht mir so aus: Das passiert in der Tat im behördlichen Vorgang häufiger, wenn man versucht, Leute miteinander direkt in Verbindung zu bringen, dann zu sagen: Jetzt setze ich jemanden in cc, sodass dann auch ein direkter Kontakt etabliert worden ist. - Das ist tatsächlich ein üblicher Vorgang. Das ist ja dann kein behördeninterner Vorgang, sondern das war ja hier die Weiterleitung einer Bitte des Koordinators, der damals, glaube ich, „Süddeutsche“-NDR-WDR-Rechercheverbund - - und der hatte selber Aktivitäten, wenn man das der Mail hier richtig entnimmt, mit den Kataris auch schon selber aufgenommen.

Und deswegen: Insofern bezieht sich dieser Hinweis „Wenn DEU die eigenen Medien unterstützen könnte“ - - damit also die nicht nur von einem anderen Land Unterstützung erfahren. Und die waren offensichtlich - das kann man der Mail weiter entnehmen - in einem Hotel, aus dem auch GIZ-Leute rausgeholt wurden. Also insofern hat es da auch schon mal Aktivitäten Deutschlands gegeben. So. Und insofern ist das ein übliches Vorgehen, dass man Leute mit Anliegen, mit denen, die vielleicht das Anliegen lösen könnten, in Verbindung setzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich Ihnen gerne vorlegen MAT A AA-9.81 VS-NfD, Blatt 31. Das ist bei uns die 6.25. - Und wenn Sie die Uhr bitte anhalten würden.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also MAT A AA-9.81 VS-NfD, Blatt 31, die habe ich, glaube ich. Röbel?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, wir bringen Ihnen die.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, nee, ich habe die. Also, wenn Sie - - Wenn es - - Ist das Röbel? 27. Juli, eine Mail? Mögen Sie die MAT-Nummer noch mal sagen? Dann habe ich sie vielleicht gerade zufällig. Einfach sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir bringen es; dann weiß ich, was Sie haben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: MAT-Nummer sollte ja hoffentlich gleich sein.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

- Wir haben die gleiche.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In dem Zusammenhang: Jetzt geht es hier wieder um Rückführungs-, also Abschiebeflüge. Ein deutsch-österreichischer gemeinsamer Abschiebeflug soll da stattfinden. Und da schreibt jetzt das Auswärtige Amt:

„BM“

- also Minister Maas -

„ist damit einverstanden, dass wir dem BMI signalisieren, dass wir die Durchführung des einmaligen ... Abschiebeflugs ... erreicht haben und uns - ... im Gegenzug - wünschen, dass das Schreiben der Innenminister an die KOM unterbleibt ...“

Meine Frage ist jetzt - - Dann heißt es da weiter:

„BM hat ferner noch einmal darum gebeten, den im Ressortkreis so empfundenen AA-Widerstand gegen Charterflüge endlich aufzugeben; BM Scholz hatte ihn darauf angesprochen.“

Das ist der Punkt, um den es mir geht. Was wissen Sie über diesen Vorgang und insbesondere die Ansprache von dem damaligen Vizekanzler?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich leider nicht als Vorgang. Deswegen weiß ich darüber aktiv jetzt nichts, aber will nicht ausschließen, dass ich das damals wusste.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann frage ich andersherum: Gab es aus Ihrer Erinnerung heraus Widerstand aus dem Auswärtigen Amt und insbesondere auch des Bundesministers Maas gegen die Durchführung von Rückführungsflügen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich auch nicht, aber der Wortlaut der Mail spricht da ein bisschen dagegen. Er lautet ja:

„BM“

- also Maas -

hat ferner noch einmal darum gebeten, den im Ressortkreis so empfundenen AA-Widerstand gegen Charterflüge endlich aufzugeben.“

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung, es geht um Charterflüge, natürlich, nicht um Rückführungsflüge, genau, um Charterflüge. - Was ist Ihnen denn über einen Widerstand - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, das ist schon - - Also, Sie haben völlig recht. Es steht ja: Rückführungsflug August. - Also insofern nehme ich schon an, dass Sie recht haben, dass es sich um - - aber - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, also, der erste Teil geht um Rückführungsflug. Der zweite Teil geht - so verstehe ich die Mail, aber deswegen frage ich ja - um Charterflüge.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht; keine Ahnung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Was wissen Sie denn über die Haltung des Auswärtigen Amtes zur Durchführung von Charterflügen für die Evakuierung von Ortskräften?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Jedenfalls jetzt nichts mehr.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sind Sie in Ihrer Funktion als Koordinator - - ist Ihnen da das Thema „Charterflüge und unterschiedliche Auffassungen der Bundeskanzlerin und anderer Ministerien“ begegnet nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich nicht mehr, aber nehme fast an, dass das mal Gesprächsgegenstand gewesen sein müsste, wenn es im Ressortkreis auch besprochen worden zu sein scheint. Aber ich habe jetzt keine Erinnerung daran.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann ist meine Fragezeit rum.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es ist so. - Mein Vorschlag wäre, dass Sie sich noch mal versorgen; denn die Firma Dussmann ist jetzt noch ungefähr 20 Minuten da. Wir unterbrechen für 15 Minuten. Ist das okay? - 15 Minuten, und wir fahren dann fort.

(Unterbrechung von
19.22 bis 19.47 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann setzen wir die Befragung fort. - Wenn mich nicht alles täuscht, sind wir jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen und dem Kollegen Limburg. Bitte schön.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist so, Herr Vorsitzender. Vielen Dank. - Herr Zeuge, einige wenige Nachfragen noch.

Zum einen - nur noch mal gedanklich anknüpfend -: Wir hatten uns vorhin ausgetauscht über das Jahr 2020 und sozusagen die Befassung mit

Afghanistan. Und Sie hatten - das ist wieder paraphrasiert von mir - sinngemäß zitiert - Sie haben es ausgeführt sozusagen -: Sie erinnern sich nicht an eine dienstliche Befassung, außer das, was Sie aufgezählt haben im Rahmen der GIZ. Aber da Sie außenpolitisch ja sehr interessiert sind, haben Sie natürlich verschiedene Medienberichterstattungen wahrgenommen. Insofern würde ich in dem Kontext dann doch mal nach einer inneren Tatsache fragen, und zwar, wie Sie denn im Kontext dessen das Wissen, was Sie erlangt haben, bewertet haben, das Doha-Abkommen und mögliche Folgen, Konsequenzen für Deutschland, also wie Sie es in der damaligen Lage bewertet haben, logischerweise?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, es ist - - Ich habe - - Also, ich würde gerne helfen, aber ich habe ein bisschen das Problem, dass natürlich also mir jedenfalls - vielleicht sind Sie da besser - es sehr schwerfällt, eine thematische Befassung mit einem Thema dann Zeitabläufen zuzuordnen. Das ist ja im Regelfall so, jedenfalls bei mir, dass sich das auch entwickelt mit wachsendem Erkenntnisfortschritt.

So, jetzt habe ich das „Problem“ - in Anführungszeichen -, dass ich seit drei Jahren noch mal sehr viel intensiver als Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes mit all diesen schönen Problemfeldern befasst bin. Und dann schichtet sich natürlich Erkenntnis über Erkenntnis. Und ich habe jetzt nicht so eine Time Machine, wo ich jetzt wieder zurückgehen kann in 2020 und sage: Wie war damals meine Einschätzung? - Deswegen: Also, ich würde gerne, aber sehe mich ein bisschen außerstande, die Frage dann wahrheitsgemäß so zu beantworten, dass ich sage: So habe ich das im Jahre 2020 eingeschätzt.

Und die Schwierigkeit, glaube ich, bei Untersuchungsausschüssen ist ja immer, dass man dann sehr stark in ein Themenfeld reinzoomt, das jetzt natürlich von großem Interesse ist. Ich hatte es vorhin geschildert - wenn Sie sich erinnern, was 2020 los war, der Höhepunkt der Coronapandemie -: Da war das natürlich das alles dominierende Thema sowohl im Hinblick auf die ganzen Maßnahmen, die ja sehr intensiv diskutiert worden sind, wo wir eben in dieser Rolle



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vizekanzleramt mit den MPs sehr viel zu tun hatten, als auch im Hinblick auf diese unglaublich vielen Hilfsmaßnahmen und dann - als jemand, der für Internationales zuständig war - beim IWF mit der Schuldenrestrukturierung und der Frage „Schuldenaussetzung, Schuldendienstaussetzung“ und der Frage, welche Hilfspakete wir in Europa schnüren. Also, das kann ich nicht mehr.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also, ich verstehe. Das hätte mich auch jetzt gewundert, wenn nicht viele andere Dinge Sie auch beschäftigt hätten.

Ich würde doch gerne noch mal konzentrieren. Ich habe ja nicht nach insgesamt „Wie haben Sie die Lage in Afghanistan beurteilt?“ gefragt, sondern nach dem Doha-Abkommen. Also ich zumindest - und ich habe in der Zeit auch viel gemacht - erinnere mich schon noch daran, dass das Doha-Abkommen - - Das war ja schon was Historisches. Donald Trump schließt letztlich ein Abkommen mit den Taliban, und es war auch klar: Das wird jetzt das Ende einleiten des längsten Bundeswehrauslandseinsatzes und des auch verlustreichsten. Insofern - danach habe ich ja gefragt -: Als Sie das sozusagen - - als das geschlossen wurde, was war damals Ihre innere Bewertung „Welche Konsequenzen wird das jetzt haben für uns?“?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, auch das - - tut mir wirklich leid. Also, ich bewundere Sie, dass Sie das noch präzise zuordnen können. Ich kann es nicht und würde jetzt - - Ich kann Ihnen jetzt meine Einschätzung - - Dass das natürlich eine Schwierigkeit ist, wenn man unilateral ohne diejenigen, die mit einem auch gerade in dem militärischen Einsatz unterwegs waren, dann solche Verabredungen trifft, und das Erstaunen darüber, dass man mit den Taliban - - Sie erinnern sich an die Auseinandersetzung „gemäßigte Taliban“, mit wem dürfe man reden oder nicht - auch hier in Deutschland vor einer noch längeren Zeit - - So. Und insofern kann ich nur - und das soll ich ja nicht - mutmaßen, dass ich damals ähnliche Gefühle und Einschätzungen dazu gehabt haben werde, wie ich das jetzt habe. Aber da ich ja gehalten bin, mein Wissen zu sagen, muss ich

Ihnen sagen: Ich weiß es schlichtweg nicht, und es tut mir leid.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann ist das so. - Dann habe ich doch noch mal eine Nachfrage zu der Befragung durch den Kollegen Röwekamp gerade bezogen auf das Sommerinterview, weil Sie ja sehr darauf abgestellt haben - das ist erst mal ja auch nachvollziehbar -, dass das Sommerinterview der Vizekanzler in seiner Rolle als Spitzenkandidat, sozusagen als, ja, Wahlkämpfer letztlich geführt hat. Nachvollziehbar, aber bedeutet das, dass es über dieses Sommerinterview mit Ihnen, also den Inhalt, vorher oder nachher keinerlei Austausch gab? Ich ziele natürlich vor allem ab nicht auf den gesamten Inhalt, sondern speziell auf die Frage „Rückführung nach Afghanistan bzw. Evakuierung von Ortskräften?“. Gab es in dem Kontext dazu irgendeinen Austausch zwischen Ihnen und dem Spitzenkandidaten oder dem Vizekanzler oder dem Finanzminister, einem von den dreien?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Es ist ja zum Glück immer noch eine Person - noch keine Persönlichkeitsabspaltung feststellbar. -

(Vereinzelt Heiterkeit)

Kann ich Ihnen nicht beantworten; weiß ich nicht mehr.

Aber auch da noch mal zur Arbeitsweise. Wenn ich das richtig erinnere, hat er relativ viele Interviews geführt. Wenn ich jetzt zu jedem einzelnen Interview mich mit ihm auch noch ausgetauscht hätte, dann hätte ich meine eigentliche Arbeit nicht mehr machen können. Insofern ist es nicht sonderlich plausibel, dass ich mich - weil wenn ich das jetzt auf meine jetzige Situation - - unterhalte ich mich mit ihm auch nicht im Vorfeld oder im Nachgang zu einem Interview. Es gibt einzelne Interviews, wo ich mal sage - ganz selten natürlich -: „Das fand ich jetzt nicht so gut“, oder Interviews, wo ich sage: „Das war jetzt super.“ Und dann gibt es dafür - das hatte ich vorhin geschildert - den Pressesprecher und die Pressestelle und in dem Fall ja dann immer noch, wenn das jetzt von der SPD in der anderen Rolle



Nur zur dienstlichen Verwendung

begleitet worden wäre, die da in der Pressestelle für ihn verantwortliche Sprecherin.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Vielen Dank. - Haben Sie in dem gesamten Zeitraum - - Wir haben uns vorhin ausgetauscht über Konflikte zwischen Ressorts, Schlichtung, unterschiedliche Auffassungen. Haben Sie in der Zeit sozusagen wahrgenommen, ob, wann, wie das Bundeskanzleramt in diesen Konflikten moderiert hat, zu einer Klärung beigetragen hat? Also Konflikte: Gemeint ist vor allem das Ortskräfteverfahren, natürlich. Haben Sie das in irgendeiner Form wahrgenommen aus eigenem Erleben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Erinnere ich jetzt auch nicht mehr, bin jetzt ein bisschen natürlich wieder kontaminiert durch - in Anführungszeichen - „das Aktenstudium“ aus meiner jetzigen Rolle. Ich würde mal sagen: Es wäre schlecht, wenn sich ein Kanzleramt nicht um diese Dinge kümmern würde. Und daher, weil es ja ein professionell geführtes Haus war, von meinem geschätzten Vorgänger, bin ich sehr sicher, dass sie das gemacht haben werden.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sind sich sicher. Aber Sie haben jetzt auch aus dem Aktenstudium nichts gefunden, wo Sie sagen: Da, an der Stelle, doch, die haben das doch geklärt und - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ich habe die Akten, muss ich zugeben, jetzt nicht mit dem gleichen Aufklärungsinteresse studiert wie Sie, weil ich habe in der Tat noch ein paar andere Themen im Moment - habe und hatte. Und deswegen habe ich jetzt die Akten nicht mit diesem Fokus gelesen, aber natürlich die Spurenelemente, worum sich der damalige, leider verstorbene Abteilungsleiter Hecker gekümmert hat. So. Und das ist ja auch die Rolle eines solchen Amtes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn ich mir die Bemerkung zwischendurch mal erlauben möchte, dass wir zwar natürlich zur Kenntnis nehmen, dass die Zeugen immer vorbereitet werden und

sich vorbereiten, aber das Aktenstudium interessiert uns eigentlich nicht - das können wir auch selbst -, sondern wir wollen immer gerne das Erinnerungsvermögen befragen. Wenn das angeregt wird durch Aktenstudium, ist das gut, aber die Akten wiederzugeben, das können wir selbst.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich wollte gerade sagen, der Zeuge hat ja davon gesprochen, dass seine Erinnerung durch das Aktenstudium kontaminiert wurde. Deswegen wollte ich das in dem Kontext - - Hätte ja sein können, dass das noch weitere Erinnerungen auslöst, aber soweit das nicht der Fall ist - - Ich habe für den Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann geht das Fragerecht zur AfD.

Martin Reichardt (AfD): Vielen Dank. - Ja, Herr Schmidt, Dr. Julius Spatz, damals Abteilungsleiter GIZ, sagte laut vorläufigem Protokoll der UA-Sitzung vom 06.07.23, Seite 98 und 99, aus, dass die GIZ nach dem Fall von Kabul per Hawala Gehälter an afghanische Ortskräfte gezahlt habe. In diesem Zusammenhang sagte Herr Spatz wörtlich - Zitat aus dem vorläufigen Protokoll der UA-Sitzung vom 06.07.23, Seite 99 -:

„Das ist genau das, dass eben Sanktionen da sind und deswegen wir Wege prüfen mussten, ob es möglich ist, mit Hawala Geld reinzubringen. Und diese Prüfung haben wir zusammen mit der Bundesregierung gemacht, und es wurde auf StaatssekretärsEbene entschieden, und damit haben wir das Geld ... reingebracht.“

Zitat Ende. - Herr Schmidt, waren Sie bei jener Staatssekretärsrunde zugegen, und, wenn ja, haben Sie auch dafür plädiert, per Hawala deutsches Geld nach Taliban-Afghanistan zu geben? Und, wenn ja, aus welchen Gründen plädierten Sie dafür?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Der Vorgang sagt mir nichts. Also daran habe ich keine Erinnerung; deswegen weiß ich nicht, ob ich bei einer etwaigen Staatssekretärsrunde dabei gewesen bin. Eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erinnerung daran habe ich nicht. Aber ich kann es Ihnen schlichtweg nicht sagen.

Martin Reichardt (AfD): Dann: Was ist Ihnen generell über die Gründe der Entscheidung der Bundesregierung zu Zahlungen der GIZ per Hawala nach Taliban-Afghanistan bekannt, das heißt, warum wurde das befürwortet?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Jetzt heute aktiv nichts bekannt und kann Ihnen deswegen auch zu etwaigen Gründen, wenn es so eine Entscheidung oder eine Befürwortung gegeben haben sollte, nichts sagen.

Martin Reichardt (AfD): Gut. - Dann: Dr. Julius Spatz sagte laut vorläufigem Protokoll der UA-Sitzung vom 06.07.23, Seite 99, auf die Frage, ob er die Legalität von Hawala-Zahlungen mit der BaFin oder der Bundesbank geklärt habe - Zitat -:

„Ja, selbstverständlich, ... Zahlungen kommen weiterhin auf unser Konto. Wir haben ja die Möglichkeit, von der Bundesbank direkt Gelder zu ziehen, und das machen wir auch heute noch. Und die Zahlungen, also generell Geld nach Afghanistan zu bringen, haben wir auf jeden Fall mit der Bundesbank abgeklärt, ja. BaFin - kann ich nicht sagen, weiß ich nicht.“

Zitat Ende. - Außerdem führte Herr Spatz auf Seite 101 des genannten Protokolls aus, dass es da auch noch - Zitat -, „ein Diskussionsdreieck zwischen KfW, GIZ und uns“ gab. „Und die Federführung in dieser Diskussion hat die KfW, weil sie sich in solchen Sachen viel besser auskennt als wir.“ Zitat Ende. - Meine Frage: Was bedeutet „Geld direkt bei der Bundesbank zu ziehen“? Holte sich die GIZ dort einen Koffer voll Bargeld und sendete ihn nach Afghanistan, oder was ist darunter konkret zu verstehen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht. Das müssten Sie, glaube ich, den Zeugen noch mal befragen.

Martin Reichardt (AfD): Okay. - Stand die Bundesbank bezüglich der Klärung zwischen ihr und der GIZ auch im Kontakt mit dem BMF, oder wie wurden sanktionsrechtliche Fragen, die Zahlungsverkehr betreffen, zwischen Bundesbank und BMF kommuniziert?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil - ich hatte das vorhin versucht zu schildern - es ja verschiedene Zuständigkeiten im BMF gibt, und die Finanzmarkt-Abteilung ist nicht in meinem Zuständigkeitsbereich gewesen.

Nun weiß ich nicht, ob, wenn es um Sanktionen sich gehandelt hätte, die Abteilung I C, also die in der Grundsatzabteilung ist, auch beteiligt worden wäre. Mir ist dieser Vorgang jedenfalls oder diese Fragestellung nicht erinnerlich, und wie Sie ja sehr genau wissen, ist die Bundesbank natürlich unabhängig.

Martin Reichardt (AfD): Okay. - Für das Sekretariat: Ich beziehe mich im Folgenden auf die zugesandte Anlage 27, Seite 6. In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion heißt es - Zitat aus der Bundestagsdrucksache 20/12354 -:

„Transaktionen, die dem Hawala-Banking zuzurechnen sind, werden von den bewirtschaftenden Ressorts weder getätigt noch beauftragt.“

Zitat Ende. - Weitere Antwort der Bundesregierung auf genannter Bundestagsdrucksache, Seite 6 - Zitat -:

„Die Nutzung von Hawala-Systemen durch Zuwendungsempfänger oder Durchführungsorganisationen unterliegt strengen Voraussetzungen und erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Auflagen. Dabei gelten enge Auflagen und Berichtspflichten, um auszuschließen, dass Mittel zweckentfremdet werden.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zitat Ende. - Welche gesetzlichen Auflagen gab es im Untersuchungszeitraum, und welche engen Auflagen und Berichtspflichten galt es bezüglich Hawala konkret einzuhalten? Wie und von wem wurde dies überwacht? Welche Rolle spielten unter anderem BND, das BMF, die BaFin, die Bundesbank und die KfW?

(ORRn Henrike Herz (BMZ)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor Sie antworten, hat die Bundesregierung das Wort.

ORRn Henrike Herz (BMZ): Danke. - Könnten Sie die Zahl oder die Drucksachenummer der Kleinen Anfrage noch mal nennen und auch das Datum, damit wir sichergehen können, dass die auch eine Anfrage ist, die im Untersuchungszeitraum gestellt wurde?

Martin Reichardt (AfD): Moment. - Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, Bundestagsdrucksache 20/12354.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: ... [akustisch unverständlich] dass Sie jetzt fünf Fragen gestellt haben zu den Hawala-Zahlungen. Und ich habe den Zeugen so verstanden, dass er den gesamten Vorgang nicht kennt und auch nicht zuständig war für das Thema. So habe ich die Antworten verstanden.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber ich antworte natürlich gerne auf die Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das wird bei der sechsten und siebten Frage aber nicht besser. Ich meine, Sie können mit Ihrer Zeit machen, was Sie wollen. Aber wenn der Zeuge sagt, er kann dazu nichts sagen, dann ist auch die fünfte Nachfrage, selbst wenn sie anders gestellt wird, nicht sonderlich sinnvoll.

Martin Reichardt (AfD): Aber ich kann ja hier fragen, was ich will, und nicht das, was Sie sinnvoll finden, Herr Stegner.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie irren. Sie können nicht fragen, was Sie wollen. Wir lassen

auch Wiederholungsfragen nicht zu. Und wenn der Zeuge sagt, er kennt den gesamten Vorgang nicht, dann war ich schon sehr großzügig, dass ich das jetzt nicht unterbrochen habe. Die Großzügigkeit endet aber sofort, wenn Sie es strapazieren.

Martin Reichardt (AfD): Soso.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist sehr einfach, ja.

Martin Reichardt (AfD): Können Sie darauf antworten oder wollen Sie?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hier zählt in diesem Fall nicht der Zeuge, sondern ich habe gesagt, ich lasse die Frage nicht zu, weil der Zeuge hinreichend dargelegt hat, dass er den Vorgang nicht kennt, für den Sachverhalt nicht zuständig war. Und dann machen wir das auch nicht aus dem dritten Winkel.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Herr Gloßner.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, zudem ist die zitierte Anfrage außerhalb des Untersuchungszeitraums gestellt worden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut, die Anfrage darf außerhalb des Untersuchungszeitraums sein, weil - - Der Bezug muss im Berichtszeitraum liegen. Also insofern: Das wäre jetzt noch kein Hinderungsgrund. Aber es ist ja nicht erforderlich, dem weiter nachzugehen; der Zeuge kennt den Vorgang nicht.

Martin Reichardt (AfD): Gut, dann stelle ich jetzt einfach die nächste Frage, oder?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte?

Martin Reichardt (AfD): Dann stelle ich jetzt einfach die nächste Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte. Sie haben noch eine Minute Zeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martin Reichardt (AfD): Gut. - Herr Berger [sic!], laut MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 19, schrieb Jan van Thiel aus Kabul am 21. August 2021 von - Zitat - „kostenträchtigen Deals mit den Taliban“. A): Ist Ihnen bekannt, ob in den Tagen der Evakuierungsoperation oder in den Wochen danach Bundesmittel an die Taliban für die von van Thiel erwähnten kostenträchtigen Deals mit den Taliban geflossen sind? Und, wenn ja: Wie viele Gelder sind für welche Leistungen gezahlt worden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ist mir nicht bekannt. Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Martin Reichardt (AfD): Dann nächste Frage. Aus MAT A BMVg-5.208 VS-NfD, Blatt 116, geht hervor, dass Olaf Scholz sich am Abend des 24. August 21 im Kanzleramt mit der Kanzlerin und anderen Ministern besprach. Für das Sekretariat: Ich beziehe mich auf die Anlage 18, Seite 4.

Laut „Spiegel“-Artikel „Kinder wurden wie Müll entsorgt“ hat Olaf Scholz am Abend des 25. August 2021 im Kanzleramt mit Frau Merkel, Herrn Zorn und Kabinettskollegen die KSK-Evakuierungsaktion verfolgt, während der mit Hubschraubern eine afghanische Familie aus München in den Bergen um Kabul abgeholt und dann zum Flughafen geflogen worden ist. Sie hatte den Codenamen „Gripping Eagle“.

Laut vorläufigem Stenografischem Protokoll 20/85, Seite 52, hat uns General Zorn hier berichtet, dass diese KSK-Hubschrauberaktion mit den Taliban abgestimmt gewesen sein soll. Herr Schmidt, ist Ihnen bekannt, ob Herr Scholz und die anderen Minister und die Kanzlerin damals wussten, dass die KSK-Hubschrauberoperation mit den Taliban abgestimmt gewesen ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das entzieht sich auch meiner Kenntnis, leider.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende der Befragungszeit, wobei ich für die Kollegen darauf hinweisen möchte, dass die Aussage von Herrn Zorn sich darauf bezog, dass es um Sicherheitsfragen ging, was Hubschrauberflüge

generell anging, und dass im Interesse der Sicherheit der Piloten und der Beschäftigten es solche Formen von Absprachen gegeben hat, wer wo unterwegs gewesen ist. Das ist hier uns ja mehrmals geschildert worden. Das entspricht im Übrigen auch der Erwartung des Ausschusses, dass Gesundheit und Leben von deutschen Militärangehörigen bei solchen Einsätzen auch eine Rolle spielen. - Das wollte ich nur zur Erläuterung auch für den Zeugen hinzufügen. Das war Gegenstand hier der Aussage von Herrn Zorn.

Jetzt sind wir bei der FDP-Fraktion. Haben Sie noch Fragen? - Bitte schön, Herr Heidt.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Schmidt! Wir haben ja schon ein bisschen über Lage gesprochen, und die Interpretation dieser Lagebilder war ja zwischen den Ressorts durchaus unterschiedlich. Das BMI hat bis in den August hinein noch Abschiebungen vornehmen wollen, und das BMVg hat seit November 21 für eine Ausweitung und Vereinfachung der OKVs plädiert. Haben Sie in der Bundesregierung wahrgenommen, dass jemand eine einheitliche Interpretation des Lagebildes herstellen wollte?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da kann ich Ihnen auch nichts zu sagen, also erinnere ich nicht.

Peter Heidt (FDP): Ist denn in der Bundesregierung, im Kabinett über so was mal gesprochen worden?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Noch mal: Ich habe nicht an den Kabinettsitzungen teilgenommen, hatte ich ausgeführt. Deswegen kann ich Ihnen dazu nichts sagen.

Peter Heidt (FDP): Ja, okay. - Welche Rolle hat denn das Bundeskanzleramt eingenommen, wenn es zu Meinungsverschiedenheiten bei den Ressorts zu Afghanistan-Fragen allgemein gekommen ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Müsstem Sie das Bundeskanzleramt oder den damaligen Leiter bitte fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Peter Heidt (FDP): Sie waren da nicht irgendwie dabei mal oder haben so was erlebt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wie gesagt: Ich habe an den Kabinettsitzungen nicht teilgenommen, wenn ich das richtig erinnere, auch an Staatssekretärsrunden zu Afghanistan nicht und an dem Krisenstab auch nicht. Also, insofern wüsste ich jetzt nicht - - habe keine aktive Erinnerung an irgendwelche Runden, an denen ich teilgenommen hätte, in denen das eine Rolle gespielt hätte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege Heidt, Sie waren da, glaube ich, auch noch nicht da. Wir haben das in der Anfangsphase der Befragung von Herrn Schmidt sehr intensiv erörtert, wo dargelegt worden ist, wo er teilgenommen hat und wo nicht. Und da wurde danach auch gefragt. Das wollte ich nur - -

Peter Heidt (FDP): Okay. Ja, gut. - Vielleicht dann noch mal - - Zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens, was hat denn da für ein Ziel die Bundesregierung dann zunächst verfolgt für Afghanistan?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Ich war nicht Mitglied der Bundesregierung. Ich war Staatssekretär *der* Bundesregierung.

Peter Heidt (FDP): Ja, gut. - Aber normalerweise bekommt man ja als Staatssekretär ein bisschen was mit. Also, kenne ich von meinen Staatssekretären. Aber okay.

Wissen Sie davon, dass das BMI in Zusammenarbeit mit Österreich eine Abschiebeoffensive nach Afghanistan im Juli 2021 gestartet hat?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Erinnere ich jedenfalls nicht.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Sie sind ja Aufsichtsrat von der GIZ gewesen. Haben Sie sich im Rahmen dieses Aufsichtsrates mit der Situation in Afghanistan auseinandergesetzt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte das vorhin in meinen Eingangsbemerkungen und dann bei der

ein oder anderen Frage schon beantwortet, mache ich aber gerne noch mal. Wir haben uns in der Tat, vor allem ausgehend von der damaligen Frage, ob und, wenn ja, welche Liegenschaft längerfristig für die GIZ angemietet oder angekauft werden soll, intensiver im Aufsichtsrat mit der Frage beschäftigt. Und der damalige AfPak-Beauftragte hat bei einer der Sitzungen vorgetragen auch zur Lage in Afghanistan. Und dann haben wir uns darüber intensiv ausgetauscht.

Peter Heidt (FDP): Haben Sie denn in diesem Rahmen mal über Lagebilder gesprochen auch?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht mehr. Also, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mir jedenfalls geht es so: Ich nehme an relativ vielen Sitzungen teil und bin nicht in der Lage, Jahre später noch den präzisen Verlauf und was da jeweils besprochen worden ist, wiederzugeben.

Peter Heidt (FDP): Die Migration spielte ja 2021 eine große Rolle. Wie standen Sie zu den Abschiebungen nach Afghanistan im August 2021?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Da ist mein Problem - das ist ein bisschen wieder der gleiche Sachverhalt, wie ich bei dem Abgeordneten Limburg eben versucht habe zu erläutern -, dass ich nicht in der Lage bin, meine Haltung zu jeweiligen Zeiträumen zuzuordnen. Grundsätzlich halte ich Abschiebungen insbesondere von Straftätern nach Afghanistan für notwendig.

Peter Heidt (FDP): Wie hat denn die afghanische Regierung Ihrer Kenntnis nach damals die Lage bewertet für Abschiebungen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wann?

Peter Heidt (FDP): In 21, also bevor - - vor dem Fall von - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Welche? Also die legitime afghanische Regierung?

Peter Heidt (FDP): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Peter Heidt (FDP): War Ihnen bekannt, dass das afghanische Flüchtlingsministerium die EU und auch Deutschland dazu aufgefordert hat, ab Juli 21 Abschiebungen einzustellen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin nicht sicher, ob ich im Nachgang darüber mal was in der Presse gelesen habe. Also, irgendwo erinnere ich irgendwas. Aber ich bin mir ziemlich sicher, dass ich darüber keine dienstliche Kenntnis hatte.

Peter Heidt (FDP): Spielte eigentlich ein innenpolitischer Druck in Deutschland eine Rolle bei der Frage der Abschiebungen nach Afghanistan? Haben Sie das wahrgenommen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das erinnere ich nicht. Aber ich wüsste auch nicht, wie ich in meiner Funktion als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium dazu irgendwie Kenntnis hätte haben können oder sollen.

Peter Heidt (FDP): Na ja, in 21 spielt ja natürlich die Frage von Abschiebungen schon eine große Rolle. Das war eins der großen - - auch im Wahlkampf ein großes Thema. Ihr Chef war ja dann schon auch irgendwie involviert in diesen Wahlkampf.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber ich habe, wie gesagt, keine aktive Erinnerung. Der Kollege hatte ja gerade noch aus einem Sommerinterview, wenn ich das richtig erinnere, die Haltung des damaligen Finanzministers und Spitzenkandidaten geschildert.

Peter Heidt (FDP): Also, Sie wissen nicht, ob der Bundesfinanzminister, damalige Bundesfinanzminister sich näher mit der Lage in Afghanistan - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Lieber Herr Kollege Heidt, ich habe versucht, sozusagen das schon großzügig zu handhaben, weil wir haben die Frage wirklich jetzt etliche Male beleuchtet und sind immer wieder an dem Punkt angelangt, dass der Zeuge zum einen nicht zuständig war,

zum Zweiten Wahlkampf Fragen jedenfalls nicht so erörtert worden sind, sondern mit anderen, und zum Dritten ... [akustisch unverständlich] Es ist einfach so: Wir wiederholen uns sehr, und die Antwort ist dann immer die gleiche. Und deswegen - -

Peter Heidt (FDP): Ja, es ist halt irgendwie kaum vorstellbar, dass jemand, der so politisch aktiv ist, das alles nicht beantworten kann. Aber das ist dann halt irgendwie so. - Gut, dann würde ich jetzt keine Fragen mehr haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bewertungen stellen wir ja hinterher an. Aber eins ist natürlich klar: Wir haben heute einen Zeugen geladen, der in den Akten so gut wie nicht vorkommt, weil er - das haben wir am Anfang geklärt - nahezu keine Zuständigkeiten hat für den Bereich, und den wir befragt haben nach seiner koordinierenden Rolle, was die SPD-Koordinierung der Ministerien angeht. Das waren die Fragezugänge. Und insofern ist das dann irgendwie zwangsläufig, dass wir bei den Fragen immer wieder bei den gleichen landen.

Dann sind wir am Ende dieser Runde. Darf ich fragen, wo noch Fragebedarf besteht? - Die SPD hatte keine Fragen mehr, die Grünen auch nicht, die Union auch nicht, die FDP auch nicht. Dann hat die AfD Restfragen.

Martin Reichardt (AfD): Ja, Herr Schmidt, laut MAT A BK Amt-3.64 VS-NfD, Blatt 61, hat Olaf Scholz am 23. November 2020 auf Einladung der Kanzlerin am Mehrministertgespräch im Kanzleramt zur Afghanistan-Politik teilgenommen. Und aus derselben MAT-Nummer geht hervor, dass der BND Unterlagen und Informationen über diese Besprechung mit - - der Kanzlerin zugeliefert hatte. Hat Olaf Scholz mit Ihnen über dieses Mehrministertgespräch im Kanzleramt gesprochen und, wenn ja, was ist Ihnen über die Inhalte des Mehrministertgesprächs bekannt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Daran habe ich keine Erinnerung.

Martin Reichardt (AfD): Laut MAT A AA-913 VS-NfD, Blatt 68, haben Sie am 18.04.2021 in



Nur zur dienstlichen Verwendung

einer Mail an verschiedene SPD-Staatssekretäre die Meldung zu dem Statement der Ministerin BMVg, afghanische Ortskräfte vereinfacht nach Deutschland zu bringen - - angehängt. Den Anhang kommentierten Sie mit dem Hinweis - Zitat aus eben genannter MAT-Nummer -:

„**Olaf bat darum:**

Können wir sicherstellen, dass es aus den A-Ressorts keine Bedenken gibt?“

Zitat Ende. - Herr Schmidt - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich muss Sie unterbrechen. Die Frage ist wortgleich gestellt worden, und zwar von mir bei der Einleitung. Und deswegen tue ich was für Ihre Zeit, indem wir uns ersparen, das zu wiederholen.

Martin Reichardt (AfD): Dann nehmen wir die. - Herr Schmidt, laut vorläufigem Protokoll der UA-Sitzung vom 21.03.2024, Seite 26, sagte uns der Zeuge Markus Potzel, dass er im Herbst 2021 gemeinsam mit Jasper Wieck nach Taliban-Afghanistan gereist sei, um sich mit Vertretern der dortigen Regierung zu treffen. Sie, Herr Schmidt, waren laut MAT C BMZ-2 VS-NfD, Blatt 5, ebenfalls im Herbst 21 zu einer Staatssekretärsrunde zum Thema Afghanistan ins AA eingeladen. Können Sie uns bitte sagen, was Sie über den Besuch von Herrn Potzel und Wieck in Taliban-Afghanistan erfahren haben? Und mit welchem Ziel und mit welchen Petita reisten die beiden damals in das Kabul der Taliban?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Könnten Sie mir die Unterlage - ich erinnere eine solche Sitzung nicht - vielleicht noch mal geben? Vielleicht hilft das bei der Erinnerung. Also, mir sagt das im Moment gar nichts.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auf welchen Zeitraum beziehen wir uns da eigentlich?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist eine Einladung. Insofern ergibt sich daraus nicht, ob ich die wahrgenommen habe. Es würde mich etwas wundern, ehrlicherweise. Aber das wäre jetzt Spekulation. Also, da müsste man - - Ich hätte einen Verdacht, dass vermutlich ich das an Herrn Gatzter weitergegeben haben würde, weil ich damals - - jedenfalls nicht erinnere, dass ich an einer Staatssekretärsrunde zum Thema Afghanistan teilgenommen hätte. Und ich nehme an, dass es ja vielleicht auch die ein oder andere - - oder ein Protokoll oder eine Notiz oder so was da geben würde. Da würde man ja sehen, ob ich dabei bin. Also, mir sagt diese Runde nichts. Deswegen kann ich auch zu der Sitzung nichts weiter sagen leider.

Martin Reichardt (AfD): Gut. - Herr Schmidt, laut MAT A AA-978 VS-NfD, Blatt 104 und 105, haben Sie sich am 10. September 2021 an Staatssekretäre im BMI gewandt und baten um Aufnahme diverser Afghanen, die Kabul Luftbrücke e. V. Ihnen empfohlen hatte. Staatssekretär Teichmann teilte Ihnen daraufhin mit, dass das BMI gerade gestern die geschlossene Liste, der - Zitat - „sog “Menschenrechtsaktivisten““ erhalten habe. Dennoch formulierten Sie Teichmann gegenüber in einer zweiten Mail - Zitat aus eben genannter MAT-Nummer -:

„Falls einzelne in der beigegeführten Liste enthaltene Namen nicht auf der AA-Liste enthalten sein sollten, wäre es schön, wenn sich Ihre KollegInnen diese trotzdem sehr wohlwollend anschauen könnten und auch da“

Aufnahmezusagen

„möglich wären.“

Zitat Ende. - Herr Schmidt, können Sie uns sagen, ob durch Ihren engen Draht zu Herrn Teichmann dann noch Wunschpersonen des Vereins Kabul Luftbrücke im Nachgang auf die sogenannte Menschenrechtsliste gesetzt worden sind und Ausnahmezusagen [sic!] erhielten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich leider nicht. Aber das wird sich ja bestimmt aus den Akten ergeben.

Martin Reichardt (AfD): Laut MAT A A-901 VS-NfD, Blätter 181 und 243, hatte zwei Wochen vor Ihrem Engagement für Kabul Luftbrücke bei Herrn Teichmann AA-Staatssekretär Berger über Kabul Luftbrücke geschrieben - Zitat -:

„Man ist fassungslos, was die veranstanalten.“

Es ist unerträglich wie Marquardt und seine Luftbrücke agieren und unsere Evakuierungsbemühungen erschweren.“

Zitat Ende. - Aus welchen Gründen setzten Sie sich für den Verein Luftbrücke e. V. ein? War Ihnen bekannt, wie man im SPD-geführten Auswärtigen Amt über die Kabul Luftbrücke dachte?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Zu Letztem hatte ich vorhin, glaube ich, bei dem Vorhalt eines Ihrer Kollegen schon gesagt, dass in einer Mail ich ausdrücklich gesagt habe, dass ich wusste, wie insbesondere diese Aktivität - das hatte ich im Eingangsstatement gesagt - in Hinblick auf ein Flugzeug, glaube ich, das die dorthin beordert hatten, gesehen wurde. Und wenn ich es richtig erinnere, habe ich in den Gesprächen mit Vertretern dieses Vereins - und wenn ich es richtig erinnere, ist auch ein Europaabgeordneter da aktiv - auch deutlich gesagt, was die Einschätzung in den Zuständigen ist und dass diese, aus der Sicht der zuständigen Ressorts, Chaotisierung nicht produktiv ist.

Ich will auch sagen: Ich habe mich nicht für einen Verein eingesetzt, sondern, wie man den Mails jeweils entnehmen kann, habe ich darauf hingewiesen, dass es bestimmte Personen gibt, die über diese Organisation sich an mich gewandt hatten, und deswegen gesagt habe an das Auswärtige Amt oder an das BMI: Könnt ihr euch diese Sachen bitte einmal angucken.

Und ich habe vorhin auch geschildert, dass es ja kein Weisungsverhältnis war, sondern es darum

ging, sicherzustellen, wenn Sie die Situation damals sich in Erinnerung rufen, dass niemand, der einen Schutzanspruch haben sollte, dann durch den Rost fällt. Aber die Prüfung, ob ein solcher Schutzanspruch besteht und ob es richtig ist, dass die Menschen nach Deutschland geholt werden, das ist natürlich eine Frage - und das ist auch immer deutlich geworden, glaube ich, in allen Mails und allen Kontakten -, die von dem jeweils zuständigen Ressort zu entscheiden war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir auch am Ende dieser Runde angekommen. - Und dann sind wir zwar nicht formal am Ende der Befragung, weil Sie das Protokoll zugesandt bekommen und 14 Tage Zeit haben, gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen. Erst danach würde förmlich das Ende der Befragung festgestellt. Ich darf mich bei Ihnen bedanken, dass Sie dem Ausschuss zur Verfügung gestanden haben, und unterbreche die Sitzung für zehn Minuten. Und wir fahren dann mit der dritten Zeugin fort.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Herzlichen Dank. Schönen Abend noch!

(Unterbrechung von
20.22 bis 20.32 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen die Befragung fort.

Ich begrüße unsere dritte Zeugin, Frau Staffa, die bereits Platz genommen hat.

Vernehmung der Zeugin Peggy Staffa

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 2. Mai bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Frau Staffa, ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin vor.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung in einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die

ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeugin Peggy Staffa: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Es ist wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeugin Peggy Staffa: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann werde ich Sie jetzt zur Person befragen. Und zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn Sie zum Ablauf keine Fragen mehr haben, dann würde ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeugin Peggy Staffa: Peggy Staffa, 47 Jahre, derzeit tätig bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Wünschen Sie, im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen über den Untersuchungsgegenstand bekannt ist?

Zeugin Peggy Staffa: Sehr gerne.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann haben Sie das Wort.

Zeugin Peggy Staffa: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Stegner! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meiner Vita könnten Sie entnehmen, dass ich meine Erfahrungen ganz überwiegend in der öffentlichen Verwaltung gesammelt habe. Als Diplom-Verwaltungswirtin und Volljuristin habe ich gelernt, was praktisch, organisatorisch und inhaltlich zu tun ist, um rechtmäßiges Verwaltungshandeln sicherzustellen, vor allem aber auch, wie man in Krisensituationen die Ruhe bewahren und auch in solchen Zeiten neue Routinen etablieren und einüben sollte.

Ich würde Sie nun gern in meinem Eingangsstatement an meine Tätigkeit als Büroleiterin der damaligen Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer heranführen. Diese Tätigkeit habe ich am 1. September 2019 übernommen und führte diese bis zum 4. Dezember 2021 aus. Während des gesamten Untersuchungszeitraums war ich somit als Büroleiterin der Verteidigungsministerin tätig. In dieser Funktion war ich fach- und dienstaufsichtlich für zehn Kolleginnen und Kollegen zuständig, Tarifangestellte, Beamte sowie Soldatinnen und Soldaten. Dazu gehörte neben dem Persönlichen Referenten eine Fachreferentin, die gleichzeitig meine Stellvertreterin war, und eine sogenannte Geschäftsstelle im sogenannten „Büro Ministerin“, welche

mir zugeordnet war. Diese Geschäftsstelle hat eigenständig und sehr routiniert die Posteingänge wie die -ausgänge organisiert, also die Verteilung der Vorgänge im gesamten Leitungsstab.

Das Büro der Ministerin war eines von sechs Organisationseinheiten im Leitungsstab. Neben dem Büro Ministerin gab es dazu die Adjutantur, den Bereich „Strategische Schwerpunkte, Reden und Texte“, den Bereich „Parlament/Kabinett“ und das Protokoll. Aufgrund der personellen Größe der einzelnen Einheiten kann man auch von Referaten sprechen.

Fach- und dienstaufsichtlich unterstanden diese sechs Referate dem sogenannten „Leiter Leitungsstab“, welchem also auch das Büro der Ministerin, welchem ich vorstand, unterstellt war. Das Büro der Ministerin, die Adjutantur und das Referat „Strategische Schwerpunkte“ hatten die zehn Abteilungen und die beiden Stäbe im Bundesverteidigungsministerium unter sich aufgeteilt. Das Büro Ministerin, also mein Bereich, war für alle Vorgänge und Angelegenheiten verantwortlich, die federführend von den damaligen Abteilungen „Personal“, „Recht“, „Infrastruktur“, „Umwelt“, „Dienstleistungen“ und dem damaligen Stab „Organisation und Revision“ bearbeitet wurden. Das waren im Prinzip alle jene Abteilungen und Stäbe, die vom damaligen beamteten Staatssekretär Hoofe verantwortet wurden, den Sie ja auch bereits als Zeuge befragt hatten.

Die Adjutantur war für die damaligen Abteilungen „Politik“, „Strategie und Einsatz“ und „Führung Streitkräfte“ zuständig. Das Referat „Strategische Schwerpunkte“ war für die Abteilungen „Ausrüstung“, „Cyber-Informationstechnik“, „Planung“ und die Abteilung „Haushalt und Controlling“ verantwortlich.

Aus dieser Aufgabenverteilung ergibt sich, dass das Büro Ministerin auf Leitungsebene weder für das Doha-Abkommen zuständig war. Das verantwortete federführend die Abteilung „Politik“, die über die Adjutantur an die Ministerin vorlegte. Hier gab es damals die Besonderheit, dass der Abteilungsleiter „Politik“, damals war das Herr Dr. Wächter, ein direktes Vorlage-, Vorsprache-



Nur zur dienstlichen Verwendung

und Beratungsrecht gegenüber der Ministerin besaß. Alle anderen Abteilungen legten ihre Vorgänge über den jeweils zuständigen beamteten Staatssekretär vor. Also bei Vorlagen und Vorgängen von der Abteilung „Einsatz“ wurde über Staatssekretär Zimmer vorgelegt - vorgelegt.

Die Adjutantur war auch für die Themen Rückverlegung, materiell wie auch personell, im Rahmen des Mandats Resolute Support und auch für die spätere militärische Evakuierungsoperation zuständig. Diese beiden Themen wurden alle zusammen in der Abteilung „Strategie und Einsatz“ zusammen mit dem Einsatzführungskommando im nachgeordneten Bereich bearbeitet, sodass der Hochlauf über den beamteten Staatssekretär Zimmer über die Adjutantur an die Ministerin verlief.

So viel zur grundsätzlichen Aufgabenverteilung und daraus resultierenden Verantwortlichkeiten innerhalb des Leitungsstabes.

Mit dem konkreten Auftrag der Ministerin - aus meiner Erinnerung war das Anfang April 2021 -, die Planung zur Evakuierung deutscher Staatsbürger und berechtigter Personen aus Afghanistan, sprich: den Ortskräften, vorzubereiten, bat sie zugleich um regelmäßige Unterrichtungen zur Lageentwicklung und zum Abzugsprozess Resolute Support. Vom Leiter Leitungsstab bekam ich in diesem Zusammenhang die Aufgabe, mich auch um das Thema Ortskräfte mit zu kümmern. Ich kann daher Ihnen die Tatsachen vortragen, die sich auf die Belange Schutz und Aufnahme der Ortskräfte beziehen, wo ich mit eingebunden bzw. beteiligt war. Viele Fälle waren dies nicht, da ja immer noch die Regelung galt, dass die Vorlagen von den Abteilungen „Politik“ und „Strategie und Einsatz“ über die Adjutantur der Ministerin vorgelegt werden.

Ich kann mich aber an drei wesentliche Aspekte meines Handelns bzw. Beteiligung daran erinnern. Als Erstes habe ich die inhaltliche und organisatorische Abstimmung mit dem damaligen Unterabteilungsleiter von der Abteilung „Strategie und Einsatz“, General Faust, zu einer wöchentlichen Unterrichtung zur Resolute Support Afghanistan vorgenommen. Wir haben uns also

darüber verständigt, wie diese wöchentliche Unterrichtung inhaltlich auszusehen hat. Ich kann mich erinnern, dass beispielsweise auf der ersten Seite immer die Kernaussagen zusammengefasst worden sind, und von Beginn an war dort als Kernaussage: Die Ministerin spricht sich für die Aufnahme der Ortskräfte aus in Umsetzung und in Abstimmung mit BMI und AA. In der wöchentlichen Unterrichtung war aber beispielsweise auch eine Liste der Rufbereitschaft integriert bei Lageverschärfung.

Organisatorisch wurde diese wöchentliche Unterrichtung dann erstmalig am 21.04.21 fertiggestellt. Sie erschien wöchentlich, wie es schon sagt im Titel, und erschien immer jeweils Dienstag zum Dienstschluss. Wir haben uns darauf verständigt aufgrund der Brisanz der Informationen, dass wir das nur auf personenbezogene E-Mail-Fächer und in nur einem sehr begrenzten Personenkreis - bekommen haben und das natürlich auch nur als PDF-Dokument. Das wurde Ende April/Anfang Mai dann noch mal etwas nachgeschärft zur besseren Lesbarkeit. Und die Schwerpunkte der Schärfung und diese wöchentliche Unterrichtung wurden dann bis zum 20.08.2021 produziert. Und dann wurde dieser Dauerauftrag aufgrund der damaligen Lagesituation storniert.

Die zweite Erinnerung, die ich habe, das war im August. Kurz vor meinem Jahresurlaub war ich dann noch an der Terminierung einer Telefonkonferenz zu Afghanistan auf Wunsch des Bundeskanzleramtes mit tätig. Staatsminister Braun hatte das Ansinnen, eine Telefonkonferenz durchzuführen. Die fand dann auch statt am 14.08.21 und dann noch mal am Montag, dem 16. August 21.

Und der dritte Sachverhalt waren die Angelegenheiten rund um die Geschäftsgänge zu den konkreten Fällen im Ortskräfteverfahren. Spätestens mit der Übernahme Kabuls durch die Taliban erreichte uns dann eine Vielzahl von Post und vor allen Dingen von E-Mails, meistens mit mehreren umfangreichen Anlagen von betroffenen Ortskräften, von deren Familienangehörigen, Freunden, Unterstützern, sogenannte Hilfeersuchen. Diese kamen nicht nur von den aktuellen Ortskräften,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern auch von denjenigen, die irgendwann mal für die Bundeswehr in Afghanistan tätig waren.

Und hier haben wir dann unverzüglich ein ordnendes internes Verfahren aus dem Büro Ministerin heraus etabliert. Und das sah wie folgt aus: Wir haben alle Hilfeersuchen, die in dem Leitungsbereich uns erreichten, egal auf welchem Weg - - wurden diese an das Funktionspostfach des Referats in der Abteilung Pol, Pol II 2, weitergeleitet mit der Bitte, diese zuständigkeitshalber an das Auswärtige Amt abzugeben. Des Weiteren wurde dieses Referat gebeten, eine Abgabennachricht an den Petenten mit weiteren Infos und Verlinkungen für die diversen Fälle zu geben.

Die diversen Fälle, das waren vier Kategorien, nämlich einmal für jene, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben, der zweite Fall waren dann Ortskräfte mit gültigem Visum und Aufenthaltstitel für Deutschland, der dritte Fall ehemalige Ortskräfte mit Pass und Aufnahmezusage und der vierte Fall sind ehemalige Ortskräfte ohne Aufnahmezusage. Und diese vier Kategorien waren dann im Prinzip immer - - darunter die Verlinkungen mit den Hinweisen, wie man da vorzugehen hat.

Sowohl das Funktionspostfach von dem federführenden Referat bei der Abteilung SE - „Strategie und Einsatz“ - II 1, die hatten die Federführung für die Ortskräfte, als auch das Funktionspostfach vom Büro Ministerin, also meinem Bereich, wurden dann bei der Nachricht an das Referat Pol II 2 immer in cc gesetzt, sodass alle diejenigen, die im Haus beteiligt waren, immer den gleichen Sachstand hatten. - Das vielleicht so einführend.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Zeugin. - Dann beginnen wir mit der Befragung. Und das Fragerecht geht an die SPD-Fraktion. Frau Kollegin Yüksel.

Gülistan Yüksel (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Staffa! Und vielen Dank, dass Sie heute hier sind und uns als Zeugin zur Verfügung stehen. Ich würde gerne am Anfang ein paar Fragen stellen, bevor wir

dann auf das Ortskräfteverfahren eingehen, und würde Sie gerne erst mal fragen, ob Sie uns kurz sagen können, wie Sie die ressortübergreifende Zusammenarbeit bewerten.

Zeugin Peggy Staffa: Ich habe wahrgenommen, dass wir als Bundesverteidigungsministerium von Beginn an immer die treibende Kraft waren im Kontext Ortskräfte. Und ich habe wahrgenommen in den internen Sitzungen, dass es hier Reibungspunkte gab und wir eher immer wieder nachgefragt haben: „Was können wir tun?“ usw. Und das sieht man ja dann auch in den konkreten Maßnahmen, wo wir beispielsweise das Callcenter eingerichtet haben, um im Prinzip immer wieder mit den Ortskräften oder mit den ehemaligen Ortskräften in Kontakt zu bleiben, obwohl es nicht unsere ureigenste Zuständigkeit gewesen ist.

Also, ich würde zusammenfassend sagen: Wir waren von Beginn an die treibende Kraft von A bis Z, also ohne Unterlass.

Gülistan Yüksel (SPD): Sie sagten gerade, dass es Reibungspunkte gab. Können Sie da vielleicht noch mal so kurz erläutern, was Sie damit so genau meinten? Gab es da sehr viel? Sie sagten ja eben, es gab so Reibungspunkte. Auf was haben Sie das bezogen?

Zeugin Peggy Staffa: Also, wir wollten Handlungen sehen, wir wollten Aktivitäten sehen. Und unser Eindruck war in den Runden - das kann ich nur aufnehmen -, dass im Prinzip nichts vorwärtsging. Wir haben also das Thema Flüge zum Thema gemacht, Charterflüge, das Thema Kontaktaufnahme mit den Ortskräften, mit ehemaligen Ortskräften. Und da habe ich nur wahrgenommen, dass keine Aktivitäten erfolgt sind.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank. - Dann würde ich gerne von Ihnen wissen, welche Aufgaben Sie persönlich in Bezug zu Afghanistan wahrgenommen haben. Können Sie da auch was dazu sagen?

Zeugin Peggy Staffa: Also, eigentlich, wie ich das einführend gesagt habe, eine ureigenste Zuständigkeit hatte ich nicht, weil das Büro Ministerin



Nur zur dienstlichen Verwendung

grundsätzlich ausschließlich für die Abteilungen zuständig war, die nicht mit Afghanistan zu tun hatten. Also, die Schwerpunktabteilungen, die alleinigen Abteilungen „Politik“ und „Strategie und Einsatz“, waren in der Zuständigkeit des beamteten Staatssekretärs Zimmer. Dort gingen die Vorgänge hoch. Und dann wurden sie an die Adjutantur vorgelegt zur Sichtung. Und dann wurde direkt an die Ministerin vorgelegt, wenn es diese Relevanz hatte, sodass über das Büro Ministerin grundsätzlich zu Afghanistan nichts vorgelegt wurde. Und das war auch korrekt so.

Das Einzige war im Prinzip, was ich gesagt habe, wo dann die verschiedenen Hilfeersuchen kamen, dass wir einfach das ordnende Verfahren „Wie gehen wir mit den Hilfeersuchen um?“ - - dass wir organisatorisch dafür gesorgt haben, dass es ein standardisiertes Prozedere im Umgang mit diesen Hilfeersuchen gibt.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielleicht dazu noch mal ganz kurz, wie wir uns Ihr Arbeitspensum dazu vorstellen können. Können Sie das kurz vielleicht erläutern, wie da Ihr Arbeitspensum war, natürlich auch in Bezug auf Afghanistan zu Beginn und vielleicht auch zum Ende des Untersuchungszeitraums?

Zeugin Peggy Staffa: Also, die Schlagzahl des Büros der Ministerin und von mir ganz persönlich als Büroleiterin war von Beginn meiner Tätigkeit, vom 1. September 2019, bis zum Ende sehr hoch. Das liegt in der Natur der Sache. Ich glaube, das würde jeder Büroleiter/Büroleiterin in den Bundesressorts sagen. Und ich würde auch sagen, dass durch Afghanistan und den Untersuchungszeitraum jetzt für das Büro Ministerin nicht unverhältnismäßig mehr darauf kam. Man muss halt bei jeder Krise oder bei jeder erneuten Sachverhaltslage - da gibt es beim BMVg immer sehr viele Sachverhaltslagen, die im Prinzip reinkommen - - hat das Büro Ministerin, finde ich, den Auftrag - so habe ich meine Aufgabe verstanden -, schnell zu einer Routine, zu einer neuen standardisierten Routine zu kommen. Und dann sind sozusagen die Auswüchse der Belastbarkeit keine anderen als davor oder als normal üblich.

Gülistan Yüksel (SPD): Sie sagten eben in Ihrem Eingangsstatement, wenn ich das richtig verstanden habe, dass Sie seit September 2019 bis Dezember 21 als Büroleiterin tätig waren. Ich würde gerne wissen, ob Sie am Ende überrascht waren, dass Kabul doch so schnell fiel und die Taliban die Macht übernommen haben. Wie ist da Ihre Erfahrung oder Ihr Eindruck?

Zeugin Peggy Staffa: Das kann ich nicht einschätzen.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie uns vielleicht kurz erläutern, wie Sie dann die Tage rund um den Fall Kabuls im BMVg vielleicht wahrgenommen haben?

Zeugin Peggy Staffa: Ich hatte kurz angerissen, dass ich im August, wo es um die Telefonkonferenz auf Einladung des Kanzleramtes ging, meinen Jahresurlaub hatte. Mein Jahresurlaub ging vom 13. August bis zum 31. August 21. Und insoweit habe ich das lesend miterlebt, diese wirklich aufgeheizten Tage, wie jeder Bürger, glaube ich, auch. Also, insoweit wäre das vielleicht dazu zu sagen.

Gülistan Yüksel (SPD): Gut, vielen Dank. - Dann kommen wir zu den Ortskräfteverfahren. Da sind Sie ja eben auch kurz drauf eingegangen. Und ich würde gerne von Ihnen zuerst einmal wissen, ob Sie uns ausführen können, welche Schwierigkeiten und auch Hindernisse aus Ihrer Sicht im Ortskräfteverfahren auftraten. Sie sagten ja eben das mit Flügen. Können Sie uns das vielleicht noch mal ein bisschen näher erläutern?

Zeugin Peggy Staffa: Na ja, es gab ja im Prinzip ein ganz klassisches Ortskräfteverfahren bis Mai 21, das ganz klassische ursprüngliche Ortskräfteverfahren, wo das Bundesinnenministerium die Federführung dazu hatte und die Ressorts, die jeweils Ortskräfte hatten, im Prinzip dann einen zuständigen Ressortbeauftragten hatten, die im Prinzip dann die Gefährdungsüberprüfung vorgenommen haben. Und als sich die Lage dann etwas zuspitzte, gab es ja dann die Debatte - und das habe ich so empfunden, dass das durch das Engagement von Annegret Kramp-Karrenbauer vor allen Dingen kam - - dass dann so ein Druck



Nur zur dienstlichen Verwendung

drauf war, dass man sagte, also, dieses aufwendige, bürokratische Verfahren könne man dann nicht mehr machen, man müsse über ein vereinfachtes Verfahren nachdenken. Und das führte ja dann auch dazu im Einverständnis - - zum Wegfall der Gefährdungsprüfung. Und später dann im Juni wurde ja dann das vereinfachte Verfahren noch mal erweitert, wo der Personenkreis der Ortskräfte noch mal erhöht worden ist und diese Zweijahresfrist fiel. Das habe ich also beobachtet und gelesen, aber hatte keine aktive Handlung dabei oder Funktion dabei.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich würde gerne vielleicht noch mal wissen: Waren Sie im Bezug zu den Besprechungen, also im Bezug zum Ortskräfteverfahren - - waren Sie - - Oder wie waren Sie im Bezug zu den Besprechungen einbezogen?

Zeugin Peggy Staffa: Nicht sehr, weil das über die Adjutantur lief.

Gülistan Yüksel (SPD): Danke. - Dann möchte ich gerne auf ein MAT zu sprechen kommen. Am 11. Dezember 2020 - das ist nachzulesen in MAT A BMVg-5.75 VS-NfD, Blatt 9 -, da reagiert die Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer auf ein Schreiben der Abgeordneten Dr. Manuela Rottmann der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Bezug zur Dringlichkeit der unbürokratischen Aufnahme der afghanischen Bundeswehrortskräfte durch deren Gefährdung wie folgt - wenn Sie mögen, können wir Ihnen das auch noch mal vorlegen, dieses MAT-Blatt -:

„Die Kollegin spricht ein wichtiges Thema an, das mir auch sehr am Herzen liegt.“

Der Empfänger der Nachricht, Nico Lange, Leiter des Leitungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung, schreibt Ihnen daraufhin:

„Das Thema „Afghanische Ortskräfte“ wird uns noch sehr beschäftigen, da wir viele nach Deutschland in Sicherheit bringen werden müssen. Das ist natürlich in erster Linie ein BMI-Thema und bei uns am ehesten bei der R

zu verorten. Daher bitte ich darum, dass Du Dich des Themas annimmst, Peggy.“

Können Sie uns sagen, wie wir diese Bitte zu verstehen - - verstehen können? Und wie wurde dann danach das Ganze umgesetzt?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Peggy Staffa: Das können Sie sehr gut dem Verlauf der E-Mail entnehmen, dass im Prinzip von mir dann, nachdem ich von meinem unmittelbaren Vorgesetzten, sprich: dem Leiter Leitungsstab, dann die Bitte bekommen habe, mich um einen Antwortentwurf zu kümmern - - Und da er den Bezug auf die Abteilung „Recht“ fokussiert hat, ist dann dieser Vorgang an das Büro von Staatssekretär Hoofe gegangen, der ja die Abteilung R verantwortet hat. Und dort wurde ein Antwortentwurf vorgelegt - - und an die Adressatin gegangen. Genau.

Gülistan Yüksel (SPD): Dieser Antwortentwurf - - verstehe ich so, dass Sie das nicht hatten, das ist von dort aus weitergeleitet worden.

Zeugin Peggy Staffa: Mhm.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie uns auch vielleicht noch mal kurz sagen, wie eng Sie mit dem BMI zusammengearbeitet haben und wie Sie die Verantwortung dieses Hauses insbesondere im Ortskräfteverfahren wahrgenommen haben?

Zeugin Peggy Staffa: Ich kann mich an keinen unmittelbaren, direkten Kontakt von meiner Person gegenüber dem Bundesinnenministerium erinnern.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann möchte ich gerne auf ein endgültiges Stenografisches Protokoll 20/36, Seite 13, eingehen. Da sagte der Zeuge B [REDACTED], also der Zeuge B [REDACTED] führte aus, dass erst nach einem BND-Bericht, der eine latente Gefährdung aller Ortskräfte prognostizierte, sowie einem Statement der Bundesministerin Kramp-Karrenbauer Bewegung in die Vereinfachung des Ortskräfteverfahrens kam. Im Mai



Nur zur dienstlichen Verwendung

2021 kam dann das vereinfachte Ortskräfteverfahren, das eher einer Gruppenaufnahme als einem Individualverfahren nach § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz glich. Wie haben Sie die Widerstände diesbezüglich aus dem BMI wahrgenommen?

Zeugin Peggy Staffa: Ich habe keine unmittelbare Wahrnehmung, wie das BMI darauf reagiert hat. Ich habe nur in den internen Meetings - - Zum Beispiel in den Morgenlagen wurde ganz allgemein dargestellt, dass das BMI dort nicht die treibende Kraft war, sodass vonseiten des BMVg immer wieder angemahnt worden ist, dass das klassische Ortskräfteverfahren, was bis zum Frühjahr 21 lief, nicht mehr praktikabel ist.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie uns denn vielleicht in dem Zusammenhang sagen, wie Sie die Rolle des Bundeskanzleramts diesbezüglich bewerten? Und was hätten Sie sich vielleicht an dieser Stelle gewünscht, und welche aktive Rolle hatte dieses Haus dann eigentlich tatsächlich? Zu dem, was ich eben gesagt habe, zu dem Punkt, was ich im Vorfeld vorgelesen habe, da würde ich gerne wissen, wie Sie die Rolle des Bundeskanzleramts diesbezüglich bewerten.

Zeugin Peggy Staffa: Ich habe das Bundeskanzleramt nicht unmittelbar wahrgenommen.

Gülistan Yüksel (SPD): Okay.

Zeugin Peggy Staffa: Dadurch kann ich das nicht bewerten.

Gülistan Yüksel (SPD): Gut. - Weil Herr B [REDACTED] - auch wieder in diesem Stenografischen Protokoll 20/36, das ich eben vorgelesen habe, aber diesmal auf Seite 39 - - zu lesen ist, dass Herr B [REDACTED] das Bundeskanzleramt in seiner Anhörung kritisierte. Er sagte:

„Für die Ortskräfteproblematik wäre ein Einschreiten des Bundeskanzleramts - in dem Fall haben wir eine Bundeskanzlerin - durchaus wünschenswert gewesen.“

Ist Ihnen vielleicht diese Bitte bekannt, dass das Eingreifen der Bundeskanzlerin konkret vorgetragen wurde? Also, hat sich das BMVg wegen des Konfliktes mit dem BMI an das Bundeskanzleramt gewandt? Können Sie sich daran erinnern?

Zeugin Peggy Staffa: Nein, kann ich nicht.

Gülistan Yüksel (SPD): Ist Ihnen auch nicht bekannt.

Zeugin Peggy Staffa: Die einzige Wahrnehmung ist, dass ich damals kontaktiert worden bin bezüglich der Telefonkonferenz mit allen beteiligten Ressorts am - - Und dann fand im Prinzip die Telefonkonferenz am 14. August 21 statt und dann zwei Tage später noch mal, am 16.08. Und diese Initiative zur Telefonkonferenz mit allen beteiligten Ressorts ging vom Bundeskanzleramt, vom Büro Staatsminister Braun, aus.

Gülistan Yüksel (SPD): Ja, okay. - Dann würde ich mich gerne auf MAT A BMVg-5.202 VS-NfD, Blätter 161 bis 162, beziehen. In einem Dokument vom 18. Mai 2021 mit dem Titel „Einordnung“ - es geht um ein Tischgespräch zum Umgang mit afghanischen Ortskräften - schreiben Sie:

„Der Ressortvorschlag sieht denjenigen als begünstigt an, der eine aktive Ortskraft ist, welche einen Vertrag mit der Einsatzwehrverwaltung hat oder einen solchen bis vor zwei Jahren hatte bzw. derjenige, der zur Kernfamilie des Begünstigten zählt.“

Und:

„Zur Kernfamilie gehört der/die Ehepartner/in sowie die dazugehörigen minderjährigen Kinder.“

Und auf Blatt 162 steht als letzter Satz:

„Anmerkg.: BKAmT bittet bei der Definition der Antragsberechtigten um eine weniger konkrete Fas-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sung. Diese Position ist für Unterzeichnerin weniger nachvollziehbar.“

Können Sie uns sagen, um was es hier genau ging, und vielleicht auch, was die Bitte des Bundeskanzleramts war? Dass Sie uns das näher erläutern.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Peggy Staffa: Also, an die Bitte des Bundeskanzleramtes kann ich mich wirklich nicht mehr dran erinnern, wie das zustande kam. Ich kann Ihnen nur sagen, dass gerade was die rechtliche Situation und die rechtliche Lage zum damaligen Zeitpunkt - - war, nämlich noch im Mai, Anfang Mai 21, wo das klassische Verfahren noch galt: Das habe ich immer rückgekoppelt mit der Abteilung SE, und da war die Regelung mit den zwei Jahren Tätigkeit. Und dann erst, durch diesen Druck ist es dann zu dem vereinfachten Verfahren gekommen. Also um die zwei Jahre ging es immer. Das war ja die Ausgangsregelung.

Gülistan Yüksel (SPD): Okay. - Dann würde ich mich jetzt auf eine andere MAT beziehen, und das ist MAT A BMVg-5.18 VS-NfD, Blatt 82. Und da geht es am 11. Mai 2021 um eine Bitte, Bundesministerin Kramp-Karrenbauer, um eine Prüfung einer Aufnahme einer Ehefrau einer sich bereits in Deutschland befindenden afghanischen Ortskraft aufgrund einer Mail von einem Mitglied des Patenschaftsnetzwerks Afghanische Ortskräfte. Die Bitte wird Ihnen von Nico Lange weitergeleitet. Sie schreiben daraufhin Herrn J.: „... bitte StN“ - Stellungnahme - „kurzfristig beauftragen.“ Jetzt würde ich gerne wissen, ob das die übliche Vorgehensweise war.

Zeugin Peggy Staffa: Herr J. ist damals Stabshauptmann in meinem Bereich gewesen, das heißt, ein sehr erfahrener Soldat in meinem Bereich. Und das ist die übliche Vorgehensweise - er gehörte der Geschäftsstelle innerhalb des Büros Ministerin an -, sodass mit dem Auftrag „bitte StN kurzfristig beauftragen“ er genau weiß, dass er diese Beauftragung zu administrieren hat. Das ist im Prinzip die Rolle der Geschäftsstelle Büro

Ministerin. Das ist ein ganz übliches Verfahren gewesen.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann würde ich auf den 15. Juni 21 springen. Und da schreiben Sie - zu finden in MAT A AA-9.141 VS-NfD, Blatt 171 - in einer Mail an die beteiligten Ressorts:

„... nach der morgigen Kabinettsitzung besteht der Wunsch der Frau BKin und Herrn ChefBk sich mit den zuständigen Fachministern zum Thema Afghanische Ortskräfte mit dem Ziel einer einheitlichen Vorgehens- und Kommunikationslinie der BReg auszutauschen.“

War das auch ein übliches Vorgehen im Einladungsmanagement, dass im Namen des Bundeskanzleramts vom BMVg eingeladen wurde? Wir können Ihnen das auch vorlegen, wenn Sie es wünschen.

Zeugin Peggy Staffa: Ja, das wäre nett, wenn Sie es mir noch mal vorlegen.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Also, eigentlich ist das natürlich nicht üblich. Ich weiß aber, dass es sozusagen dort ein Einvernehmen gab, und es lag, glaube ich, in einem organisatorischen Grund begründet, warum ich diese Einladung gemacht habe. Es ist eigentlich nicht üblich, aber ich erinnere mich dunkel, dass das organisatorische Gründe hatte, weil das war - - ich glaube, es war Freitag spätabends; aber kann ich nicht mehr hundertprozentig sagen. Ist eigentlich nicht üblich, dass ein Bundesverteidigungsministerium eine Einladung für eine Telefonkonferenz macht. Da haben Sie recht.

Gülistan Yüksel (SPD): Ob der 15. Juni jetzt ein Freitag war, weiß ich nicht. Aber ich glaube, ich bin auch am Ende meiner Redezeit. - Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Genau. - Und bevor ich weitergebe, wollte ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur noch den Hinweis geben, dass der Versorgungswagen draußen verfügbar ist. Die Sitzung wird aber nicht unterbrochen. - Und das Frage-recht geht an die Union. Thomas Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, Frau Staffa, vielen Dank, dass Sie uns heute als Zeugin zur Verfügung stehen. Ich habe keine Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Auch schön. - Dann geht es weiter mit Bündnis 90/Die Grünen. Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hatte ich ja gar keine Zeit mehr, mich einzurichten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Guten Abend, Frau Staffa! Viele der Fragen hat die Kollegin auch schon gestellt. Ich fange mal mit einer sehr offenen Frage an. Haben Sie sich mit der Ministerin Kramp-Karrenbauer auch politisch beraten?

Zeugin Peggy Staffa: Das war nicht meine Aufgabe.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber haben Sie es trotzdem gemacht?

Zeugin Peggy Staffa: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, gut. - Dann würde ich jetzt noch mal zum Thema Charterflüge fragen.

Es gibt einen Vermerk vom Sicherheitspolitischen Jour fixe am 26. [sic!] April. Da steht: „Keine ges. Flugzeuge / Charter für OK's.“ Das ist MAT A AA-8.283 VS-NfD, Blatt 170 [sic!].

Zwei Monate später steht dann am 22.06.21 - das ist MAT A AA-8.283 VS-NfD, Blatt 400 -:

„AA und BMVg prüfen aktuellen Sachstand der *diplomatic clearances*, deren Vorliegen Voraussetzung für eine Durchführung von Charterflügen wären.“

Können Sie uns erklären, warum im Juni dann noch mal über Charterflüge diskutiert wurde?

Zeugin Peggy Staffa: Das kann ich nicht, weil ich in dem Vorgang nicht mitbeteiligt war. Ich weiß nur, dass wir - - Von Anfang an hat Annegret Kramp-Karrenbauer sozusagen diese Option hineingebracht. Also, sie war die Erste nach meiner Wahrnehmung; das Thema Charterflüge, und die Charterflüge wurden aber vom BMI und AA nicht unterstützt. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben zumindest einmal eine E-Mail auch im cc bekommen, nämlich vom 17.06., die Nico Lange geschrieben hat, und da geht es auch noch mal um die Charterflüge. Aber an das Telefonat, was im Verlauf stattgefunden hat mit Staatssekretär Zimmer, zwischen Frau Kramp-Karrenbauer und Staatssekretär Zimmer, haben Sie daran Erinnerung?

Zeugin Peggy Staffa: Weiß ich gar nicht, dass dieses stattgefunden hat zu dem Thema.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann gibt es noch einen Sachverhalt. Und zwar hat am 18. April 21 die Bundesministerin öffentlich erklärt, dass afghanische Ortskräfte nach Deutschland geholt werden sollen, und zwar in Form einer Pressekonferenz. Können Sie sich an den Vorgang erinnern, und, wenn ja, was ist Ihnen davon erinnerlich?

Zeugin Peggy Staffa: Ich kenne nur den Fakt, dass diese Pressekonferenz stattgefunden hat, aber nichts mehr.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es wurde auch nicht besprochen im Büro der Ministerin?

Zeugin Peggy Staffa: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat sie dann selber mit der Presseabteilung abgemacht oder - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Peggy Staffa: Und vor allem mit der Adjutantur, weil die Adjutantur für dieses Thema Afghanistan grundsätzlich zuständig war, weil die Abteilungen Strategie und Einsatz und Politik dort die Federführung im Haus hatten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine Frage, die sich zur Hälfte auf das bezieht, was Sie schon gesagt haben, und zwar geht es da um MAT A BMVg-5.225 VS-NfD, Blatt 17 f. Da schreiben Sie:

„P.S. Ich habe soeben Büro GI gebeten, dass die bislang zweiwöchige Unterrichtung auf eine wöchentliche Unterrichtung ab sofort umgestellt“

wird. - Sie haben jetzt gerade in der Befragung davon gesprochen, dass es - Moment - ab April 21 eine wöchentliche Unterrichtung für die Ministerin gab. Können Sie einmal erläutern: Also, war das jetzt das Gleiche, und, wenn ja, warum ist das dann erst am 10.08. von zweiwöchentlich auf wöchentlich umgestellt worden?

Zeugin Peggy Staffa: Kann ich mich gar nicht mehr entsinnen. Ich vermute, dass wir das am Anfang wöchentlich hatten und dann in einen anderen Rhythmus gegangen sind, weil dann einfach sozusagen die Fakten mehr oder weniger bekannt waren und immer eine Fortschreibung erfolgt ist. Ich glaube, so war das.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Am 10.08. ging es aber ja erst richtig los. Also, da haben Sie dann ja auf wöchentlich wieder umgestellt.

Zeugin Peggy Staffa: Genau, aber sozusagen dann durch die krisenhafte Situation war dieses Papier nicht mehr geeignet, weil der Schwerpunkt der wöchentlichen Unterrichtung Resolute Support lag ja schwerpunktmäßig mehr auf Verwertung, Abzug usw. Also das waren da die Kernthemen. Und da war ja dann im Prinzip im August maßgeblich die materielle und personelle Verlagerung abgeschlossen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, die Unterrichtung war erst wöchentlich, bis die Bundeswehr raus ist, dann war sie zweiwöchentlich und im August wieder wöchentlich.

Zeugin Peggy Staffa: Ich kriege jetzt nicht mehr ganz genau hin, genau wann das umgedreht worden ist. Ich weiß nur, dass wir mit wöchentlich begonnen haben und dann runtergegangen sind auf zweiwöchentlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann am Ende wieder hoch.

Zeugin Peggy Staffa: Genau.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann bin ich tatsächlich auch am Ende meiner Fragen. - Vielen Dank für Ihre Zeit, Frau Staffa.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir bei der AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Staffa! Auch von mir herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und für Ihre Mitarbeit heute Abend.

Ich gehe gleich medias in res - wurde eben schon zitiert, die E-Mail, aber ich werde sie noch mal aufrufen -: MAT A BMVg-4.169 VS-NfD, Blatt 8. Das ist die E-Mail von Nico Lange mit dem Text:

„Das Thema "Afghanische Ortskräfte" wird uns noch sehr beschäftigen, da wir viele nach Deutschland in Sicherheit bringen ... müssen. ... Daher bitte ich darum, dass Du Dich des Themas annimmst, ...“

Zitat Ende.

Laut MAT A AA-8.639 VS-NfD, Blatt 36, schrieb der Leiter des Afghanistan-Referats im Auswärtigen Amt - das ist der Andreas Krüger - am 8. Juni 2021, dass - und das ist das Zitat - „uns bislang kein Fall bekannt [ist] ..., in dem eine ... OK in nachvollziehbarer Verbindung zu ihrer Tätigkeit für dt. Institutionen tatsächlichen Schaden erlitten hat“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und laut des vorläufigen Protokolls der UA-Sitzung vom 22.06.2023, Seite 30, erklärte uns Oberst Grohmann, der Ressortbeauftragte BMVg für das Ortskräfteverfahren im Juni 2023, also weit nach der Übernahme der Taliban, es sei nicht ein Fall einer Ortskraft bekannt, die aufgrund ihrer Tätigkeit für Deutschland zu Schaden gekommen sei.

Können Sie uns bitte sagen, weshalb man im Umfeld der Ministerin schon im Winter 2020 davon ausging, dass man viele Ortskräfte nach Deutschland in Sicherheit bringen müsste?

Zeugin Peggy Staffa: Kann ich nicht bewerten. Kann nur sagen, dass meine Aufgabe war, ein geordnetes Verfahren hinzubekommen, als dann die Vielzahl der Hilfeersuchen kam, und dass wir das im Prinzip an die richtigen Stellen bekommen haben, sprich das AA. Das war meine Aufgabe, nicht mehr und nicht weniger.

Joachim Wundrak (AfD): Also, Sie können uns auch nicht sagen, welche Indizien damals im Umkreis der Ministerin für eine Gefährdung der Ortskräfte sprachen und wie die zahlreichen Amnestieankündigungen für Ortskräfte, die die Taliban in den Jahren 2020 und 2021 öffentlich proklamierten, zum Beispiel auch gegenüber Vertretern des Auswärtigen Amtes - - Wie wurden diese Tatsachen und diese Erklärungen aus Ihrer Kenntnis in die Bewertung der Ministerin eingebracht?

Zeugin Peggy Staffa: Das wäre rein hypothetisch. Da möchte ich mich nicht hineinbegeben.

Joachim Wundrak (AfD): Laut vorläufigem Protokoll der UA-Sitzung vom 29.09.2022, Seite 60, ließ der Zeuge G■■■■, Referent im BMVg, Referat SE I 3, in seiner Befragung hier durchblicken, dass davon auszugehen sei, dass Ortskräfte Informationen über die Bundeswehr an die Taliban durchgestochen hätten. Der MAD hielt es laut MAT A BMVg-3.54 VS-NfD, Blatt 211 und 212, für realistisch, dass Ortskräfte der Bundeswehr Spionagetätigkeiten für den Iran, für China und für Russland ausführten. Meine Frage dazu: Welche Kenntnisse haben Sie über Spionagetätigkeiten von BMVg-Ortskräften für Russland, Iran,

China oder die Taliban erlangt? Wurde in Ihrer Gegenwart darüber gesprochen? Wissen Sie, ob die Ministerin darüber in Kenntnis gesetzt wurde?

Zeugin Peggy Staffa: Habe ich keine Erkenntnis.

Joachim Wundrak (AfD): Im Mai 2023 hatten wir den BMVg-Staatssekretär für das Ortskräfteverfahren zu Gast. Laut vorläufigem Protokoll der UA-Sitzung vom 11.05.2023, Seite 40, schilderte uns der Zeuge B■■■■, dass das am 17. April 2021 abgesetzte Statement der Ministerin, noch vor Abzug der Bundeswehr und nunmehr ohne Plausibilitätsprüfung der vorliegenden Gefährdungsanzeigen Ortskräfte nach Deutschland zu holen - - mit der Arbeitsebene des BMVg wäre das nicht abgesprochen gewesen. Zitat aus dem vorläufigen Protokoll der UA-Sitzung vom 11.05.2023 - das ist die Seite 40 -, ich zitiere:

„Ich habe diesen Artikel“

- das AKK-Statement -

„in n-tv morgens um Viertel vor neun am Samstagmorgen mit einer Tasse Kaffee in der Hand ...“

- gelesen -

„also wie in einem Film - - Ich hatte keine Ahnung. Keiner hatte von uns eine Ahnung, dass Frau Kramp-Karrenbauer dieses Statement kundtut.“

Zitat Ende. - Frau Staffa, hat es damals im BMVg Akteure in Ihrer Umgebung gegeben, die die Ministerin für ihr offensichtlich unabgestimmtes Vorgehen kritisierten, und, wenn ja, wie reagierte die Ministerin auf diese Kritik?

Zeugin Peggy Staffa: Ganz im Gegenteil. Also, das Verfahren war sehr konzertiert, dass man sich für den Schutz der Ortskräfte ausgesprochen hat.

(RDn Katrin Geyer (BMVg)
meldet sich zu Wort)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wollte sich - - Entschuldigung, ich habe Sie zu spät gesehen.

RDn Katrin Geyer (BMVg): Ich wollte nur sagen, das war keine wertneutrale Frage. Also, ich würde darum bitten, da keine Wertungen bereits in die Frage reinzulegen. Das ist unzulässig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben recht. Das hätte ich unterbinden sollen. Ich habe das eigentlich heute mehrmals gesagt. Ich hoffe ja immer auf Lerneffekte bei den Kollegen, aber - -

Joachim Wundrak (AfD): Danke für den Hinweis, Herr Vorsitzender. - Frau Staffa, laut MAT A AA-9.139 VS-NfD, Blatt 61, schrieb der AA-Referatsleiter Andreas Krüger in einer internen Mail im Vorfeld einer Obleuteunterrichtung über die von Ministerin BMVg ab April 2021 forcierte und von Abgeordneten einzelner Bundestagsfraktionen befürwortete Modifizierung des etablierten deutschen Ortskräfteverfahrens im AA folgendermaßen - ich zitiere -:

„Ich kann vor Aufweichung unserer Kriterien im OKV nur warnen. ... Es ist - um es freundlich zu sagen - uninformiert von ... Abgeordneten, zu vermuten, dass Familienmitglieder von ... Afghanen, die mittelbar oder unmittelbar für die Bundeswehr gearbeitet haben, automatisch gegen die Taliban sind und/oder nicht in OK“

- Organisierte Kriminalität -

„verwickelt ... sein könnten.“

Hatten Sie damals in Ihrem Bereich im BMVg Kenntnisse über mit den Taliban sympathisierende Angehörige von Ortskräften, und, wenn ja, welche Schlussfolgerungen wurden daraus für das Verfahren im BMVg gezogen?

Zeugin Peggy Staffa: Nein.

Joachim Wundrak (AfD): Ich verzichte auf weitere Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, wir sind auch am Ende der Zeit angekommen. - Die FDP-Fraktion.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Staffa! Sie haben ja schon einiges über das Ortskräfteverfahren erzählt und auch, dass das der Ministerin wichtig war.

Der Vorgang mit der Abgeordneten Rottmann von den Grünen ist ja auch schon angesprochen worden. Das Schreiben der Frau Rottmann ist ja auch beantwortet worden. Das hat sehr lang gedauert. Wissen Sie eigentlich noch, warum das so lang gedauert hat, bis dann die Kollegin Rottmann eine Antwort bekommen hat?

Zeugin Peggy Staffa: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Peter Heidt (FDP): Aber den Vorgang wissen Sie noch so.

Zeugin Peggy Staffa: Aber von den zeitlichen Läufen habe ich keine Erinnerung mehr.

Peter Heidt (FDP): Wie war denn da Ihr Eindruck? Also, weil der Eindruck aus diesem Schreiben korrespondiert so ein bisschen mit meinem Eindruck von der damaligen Zeit, dass das schon alles irgendwie der Bundesregierung ein bisschen schleppend war. Wie haben Sie die einzelnen Minister in Erinnerung? Wer hat sich für das Vorgehen beim Ortskräfteverfahren stärker eingesetzt, und wer hat da eher auf der Bremse gestanden?

Zeugin Peggy Staffa: Also, ich war nicht persönlich bei den Gesprächen mit dabei mit den beteiligten Ministerien. Von daher ist das immer nur Hören und Sagen. Intern, in entsprechenden Lagen, wurde eher berichtet, dass unser Engagement auf allen Ebenen, sowohl von der obersten Leitungsebene inklusive Staatssekretäre als auch dann die fachlich zuständigen Abteilungen mit den Referaten, also SE und Pol - - war einheitliches, starkes Betreiben, alles zu tun, und die anderen sind unserer Geschwindigkeit nicht gefolgt. Das war so die interne Bewertung, was ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

wahrgenommen habe. Eine unmittelbare Wahrnehmung habe ich nicht.

Peter Heidt (FDP): Am 14. Januar 21 gab es ein Gespräch zwischen Herrn Seehofer und Frau Kramp-Karrenbauer. Das ist MAT A BMI-3.12 VS-NfD, Blatt 384. In dem Gespräch wurde unter anderem über die Notwendigkeit der Anpassung des ressortgemeinsamen Ortskräfteverfahrens gesprochen. Können Sie sich an dieses Gespräch erinnern? Waren Sie da involviert in die Vorbereitung oder Nachbereitung?

Zeugin Peggy Staffa: Nein.

Peter Heidt (FDP): Gar nicht, okay. - In MAT A BMVg-4.753 VS-NfD, Blatt 24 - das ist ein Sachstand vom 26. Januar 21 - steht:

„Ausgelöst durch das Telefongespräch der BM gem. Bezug 1. wurde die zuvor bis auf Ebene StS ergebnislos geführte Diskussion um die Notwendigkeit der Anpassung des ressortgemeinsamen Ortskräfteverfahrens ... sowie die fehlende Möglichkeit der Visabearbeitung in AFG erneut befeuert.“

Wieso konnte die zuvor auf - - die Diskussion auf Staatssekretärebene zu keinem Ergebnis kommen?

Zeugin Peggy Staffa: Wären reine Mutmaßungen. Ich kann da zur Tatsache nichts dazu sagen. Ich kann nur sagen, dass die Ministerin immer wieder den Schutz der Ortskräfte in den Fokus genommen hat, dass dies vor Verfahren steht, und - - aber auch gleichzeitig immer wieder gesagt hat, dass auch obligatorisch die Abfrage der Sicherheitsbehörden vor der Einreise - - dass das auch für sie wichtig ist. Das waren eigentlich die zwei Hauptbotschaften und auch immer wieder das Interesse von ihrer Seite, ein ressortgemeinsames Ortskräfteverfahren zu erzeugen.

Peter Heidt (FDP): Hatten Sie das Gefühl, dass die Frau Bundesministerin Kramp-Karrenbauer durchaus unzufrieden war mit dem Ablauf dieser

Gespräche und wie das einen Fortgang gefunden hat?

Zeugin Peggy Staffa: Das würde ich so einschätzen; das hat sie artikuliert.

Peter Heidt (FDP): Ja. - Es gab ein weiteres Gespräch zwischen der Ministerin und dem Minister Seehofer. Das fand am Wochenende 28. Mai statt. Das ist MAT A BMI-3.65 VS-NfD, Seite 659. Da wurde über das Ortskräfteverfahren gesprochen. Die Gesprächsvorbereitung bezüglich des Telefonats seitens des BMVg erfolgte bereits Ende April 21. Das ist MAT A BMVg-5.93 VS-NfD, Blatt 8. Waren Sie in irgendeiner Weise in die Vorbereitung des Gesprächs involviert?

Zeugin Peggy Staffa: Nein.

Peter Heidt (FDP): Nein.

Zeugin Peggy Staffa: Die Vorbereitung ist über SE gelaufen, über die Adjutantur, an die Ministerin.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Sie wissen also auch nicht, warum das Gespräch dann erst Ende Mai stattgefunden hat, also relativ viel später, als die Vorbereitung ja war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn wir weniger suggestiv fragen, macht es das mir einfacher, Herr Kollege.

Peter Heidt (FDP): Okay, dann: Also, nach unseren Informationen fand das Gespräch erst Ende Mai statt. Können Sie sich daran erinnern?

Zeugin Peggy Staffa: Nein.

Peter Heidt (FDP): Okay. - In der Gesprächsvorbereitung für die Ministerin schrieb UAL Faust - das ist MAT A BMVg-5.186 VS-NfD, Blatt 236 -:

„... Notwendigkeit eines sehr zeitnahen Gesprächs mit BM Seehofer sehe ich derzeit nicht.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dennoch betont er im selben Vermerk, dass „wir noch nicht ganz „über den Berg““ sind. Wie haben Sie die Lage zu diesem Zeitpunkt eingeschätzt?

Zeugin Peggy Staffa: Kann ich dazu jetzt nichts sagen.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Es gab dann einen Sachstand vom 26. Januar 2021 - das ist MAT A BMVg-4.753 VS-NfD, Blatt 24 - „**Ressortgemeinsames Ortskräfteverfahren nach Gesprächen BM'in Kramp Karrenbauer mit BM Seehofer**“ mit Bezugnahme auf Gespräch zwischen Seehofer und AKK vom 14. Januar.

Haben Sie irgendwann mal näher oder insgesamt mal mit der Bundesministerin über diese Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Bundesminister Seehofer gesprochen? Oder haben Sie da Rückmeldungen bekommen? Man bekommt das ja vielleicht auch mal zwischendrin mit, ob sich die Bundesministerin über die Haltung von dem Bundesminister Seehofer zufrieden gezeigt hat oder nicht zufrieden gezeigt hat.

Zeugin Peggy Staffa: Wir haben uns bilateral dazu nicht ausgetauscht. Ich kann nur sagen, in den internen Runden, in den regelmäßig stattfindenden Morgenlagen, wurde im Prinzip diese Stimmungslage geschildert, dass wir die Treiber sind und dass wir aber nicht wirklich durchkommen mit konkreten Maßnahmen und Handeln. Und das führte ja dann dazu, dass wir, obwohl wir gar nicht zuständig sind, beispielsweise das Callcenter im Einsatzführungskommando, also im nachgeordneten Bereich, eingerichtet hatten, um im Prinzip mit Ortskräften, ehemaligen Ortskräften, Kontakt aufzunehmen, ob sie Interesse haben an Flugtickets usw. Da sind wir ja weit über unsere Zuständigkeit gegangen. Das hat sich daraus ergeben, dass wir im Prinzip bei den anderen Ressorts nicht durchkamen mit den Argumenten. Und das wurde in den internen morgendlichen Lagen, wo alle Abteilungsleiter und die beamteten wie auch die Parlamentarischen Staatssekretäre mit zugegen waren und der Leiter Leitungsstab - - Das wurde dort immer wieder artikuliert, aber bilateral habe ich mit der Ministerin darüber nicht gesprochen.

Peter Heidt (FDP): Empfanden Sie nur das BMI als Bremsen oder auch andere Ministerien? Und könnten Sie vielleicht die Ministerien irgendwie einteilen in ihrer Beweglichkeit oder wie sie mit dem Verfahren umgegangen sind?

Zeugin Peggy Staffa: Also, ich würde meiner Aussage - - so bleiben, dass das BMI und das AA vor allen Dingen dort nicht das Tempo und die Aktivitäten gezeichnet haben, die wir uns vorgestellt hatten und für erforderlich gehalten haben aus fachlicher Perspektive.

Peter Heidt (FDP): Hatten Sie auch irgendwie eine Rückkopplung über das BMZ?

Zeugin Peggy Staffa: Habe ich nicht mehr eine unmittelbare Wahrnehmung.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Ich glaube, ich habe keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende dieser Runde. - Gab es noch Fragebedarf? - Keinen?

Joachim Wundrak (AfD): Doch, eine Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann - - Eine Frage kriegen Sie noch.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank. - Laut MAT A BMVg-5.18 VS-NfD, Blatt 14, haben Sie im Auftrag der Ministerin zu einem Tischgespräch am 20. Mai 2021 zum Thema „Ortskräfte Afghanistan“ eingeladen. Es sollte um das vereinfachte Ortskräfteverfahren gehen. In Ihrer Einladung baten Sie die Teilnehmer um die Einreichung diverser Vorbereitungsunterlagen zum Unterpunkt - Zitat aus genannter MAT-Nummer, ich zitiere -: „Politische Dimension, dabei auch mgl. Position "Anderer" wie ProAsyl oder ...“ - Nichtregierungsorganisationen. Zitat Ende.

Können Sie uns sagen, welche Akteure im BMVg sich damals in ihren Gesprächsunterlagen auf die politischen Positionen von NROs und Pro Asyl bezogen? Inwieweit wurden die politischen Positionen von Nichtregierungsorganisationen in die



Nur zur dienstlichen Verwendung

BMVg-Entscheidungen zur Ausweitung des Ortskräfteverfahrens miteinbezogen?

Zeugin Peggy Staffa: Da die Federführung der Ortskräfte bei der Abteilung SE lag, wurde auch SE gebeten, im Zusammenwirken mit Pol - da gab es ja diese Strategie-, sozusagen, -runde Ortskräfte - - Sie haben den Auftrag bekommen, die Vorbereitungen zu machen, und das wurde mit Sicherheit auch so gemacht.

Joachim Wundrak (AfD): Was können Sie uns denn über den Austausch der Ministerin mit Pro Asyl zu Ortskräfteverfahren sagen?

Zeugin Peggy Staffa: Habe ich keine Wahrnehmung. Ich war organisatorisch dafür verantwortlich, das Tischgespräch optimal vorzubereiten, nicht mehr und nicht weniger.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. Dann sind wir am Ende dieser Runde.

Dann darf ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Die Befragung ist formell noch nicht abgeschlossen. Sie bekommen das Protokoll, haben 14 Tage Zeit, gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen. Danach stellt der Ausschuss das Ende der Befragung fest. - Vielen Dank. Alles Gute für Sie!

Ich will mich am Ende der Sitzung auch noch mal bedanken bei unseren ganzen Stenograf/-innen und bei all denen, die uns hier technisch betreuen - es ist immer wieder eine Freude, dass Sie das alles für uns tun -, und feststellen, dass die nächste Beweisaufnahmesitzung am Donnerstag, den 14. November, um 12 Uhr vorgesehen ist, in diesem Raum hier.

Ich danke Ihnen allen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung um 21.34 Uhr.

(Schluss: 21.34 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Bundesminister a. D. Horst Seehofer

Bundesminister a. D. Horst Seehofer

Für die Übersendung des Protokollauszugs meiner Vernehmung am 7. November 2024 danke ich und möchte folgende Berichtigungen und Ergänzungen anbringen:

Seite, Spalte	Protokoll	Korrektur
S. 14, linke Spalte	Denn wir wussten dann, die Gefährdungsanzeige, die Sicherheitsan- - und das Visumverfahren hat dazu geführt - im Visumverfahren erfolgten ja dann auch biometrische Erhebungen -, dass man auch noch in der Bundesrepublik Deutschland - das war ja auch noch ein Problem, dass manche in 20 Institutionen dann ihre Sozialhilfe beantragt haben, weil dieser Austausch nicht stattgefunden hat damals -	Denn wir wussten dann, die Gefährdungsanzeige, die Sicherheitsüberprüfung und das Visumverfahren hat dazu geführt -im Visumverfahren erfolgten ja dann auch biometrische Erhebungen -, dass man auch noch in der Bundesrepublik Deutschland - das war ja auch noch ein Problem, dass manche in 20 Institutionen dann ihre Sozialhilfe beantragt haben, weil dieser Austausch nicht stattgefunden hat damals.
S. 17, linke Spalte	Wer abgeschoben wird, ist eine Entscheidung der Länder, und wir haben als Bundesregierung immer angeboten, dass wir sie dabei unterstützen, zum Beispiel durch die Bundespolizei und auch durch Behörden, die dann in Berlin gebildet wurden, die die Kontakte wegen Ausweisen und anderen Fragen mit den Herkunftsländern durchgeführt haben.	Wer abgeschoben wird, ist eine Entscheidung der Länder, und wir haben als Bundesregierung immer angeboten, dass wir sie dabei unterstützen, zum Beispiel durch die Bundespolizei und auch durch andere Behörden, die dann in Berlin gebildet wurden, die die Kontakte wegen Ausweisen und anderen Fragen mit den Herkunftsländern durchgeführt haben.
S. 19, rechte Spalte	Das Anliegen der Annegret war natürlich immer, mehr Gefährder [sic!] zu berücksichtigen als das Innenministerium.	Das Anliegen der Annegret war natürlich immer, mehr Gefährdete zu berücksichtigen als das Innenministerium.
S. 25, linke Spalte	Ich habe etwa in der Zeit ja einen Abschiebeflug gestoppt, wie ich auch begründet habe, dass ich die Begleitenden - - nicht nur die Abzuschiebenden gefährden möchte [sic!], sondern auch die Begleitmannschaft, die ...	Ich habe etwa in der Zeit ja einen Abschiebeflug gestoppt, wie ich auch begründet habe, dass ich nicht nur die Abzuschiebenden nicht gefährden möchte, sondern auch nicht die Begleitmannschaft, die ...

Seite, Spalte	Protokoll	Korrektur
S. 37, linke Spalte	Dazu kam - ich war noch nicht fertig -, dass wir die Erfahrung hatten, dass seit 2013 etwa 2 000 Gefährdungsanzeigen gestellt wurden und mehr als die Hälfte von diesen Gefährdungsanzeigen abgelehnt wurde von den zuständigen Ressorts. Und deshalb habe ich gesagt: Was soll das bringen, wenn wir jetzt wieder ein großes Verfahren in Kraft setzen und vielleicht viele darunter sind, die schon mal angestellt haben - -	Dazu kam - ich war noch nicht fertig -, dass wir die Erfahrung hatten, dass seit 2013 etwa 2 000 Gefährdungsanzeigen gestellt wurden und mehr als die Hälfte von diesen Gefährdungsanzeigen abgelehnt wurde von den zuständigen Ressorts. Und deshalb habe ich gesagt: Was soll das bringen, wenn wir jetzt wieder ein großes Verfahren in Kraft setzen und vielleicht viele darunter sind, die schon mal eine Gefährdungsanzeige gestellt haben.
S. 67, linke Spalte	Wir haben ihn aber dann wieder erreicht. Wir glaubten, der ist schon über alle Berge; aber es war dann - - der Fall.	Wir haben ihn aber dann wieder erreicht. Wir glaubten, der ist schon über alle Berge; aber es war dann nicht der Fall.